



# Monatsbericht Juni 2014

66. Jahrgang  
Nr. 6

Deutsche Bundesbank  
Wilhelm-Epstein-Straße 14  
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02  
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0  
Durchwahlnummer 069 9566- . . . .  
und anschließend die gewünschte  
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)  
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:  
13. Juni 2014, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



## ■ Inhalt

■ <b>Kurzberichte</b> .....	5
Konjunkturlage .....	5
Wertpapiermärkte.....	7
Zahlungsbilanz.....	9
■ <b>Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016</b> .....	11
<i>Wie aussagekräftig sind die Punktprognosen in den gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesbank?</i> .....	26
■ <b>Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten</b> .....	31
<i>Primärrechtliche Grenzen für die Arbeitsweise des einheitlichen Abwicklungsgremiums (Single Resolution Board: SRB).....</i>	49
<i>Die vorgesehene Rolle der öffentlichen Haushalte bei der europäischen Bankenabwicklung.....</i>	55
■ <b>Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus</b> .....	59
■ <b>Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung</b> .....	71
<i>Datengrundlage: die Zahlungsverhaltensstudie der Deutschen Bundesbank.....</i>	74

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion .....	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken .....	20*
Mindestreserven .....	42*
Zinssätze.....	43*
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48*
Kapitalmarkt .....	50*
Finanzierungsrechnung .....	54*
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	56*
Konjunkturlage in Deutschland .....	63*
Außenwirtschaft .....	70*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank .....	79*

## Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Kurzberichte

### Konjunkturlage

#### Grundtendenzen

*Nur verhaltenes Wirtschaftswachstum im zweiten Vierteljahr; Grundtendenz weiter deutlich aufwärtsgerichtet*

Die konjunkturelle Grundtendenz der deutschen Wirtschaft ist weiter deutlich aufwärtsgerichtet. Dafür sprechen nicht nur die Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2014, sondern auch der wieder kräftig anziehende Auftragseingang in der Industrie. Gleichwohl dürfte nach dem sehr starken Jahresauftakt das reale Bruttoinlandsprodukt im zweiten Vierteljahr 2014 saison- und kalenderbereinigt nur wenig zunehmen. Wie zu erwarten war, blieb die Erzeugung des Bauhauptgewerbes im April spürbar hinter dem durch das milde Winterwetter begünstigten hohen Niveau des ersten Quartals zurück. Auch hat die Industrie ihre Ausbringung nicht weiter gesteigert, nachdem sich der Auftragseingang im ersten Vierteljahr seitwärts bewegt hatte.

#### Industrie

*Industrieproduktion unverändert*

Die industrielle Erzeugung erreichte im April saisonbereinigt den Stand des Vormonats, der auch dem Mittel des Jahresanfangs quartals entsprach. Im Vergleich zum Vorquartal blieb dabei die Fertigung von Vorleistungsgütern ebenfalls praktisch unverändert. Demgegenüber wurde die Produktion von Investitionsgütern leicht zurückgenommen ( $- \frac{1}{2}\%$ ), während sich der Ausstoß von Konsumgütern erhöhte ( $+ 1\frac{1}{2}\%$ ).

*Bestellungen kräftig gestiegen*

Die Auftragseingänge für die deutsche Industrie nahmen im April markant um saisonbereinigt 3% gegenüber März, der einen starken Rückgang aufgewiesen hatte, zu. Der Vorquartalsdurchschnitt wurde um  $1\frac{1}{2}\%$  übertroffen. Dabei kamen die Nachfrageimpulse aus dem Ausland ( $+ 2\frac{1}{2}\%$ ), während es im Inland keinen Mehrbedarf gab. Der Orderzufluss aus dem Euro-Raum expandierte stärker ( $+ 4\frac{1}{2}\%$ )

als aus Drittländern ( $+ 1\frac{1}{2}\%$ ). Dazu trug vor allem das höhere Bestellvolumen für die Luft- und Raumfahrtindustrie bei. Die Aufträge für Investitionsgüter legten insgesamt um  $2\frac{1}{4}\%$  zu. Ohne den Bereich des sonstigen Fahrzeugbaus, dessen Orderzufluss generell stark schwankt, wurde ein Rückgang um 1% verzeichnet. Die Bestellungen für Vorleistungsgüter lagen leicht unter dem Vorquartalsstand ( $- \frac{1}{4}\%$ ). Für Konsumgüter erhöhten sich die Aufträge um 3%.

Die Umsätze in der Industrie stiegen im April gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um  $\frac{1}{2}\%$ . Das durchschnittliche Niveau des Vorquartals wurde jedoch leicht verfehlt ( $- \frac{1}{4}\%$ ). Ausschlaggebend dafür waren niedrigere Auslandsumsätze ( $- \frac{1}{2}\%$ ), während der Inlandsabsatz auf dem Mittel der Wintermonate verharrte. Das Minus im Auslandsgeschäft ging auf nachgebende Umsätze in Drittländern zurück ( $- 2\frac{3}{4}\%$ ), wohingegen in den EWU-Ländern ein Anstieg im gleichen prozentualen Ausmaß verzeichnet wurde. Im Gegensatz zu den Auslandsumsätzen nahmen die Warenausfuhren im April dem Wert nach saisonbereinigt kräftig um 3% gegenüber März zu. Gegenüber dem Jahresanfangs quartal ergab sich ein Plus von  $1\frac{1}{4}\%$ . Der Wert der Importe blieb im April unverändert auf dem Vormonatsniveau. Im Vergleich zum ersten Vierteljahr verminderten sich die Einfuhren leicht ( $- \frac{1}{2}\%$ ), was mit nachgebenden Importpreisen zusammenhing.

*Absatz in EWU-Ländern zugenommen, Importe unverändert*

#### Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe verringerte sich im April saisonbereinigt um  $1\frac{1}{4}\%$  gegenüber dem Vormonat und kehrte damit auf den hohen Stand zurück, der vor dem witterungsbedingt starken Anstieg zu Jahresbeginn erreicht worden war. Verglichen mit dem ersten Quartal gab es einen Rückgang um  $2\frac{1}{2}\%$ . Ursächlich dafür war im Wesentlichen die ge-

*Bauproduktion auf hohem Stand, Bauaufträge weiter aufwärtsgerichtet*

## Zur Wirtschaftslage in Deutschland <sup>\*)</sup>

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
Inland		Ausland		
2013 3. Vj.	106,5	102,8	109,5	110,2
4. Vj.	108,9	102,9	113,7	113,9
2014 1. Vj.	108,9	104,9	112,2	115,9
Febr.	110,3	105,5	114,2	115,5
März	107,2	104,9	109,1	112,5
April	110,5	104,9	115,1	...
Produktion; 2010 = 100				
Zeit	Industrie			Bau- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleis- tungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2013 3. Vj.	108,1	104,3	114,9	107,8
4. Vj.	109,3	106,2	115,4	107,5
2014 1. Vj.	110,5	107,6	116,7	112,3
Febr.	110,8	108,2	116,8	113,9
März	110,5	107,5	116,6	110,8
April	110,6	107,6	116,2	109,5
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2013 3. Vj.	274,05	224,78	49,27	49,98
4. Vj.	278,44	226,19	52,25	54,92
2014 1. Vj.	279,28	231,14	48,14	49,93
Febr.	93,24	77,43	15,81	15,28
März	91,55	76,56	14,99	15,27
April	94,30	76,60	17,70	19,90
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
Anzahl in 1 000				
2013 3. Vj.	41 893	428	2 949	6,8
4. Vj.	41 960	437	2 963	6,9
2014 1. Vj.	42 089	444	2 917	6,8
März	42 128	445	2 906	6,7
April	42 160	446	2 881	6,7
Mai	...	443	2 905	6,7
Preise; 2010 = 100				
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise <sup>2)</sup>	Ver- braucher- preise
2013 3. Vj.	105,5	106,6	108,2	106,1
4. Vj.	105,2	106,7	108,4	106,0
2014 1. Vj.	104,4	106,5	109,2	106,4
März	103,9	106,2	.	106,4
April	103,6	106,0	.	106,7
Mai	...	...	.	106,5

\* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Bei-  
 heft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. <sup>1</sup> Ohne geförderte  
 Stellen und ohne Saisonstellen. <sup>2</sup> Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

ringere Erzeugung im Bauhauptgewerbe (- 4½%), bei der sich Witterungseffekte gene-  
 rell stark bemerkbar machen. Demgegenüber lag der Ausstoß im Ausbaugewerbe den vor-  
 läufigen Ergebnissen zufolge im April kaum niedriger (- ¼%). Der Auftragseingang im Bau-  
 hauptgewerbe nahm im ersten Vierteljahr 2014 – bis dahin sind Angaben verfügbar – saisonbe-  
 reinigt um 1¾% gegenüber dem Vorquartal zu. Sehr kräftig stieg die Nachfrage nach  
 Wohnbauten. Hinzu kam ein spürbarer Zuwachs bei den Bauvorhaben von Unternehmen, wäh-  
 rend es im öffentlichen Bau einen Rückgang gegeben haben dürfte.

## Arbeitsmarkt

Die Erwerbstätigkeit nimmt weiter zu. Die Zahl der Beschäftigten im Inland stieg im April ver-  
 glichen mit dem Vormonat saisonbereinigt um 32 000. Der Vorjahresabstand erhöhte sich da-  
 mit auf 398 000 Personen oder 1,0%. Die An-  
 zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäf-  
 tigtenverhältnisse nahm nach Schätzungen  
 der Bundesagentur für Arbeit (BA) im März  
 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt mit  
 62 000 erneut sehr kräftig zu. Im Vorjahresver-  
 gleich betrug der Zuwachs 472 000 Beschäf-  
 tigtenverhältnisse oder 1,6%. Die Indikatoren  
 für die Arbeitsmarktaussichten signalisieren im  
 Mai weiterhin positive Perspektiven. Die Einstel-  
 lungsbereitschaft der Unternehmen gemäß ifo  
 Beschäftigungsbarometer gab gegenüber dem  
 Vormonat allerdings von hohem Stand aus  
 etwas nach. Das gleiche gilt für den Stellen-  
 index der BA.

*Beschäftigung  
 expandiert  
 weiter*

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat sich  
 im Mai saisonbereinigt um 24 000 erhöht. Da-  
 bei hat auch eine Rolle gespielt, dass ein Teil  
 des saisonbereinigten Rückgangs der Arbeits-  
 losigkeit in den ersten vier Monaten des Jahres  
 (um insgesamt 74 000 Personen) durch das  
 milde Winterwetter bedingt war. Die Arbeits-  
 losenquote belief sich unverändert auf 6,7%.  
 Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die  
 Arbeitslosigkeit um 55 000 Personen. Die

*Arbeitslosigkeit  
 zuletzt etwas  
 höher nach  
 ungewöhn-  
 lichem  
 Rückgang  
 im Winter*

Unterbeschäftigung, die auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einschließt (ohne Kurzarbeit), hat sich demgegenüber im Vormonatsvergleich saisonbereinigt kaum verändert. Dem Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge ist für die nächsten Monate eine weitgehend unveränderte Arbeitslosigkeit zu erwarten.

## Preise

*Internationale Rohölpreise gestiegen*

Im Verlauf des Monats Mai waren die Rohölnotierungen zunächst rückläufig, zogen dann aber etwas an. Der Preis für ein Fass der Rohölsorte Brent übertraf den Vormonatswert im Mittel um 1%. Im Schnitt der ersten Junihälfte bewegten sich die Notierungen weiterhin knapp unter der Marke von 110 US-\$. Zum Abschluss dieses Berichts wurden vor dem Hintergrund verschärfter Auseinandersetzungen im Nahen Osten 111¾ US-\$ für ein Fass der Rohölsorte Brent gezahlt. Der Abschlag für zukünftige Rohöllieferungen belief sich bei Lieferung in sechs Monaten auf 3¼ US-\$ und bei Bezug in 12 Monaten auf 6½ US-\$.

*Rückläufige Einfuhr- und Erzeugerpreise*

Die Einfuhrpreise haben im April gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt weiter nachgegeben. Auch die industriellen Erzeugerpreise im Inlandsabsatz sind erneut gesunken. Dies hing jeweils vor allem mit dem Preisrückgang bei der Komponente Energie und nur zu einem kleinen Teil mit niedrigeren Preisen für andere Waren zusammen. Bei den Einfuhrpreisen verringerte sich der negative Vorjahresabstand auf 2,4%, während er bei den industriellen Erzeugerpreisen bei 0,9% verharrte.

*Im Mai nachgebende Verbraucherpreise*

Auf der Verbraucherstufe sind die Preise im Mai saisonbereinigt um 0,2% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Während die Preise für Energie und Nahrungsmittel saisonbereinigt weitgehend unverändert blieben, ermäßigten sich die Preise für gewerbliche Waren etwas stärker als sonst im Mai üblich. Die Preise von Dienstleistungen gaben nur wegen der Kom-

ponente Pauschalreisen nach. Dagegen setzten die Wohnungsmieten ihren aufwärtsgerichteten Trend fort. Die Jahresteuersatzrate ging im Mai sowohl beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) als auch in der harmonisierten Abgrenzung (HVPI) zurück, und zwar beim VPI von 1,3% auf 0,9%, und beim HVPI von 1,1% auf 0,6%. Dabei war auch der späte Termin von Pfingsten von Bedeutung, und beim VPI fiel die Anhebung der Lottogebühren vom Mai 2013 aus der Jahresrate.

## ■ Wertpapiermärkte

### Rentenmarkt

Im April 2014 stieg das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt mit einem Bruttoabsatz von 120,5 Mrd € leicht gegenüber dem Vormonat (112,4 Mrd €). Nach Abzug der ebenfalls gestiegenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden inländische Schuldverschreibungen für netto 23,6 Mrd € getilgt. Der Umlauf ausländischer Schuldverschreibungen in Deutschland erhöhte sich im Berichtsmonat um 16,8 Mrd €, sodass der Umlauf von Schuldtiteln am deutschen Markt insgesamt um 6,8 Mrd € sank.

*Nettotilgungen am deutschen Rentenmarkt im April*

Die öffentliche Hand tilgte im April Schuldverschreibungen in Höhe von netto 12,1 Mrd €, wobei 10,4 Mrd € auf den Bund, inklusive der ihm zuzurechnenden Abwicklungsanstalt, entfielen. Vor allem fünfjährige Bundesobligationen, aber auch Unverzinsliche Schatzanweisungen (Bubills) wurden per saldo getilgt (-15,3 Mrd € bzw. -1,8 Mrd €), während sich der Umlauf zweijähriger Bundesschatzanweisungen sowie zehnjähriger Bundesanleihen erhöhte (4,3 Mrd € bzw. 1,9 Mrd €). Die Länder tilgten im Ergebnis Anleihen für 1,7 Mrd €.

*Nettotilgungen der öffentlichen Hand*

Heimische Kreditinstitute führten im Berichtsmonat ihre Kapitalmarktverschuldung um 12,1 Mrd € zurück. Vor allem Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (zu denen bei-

## Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2013	2014	
	April	März	April
<b>Absatz</b>			
Inländische Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>	0,9	- 14,6	- 23,6
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 5,5	- 12,3	- 12,1
Anleihen der öffentlichen Hand	4,0	- 0,4	- 12,1
Ausländische Schuldverschreibungen <sup>2)</sup>	7,3	19,9	16,8
<b>Erwerb</b>			
Inländer	13,2	15,7	7,9
Kreditinstitute <sup>3)</sup>	- 2,0	0,6	1,7
Deutsche Bundesbank	- 1,4	- 0,2	- 1,8
Übrige Sektoren <sup>4)</sup>	16,6	15,3	8,0
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	10,0	- 1,9	- 10,6
Ausländer <sup>2)</sup>	- 5,0	- 10,4	- 14,7
<b>Absatz bzw. Erwerb insgesamt</b>	<b>8,2</b>	<b>5,3</b>	<b>- 6,8</b>

<sup>1</sup> Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. <sup>2</sup> Transaktionswerte. <sup>3</sup> Buchwerte, statistisch bereinigt. <sup>4</sup> Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

*Umlauf von Schuldverschreibungen der Kreditinstitute gesunken*

spielsweise auch öffentliche Förderbanken zählen) wurden getilgt, und zwar für 11,1 Mrd €. Daneben ging auch der Umlauf Öffentlicher Pfandbriefe zurück (2,0 Mrd €). Emittiert wurden hingegen flexibel gestaltbare Sonstige Bankschuldverschreibungen für netto 0,9 Mrd €.

*Kapitalmarktverschuldung der Unternehmen schwach gestiegen*

Inländische Unternehmen begaben im Berichtsmonat Anleihen für per saldo 0,6 Mrd €, im Vergleich zu Nettotilgungen in Höhe von 1,9 Mrd € im Vormonat. Dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um Titel mit Laufzeiten von über einem Jahr. Die Emissionen waren auf finanzielle Unternehmen (ohne Banklizenz) zurückzuführen, während nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften Anleihen netto tilgten.

*Heimische Nichtbanken als stärkste Erwerbergruppe*

Auf der Erwerberseite kauften im April vor allem heimische Nichtbanken Rentenwerte, und zwar für per saldo 8,0 Mrd €. Dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um ausländische Werte. Inländische Kreditinstitute

erwarben Schuldverschreibungen für netto 1,7 Mrd €; hier standen inländische Werte im Vordergrund des Interesses. Hingegen trennten sich ausländische Investoren von zinstragenden Papieren in Höhe von 14,7 Mrd €. Bei der Bundesbank gingen die Bestände an Schuldverschreibungen um 1,8 Mrd € zurück.

## Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt haben inländische Gesellschaften im Berichtsmonat kaum junge Aktien begeben (0,1 Mrd €). Der Bestand an ausländischen Dividentiteln am deutschen Markt stieg im gleichen Zeitraum um 2,1 Mrd €. Auf der Erwerberseite sind lediglich inländische Investoren in Erscheinung getreten. Vor allem die heimischen Kreditinstitute nahmen Dividentitel für 9,9 Mrd € in ihre Portfolios auf; dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um deutsche Werte. Nichtbanken erwarben Aktien für per saldo 2,1 Mrd €. Indessen trennten sich gebietsfremde Investoren – wie bereits in der Vergangenheit vor Dividenterminen – von inländischen Aktien für netto 9,8 Mrd €.

*Kaum Aktienemissionen am deutschen Markt*

## Investmentfonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im April schwache Mittelzuflüsse in Höhe von netto 2,8 Mrd €. Hiervon profitierten im Ergebnis vor allem die den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (2,6 Mrd €). Unter den Anlageklassen konnten vor allem Aktienfonds neue Anteile absetzen (4,4 Mrd €). Aber auch Gemischte Fonds (1,0 Mrd €) und Gemischte Wertpapierfonds (0,8 Mrd €) verzeichneten Mittelzuflüsse. Hingegen nahmen Rentenfonds Anteilscheine für 4,3 Mrd € zurück. Zudem stieg der Umlauf der in Deutschland vertriebenen ausländischen Fonds im Berichtsmonat um 2,5 Mrd €. Erworben wurden Investmentanteile im April vor allem von heimischen Nichtbanken (6,5 Mrd €), aber auch von gebietsansässigen Kreditinstituten (2,2 Mrd €). Hingegen trennten sich ausländische Investo-

*Schwache Mittelzuflüsse bei Investmentfonds*

ren von deutschen Anteilscheinen für per saldo 3,4 Mrd €.

## Zahlungsbilanz

*Leistungsbilanz-  
überschuss  
vermindert*

Die deutsche Leistungsbilanz wies im April 2014 – gemessen an den Ursprungsdaten – einen Überschuss von 18,4 Mrd € auf. Das Ergebnis lag um 1,3 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Ausschlaggebend dafür war die Verminderung des Aktivsaldo im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögens-einkommen sowie laufende Übertragungen umfasst. Der positive Saldo in der Handelsbilanz verbesserte sich in geringerem Umfang.

*Aktivsaldo im  
Außenhandel  
zugenommen*

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm der Überschuss im Außenhandel im April gegenüber dem Vormonat um 0,7 Mrd € auf 17,4 Mrd € zu. Saison- und kalenderbereinigt erhöhte er sich um 2,7 Mrd € auf 17,7 Mrd €. Dabei expandierten die wertmäßigen Ausfuhren gegenüber dem Vormonat (+ 3,0%), während die Einfuhren praktisch unverändert blieben (+ 0,1%).

*Positivsaldo  
bei den  
„unsichtbaren“  
Leistungstrans-  
aktionen zurück-  
gegangen*

Die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen verzeichneten im April insgesamt einen Überschuss von 3,3 Mrd €, nach 5,3 Mrd € im Vormonat. Der Rückgang hing mit der Verringerung der Nettoeinnahmen bei den grenzüberschreitenden Faktoreinkommen um 3,2 Mrd € auf 4,5 Mrd € zusammen. Ausschlaggebend dafür waren höhere Dividendenzahlungen an Gebietsfremde. Demgegenüber legte der Positivsaldo in der Dienstleistungsbilanz um 1,1 Mrd € auf 2,3 Mrd € zu. Das Defizit bei den laufenden Übertragungen verharrte bei 3,6 Mrd €.

*Netto-Kapital-  
exporte im  
Wertpapier-  
verkehr*

Vor dem Hintergrund steigender Zuversicht im Euro-Raum kam es im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands im April zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 47,5 Mrd €. Verantwortlich für diese Entwicklung waren sowohl der Verkauf von deutschen Wertpapie-

### Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2013	2014	
	April	März	April <sup>1)</sup>
<b>I. Leistungsbilanz</b>			
1. Außenhandel <sup>1)</sup>			
Ausfuhr (fob)	94,0	96,0	93,8
Einfuhr (cif)	76,0	79,4	76,4
Saldo	+ 18,0	+ 16,6	+ 17,4
nachrichtlich:			
Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	92,1	91,6	94,3
Einfuhr (cif)	74,8	76,6	76,6
2. Ergänzungen zum Außenhandel <sup>2)</sup>	- 1,3	- 2,3	- 2,2
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	18,6	19,0	18,5
Ausgaben	17,7	17,8	16,1
Saldo	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,3
4. Erwerbs- und Vermögens-einkommen (Saldo)	+ 2,5	+ 7,7	+ 4,5
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	2,2	1,1	1,8
Eigene Leistungen	4,8	4,7	5,4
Saldo	- 2,6	- 3,6	- 3,6
Saldo der Leistungsbilanz	+ 17,5	+ 19,7	+ 18,4
<b>II. Vermögensübertragungen (Saldo) <sup>3)</sup></b>	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2
<b>III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)</b>			
1. Direktinvestitionen	- 4,2	- 8,3	- 13,7
Deutsche Anlagen im Ausland	- 2,2	- 4,8	- 11,6
Ausländische Anlagen im Inland	- 2,0	- 3,6	- 2,2
2. Wertpapiere	- 35,6	- 42,5	- 47,5
Deutsche Anlagen im Ausland	- 7,6	- 27,6	- 19,5
darunter: Aktien	+ 2,0	- 4,8	- 0,3
Anleihen <sup>4) 5)</sup>	+ 8,6	- 19,4	- 14,0
Ausländische Anlagen im Inland	- 28,0	- 14,9	- 27,9
darunter: Aktien	- 22,1	- 3,6	- 9,8
Anleihen <sup>4) 5)</sup>	- 7,2	- 2,8	- 10,8
3. Finanzderivate	- 2,6	- 0,4	- 3,6
4. Übriger Kapitalverkehr <sup>6)</sup>	+ 18,6	+ 16,7	+ 34,2
Monetäre Finanzinstitute <sup>7)</sup>	+ 14,8	+ 14,7	- 0,2
darunter: kurzfristig	+ 11,5	+ 16,5	- 2,7
Unternehmen und Privatpersonen	+ 11,1	- 13,7	+ 13,5
Staat	- 2,3	- 4,1	+ 10,0
Bundesbank	- 5,0	+ 19,8	+ 11,0
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) <sup>8)</sup>	- 0,1	- 0,7	- 0,2
Saldo der Kapitalbilanz	- 23,7	- 35,3	- 30,7
<b>IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)</b>	+ 6,0	+ 15,2	+ 12,0

**1** Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). **2** Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. **3** Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. **4** Ursprungslaufzeit über ein Jahr. **5** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. **6** Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. **7** Ohne Bundesbank. **8** Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

ren durch gebietsfremde Anleger (27,9 Mrd €) als auch der Kauf ausländischer Wertpapiere durch hiesige Marktteilnehmer (19,5 Mrd €). Gebietsfremde Investoren veräußerten vorwiegend deutsche Schuldverschreibungen (14,7 Mrd €) und Aktien (9,8 Mrd €). Auf der anderen Seite – bei den inländischen Anlagen im Ausland – erhöhte sich vor allem der Bestand an auf Euro lautenden Anleihen gebietsfremder Emittenten (14,3 Mrd €). Daneben stockten inländische Anleger ihre Portfolios mit Investmentzertifikaten ausländischer Provenienz etwas auf (2,5 Mrd €).

Ausländische Investoren erwarben hauptsächlich Schuldverschreibungen deutscher Emittenten (13,9 Mrd €) und deutsche Aktien (5,9 Mrd €). Gebietsansässige Marktteilnehmer kauften im Ausland vorwiegend Investmentzertifikate (4,3 Mrd €) und Schuldverschreibungen (3,4 Mrd €). Dagegen trennten sie sich von Aktien (3,7 Mrd €).

*Netto-Kapital-  
exporte bei  
den Direkt-  
investitionen*

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im April – wie im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr – Netto-Kapitalexporte, und zwar in Höhe von 13,7 Mrd €. Maßgeblich war, dass gebietsansässige Firmen ihren Auslandsniederlassungen Mittel im Umfang von 11,6 Mrd € bereitgestellt haben. Dabei spielten kurz-

fristige konzerninterne Finanzkredite (5,9 Mrd €) sowie Reinvestitionen von im Ausland erzielten Gewinnen (3,8 Mrd €) eine wesentliche Rolle. Dagegen nahm der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland im April um 2,2 Mrd € ab. Auch hier waren kurzfristige Finanzkredite ausschlaggebend.

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im April per saldo Mittelzuflüsse (34,2 Mrd €). Auf die Transaktionen von Unternehmen und Privatpersonen entfielen dabei 13,5 Mrd €. Zusätzlich kamen bei staatlichen Stellen Gelder auf (10,0 Mrd €). Die Netto-Auslandsforderungen der Kreditinstitute blieben im April nahezu unverändert, während sich die Auslandsposition der Bundesbank um 11,0 Mrd € verringerte – in erster Linie durch erhöhte Einlagen bei der Bundesbank. Der TARGET2-Saldo für sich genommen hat die Forderungsposition der Bundesbank hingegen erhöht (7,6 Mrd €).

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im April – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,2 Mrd € zugenommen.

*Mittelzuflüsse im  
übrigen Kapital-  
verkehr*

*Währungs-  
reserven*

## Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016

*Die deutsche Wirtschaft ist mit viel Schwung in das Jahr 2014 gestartet. Zwar wird sich das hohe Expansionstempo des ersten Quartals nicht halten lassen, die Voraussetzungen für ein recht kräftiges Wirtschaftswachstum sind im Prognosezeitraum aber gegeben. Dazu zählt, neben der sich weiter verbessernden konjunkturellen Lage der Industrieländer und der graduellen Erholung des Euro-Raums, die gestärkte deutsche Binnenwirtschaft. Diese profitiert von niedriger Arbeitslosigkeit, kräftiger Zuwanderung, einer vergleichsweise guten finanziellen Lage der privaten und öffentlichen Haushalte, der gehobenen Stimmung der Konsumenten, dem geringen Verschuldungsgrad der Unternehmen und ausgewogenen Preis-Kosten-Relationen sowie sehr günstigen Finanzierungsbedingungen. Bremsend auf das Wirtschaftswachstum wirken künftig Verknappungen am Arbeitsmarkt, die durch Maßnahmen wie die abschlagsfreie Rente mit 63 verstärkt werden.*

*Unter diesen Bedingungen dürfte die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr in kalenderbereinigter Rechnung um knapp 2% expandieren, während in den beiden Folgejahren das Tempo allmählich nachlässt; in Ursprungswerten würde dies wegen teilweise recht ausgeprägter Kalendereffekte zu Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,9% im Jahr 2014, 2,0% im Jahr 2015 und 1,8% im Jahr 2016 führen. Da die Zuwächse das Potenzialwachstum deutlich übertreffen, steigt die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten spürbar. Die für diese Zunahme der Wirtschaftsleistung notwendigen Beschäftigungssteigerungen müssten vor allem aus der Zuwanderung gespeist werden, weil die Arbeitslosigkeit weitgehend auf einen friktionell und strukturell bedingten Kern reduziert und die Erwerbsbeteiligung bereits recht hoch ist. Die zu erwartenden Anspannungen am Arbeitsmarkt dürften mit einer Verstärkung des Lohnanstiegs einhergehen, zu der auch der neue allgemeine Mindestlohn beiträgt.*

*Der verstärkte Lohnanstieg wird sich in höheren Teuerungsraten niederschlagen. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) könnte sich die Preissteigerungsrate von 1,1% im laufenden Jahr auf 1,5% im kommenden und 1,9% im darauf folgenden Jahr erhöhen. Hierbei wird von unveränderten Wechselkursen und nachgebenden Rohölnotierungen ausgegangen. Ohne Energie gerechnet könnte die Rate im Jahr 2016 auf über 2% ansteigen.*

*Auf der Nachfrageseite ergeben sich Risiken vor allem aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld. Vermehrte geopolitische Spannungen oder eine erneute Zuspitzung der Krisen im Euro-Gebiet würden das BIP-Wachstum nicht nur über den Außenhandel, sondern auch über Vertrauenseffekte dämpfen. Auf der Angebotsseite bestehen erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich des Umfangs der zukünftigen Wanderungsströme, der noch mobilisierbaren Reserven am heimischen Arbeitsmarkt sowie der Wirkungen des Mindestlohns und der abschlagsfreien Rente mit 63. Stellen sich die Angebotsbedingungen günstiger dar als hier angenommen, sollten das BIP-Wachstum stärker und der Lohndruck schwächer ausfallen. In einem Szenario rascher zunehmender Verknappungen würden zumindest Löhne und Preise schneller steigen, und die realwirtschaftliche Expansion könnte hinter dem hier vorgezeichneten Pfad zurückbleiben.*

## Ausgangslage

*Deutsche Wirtschaft weiterhin in bemerkenswert guter Verfassung*

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich im Frühjahr 2014 in bemerkenswert guter Verfassung. Die Unternehmen schätzen den Umfragen von ifo und DIHK zufolge ihre wirtschaftliche Lage ganz überwiegend als gut oder zumindest zufriedenstellend ein, und die Verbraucher blicken laut GfK mit viel Zuversicht in die Zukunft. Dazu trägt bei, dass die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten gut ausgelastet sind und die Beschäftigung auch dank der starken Zuwanderung von einem hohen Stand aus weiter zunimmt.

*Kräftiges Wirtschaftswachstum im Winterhalbjahr 2013/2014*

Im Winterhalbjahr 2013/2014 ist die deutsche Wirtschaft kräftig gewachsen. Zu der bereits in der Dezember-Projektion erwarteten Verstärkung der konjunkturellen Tendenz kam ein mildes Winterwetter hinzu, welches im ersten Vierteljahr 0,3 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben dürfte.<sup>1)</sup> Während die BIP-Expansion im Schlussquartal 2013

entstehungsseitig ganz überwiegend vom Verarbeitenden Gewerbe getragen wurde, traten Anfang 2014 die Bauwirtschaft und die Dienstleistungsbereiche in den Vordergrund. Entsprechend dominierten auf der Verwendungsseite zunächst die Ausfuhren und im ersten Vierteljahr dann die inländische Verwendung, was mit einer spürbaren Zunahme der Einfuhren einherging.

Mit dem kräftigen Anstieg im letzten Vierteljahr 2013 hatten sich die Ausfuhren deutlich von den Vorquartalen abgesetzt; das erhöhte Niveau wurde zu Jahresbeginn 2014 weitgehend gehalten. Die in den Stimmungsindikatoren bereits im dritten Quartal 2013 antizipierte Steigerung der Exporte dürfte ein wesentlicher Grund für das Anziehen der Unternehmensinvestitionen im Winterhalbjahr gewesen sein, die sich von dem auch durch Verunsicherung bedingten Tief gelöst zu haben scheinen.

*Ausfuhren und Unternehmensinvestitionen ziehen an*

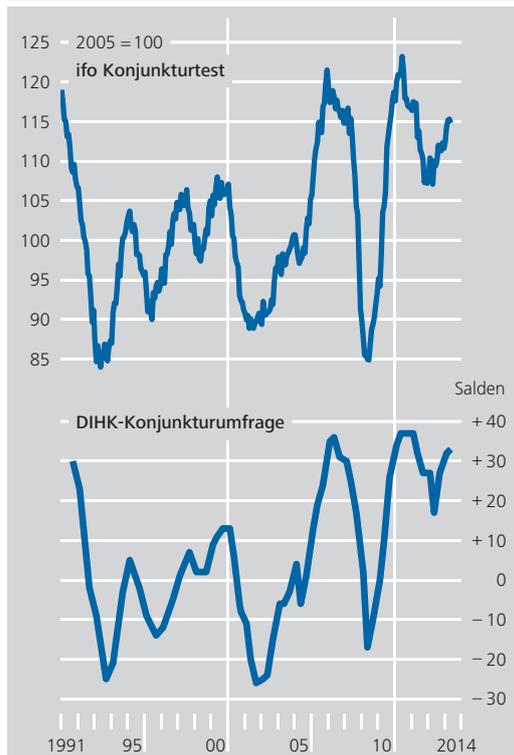
Der private Konsum expandierte im Winterhalbjahr zwar weitgehend im Einklang mit dem realen verfügbaren Einkommen, blieb aber ohne großen Schwung und enttäuschte damit die von der äußerst zuversichtlichen Konsumentenstimmung genährten Hoffnungen. Demgegenüber zogen die Wohnungsbauinvestitionen über Erwarten stark an. Die außerordentlich günstigen Witterungsbedingungen vor allem in den ersten beiden Monaten des Jahres erlaubten es, den aufgrund der hohen Kapazitätsauslastung entstandenen Nachfrageüberhang nach Bauleistungen etwas abzubauen.

*Privater Konsum ohne den erwarteten Schwung, kräftige Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen*

Auf dem Arbeitsmarkt schlug sich die konjunkturelle Verbesserung schneller und stärker nieder, als dies in der Dezember-Projektion erwartet worden war. Zu der kräftigen Expansion der Beschäftigung trug der anhaltend hohe Zustrom an Arbeitskräften aus dem Ausland bei. Die Nettozuwanderung übertraf im vergange-

*Arbeitsmarkt spürbar verbessert*

### Lagebeurteilung



<sup>1</sup> Siehe: Deutsche Bundesbank, Wettereffekte auf das Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr 2013/2014, Monatsbericht, Mai 2014, S. 58 f.

nen Jahr mit 437 000 Personen die bisherigen Ansätze erneut deutlich.

*Lohnkostenanstieg im Rahmen der Erwartungen*

Der Anstieg der Lohnkosten entsprach im Winterhalbjahr 2013/2014 gemessen an den Arbeitnehmerentgelten weitgehend den Erwartungen, obwohl die eigentlich anstehende Kürzung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zur Finanzierung zusätzlicher Leistungen ausgesetzt wurde. Gedämpft wurde die Zunahme der Lohnkosten durch eine überraschend starke negative Lohndrift. Insbesondere im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe blieben die Effektiventgelte erheblich hinter dem Anstieg der Tarifentgelte zurück. Hierbei könnte eine Rolle gespielt haben, dass Einzelhandelsunternehmen den verspäteten Tarifabschluss vom Dezember 2013 in den Vergütungen zum Teil schon vorweggenommen hatten, sodass die Nachzahlungen Anfang 2014 geringer ausfielen als unterstellt.

*Preisanstieg schwächer als erwartet*

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe hat sich etwas stärker abgeflacht als in der letzten Prognose angenommen. Ganz überwiegend war dies auf saisonale Sondereinflüsse und veränderte außenwirtschaftliche Bedingungen zurückzuführen. Das milde Winterwetter hat die Energie- und Nahrungsmittelpreise gedämpft. Bei Energie und Industriewaren wirkte auch die Aufwertung des Euro preisdrückend. Zudem fiel der preissteigernde Effekt der Umlage zur Förderung umweltfreundlicher Stromerzeugung schwächer aus als vermutet. Die Dienstleistungspreise hingegen stiegen im Rahmen der Erwartungen.

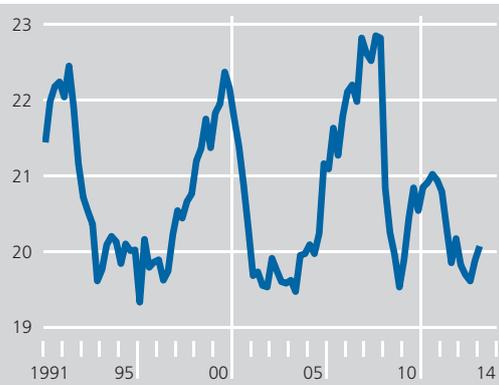
## ■ Rahmenbedingungen

*Annahmenbasierte Prognose*

Die hier vorgelegte Projektion basiert auf Annahmen über den Welthandel, die Wechselkurse, die Rohstoffpreise und die Zinssätze, die von Experten des Eurosystems festgelegt wurden. Ihnen liegen Informationen zugrunde, die am 15. Mai 2014 verfügbar waren. Die Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung im

### Investitionsquote des Unternehmenssektors

Bruttoanlageinvestitionen in % der Bruttowertschöpfung, preis- und saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.  
 Deutsche Bundesbank

Euro-Raum ergeben sich aus den Projektionen der nationalen Zentralbanken der Euro-Länder.

Nachdem sich das globale Wirtschaftswachstum im Zuge der anziehenden Industriekonjunktur im Laufe des vergangenen Jahres verstärkt hatte, ging der Schwung Anfang 2014 zwar etwas verloren. Es wird aber davon ausgegangen, dass die Weltwirtschaft im weiteren Verlauf des Jahres wieder stärker expandiert. Die Hoffnungen richten sich dabei vor allem auf die Industrieländer: Da die Konsolidierung der Bilanzen im Privatsektor und der öffentlichen Haushalte vorangekommen ist und die Geldpolitik grundsätzlich expansiv bleibt, ist mit einem spürbaren Nachfrageanstieg zu rechnen, der sich angesichts der bestehenden Kapazitätsreserven in höherem Wirtschaftswachstum niederschlagen sollte. In einer Reihe von Schwellenländern behindern hingegen strukturelle Engpässe das Wirtschaftswachstum. Auch machen sich finanzielle und makroökonomische Ungleichgewichte bemerkbar, sodass der Beitrag der aufstrebenden Volkswirtschaften zum globalen Wachstum wohl spürbar geringer ausfallen wird als im Durchschnitt der vergangenen Dekade. Insgesamt könnte das globale Wachstum im laufenden Jahr bei Kaufkraftparitätischer Gewichtung mit 3¼% zwar stärker ausfallen als im Vorjahr, die in der Dezember-Projektion genährten Erwartungen würden

*Globales Wachstum und Welthandel verstärken sich spürbar*

### Wichtige Annahmen der Prognose

Position	2013	2014	2015	2016
Wechselkurse für den Euro				
US-Dollar je Euro Effektiv <sup>1)</sup>	1,33 101,7	1,38 104,2	1,38 104,4	1,38 104,4
Zinssätze				
EURIBOR-Dreimonatsgeld	0,2	0,3	0,3	0,4
Umlaufrendite öffentlicher Anleihen <sup>2)</sup>	1,6	1,5	1,8	2,1
Rohstoffpreise				
Rohöl <sup>3)</sup>	108,8	107,2	102,2	98,2
Sonstige Rohstoffe <sup>4) 5)</sup>	-5,2	0,3	1,7	4,6
Absatzmärkte der deutschen Exporteure <sup>5) 6)</sup>	1,8	3,5	4,9	5,4

1 Gegenüber den Währungen der 20 wichtigsten Handelspartner des Euro-Raums (EWK-20-Gruppe), 1. Vj. 1999 = 100. 2 Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren. 3 US-Dollar je Fass der Sorte Brent. 4 In US-Dollar. 5 Veränderung gegenüber Vorjahr in %. 6 Arbeitstäglich bereinigt.

Deutsche Bundesbank

– nicht zuletzt wegen des schwachen Jahresauftakts – aber nicht ganz erfüllt. Für die beiden Folgejahre wird mit einer leichten Steigerung auf jeweils 3¾% gerechnet. Der Welt-handel dürfte, auch aufgrund eines schwachen Starts in das Jahr, mit + 4% für 2014 eher verhalten und langsamer als in der Dezember-Projektion vermutet zunehmen. Erst für die kommenden beiden Jahre wird bei Zuwächsen von mehr als 5% von einer deutlich verstärkten Expansion ausgegangen. Das Absatzmarktwachstum deutscher Unternehmen bleibt wegen der größeren Bedeutung des Euro-Raums etwas hinter dem des Welthandels zurück.

Der im Frühjahr 2013 begonnene Erholungsprozess im Euro-Raum hat sich im Winterhalbjahr fortgesetzt, wenn auch weiterhin in sehr verhaltenem Tempo. Im Prognosezeitraum wird zwar von einer Verstärkung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung ausgegangen, aber auch im Jahr 2016 werden die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten voraussichtlich noch nicht normal ausgelastet sein. Wesentliche Impulse für den Euro-Raum werden von dem höheren globalen Wachstum erwartet. Dabei dürften die Ausfuhren in Drittländer von der fortschreitenden Anpassung der Kostenstrukturen in einigen Mitgliedstaaten und der hierdurch gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit profitieren. Im laufenden Jahr wird das Ausfuhr-

*Erholungsprozess im Euro-Raum setzt sich fort*

wachstum allerdings noch durch die Nachwirkungen der Euro-Aufwertung gebremst. Die erwarteten Exporterfolge sollten auch zu einer vermehrten Sachkapitalbildung motivieren. Dabei ist mit ins Bild zu nehmen, dass die Brems-effekte, die derzeit noch von der Unterauslastung der Kapazitäten, dem Zwang zur Konsolidierung der Bilanzen und dem in einigen Ländern erschwerten Zugang zu Bankkrediten ausgehen, wohl erst allmählich nachlassen werden. Zudem wird aufgrund der nur langsam einsetzenden Erholung der Arbeitsmärkte die hohe Arbeitslosigkeit in einer Reihe von EWU-Partnerländern weiter auf dem privaten Konsum lasten. Gestärkt wird dieser allerdings durch den in der Prognose unterstellten Rückgang der Energiepreise. Auch sollte der fiskalische Konsolidierungsdruck die Nachfrage nicht im gleichen Maße beeinträchtigen wie in den Vorjahren. Insgesamt wird für das laufende Jahr im Euro-Raum eine BIP-Wachstumsrate von 1,0% veranschlagt. Für 2015 und 2016 werden Steigerungen um 1,7% und 1,8% erwartet. Ohne Deutschland gerechnet entspräche dies Zuwachsraten von 0,7% in diesem Jahr, 1,6% im Jahr 2015 und 1,8% im Jahr 2016.

Mit der graduellen wirtschaftlichen Erholung im Euro-Raum und der Rückkehr des Vertrauens hat der Euro weiter an Wert gewonnen. In dem für die Ableitung der Wechselkursannahmen relevanten Zeitraum notierte er bei 1,38 US-\$, und damit 3% über der Dezember-Prognose. Auch gegenüber dem Yen und dem Renminbi notierte der Euro fester. Bezogen auf die für den Außenhandel 20 wichtigsten Währungen beläuft sich die Aufwertung auf 2%.

*Höher bewerteter Euro*

Zu Beginn dieses Jahres ließ die Erwartung einer Normalisierung der Ölförderung in Libyen die Rohölpreise zunächst deutlich sinken. Im Zuge der Zuspitzung des Konflikts in der Ukraine und der damit verbundenen Angebotsrisiken stiegen die Notierungen zeitweise wieder deutlich an. Später reduzierten politische Unruhen das Ölangebot aus Libyen erneut, sodass die Internationale Energie Agentur für die zweite Jahreshälfte 2014 sogar vor Angebots-

*Annahme rückläufiger Rohölnotierungen und ansteigender sonstiger Rohstoffpreise*

knappheiten warnte. Dennoch zeigten die Terminnotierungen, aus denen die Annahmen für die Rohölpreise abgeleitet werden, zuletzt über das gesamte Fristenspektrum nach unten. Somit ergibt sich für die Prognose ein abfallender Pfad der Rohölpreise. In US-Dollar gerechnet liegt er zwar etwas höher als in der Dezember-Projektion, in Euro gerechnet hingegen aufgrund der Aufwertung beinahe gleichauf. Die anderen Rohstoffpreise dürften insgesamt nach einer flachen Bewegung im laufenden Jahr angesichts der Expansion der Weltwirtschaft wieder spürbar ansteigen. Bei Nahrungs- und Genussmitteln kam es in den ersten Monaten des Jahres zu Preissprüngen, die sich teilweise wieder zurückbilden könnten.



*Zinsen und Finanzierungsbedingungen weiterhin sehr günstig*

Die anhaltend niedrigen Preissteigerungsraten auf der Verbraucherstufe sowie die Ankündigung des EZB-Rats, auf längere Zeit den hohen Grad an Akkommodierung beizubehalten und gegebenenfalls eine zusätzliche geldpolitische Lockerung vorzunehmen, haben die Erwartungen über den Pfad der Kurzfristzinssätze weiter gedämpft. Auch die Rendite neun- bis zehnjähriger Staatsanleihen bleibt hinter den Annahmen der letzten Prognose zurück. Entsprechend wird nur ein sehr verhaltener Anstieg der Zinsen für Bankkredite in Deutschland unterstellt. Die übrigen Finanzierungsbedingungen, die in Umfragen von ifo und DIHK als äußerst günstig dargestellt werden, dürften sich ebenfalls nicht nennenswert verschlechtern.<sup>2)</sup>

*Wirtschaftspolitische Maßnahmen beeinträchtigen das Wachstumspotenzial*

Bei der gesamtwirtschaftlichen Projektion werden nur die staatlichen Maßnahmen einbezogen, die bereits verabschiedet oder zumindest hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung wahrscheinlich erscheint. Dazu zählen in Bezug auf den Arbeitsmarkt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn und die „Rente mit 63“: Ab Juli 2014 wird es Erwerbstätigen mit einer Beitragshistorie von 45 Jahren ermöglicht, die gesetzliche Rente bereits in einem Alter von 63 Jahren abschlagsfrei in Anspruch zu nehmen. Es wird damit gerechnet, dass diese Maßnahme das Erwerbspersonenpotenzial bis 2016 um rund 165 000 Personen oder 0,4% ver-

ringert. Zudem plant die Bundesregierung, ab dem 1. Januar 2015 einen allgemeinen Mindestlohn in Höhe von 8,50 € je Stunde einzuführen. Nach eigenen Schätzungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und zusätzlicher Informationen aus anderen Quellen könnte der Mindestlohn die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme um gut ½% anheben, wovon der überwiegende Teil im Jahr 2015 anfiel. Zwar wird der Mindestlohn vor allem bei den sogenannten Mini-Jobs lohnsteigernd wirksam, es sind aber auch sozialversicherungspflichtige Stellen mit reduzierten Qualifikationsanforderungen betroffen. Aufgrund der teilweise recht spürbaren Lohnkostensteigerungen in diesem Bereich dürfte der Mindestlohn die Arbeitsmarktchancen der Geringqualifizierten schmälern und mittelfristig die strukturelle Arbeitslosenquote etwas anheben.

Die in der Projektion berücksichtigten finanzpolitischen Maßnahmen verschlechtern für sich genommen den staatlichen Finanzierungssaldo 2014 und 2015 jeweils deutlich (2015 gegenüber 2013 um insgesamt ¾% des BIP). Auf der Einnahmenseite wird eine Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversiche-

*Finanzpolitische Maßnahmen insgesamt expansiv*

<sup>2</sup> In der Prognose wird angenommen, dass die Überprüfung der Bankbilanzen durch das Eurosystem keine nachteiligen Folgen für das Kreditangebot haben wird.

rung im Jahr 2015 unterstellt, da andernfalls die Rücklagenobergrenze überschritten würde. Außerdem wird angenommen, dass die Krankenkassen mit der Finanzierungsreform 2015 im Durchschnitt ihre Beitragssätze senken und angesichts der schrumpfenden Rücklagen ab 2016 wieder anheben.<sup>3)</sup> Bei der Einkommensteuer führen vor allem der höhere Grundfreibetrag ab 2014 und der über den Prognosezeitraum weiter fortschreitende Übergang zur nachgelagerten Rentenbesteuerung zu Mindererträgen. Die staatlichen Ausgaben steigen durch die Leistungsausweitungen der gesetzlichen Rentenversicherung<sup>4)</sup> ab Mitte 2014 deutlich. Im Bereich von Gesundheit und Pflege sind Kostenerhöhungen berücksichtigt, die insbesondere mit dem Auslaufen der Rabattverträge für Arzneimittel im laufenden Jahr und einer Anpassung der Leistungssätze der sozialen Pflegeversicherung an die Preisentwicklung im kommenden Jahr zusammenhängen.<sup>5)</sup> Die vom Bundeskabinett im März 2014 beschlossenen zusätzlichen Haushaltsmittel – hauptsächlich für Verkehrsinfrastruktur, Kinderbetreuung, Bildung und Forschung – führen im Prognosezeitraum zu jährlich steigenden Belastungen des Bundeshaushalts. Da diese teilweise der finanziellen Entlastung der Länder und Gemeinden dienen, verschlechtern sie den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo aber in geringerem Maße.

## ■ Konjunktureller Ausblick<sup>6)</sup>

Nach dem kräftigen Wirtschaftswachstum zu Jahresbeginn dürfte die deutsche Volkswirtschaft zunächst spürbar schwächer expandieren. Das außergewöhnlich milde Winterwetter hat im ersten Vierteljahr das Aktivitätsniveau vor allem in der Baubranche weit über das saisonübliche Maß angehoben. Im zweiten Vierteljahr kommt es deshalb in saisonbereinigter Betrachtung zu einem gegenläufigen Rateneffekt.<sup>7)</sup> Zudem scheint die konjunkturelle Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt etwas nachgelassen zu haben. Dies legen zumindest die Auftragseingänge der Industrie

nahe, die im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal stagnierten. Allerdings könnte das industrielle Produktionsergebnis im zweiten Quartal besser ausfallen, als die Auftragsdaten für das erste Vierteljahr andeuten: So hatte sich die Beschleunigung des Auftragseingangs im Laufe des vergangenen Jahres nicht voll in der Erzeugung niedergeschlagen, was mit der Tendenz zur Produktionsglättung zu tun haben dürfte. Überdies sind die kurzfristigen Produktionserwartungen des Verarbeitenden Gewerbes laut ifo weiterhin expansiv ausgerichtet, und bei den mittelfristigen Geschäftserwartungen überwiegen den Umfragen von ifo und DIHK zufolge die positiven Einschätzungen. Daher ist auch von einer Erholung des Auftragseingangs auszugehen. Im dritten Vierteljahr sollte das Wirtschaftswachstum in Deutschland demnach wieder höher ausfallen, zumal die Nachfrage nach Bauleistungen weiterhin lebhaft ist und die Konsumenten in guter Stimmung sind. Es wird vermutlich aber nicht ganz an das durchschnittliche Expansionstempo der ersten Jahreshälfte heranreichen.

Auch in mittelfristiger Perspektive sind die Voraussetzungen für ein recht kräftiges Wirtschaftswachstum gegeben. Dazu zählt neben

*Mittelfristig vielversprechende Perspektiven, ...*

*Vorübergehend spürbare Abschwächung des Wirtschaftswachstums*

3 Davon betroffen ist nur der von den Mitgliedern zu tragende Teil.

4 Aufgestockt werden dabei in bestimmten Fällen die Renten für Erziehungszeiten (Mütterrenten) und bei vorgezogenen Rentenzugängen (Rente mit 63) sowie generell die Neurenten wegen Erwerbsminderung.

5 Die beabsichtigte Pflegereform wurde – soweit sie darüber hinausgeht – nicht einbezogen, da bis zum Prognoseabschluss noch kein Kabinettsbeschluss vorlag. Der nunmehr vorliegende Gesetzentwurf sieht eine Anhebung des Pflegebeitragsatzes um 0,3 Prozentpunkte ab 2015, Ausgabenausweitungen sowie Zuführungen an eine gesonderte Rücklage vor. Die Vorhaben würden den Finanzierungssaldo im Vergleich zur vorliegenden Prognose ab 2015 leicht verbessern, weil die Beitragsmehrerträge teilweise zur Rücklagenbildung sowie zur Abdeckung der in der Prognose berücksichtigten preisabhängigen Anhebung der Leistungssätze verwendet werden sollen.

6 Die hier vorgestellte Vorausschätzung für Deutschland wurde am 22. Mai 2014 abgeschlossen. Sie ist in die am 5. Juni 2014 von der Europäischen Zentralbank veröffentlichte Projektion für den Euro-Raum eingegangen. Die Prognose wurde letztmals auf Basis des ESVG 1995 erstellt. Das Statistische Bundesamt wird am 1. September 2014 zurückgerechnete VGR-Ergebnisse nach den Definitionen des ESVG 2010 veröffentlichen.

7 Siehe: Deutsche Bundesbank, Wettereffekte auf das Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr 2013/2014, a. a. O.

der unterstellten Besserung der konjunkturellen Lage in den Industrieländern und der erwarteten graduellen Erholung des Euro-Raums die gestärkte deutsche Binnenwirtschaft. Diese profitiert von niedriger Arbeitslosigkeit, kräftiger Zuwanderung, einer vergleichsweise guten finanziellen Lage der privaten und öffentlichen Haushalte, einem geringen Verschuldungsgrad der Unternehmen und ausgewogenen Preis-Kosten-Relationen sowie sehr günstigen Finanzierungsbedingungen. In diesem Szenario sollten daher die Auslandsnachfrage sowie die Investitions- und Konsumausgaben spürbar zunehmen.

*... aber zunehmende Knappheiten am Arbeitsmarkt beschränken das Potenzialwachstum*

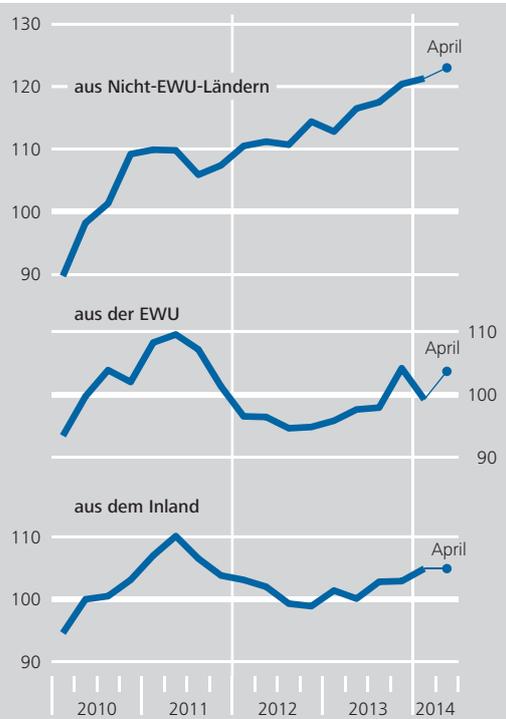
Bremsend auf das Wirtschaftswachstum dürften hingegen künftig Verknappungen am Arbeitsmarkt wirken. Zwar wird der ungünstige demografische Trend gegenwärtig durch die verstärkte Zuwanderung noch mehr als kompensiert, Maßnahmen wie der Mindestlohn und vor allem die neue Rente mit 63 für langjährig Versicherte beschränken aber den potenziellen Arbeitseinsatz und, wegen der langfristigen Komplementarität der Produktionsfaktoren, mittelbar auch die Sachkapitalbildung. Dies schlägt sich in dem erwarteten Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials nieder, das mit durchschnittlich 1,2% im Prognosezeitraum geringer ausfällt als noch in der Dezember-Projektion unterstellt.

*Nachlassendes Wirtschaftswachstum, steigende Auslastung*

Unter diesen Bedingungen dürfte die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr in kalenderbereinigter Rechnung um knapp 2% expandieren, während in den beiden Folgejahren das Tempo allmählich nachlässt. Die Jahresverlaufsrategie dabei von 1,9% im Jahr 2014 auf 1,6% im Jahr 2016 zurück. Gleichwohl überträfe das Wirtschaftswachstum weiterhin das Potenzialwachstum deutlich, sodass sich ausgehend von einem normalen Nutzungsgrad eine spürbar steigende Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten ergibt: Die Normalauslastung würde am Ende des Prognosehorizonts um knapp 2% übertroffen. In Ursprungswerten würde dieses Verlaufsmuster wegen teilweise recht starker Kalendereffekte zu BIP-Wach-

### Auftragseingang in der Industrie

Volumen, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. Deutsche Bundesbank

tumsraten von 1,9% im Jahr 2014, 2,0% im Jahr 2015 und 1,8% im Jahr 2016 führen.

Gegenüber der Dezember-Projektion wird die Wachstumserwartung für das Jahr 2014 damit um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Dies ist bei einem weitgehend unveränderten Gesamtbild den günstigen Witterungsbedingungen zu Jahresbeginn zuzuschreiben. Der Nachfrageüberhang nach Bauleistungen konnte dadurch partiell abgebaut werden, und angesichts der weiterhin kräftig steigenden Wohnungsbaunachfrage ist im weiteren Verlauf des Jahres kaum mit negativen Kompensationseffekten zu rechnen. Hinzu kommt, dass die Ausrüstungsinvestitionen mit größerem Schwung in das Jahr gestartet sind als erwartet. Zudem stellt sich die Beschäftigungstendenz günstiger dar. Die BIP-Wachstumsprognose für das Jahr 2015 bleibt mit 2,0% unverändert.

*Leichte Aufwärtsrevision der BIP-Prognose für 2014*

Die Ausfuhren sollten nach dem nur sehr verhaltenen Anstieg im ersten Quartal 2014 wie-

## Gesamtwirtschaftliche Produktion und Produktionslücke

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 2014 bis 2016 eigene Prognose.  
 Deutsche Bundesbank

## Technische Komponenten zur BIP-Wachstumsprognose

in % bzw. Prozentpunkten

Position	2013	2014	2015	2016
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres <sup>1)</sup>	-0,3	0,6	0,6	0,7
Jahresverlaufsrate <sup>2)</sup>	1,4	1,9	1,9	1,6
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	0,5	1,9	1,8	1,7
Kalendereffekt <sup>3)</sup>	-0,1	0,0	0,2	0,1
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate <sup>4)</sup>	0,4	1,9	2,0	1,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2014 bis 2016 eigene Prognosen. **1** Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. **2** Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und arbeitstäglich bereinigt. **3** In % des BIP. **4** Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Deutsche Bundesbank

der an ihre merklich aufwärtsgerichtete Grundtendenz anknüpfen. Darauf deuten die laut ifo und DIHK weiterhin optimistischen Exporterwartungen der Industrieunternehmen hin. Angesichts der verstärkten globalen Expansion und der Erholung im Euro-Raum könnten die Ausfuhren im laufenden Jahr um 4% zunehmen. Damit würde das Exportwachstum das Absatzmarktwachstum wieder leicht übertreffen, nachdem es im Vorjahr deutlich dahinter zurückgeblieben war. Im Folgejahr könnte das Exportwachstum mit 5¼% (kalenderbereinigt 4½%) hingegen etwas schwächer als die Expansion der Absatzmärkte ausfallen. Dies ist auch für 2016 zu erwarten. Zum einen dürfte der verstärkte Anstieg der inländischen Produktionskosten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte insbesondere innerhalb des Euro-Raums belasten. Zum anderen dürfte der sich in einigen Branchen abzeichnende Fachkräftemangel zunehmend in das Blickfeld der Unternehmen geraten und in ihre Investitionsentscheidungen einfließen. Dabei könnte gerade für exportorientierte Industrieunternehmen das größere Angebot qualifizierter Arbeitskräfte in wichtigen Absatzmärkten einen weiteren Grund für die Ausweitung der Vorortproduktion darstellen.<sup>8)</sup>

*Ausfuhren wieder mit mehr Schwung*

Angesichts positiver Absatzperspektiven, steigender gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung und äußerst günstiger Finanzierungsbedingungen ist zu erwarten, dass sich die eingeschlagene Erholung der Unternehmensinvestitionen fortsetzt. Die Ausweitung der Ausgaben für Maschinen, Anlagen und Gewerbebauten dürfte primär Ersatz- und Modernisierungsvorhaben widerspiegeln. Daneben wird es wieder vermehrt zu Erweiterungsinvestitionen kommen. Dabei könnten insbesondere im laufenden Jahr zuvor zurückgestellte Projekte nachgeholt werden. Der Spielraum für eine Ausweitung der inländischen Produktionskapazitäten bleibt aber durch die von den demografischen Trends geprägten mittel- bis langfris-

*Wieder spürbar steigende Unternehmensinvestitionen*

<sup>8</sup> Das zeigen auch die Ergebnisse der DIHK-Umfrage zu den Auslandsinvestitionen der Industrie an.

tig ungünstigen Perspektiven für das Arbeitsangebot begrenzt, sodass die Investitionskonjunktur schwächer ausfallen könnte als in früheren Aufschwungphasen.

*Wohnungsbau geprägt durch Neubau*

Die gegenwärtige Situation auf den Immobilienmärkten ist durch eine hohe, weiter steigende Nachfrage nach Wohnraum gekennzeichnet, die sich auf nachhaltig verbesserte Aussichten für Beschäftigung und Einkommen und die damit einhergehende hohe Zuwanderung gründet und durch die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen zusätzlich gestützt wird. Die Neubauaktivitäten haben sich in den vergangenen Jahren zwar bereits deutlich verstärkt, gleichwohl dürfte die Ausweitung des Wohnungsbestandes in den besonders gefragten Ballungsräumen noch hinter dem Bedarf zurückbleiben, was in kräftigen Immobilienpreissteigerungen zum Ausdruck kommt.<sup>9)</sup> Die Anzahl der neu genehmigten Wohnungen ist im Jahr 2013 um rund 12% gestiegen. Dies signalisiert eine weitere kräftige Zunahme der Neubauinvestitionen. Insgesamt könnten sich die Wohnungsbauinvestitionen einschließlich der weniger dynamischen Bestandsmaßnahmen im laufenden Jahr um gut 5% erhöhen. Die Expansion dürfte sich aufgrund des Nachholbedarfs und der anhaltend günstigen Nachfragebedingungen über den gesamten Prognosehorizont fortsetzen, wenn auch mit nachlassenden Zuwachsraten.

*Staatliche Investitionen nehmen deutlich zu*

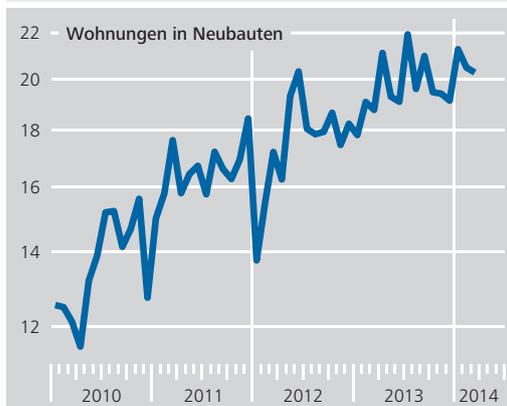
Bei den staatlichen Investitionen sind in den Prognosejahren deutliche Zuwächse zu erwarten. Zum einen ist eine Aufstockung der Verkehrsinvestitionen des Bundes konkret geplant. Zum anderen sprechen die relativ gute Finanzlage vieler Gebietskörperschaften und der vielfach diagnostizierte Nachholbedarf dafür, dass die staatlichen Investitionsausgaben merklich ausgeweitet werden.

*Bruttoanlageinvestitionen mit kräftigem Beitrag zum Wirtschaftswachstum*

Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen in den Jahren 2014 und 2015 um jeweils 4¾% ansteigen und damit nach zwei Jahren der Schwäche einen erheblichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum in Deutschland leisten.

### Erteilte Genehmigungen im Wohnungsbau

Anzahl in Tsd., saisonbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.  
 Deutsche Bundesbank

Im Jahr 2016 könnte sich die Expansion der Sachkapitalbildung angesichts des dann wieder erreichten Niveaus etwas verlangsamen.

Auch vom privaten Verbrauch sind positive Impulse zu erwarten. Die von der GfK gemessene Stimmung der Konsumenten hat sich seit dem Jahreswechsel von einem hohen Niveau aus weiter verbessert. Dahinter steht eine ausgesprochen hohe Anschaffungsneigung der privaten Haushalte, die von der guten Arbeitsmarktlage profitieren und erwarten, an den verbesserten konjunkturellen Perspektiven über steigende Realeinkommen teilzuhaben. Nach der vorliegenden Projektion dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im laufenden Jahr preisbereinigt um 1½% zunehmen. Zum einen ziehen die Lohneinkommen an, und die Erwerbstätigkeit steigt, zum anderen ist die Preistendenz auf der Verbraucherstufe weiterhin gedämpft. Im Gefolge der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, der Leistungsausweitungen und der unterstellten Senkung des Beitragsatzes bei der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der erwarteten temporären Absenkung von Beiträgen zu den gesetzlichen Krankenkassen

*Privater Konsum wächst etwas stärker als das verfügbare Einkommen*

<sup>9)</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2013, Monatsbericht, Februar 2014, S. 65–67.

## Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Prognose

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2013	2014	2015
BIP (real)	0,4	1,9	2,0
desgl. arbeitstäglich bereinigt	0,5	1,9	1,8
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	0,9	1,4	2,0
nachr.: Sparquote	10,0	10,0	9,9
Konsumausgaben des Staates	0,4	1,7	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	-0,8	4,8	4,7
Unternehmensinvestitionen <sup>1)</sup>	-2,1	4,8	5,1
Private Wohnungsbauinvestitionen	0,5	5,1	4,2
Staatliche Investitionen	2,5	3,6	4,4
Exporte	0,9	3,9	5,2
Importe	1,5	5,2	6,2
nachr.: Leistungsbilanzsaldo <sup>2)</sup>	7,5	7,4	7,2
Beiträge zum BIP-Wachstum <sup>3)</sup>			
Inländische Endnachfrage	0,5	2,0	2,3
Vorratsveränderungen	0,1	0,3	-0,1
Exporte	0,5	2,0	2,6
Importe	-0,7	-2,3	-2,8
Arbeitsmarkt			
Arbeitsvolumen <sup>4)</sup>	0,1	1,0	0,5
Erwerbstätige <sup>4)</sup>	0,6	0,8	0,4
Arbeitslose <sup>5)</sup>	3,0	2,8	2,8
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	6,9	6,6	6,4
Löhne und Lohnkosten			
Tarifverdienste <sup>7)</sup>	2,4	3,2	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,2	2,8	3,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	2,0	2,7	3,2
Reales BIP je Erwerbstätigen	-0,1	1,1	1,6
Lohnstückkosten <sup>8)</sup>	2,1	1,6	1,6
nachr.: BIP-Deflator	2,2	1,5	1,8
Verbraucherpreise <sup>9)</sup>	1,6	1,1	1,5
ohne Energie	1,6	1,3	1,8
Energiekomponente	1,8	-1,0	-0,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2014 bis 2015 eigene Prognosen. **1** Private Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau. **2** In % des nominalen BIP. **3** Rechnerisch, in Prozentpunkten. Abweichungen in der Summe rundungsbedingt. **4** Inlandskonzept. **5** In Millionen Personen (Definition der Bundesagentur für Arbeit). **6** In % der zivilen Erwerbspersonen. **7** Auf Monatsbasis; gemäß Tariflohnindex der Bundesbank. **8** Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und dem realen BIP je Erwerbstätigen. **9** Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Deutsche Bundesbank

dürften die realen verfügbaren Einkommen trotz anziehender Teuerungsrate im Jahr 2015 sogar um knapp 2% zunehmen. Die Sparquote könnte wie in den vergangenen Jahren weiter leicht sinken, sodass sich die privaten Konsumausgaben noch etwas stärker als die verfügbaren Einkommen erhöhen würden.

Für den Staatsverbrauch wird ebenfalls eine spürbare Verstärkung unterstellt. Im Bereich Gesundheit und Pflege werden nach wie vor kräftige Zuwächse erwartet. Darüber hinaus wachsen die Personalausgaben und Sachkäufe in der Prognose weitgehend parallel zum BIP. Dabei spielen auch die von der Bundesregie-

rung vorgesehenen zusätzlichen Mittel für Kinderbetreuung und Bildung eine Rolle.

Mit der verstärkten Expansion der Ausfuhren und der inländischen Endnachfrage sollten die Einfuhren im Prognosezeitraum kräftig steigen. Die fortschreitende Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung wird sich zudem in einem weiteren Anstieg des Importgehalts der Exporte und anderer Verwendungskomponenten niederschlagen. Für das laufende Jahr wird auch aufgrund des guten Jahresauftakts ein Importwachstum von 5¼% erwartet, das sich 2015 auf 6¼% beschleunigen könnte. Dabei sollten europäische Hersteller wegen ihrer verbesserten Wettbewerbsposition in stärkerem Maß von der Nachfragebelebung in Deutschland profitieren als Anbieter aus Drittstaaten.

Insgesamt ergibt sich das Bild einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung, die mehr als in früheren Jahren von der Binnenwirtschaft getragen wird. Der traditionellen Wachstumszerlegung zufolge wäre der konjunkturelle Impuls im Prognosezeitraum sogar ausschließlich der inländischen Endnachfrage zuzuschreiben (ihr Wachstumsbeitrag von 2 Prozentpunkten im Jahr 2014 bzw. 2¼ Prozentpunkten im Jahr 2015 übertrifft rechnerisch das erwartete Wirtschaftswachstum), während Exporte und Importe saldiert mit einem Minus zu Buche schlagen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass der negative Wachstumsbeitrag der Importe eigentlich auf die verschiedenen Verwendungskomponenten entsprechend den Importintensitäten zu verteilen wäre und nicht ausschließlich mit dem Export saldiert werden darf.<sup>10)</sup> Nach einer angepassten Zerlegung entfallen im Prognosezeitraum näherungsweise zwei Drittel des BIP-Wachstums auf das Inland und ein Drittel auf das Ausland. Geht man noch einen Schritt weiter und berücksichtigt die ökonomischen Kausalbeziehungen zwischen den verschiedenen Größen, so erklären die steigenden

*Weiterhin kräftig steigende Einfuhren*

*Verstärkte binnenwirtschaftliche Komponente des Wachstums, aber fortbestehende außenwirtschaftliche Abhängigkeiten*

*Staatsverbrauch mit deutlichen Zuwächsen*

<sup>10</sup> Siehe: H. C. Kranendonk und J. P. Verbruggen (2008), Decomposition of GDP growth in some European countries and the United States, *De Economist* 156(3), S. 295–306.

Exporte einen noch größeren Teil der BIP-Expansion. Ohne die zusätzlichen Einnahmen aus den Exporten fehlt eine Grundlage für die Ausweitung von Konsum und Investitionen. Ein erfolgreiches Exportgeschäft ist für die deutsche Volkswirtschaft, die in einem hohen Maß in die Weltwirtschaft eingebunden ist, eine wesentliche Voraussetzung für eine florierende Binnenwirtschaft.

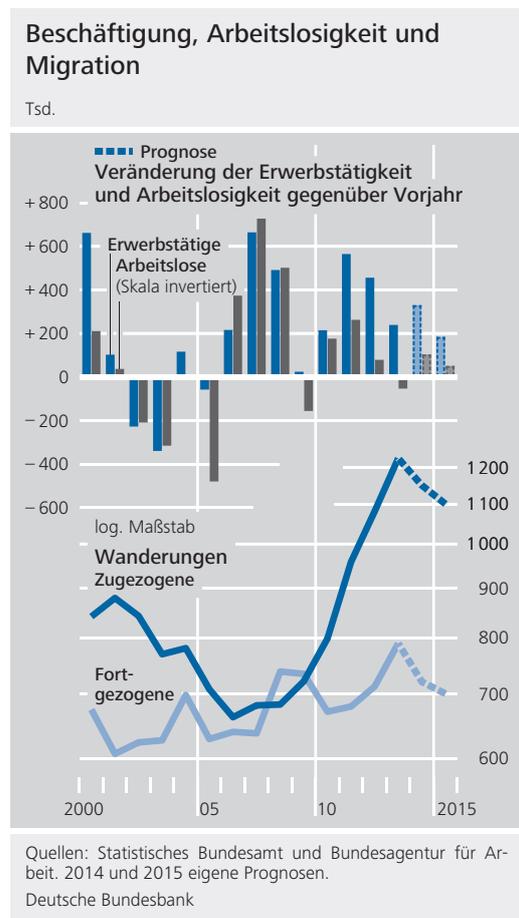
*Leichter Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses*

Infolge des kräftigen Importwachstums dürfte der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz von dem auch durch die Investitionsschwäche bedingten Höchststand von 7 1/2% des BIP im Jahr 2013 wieder etwas nachgeben. Für das Jahr 2015 wird ein Rückgang auf 7 1/4% erwartet. Der Handelsbilanzüberschuss könnte sich auf weniger als 6% verringern. Einem stärkeren Rückgang steht die auch durch die Prognoseannahmen motivierte weitere Verbesserung der Terms of Trade im Weg. Zudem ist bei den Kapitalerträgen angesichts des stetig zunehmenden Auslandsvermögens mit steigenden Zuflüssen zu rechnen.

## ■ Arbeitsmarkt

*Zunehmende demografische Belastungen des Arbeitsangebots werden durch Zuwanderung abgemildert*

Das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungswachstum ist in den letzten Jahren mehr und mehr von der kräftig steigenden Nettozuwanderung getragen worden. Den aufgrund der realwirtschaftlichen Konvergenzlücken weiterhin niedrigen Löhnen in den mittel- und osteuropäischen Ländern und den krisenbedingt stark eingeschränkten Arbeitsmarktchancen in den südeuropäischen Ländern steht in Deutschland ein vergleichsweise aufnahmefähiger Arbeitsmarkt mit in zunehmendem Maße demografisch bedingtem Arbeitskräftemangel gegenüber. Dies schafft Potenzial für einen anhaltend hohen Nettozustrom von Arbeitskräften aus dem Ausland, wobei allerdings davon auszugehen ist, dass sich Personen mit geringen Wanderungskosten bereits auf den Weg gemacht haben dürften und nicht die gesamte Zuwanderung auf Dauer angelegt ist. Während für das Jahr 2014 wegen der vollständigen Öff-



nung des Arbeitsmarktes gegenüber Bulgarien und Rumänien zu Jahresbeginn nochmals mit einer ähnlich starken Nettozuwanderung wie im Vorjahr gerechnet wird, dürfte in den beiden Folgejahren die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung etwas nachlassen. Gleichwohl sollte sie noch ausreichen, um die demografisch bedingte Verringerung des Arbeitsangebots zu kompensieren. Dagegen dürfte der Spielraum für eine fortgesetzte Steigerung der Erwerbsbeteiligung im Inland unter den gegebenen Bedingungen weitgehend ausgeschöpft sein, zumal die abschlagsfreie Rente mit 63 die seit 15 Jahren kräftig steigende Partizipation in der Altersgruppe der über 60-Jährigen vermindern dürfte.

Angesichts der optimistischen Aussichten für den Absatz von Waren und Dienstleistungen im In- und Ausland ist davon auszugehen, dass die Arbeitsnachfrage anhaltend kräftig ausfällt. Die von dem allgemeinen Mindestlohn ausgelösten Lohnsteigerungen dürften allerdings im Nied-

*Kräftige Arbeitsnachfrage nur in Teilbereichen durch Mindestlohn beeinträchtigt*

riglohnbereich die Arbeitsnachfrage belasten und die Einstellungschancen Geringqualifizierter verringern. Besonders stark betroffen werden die sogenannten Mini-Jobs sein. Häufig dürfte die durchschnittliche Stundenzahl reduziert werden, um die für die Vorzüge bei den Abgaben ausschlaggebende Grenze von 450 € im Monat nicht zu überschreiten. Deshalb könnte trotz einer spürbaren Einschränkung des Arbeitsvolumens in diesem Bereich der Rückgang der Zahl der geringfügig Beschäftigten recht überschaubar ausfallen. In gewissem Umfang könnte es sogar zu einer Substitution hin zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung kommen. Zu befürchten sind allerdings auch Ausweichreaktionen auf andere atypische Beschäftigungsformen oder eine Verdrängung bisher regulärer Aktivitäten in die Schattenwirtschaft.

*Insgesamt weiter steigende Erwerbstätigkeit und begrenzter Rückgang der Arbeitslosigkeit*

Insgesamt ist von einer ansteigenden Erwerbstätigkeit auszugehen, wobei die Expansion in diesem Jahr noch recht kräftig, in den Folgejahren aber wegen der angebotsseitigen Verknappungen und der politischen Maßnahmen geringer ausfallen sollte. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte sich im Verlauf des Jahres 2014 abschwächen und auch über den gesamten Prognosehorizont nur verhalten fortsetzen. Im Versicherungssystem hat sich die Arbeitslosigkeit der friktionell bedingten Untergrenze schon weit angenähert. Gleichzeitig dürfte der durch vergangene Arbeitsmarktreformen induzierte Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit größtenteils ausgelaufen sein, zumal die neuen Maßnahmen einem Rückgang eher im Wege stehen. Insgesamt könnte sich die Arbeitslosenquote in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit von 6,9% im Vorjahr auf 6,6% im laufenden Jahr und auf 6,4% im Jahr 2015 verringern. Die nach internationalen Konventionen berechnete Erwerbslosenquote könnte von 5,3% im Jahr 2013 auf 5,1% in den beiden Folgejahren nachgeben. Für das Jahr 2016 wäre mit einem weiteren leichten Rückgang zu rechnen.

## ■ Arbeitskosten und Preise

Aufgrund der guten konjunkturellen Lage, der erwarteten Anspannung am Arbeitsmarkt und der politischen Maßnahmen ist grundsätzlich von einer Verstärkung des Lohnanstiegs auszugehen, die sich möglicherweise weniger in den Tarifvereinbarungen äußert als in der Lohndrift. Die Gewerkschaften werden weiterhin vermeiden, die im internationalen Wettbewerb stehenden, aber gut entlohnnten Arbeitsplätze in der Industrie durch überhöhte pauschale Lohnanhebungen zu gefährden. Auch die im laufenden Jahr bisher getätigten Tarifabschlüsse sehen häufig eine verlängerte Laufzeit mit zweistufiger Lohnanpassung vor, wobei im ersten Schritt die Entgelte recht deutlich (um 3%), in einem zweiten Schritt aber verhaltener (um 2½%) angehoben werden.<sup>11</sup> Die Forderungen in den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen blieben mit durchschnittlich 5½% pro Jahr bei einer Erfolgsquote von erfahrungsgemäß etwa der Hälfte im Rahmen der bisherigen Abschlüsse. Hieraus ergäbe sich in der Abgrenzung der Tarifstatistik der Bundesbank ein Anstieg der Tarifverdienste von etwas mehr als 3% im laufenden und etwas weniger im kommenden Jahr. Gegenüber dem Jahr 2013 mit einer Zunahme um knapp 2½% bedeutet dies zwar eine spürbare Verstärkung, dies ist aber zum Teil dem verspäteten Lohnabschluss im Einzelhandel vom Dezember 2013 zuzuschreiben.

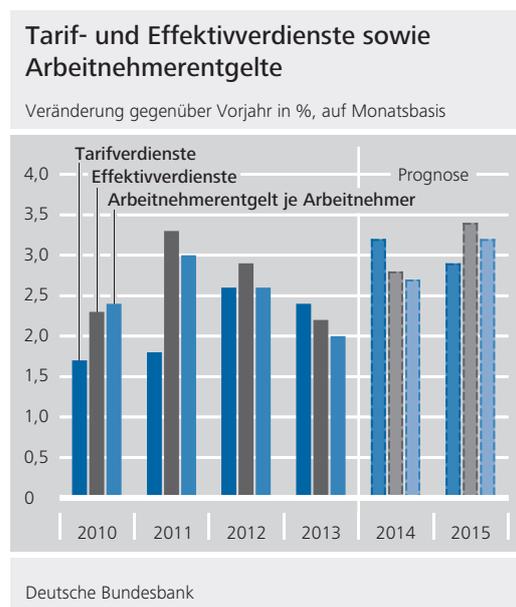
*Verstärkt steigende Tarifentgelte*

Der neue allgemeine gesetzliche Mindestlohn wird sich nur in Ausnahmefällen direkt in der Tarifverdienststatistik der Bundesbank niederschlagen: Diese folgt üblicherweise dem sogenannten Eckentgelt, das eine abgeschlossene Berufsausbildung und mehrjährige Berufserfahrung voraussetzt, während der Mindestlohn überwiegend Segmente mit reduzierten Qualifikationsanforderungen betrifft. Allerdings

*Mindestlohn- und konjunkturbedingte Lohndrift*

<sup>11</sup> Bei der Prognose des Tariflohnanstiegs werden alle Abschlüsse der Vergangenheit berücksichtigt und am Ende ihrer Laufzeit unter Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Rahmens sowie branchenspezifischer Besonderheiten fortgeschrieben.

dürfte sich mindestlohnbedingt der Anstieg der Effektivverdienste im kommenden Jahr spürbar verstärken. Zu der erwarteten positiven Lohn-drift dürfte neben der sich verbessernden konjunkturrellen Lage auch die Rente mit 63 beitragen, die das Arbeitskräfteangebot verknappt. Gegenläufig wirkt hingegen die Zuwanderung. Eine Entlastung der Arbeitskosten könnte sich aus einer Reduktion der Beitrags-sätze zur gesetzlichen Rentenversicherung er-geben, sodass das Arbeitnehmerentgelt (je Arbeitnehmer) im Jahr 2015 etwas weniger stark zunehmen würde als die Effektivver-dienste. Im Jahr 2016 könnte sich der Anstieg der Arbeitskosten auslastungsbedingt be-schleunigen.



*Anziehende  
 Binneninflation  
 bei stabiler  
 Lohnquote*

Der stärker aufwärtsgerichtete Lohn-trend dürfte den binnenwirtschaftlich bedingten Preisanstieg in der Grundtendenz anziehen lassen. Dennoch sollte sich im laufenden Jahr der Anstieg des BIP-Deflators im Vergleich zu der hohen Rate im Jahr 2013, die durch eine erhebliche Verbesserung der Terms of Trade bedingt war, zunächst spürbar ermäßigen. Die günstigeren Importpreise kommen nach und nach bei den Endabnehmern an, sodass sich die Margen wieder verringern. Abgesehen von diesem kurzfristigen Auf und Ab ergibt sich aus der vorliegenden Projektion eine weitgehend unveränderte Lohnquote.

gemeine Mindestlohn beitragen. Ohne Energie gerechnet könnte sich der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe von 1,3% im laufenden Jahr bis auf 2,2% im Jahr 2016 verstärken.

*Verhaltener  
 Anstieg der  
 Warenpreise,  
 stärker  
 steigende  
 Dienstleistungs-  
 preise*

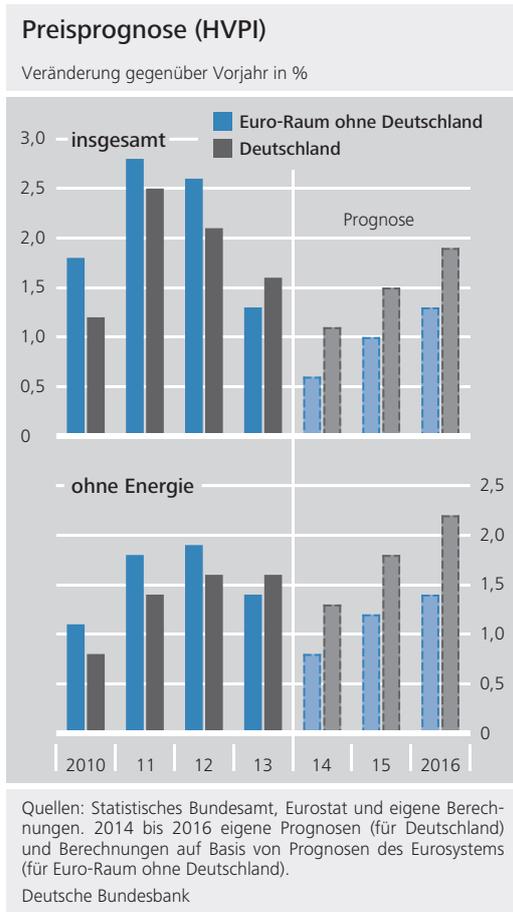
Bei den Verbraucherpreisen wird der binnen-wirtschaftlich angelegte verstärkte Preisauftrieb zunächst noch von anderen Effekten über-lagert. Bei Nahrungsmitteln wird sich der Preis-anstieg im Vergleich zu den beiden Vorjahren aufgrund günstigerer Witterungsbedingungen sogar erheblich verringern. Bei gewerblichen Waren ohne Energie wirkt zunächst die Auf-wertung des Euro nach. Lediglich die Dienst-leistungspreise und die Wohnungsmieten zie-hen bereits spürbar an. Im weiteren Verlauf sollte sich der erhöhte Preisanstieg dann zu-nehmend ausbreiten, wobei in dem hier abge-leiteten Prognoseszenario die binnenwirtschaft-liche Komponente die außenwirtschaftliche weiter übertrifft. Dazu wird auch der neue all-

Die Prognose der Energiepreise wird im Wesent-lichen durch die Annahmen für Rohölnotierun-gen und Wechselkurse bestimmt. Aus diesen folgt ein abfallender Pfad der Preise von Mine-ralölprodukten. Auch bei Gas und Wärmeener-gie wären in einem solchen Marktumfeld nach-gebende Preise zu erwarten. Bei elektrischem Strom sollten die zusätzlichen Belastungen durch steigende Umlagen für die Förderung erneuerbarer Energien deutlich geringer ausfal-len als in der Vergangenheit und zu einem Teil durch verminderte Beschaffungspreise der Energieversorgungsunternehmen ausgeglichen werden. Deshalb könnten sich die Energie-preise für die privaten Haushalte nach einem Rückgang um 1,0% im laufenden Jahr weiter um 0,8% im Jahr 2015 und möglicherweise nochmals leicht im Jahr 2016 ermäßigen.

*Nachgebende  
 Energiepreise*

Unter diesen Bedingungen ergäben sich für die Verbraucher in Deutschland gemessen am Har-monisierten Verbraucherpreisindex Teuerungsraten von 1,1% im laufenden, 1,5% im kom-menden und 1,9% im darauf folgenden Jahr. Trotz der weiterhin eher verhaltenen Gesamt-tendenz in Deutschland würde damit die mitt-

*Nach und nach  
 anziehender  
 Preisanstieg auf  
 der Verbraucher-  
 stufe*



lere Preissteigerungsrate der anderen Länder des Euro-Raums spürbar übertroffen.

## ■ Öffentliche Finanzen

Im vergangenen Jahr erzielte der staatliche Gesamthaushalt erneut einen kleinen Überschuss (nach der Mai-Revision des Statistischen Bundesamtes: + 0,2% des BIP). Dabei profitierten die Staatsfinanzen weiterhin von geringen Zinsen und der niedrigen Arbeitslosigkeit. Angesichts der schwachen Zunahme der Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt war das Plus konjunkturbereinigt etwas höher.<sup>12)</sup> Im Prognosezeitraum werden die Staatsfinanzen durch die Konjunktur begünstigt.<sup>13)</sup> Die strukturelle Haushaltsverschlechterung, die sich durch die expansiven finanzpolitischen Maßnahmen bis 2015 ergibt, wird hierdurch sowie durch weiter sinkende Zinslasten weitgehend verdeckt. Im Jahr 2016 würden mit dem ab dann angelegten annähernd neutralen haushaltspoli-

*Gute Bedingungen für die Staatsfinanzen kompensieren expansive fiskalische Maßnahmen*

tischen Kurs die anhaltend entlastenden Faktoren dominieren; neben der Konjunktur sind das insbesondere die sinkende Zinsausgabenquote sowie der Fiscal drag<sup>14)</sup>. Der Staatshaushalt würde sich damit verbessern, und es würde ein merklicher, allerdings überwiegend konjunkturbedingter Überschuss erreicht.

Hinter der Erwartung, dass sich der Finanzierungssaldo im laufenden und kommenden Jahr nur wenig ändert, stehen verschiedene, zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Auf der Einnahmenseite führt der Fiscal drag zwar zu Mehreinnahmen. Dem stehen aber Ausfälle aufgrund der oben dargestellten Abgabensenkungen bei der Einkommensteuer sowie der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung gegenüber. Außerdem könnten die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern im laufenden Jahr von dem zuvor erreichten hohen Niveau aus deutlich langsamer steigen als das nominale BIP. Insgesamt dürfte die Einnahmenquote leicht sinken. Die Ausgabenquote wird durch das konjunkturell beschleunigte BIP-Wachstum im Nenner, die sinkende Arbeitslosigkeit und weitere Entlastungen beim Schuldendienst (aufgrund sinkender Durchschnittsverzinsung und Schuldenquote) gedrückt. Die konjunkturbereinigte Primärausgabenquote könnte sich hingegen sogar etwas erhöhen. Hintergrund sind die Ausgabensteigerungen infolge der Rentenbeschlüsse, im Bereich von Gesundheit und Pflege sowie durch die Aufstockung der Bundesmittel für Verkehrsinfrastruktur, Kinderbetreuung, Bildung und Forschung. Insgesamt verdecken die günstige Konjunktur und sinkende Zinslasten eine merkliche Ver-

*Staatshaushalt 2014 und 2015 wenig verändert, wobei ...*

*... Haushaltsbelastungen durch günstige Konjunktur und sinkende Zinslasten verdeckt*

<sup>12</sup> Zur Konjunkturbereinigung wird hier der disaggregierte Ansatz des Eurosystems verwendet. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63–79.

<sup>13</sup> Nach der hier zugrunde liegenden Schätzung ist der Konjunkturreinfluss auf das Niveau des Finanzierungssaldos im laufenden Jahr wieder neutral und wird danach zunehmend positiv.

<sup>14</sup> Der Begriff umfasst hier nicht nur die positiven Aufkommenswirkungen der Einkommensteuerprogression, sondern auch die negativen Effekte durch die weitgehende Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern.

schlechterung des konjunkturbereinigten Primärsaldos.

*Verbesserung bei den Gebietskörperschaften, Rücklagenabbau bei den Sozialversicherungen*

Der Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften insgesamt wird sich aus heutiger Sicht sukzessive verbessern. Hierzu tragen neben der günstigen Konjunkturlage auch die Entlastungen durch den Fiscal drag und beim Schuldendienst bei. Demgegenüber dürften sich die Haushalte der Sozialversicherungen in der Summe verschlechtern und ab 2015 ins Minus rutschen. Zwar werden sie ebenfalls durch die Konjunktur begünstigt. Allerdings dürften die hohen Rücklagen der Renten- und Krankenversicherung aufgrund der stärkeren Ausgabendynamik in Verbindung mit vorübergehenden Beitragssatzsenkungen zügig abgebaut werden. Die zusätzlichen Rentenleistungen werden dabei nur zum Teil im Finanzierungssaldo sichtbar, da sie auch über ceteris paribus höhere Beitragssätze und niedrigere allgemeine Rentenanpassungen finanziert werden.

*Zügiger Abbau der Schuldenquote, 60%-Grenze aber weiter deutlich überschritten*

Für die Schuldenquote ergibt sich in der Prognose aufgrund der relativ guten Haushaltslage der Gebietskörperschaften und des BIP-Wachstums im Nenner ein deutlicher Rückgang. Hinzu kommt aus heutiger Sicht der fortgesetzte Portfolioabbau bei den staatlichen Bad Banks. Die weiteren für 2014 noch vorgesehenen (schuldenerhöhenden) Kapitalzuführungen an den ESM und EFSF-Hilfskredite<sup>15)</sup> sind demgegenüber vergleichsweise begrenzt. Insgesamt könnte die Schuldenquote bis 2016 unter 70% fallen. Die 60%-Grenze dürfte allerdings trotz der anhaltend günstigen Bedingungen für die Staatshaushalte noch deutlich überschritten werden.

## ■ Risikobeurteilung

*Risikoeinschätzung und Prognosefehler*

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass Wirtschaftsprognosen mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet sind. Das gilt auch für die Vorausschätzungen der Bundesbank, wie die Ausführungen auf Seite 26 ff. erläutern. Deshalb werden neben den Punktprognosen

### Basislinie und Unsicherheitsmargen der Projektion<sup>\*)</sup>

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt. 2014 bis 2016 eigene Prognose. \* Unsicherheitsmargen berechnet auf Grundlage des mittleren absoluten Prognosefehlers. Die Breite des symmetrisch um den wahrscheinlichsten Wert verteilten Bandes entspricht dem doppelten mittleren absoluten Prognosefehler.

Deutsche Bundesbank

auch Unsicherheitsintervalle gezeigt, wie sie sich aus den Prognosefehlern der Vergangenheit ergeben. Zudem wird ein Risikoprofil gezeichnet, in das Varianten hinsichtlich der konditionierenden Annahmen einfließen.

Die hier vorgelegte Projektion geht davon aus, dass sich das Wachstum der Weltwirtschaft festigt und sich der Euro-Raum nach und nach erholt. Gegenüber diesem Basisszenario ergeben sich überwiegend Abwärtsrisiken. In den letzten Monaten hat sich die Gefahr geopolitischer Spannungen spürbar erhöht. Sollte sich die Lage zuspitzen, dürfte die Verunsicherung wieder stärker um sich greifen und den Investitionsaufschwung infrage stellen. Zudem ist die Gefahr abrunder, von den Finanzmärkten ausgehender Anpassungsprozesse in den aufstrebenden Volkswirtschaften noch nicht vollständig gebannt. Und schließlich ist der in

*Außenwirtschaftliche Risiken für das Wirtschaftswachstum*

<sup>15</sup> ESM: Europäischer Stabilitätsmechanismus, EFSF: Europäische Finanzstabilisierungsfazilität.

## Wie aussagekräftig sind die Punktprognosen in den gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesbank?

Ein wesentlicher Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesbank sind die Punktprognosen wichtiger makroökonomischer Größen. Diese gehen, zusammen mit den Projektionen der anderen nationalen Zentralbanken im Eurosystem, in die von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Prognosen für den Euro-Raum ein. Das Augenmerk der Öffentlichkeit liegt dabei häufig auf den Punktprognosen für die Jahresveränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Die Qualität einer Prognose wird zumeist an ihrer Treffsicherheit festgemacht, sowohl bezüglich der Größe der Abweichungen von den später realisierten Werten als auch in Relation zu konkurrierenden Prognosen. Ein Maß diesbezüglich ist beispielsweise der mittlere absolute Fehler (MAF) der Prognosen. Zudem wird ein Prognoseverfahren üblicherweise nur als informativ angesehen, wenn es durchschnittlich geringere Fehler liefert als die einfache Fortschreibung des historischen Mittelwerts.<sup>1)</sup>

Die Mittelwert-Prognose stellt somit eine „natürliche“ Barriere dar. Falls die eigenen Prognosen diese Barriere nicht überspringen, somit größere Fehler liefern als der Mittelwert, zeigt dies entweder ein mangelhaftes Verfahren an, oder die Zielgröße ist ab einem gewissen Horizont nur schwer zu prognostizieren. Ein Grund hierfür sind Schocks, die naturgemäß nicht vorhersehbar sind.

Selbst wenn Prognosen für gewisse Größen oder Horizonte nicht im strengen Sinn als informativ gelten, sollte doch zumindest keine systematische Verzerrung nach oben

oder unten vorliegen. Die Fehler sollten sich also über die Zeit ausgleichen und im Mittel nahe null sein. Die Fehler selbst sind definiert als Abweichung der Projektion vom später realisierten Wert. Wegen der Vorläufigkeit der Erstveröffentlichung und nachträglicher Revisionen aufgrund einer verbesserten Informationsbasis, insbesondere beim BIP, wird als Vergleichswert für die folgende Analyse der Datenstand ein Jahr im Nachhinein herangezogen.<sup>2)</sup>

Vor dem Hintergrund, dass beginnend mit der vorliegenden Vorausschätzung der veröffentlichte Prognosehorizont dem Eurosystem folgend um ein Jahr (hier bis 2016) erweitert wird,<sup>3)</sup> stellen sich die in der Einführung gestellten Fragen nach Treffsicherheit, Informationsgehalt und Verzerrungsgrad für einen derart weiten Prognosehorizont.

Die Schaubilder auf Seite 27 zeigen den MAF und den mittleren Fehler (die Verzerrung) der Punktprognosen für die Jahres-

<sup>1</sup> Formal ist eine Prognose informativ, wenn die Streuung des Prognosefehlers geringer ist als die Streuung der zu prognostizierenden Variable. Vgl.: M. P. Clements und D. F. Hendry (1998), *Forecasting Economic Time Series*, S. 84–87. Implizit steckt in dieser Definition der Ex-post-Mittelwert (hier über die Jahre 1999 bis 2013), der zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung (z. B. im Herbst 2007) noch nicht bekannt war. Die vorliegende deskriptive Untersuchung stützt sich auf diese Definition. Prinzipiell sollte für statistische Signifikanzanalysen allerdings der Ex-ante-Mittelwert als Vergleichswert dienen. Allerdings müsste auch hier der Stützzeitraum entsprechend lang gewählt werden, um den Einfluss von „Extremwerten“ wie z. B. die schwere Rezession im Jahr 2009 zu begrenzen.

<sup>2</sup> Diese Vorgehensweise findet sich auch in: Europäische Zentralbank, Von Experten des Eurosystems erstellte gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet – eine Bewertung, Monatsbericht, Mai 2013, S. 77–91.

<sup>3</sup> Vgl.: Europäische Zentralbank, Von Experten der EZB erstellte gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom März 2014, Monatsbericht, März 2014, S. 95–107.

veränderungsraten des realen BIP und der Verbraucherpreise für das jeweils laufende Jahr (Prognosehorizont  $h=0$ ) und die zwei Folgejahre ( $h=1$ ,  $h=2$ ) mit den Prognoseabschlüssen im Herbst (dritte Woche November) und im Frühjahr (dritte Woche Mai) für den Zeitraum von 1999 bis 2013. Als Vergleichsmaßstab dient die Prognose von Consensus Economics, die sich aus dem Mittel verschiedener Einzelprognosen von Forschungsinstituten und anderen professionellen Prognostikern ergibt.<sup>4)</sup> Die Treffsicherheit solcher kombinierter Prognosen ist im Allgemeinen hoch, da das Risiko grober Fehlprognosen verringert wird.<sup>5)</sup> Der MAF der Consensus-Prognose setzt also einen ambitionierten Maßstab.

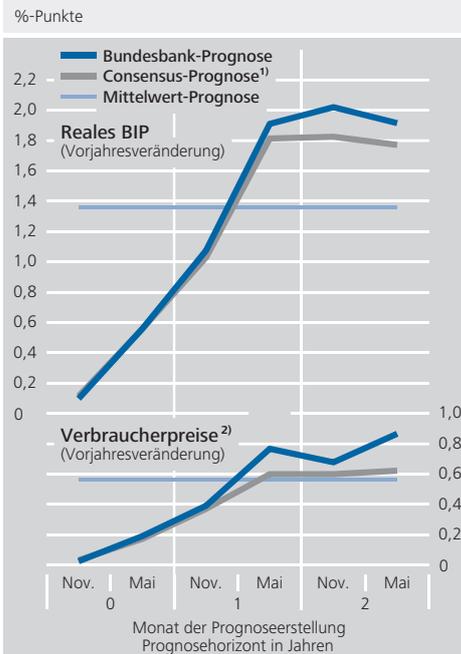
Im Vergleich zum Consensus zeigt sich, dass die Bundesbank-Prognosen – gemessen am MAF – für das laufende und mit gewissen Abstrichen auch für das folgende Jahr gut abschneiden. So liegt der MAF der Bundesbank-Prognosen für Vorausschätzungen des laufenden Jahres und für die im Herbst erstellte Prognose des Folgejahres gleichauf mit Consensus Economics.<sup>6)</sup> Ab der Frühjahrsprognose für das Folgejahr liegt der MAF der Bundesbank-Prognosen etwa 10% bis 20% über dem der Consensus-Prognose. Ab diesem Horizont verringert sich auch der Informationsgehalt der Prognosen beider Institutionen deutlich. Der MAF liegt über dem der Mittelwert-Prognose. Dies gilt insbesondere für die BIP-Prognose, in geringerem Maß aber auch für die Inflationsprognose. Hinsichtlich des Ausmaßes der Fehler ist zu beachten, dass

4 Vgl.: <http://www.consensus-economics.com> und R. Batchelor (2001), How Useful are the Forecasts of Intergovernmental Agencies? The IMF and the OECD versus the Consensus, Applied Economics 33, S. 225–235.

5 Vgl.: A. Timmermann (2006), Forecast Combinations, in: G. Elliot, C. Granger und A. Timmerman (eds.), Handbook of Economic Forecasting, Vol 1, S. 135–196.

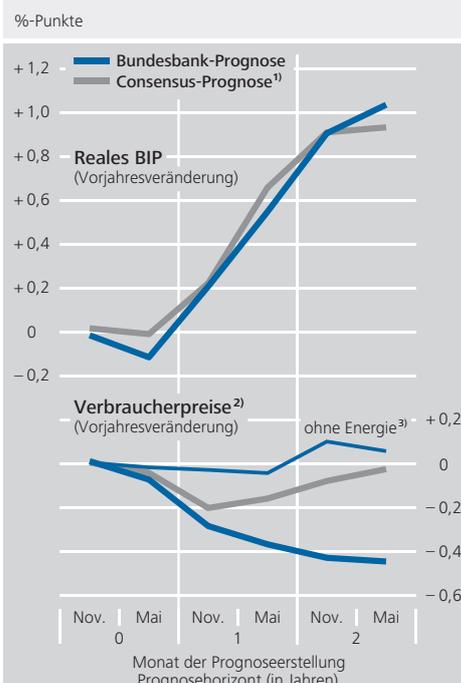
6 Bei den Verbraucherpreisen wird bei der Bundesbank-Prognose der HVPI herangezogen, bei der Consensus-Prognose der VPI.

### Mittlerer absoluter Prognosefehler (1999 bis 2013)



1 Bei einem Prognosehorizont von zwei Jahren ist der Zeitpunkt der Prognoseerstellung bereits im Oktober bzw. April.  
 2 Bundesbank: HVPI, Consensus: VPI.  
 Deutsche Bundesbank

### Mittlerer Prognosefehler (1999 bis 2013)



1 Bei einem Prognosehorizont von zwei Jahren ist der Zeitpunkt der Prognoseerstellung bereits im Oktober bzw. April.  
 2 Bundesbank: HVPI, Consensus: VPI. 3 2000 bis 2013.  
 Deutsche Bundesbank

der Anteil der Krisen- und Aufschwungjahre 2009 und 2010 am MAF mit beinahe 30% beträchtlich ist.

Zudem zeigt die Analyse der Prognosefehler, dass nur die Vorausschätzungen für das laufende Jahr als unverzerrt einzustufen sind. Die Einschätzungen für ein und zwei Jahre im Voraus sind hingegen zu optimistisch: Das Wachstum des realen BIP wird tendenziell überschätzt, der Anstieg der Verbraucherpreise unterschätzt.<sup>7)</sup> Lediglich die Consensus-Vorausschätzung der Preise scheint für einen Prognosehorizont von zwei Jahren wieder näherungsweise unverzerrt zu sein.

Bei genauerer Betrachtung des zugrunde liegenden Zeitraums 1999 bis 2013 können die Ein- und Zweijahresprognosen der Bundesbank für das reale BIP als vorsichtig optimistisch eingestuft werden. Wachstumsraten unterhalb von 1,2% wurden zu meist überschätzt, insbesondere in den Jahren 2001 bis 2005 und im Rezessionsjahr 2009, höhere Raten dagegen systematisch unterschätzt. Die Verbraucherpreise wurden im Vergleich dazu, mit Ausnahme der in den Jahren 2007 und 2008 erstellten Prognosen für das Jahr 2009, immer unterzeichnet. Allerdings waren hier die Prognosen für die Jahre 2002, 2003 und 2013 über alle Horizonte bemerkenswert genau.

Für längere Prognosehorizonte fällt die Prognose der Bundesbank – wie zuvor erwähnt – etwas hinter Consensus Economics zurück. Allerdings ist ein fairer Vergleich für diese Horizonte nur mit Einschränkungen zulässig. So spielt bei der Bundesbank-Prognose die Pfadabhängigkeit eine wesentliche Rolle. Die Prognose von heute für morgen beeinflusst auch die Prognose von heute für übermorgen. Somit werden auch Fehler in einem gewissen Ausmaß von einem Prognosehorizont auf den anderen übertragen. Dies gilt nur bedingt für die

Consensus-Prognose, da sich die Pfadabhängigkeit durch das Mitteln vieler Einzelprognosen teilweise aufhebt.

Zudem nehmen externe Annahmen einen wesentlichen Einfluss auf das Prognoseergebnis. Die Projektionen der nationalen Zentralbanken im Eurosystem werden auf einheitliche, gemeinsam festgelegte Annahmen über die Zinsen, die Wechselkurse, das Absatzmarktwachstum, die ausländischen Konkurrenzpreise und den Ölpreis konditioniert.<sup>8)</sup> Das Schaubild auf Seite 27 unten zeigt, dass die Vorausschätzungen der Bundesbank für den HVPI ohne Energie über alle Prognosehorizonte weitgehend unverzerrt sind. Die tendenzielle Unterschätzung der Preissteigerungsraten in der Bundesbank-Prognose dürfte damit größtenteils auf die innerhalb des Eurosystems gemeinsam festgelegten Ölpreisannahmen zurückgeführt werden können. Auch sind die Prognosen ohne Energiekomponente im Vergleich zum Gesamtindex wesentlich informativer. Nur der MAF des letzten Prognosejahrs liegt über dem der Mittelwert-Prognose.<sup>9)</sup>

Um den Einfluss der externen Annahmen genauer zu untersuchen, wurden sämtliche Prognosen der Bundesbank ab dem Jahr 2006 mit den „korrekten“ Annahmen, das

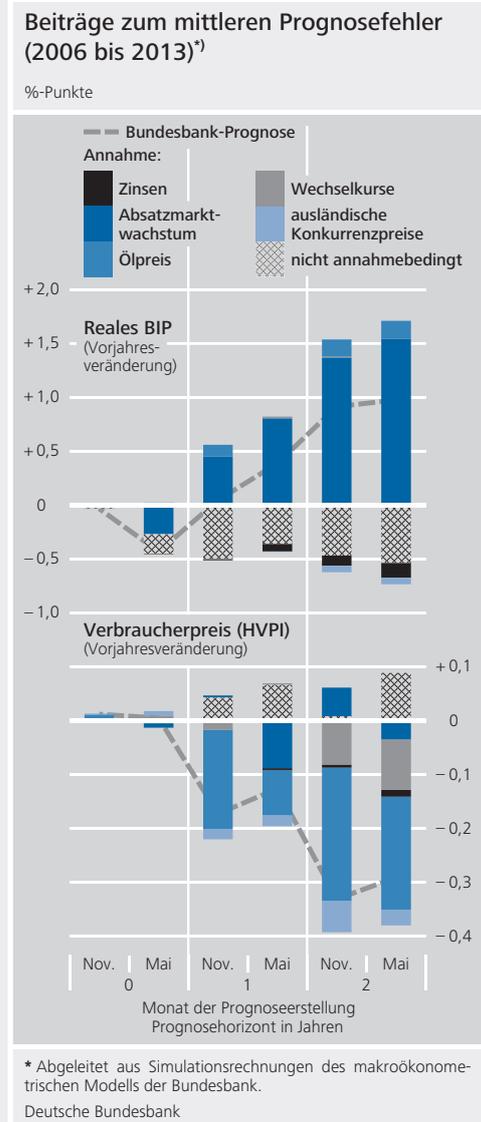
7 Die EZB und die OECD kommen in verschiedenen Studien zur gleichen Schlussfolgerung. Vgl.: Europäische Zentralbank, Von Experten des Eurosystems erstellte gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet – eine Bewertung, a.a.O.; und N. Pain, C. Lewis, T.-T. Dang, Y. Jin und P. Richardson (2014), OECD Forecasts During and After the Financial Crisis: A Post Mortem, OECD Economics Department Working Papers, No 1108.

8 Für weitere Informationen zu den verwendeten Verfahren und zur Erstellung der (technischen) Annahmen vgl.: Europäische Zentralbank, A Guide to Eurosystem Staff Macroeconomic Projection Exercise, Juni 2001; und die Monatsberichte der Europäischen Zentralbank zu den gesamtwirtschaftlichen Projektionen, veröffentlicht jeweils im März, Juni, September und Dezember.

9 Nicht im Schaubild auf S. 27 oben enthalten. Nachrichtlich: MAF (Mai, h=2) = 0,6, MAF (Mittelwert-Prognose) = 0,4.

heißt den im Nachhinein realisierten Werten der konditionierenden Variablen, nachgerechnet. Dazu werden im makroökonomischen Modell der Bundesbank entsprechende Schocks gesetzt und deren Effekte auf die zum jeweiligen Zeitpunkt veröffentlichte Prognose ermittelt.<sup>10</sup> Daraus lässt sich dann ableiten, inwieweit die unmittelbar wichtigsten Konditionierungsgrößen die Prognosefehler im Betrachtungszeitraum 2006 bis 2013 beeinflusst haben. Als Restgröße bleibt dann jeweils ein Fehler, der – den Modellrechnungen zufolge – nicht den Annahmen zugeschrieben werden kann. Diese Zerlegung in potenzielle Ursachen wird im nebenstehenden Schaubild gezeigt. Beim realen BIP treibt die Annahme zum Absatzmarktwachstum (und damit zur globalen Konjunktur) die Prognosefehler am stärksten, bei den Verbraucherpreisen ist es wie erwartet der Ölpreis. Einen relativ geringen Einfluss haben die Zinsannahmen. Bemerkenswert ist, dass die annahmebedingten Fehler durch die nicht annahmehingte Restgröße verringert werden. Die konditionierenden Annahmen determinieren allerdings erst ab einem Horizont von zwei Quartalen die Prognose in einem stärkeren Maß. Hier kommt zum Tragen, dass für die kurze Frist die Ergebnisse der statistischen Prognosemodelle eine größere Rolle spielen.<sup>11</sup>

Insgesamt lässt sich die Frage nach der Aussagekraft der Bundesbank-Prognosen für das jeweils laufende Jahr und bei der Herbstprognose für das Folgejahr durchaus positiv beantworten: Die Punktprognosen sind nach der hier benutzten strengen Definition informativ, und sie sind konkurrenzfähig. Darüber hinausgehende Horizonte leiden – wie auch bei anderen Institutionen – unter größeren Prognosefehlern und Verzerrungen, mit einer Tendenz zum Überschätzen des realen BIP und zum Unterschätzen des Verbraucherpreisanstiegs. Modellsimulationen weisen auf



einen deutlichen Einfluss der im Eurosystem gemeinsam festgelegten Annahmen hin, insbesondere hinsichtlich der Inflationsprognosen. Vor diesem Hintergrund dient der ab dieser Prognoserunde verlängerte Horizont in erster Linie einer Darstellung der makroökonomischen Entwicklung in einem Umfeld nachlassender früherer und ausbleibender neuer Störungen.

**10** Das makroökonomische Modell dient seit dem Jahr 2006 als zentrales Instrument zur Erstellung der Prognosebasislinie und wird für begleitende Simulationsrechnungen eingesetzt.

**11** Vgl.: Deutsche Bundesbank, Prognosemodelle in der kurzfristigen Konjunkturanalyse – Ein Werkstattbericht, Monatsbericht, September 2013, S. 69–84.

Gang gekommene Erholungsprozess im Euro-Raum fragil und bedarf weiterer Unterstützung durch wirtschaftspolitische Reformmaßnahmen. Deshalb sind die der Projektion zugrunde liegenden Annahmen über das Absatzmarktwachstum und der hieraus abgeleitete Pfad der Exporte als optimistisch anzusehen.

*Binnenwirtschaftliche Risiken für das Wirtschaftswachstum*

Binnenwirtschaftlich begründete Chancen und Risiken für das Wirtschaftswachstum ergeben sich vor allem im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt. Die vorliegende Projektion geht davon aus, dass die Reserven am heimischen Arbeitsmarkt weitgehend ausgeschöpft sind, dass die jüngsten politischen Maßnahmen den potenziellen Arbeitseinsatz vermindern und dass die Zuwanderung allmählich nachlässt. Stellen sich die Angebotsbedingungen günstiger dar als hier angenommen, sollten das BIP-Wachstum stärker und der Lohndruck schwächer ausfallen. In einem Szenario rascher zunehmender Verknappungen, etwa bei schneller

nachlassender Zuwanderung, würden zumindest die Löhne kräftiger steigen, und die realwirtschaftliche Expansion könnte hinter dem hier vorgezeichneten Pfad zurückbleiben.

Auch bei der Preisprognose sind außen- und binnenwirtschaftliche Risiken zu unterscheiden. Es stellt sich zunächst die Frage, ob der aus Terminnotierungen abgeleitete fallende Pfad der Rohölnotierungen zum Szenario eines sich verstärkenden weltwirtschaftlichen Wachstums passt. Außerdem ist nach der Euro-Aufwertung der vergangenen Monate die Wahrscheinlichkeit einer Gegenbewegung gestiegen. Aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld ergeben sich also vorwiegend Aufwärtsrisiken für die deutsche HVPI-Rate. Das Ausmaß des binnenwirtschaftlich bedingten Preisauftriebs wird vor allem durch den Grad der Verknappungen am Arbeitsmarkt bestimmt. Die entsprechenden Unsicherheiten prägen auch das Risikoprofil der Inflationsprognose.

*Risiken für die Preisprognose*

## Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

*Im Zuge der seit 2007 andauernden Finanzkrise sahen sich Staaten mit Blick auf die Finanzstabilität wiederholt veranlasst, in Schieflage geratene Kreditinstitute unter Einsatz öffentlicher Mittel zu retten. Um derartige Bail-outs in Zukunft zu vermeiden und auch komplexere Banken ohne Einsatz von Steuermitteln abwickeln zu können, wurden auf globaler Ebene Grundzüge von Abwicklungsregimen entwickelt. In der Europäischen Union (EU) sind zur Umsetzung dieses Konzeptes zwei Gesetzgebungsprojekte initiiert worden: Zum einen eine für alle EU-Mitgliedstaaten geltende Richtlinie (Bank Recovery and Resolution Directive: BRRD), die die Sanierungs- und Abwicklungsinstrumente harmonisiert, ihre Anwendung aber in der Zuständigkeit nationaler Abwicklungsbehörden belässt; zum anderen eine Verordnung zur Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism: SRM). Letztere setzt auf den Instrumenten der BRRD auf und ergänzt den bereits weit vorgeschrittenen Aufbau eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Banken (Single Supervisory Mechanism: SSM). Die Banken derjenigen Mitgliedstaaten, die am SSM teilnehmen – das sind die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, sowie etwaige freiwillig hinzutretende Mitgliedstaaten von außerhalb des Euro-Währungsgebiets – unterfallen dem SRM, einem institutionellen Mechanismus mit einem Abwicklungsgremium auf europäischer Ebene sowie einem einheitlichen Abwicklungsfonds. Die dem Abwicklungsfonds zur Verfügung gestellten nationalen Finanzmittel werden über eine Übergangszeit von acht Jahren sukzessive vergemeinschaftet.*

*Die BRRD stellt einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung marktwirtschaftlich konformer Grundsätze dar. Demgemäß sollten bei Scheitern einer Bank zunächst die Anteilseigner und Gläubiger Risiken und Verluste tragen und erst danach ein dedizierter, von der Bankenindustrie finanzierter Abwicklungsfonds. Die BRRD verfolgt dieses Ziel vor allem durch das neuartige Instrument des Bail-in, sieht allerdings auch Ausnahmen vor, durch die vom Grundsatz abgewichen wird, dass primär die Anteilseigner und Gläubiger Verluste tragen. Der SRM ist Bestandteil des umfassenden Reformprojekts Bankenunion und eine notwendige Ergänzung zum bereits beschlossenen SSM, der planmäßig im November 2014 die Verantwortung für die Aufsicht über die Banken des Euro-Währungsgebiets übernehmen wird. Mit dem SRM liegen dann wieder Haftung und Kontrolle in einer Hand. Allerdings weist das jetzt gefundene Konstrukt komplexe institutionelle Entscheidungsmechanismen auf und ist mit rechtlichen Risiken verbunden, die sich aufgrund des derzeit geltenden primärrechtlichen Rahmens ergeben. Die jetzige Form des SRM sollte daher nur Übergangscharakter haben, bis eine solide primärrechtliche Basis geschaffen ist. Die politischen Entscheidungsträger bleiben aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit Anreize für eine nachhaltig tragfähige Politik bestehen. Das setzt voraus, dass die Einflussmöglichkeiten auf die Qualität von Bankbilanzen einerseits und die Verantwortung für die Konsequenzen von Bankinsolvenzen andererseits auf derselben Ebene angesiedelt sind. Dies gilt für die Zukunft ebenso wie für den Umgang mit bereits in den Bankensektoren vorhandenen Altlasten.*

## Hintergrund der beiden Rechtsakte

*Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über eine systemrelevante Bank ist mit Gefahren für die Finanzstabilität und die Realwirtschaft verbunden, ...*

Die Erfahrungen aus der seit dem Jahr 2007 andauernden Finanzkrise belegen anschaulich, wie notwendig die Errichtung eines spezifischen Abwicklungsregimes für Kreditinstitute ist. In der Krise zeigte sich, dass die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über eine zahlungsunfähige oder überschuldete Bank wegen ihrer Vernetzung mit anderen Marktteilnehmern mit gravierenden Nachteilen für das Finanzsystem insgesamt verbunden sein kann (sog. Ansteckungseffekte, „contagion“). Diese Effekte führten zu einem Vertrauensverlust der Banken untereinander; sie wirkten zudem über den Finanzsektor hinaus, weil auch realwirtschaftlich bedeutsame Funktionen von Banken (Hereinnahme von Einlagen, Kreditvergabe, Durchführung des Zahlungsverkehrs) beeinträchtigt wurden, sodass die Krise auf die Realwirtschaft übergriff. Dies war ein entscheidender Grund, warum die Finanzkrise in eine der gravierendsten Rezessionen seit der Weltwirtschaftskrise der zwanziger und dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts mündete.

*... was nicht zuletzt auf geänderte Geschäftsmodelle zurückzuführen ist ...*

Verschärft wurde diese Gefahrenlage durch strukturelle Veränderungen im Bankensektor. Das Geschäftsmodell eines Teils der Banken in der Europäischen Union (EU) entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten weg von der traditionellen Konzentration auf das Kredit- und Einlagengeschäft hin zu einer immer stärkeren Gewichtung des Handels-/Kapitalmarktgeschäfts. Als im Jahr 2007 die Finanzkrise ausbrach, war der EU-Bankensektor folglich deutlich größer, komplexer, vernetzter und über Grenzen hinweg integrierter als zuvor. Damit waren diese Banken nicht nur zu groß, sondern auch zu vernetzt und insgesamt zu bedeutsam für die Gesamtwirtschaft, als dass ihre Insolvenz ohne gravierende Auswirkungen auf das Finanzsystem sowie die Realwirtschaft möglich schien („too big to fail“).

Um derartige nicht abschätzbare systemische Folgewirkungen zu verringern, sahen sich im

Verlauf der Krise die europäischen Staaten gezwungen, von der Insolvenz bedrohte Banken durch staatliche Rettungsprogramme zu erhalten. Diese sogenannten Bail-outs haben verschiedene Formen angenommen. Beispielsweise haben Staaten im Wege einer Kapitalerhöhung Anteile an Instituten erworben und so deren Eigenkapitalbasis gestärkt. Auch wurden staatliche Garantien für Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten abgegeben.

Der beispiellose Umfang an geleisteter staatlicher Hilfe verstärkte die Rettungserwartungen und führte zu Marktverzerrungen und Ineffizienzen. Antizipieren Investoren, dass Verluste sozialisiert und folglich nicht mehr von ihnen selbst getragen werden müssen, setzt dies Anreize, höhere Risiken einzugehen, als es ökonomisch effizient wäre (sog. „moral hazard“). Ein solches Verhalten ist nicht nur gesamtwirtschaftlich schädlich, sondern ruft auch erheblichen öffentlichen und politischen Widerstand hervor und belastet die Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Ordnung. Demgemäß sahen sich die Bail-outs in der öffentlichen Diskussion wiederholt starker Kritik ausgesetzt. Oberstes Ziel der ergriffenen Maßnahmen ist daher, Banken widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen und sie im Insolvenzfall ohne Unterstützung vom Steuerzahler abwickeln zu können, sodass Risiken und Chancen – marktwirtschaftskonform – wieder in den gleichen Händen liegen.

Dieses Dilemma zwischen aus systemischer Sicht gefährlichen Insolvenzverfahren einerseits und ökonomisch sowie politisch bedenklichen Bail-outs andererseits soll mit dem neuen Abwicklungsregime für Banken aufgelöst werden. Ziel ist es, Instrumente zur Verfügung zu stellen, die eine Abwicklung von Banken ohne den Einsatz von Steuergeldern ermöglichen.

Das Thema wurde nach Ausbruch der Krise auf globaler Ebene behandelt. Federführend war hier vor allem der Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board: FSB), in dem Regierungen, Finanzaufsichtsbehörden und Zentralbanken

*... und während der Krise wiederholt zu Bail-outs führte*

*Abwicklungsregime als dritte Option neben Insolvenz und Bail-out*

*„Key Attributes“ des FSB*

der 24 wichtigsten Industrie- und Schwellennationen der Erde vertreten sind. Auch inter- und supranationale Institutionen wie etwa der IWF, die Europäische Kommission oder die Europäische Zentralbank (EZB) nahmen an den Arbeiten teil. Der FSB wurde von den G20 beauftragt, ein internationales Rahmenwerk zur Sanierung und Abwicklung systemrelevanter Finanzinstitute zu erarbeiten. Im Oktober 2011 legte er die „Key Attributes of Effective Resolution Regimes for Financial Institutions“ (nachfolgend KA) vor, die von den G20 verabschiedet wurden.<sup>1)</sup> In diesem Dokument werden die Anforderungen skizziert, die die Abwicklungsregime der beteiligten Staaten erfüllen sollen. Insbesondere wird gefordert, dass die Staaten Abwicklungsbehörden errichten und mit Instrumenten ausstatten sollen, die eine geordnete Abwicklung von Finanzinstituten ohne Kosten für den Steuerzahler ermöglichen. Die KA geben dabei die Grundzüge der vorzusehenden Instrumente, der dabei anzuwendenden Prinzipien sowie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der beteiligten Behörden vor. Die im FSB vertretenen Staaten haben sich verpflichtet, die KA bis zum Jahr 2015 in nationales Recht umzusetzen, womit eine stärkere Konkretisierung der Regeln einhergehen wird. Damit tragen die KA maßgeblich zur Lösung des weltweiten „too big to fail“-Problems bei.

*Abwicklungsregime auf europäischer Ebene als Teil des Gesamtprojekts Bankenunion*

Das Vorhaben fiel in der EU mit dem 2012 von den Staats- und Regierungschefs erklärten Willen zusammen, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Bankenunion zu ergänzen, die eine gemeinsame Bankenaufsicht, einen gemeinsamen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und eine vertiefte Harmonisierung der Einlagensicherung umfassen sollte. Die erste Säule dieser Bankenunion, der einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism: SSM), mit dem die Aufsicht auf die EZB übertragen wird, wurde mit einer bereits im November 2013 in Kraft getretenen Verordnung in Angriff genommen. Der SSM wird seine aufsichtliche Tätigkeit voraussichtlich am 4. November 2014 vollumfänglich aufnehmen.<sup>2)</sup> Hin-

sichtlich der dritten Säule, der Einlagensicherung, wurde ein Kompromiss für eine Richtlinie gefunden, die die nationalen Einlagensicherungssysteme weiter harmonisiert.

## ■ Gesetzgebungsverfahren

Die KA sind weder rechtlich verbindlich noch unmittelbar in den beteiligten Staaten anwendbar. Sie bedürfen daher zu ihrer praktischen Anwendbarkeit der Umsetzung durch legislative Akte in den jeweiligen Staaten. Hierzu hatte sich auch die EU als Jurisdiktion zwar nicht rechtlich, doch aber politisch verpflichtet.

*Umsetzung der KA in der EU durch BRRD und SRM als Teile der Bankenunion*

Die Europäische Kommission legte dementsprechend am 6. Juni 2012 einen Entwurf für eine Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive: BRRD<sup>3)</sup>) sowie am 10. Juli 2013 einen Entwurf für eine Verordnung zur Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism: SRM-VO) für Banken vor.<sup>4)</sup>

Beide Dokumente sind rechtlich eigenständige Rechtsakte, allerdings baut die SRM-VO auf der BRRD auf. Die BRRD, die für alle 28 Mitgliedstaaten der EU gilt, harmonisiert das materielle

*Wechselseitiges Verhältnis der beiden Rechtsakte*

<sup>1</sup> Im Internet abrufbar unter: [http://www.financialstabilityboard.org/publications/r\\_111104cc.pdf](http://www.financialstabilityboard.org/publications/r_111104cc.pdf).

<sup>2</sup> Siehe hierzu: Deutsche Bundesbank, Gemeinsame europäische Bankenaufsicht – Erster Schritt auf dem Weg zur Bankenunion, Monatsbericht, Juli 2013, S. 15 ff.

<sup>3</sup> Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinien 77/91/EWG und 82/891/EG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG und 2011/35/EG sowie der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010. Kommissionsdokument Nr. COM/2012/0280 final.

<sup>4</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Bankenabwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates. Kommissionsdokument Nr. COM(2013) 520 final.

Abwicklungsrecht, das heißt, sie sieht Abwicklungsinstrumente vor und enthält damit in Zusammenhang stehende Vorschriften etwa über die Sanierungs- und Abwicklungsplanung und das frühzeitige Eingreifen. Sie belässt aber die Zuständigkeit für die Anwendung dieser Befugnisse auf nationaler Ebene und sieht demgemäß – soweit noch nicht national geschehen – die Errichtung von nationalen Abwicklungsbehörden und Abwicklungsfinanzierungsmechanismen durch die Mitgliedstaaten vor. Sie ist aus europarechtlicher Sicht eine Richtlinie, die durch nationale Gesetzgebung in nationales Recht umgesetzt werden muss und auf diesem Wege zur Anwendung gelangt.

Die SRM-VO überträgt demgegenüber auch die Entscheidungsfindung auf die europäische Ebene. Sie errichtet ein europäisches Abwicklungsgremium, das mit Befugnissen ausgestattet wird, die im Rahmen der BRRD von den nationalen Abwicklungsbehörden ausgeübt werden. Dieser Zielsetzung entsprechend, wird der SRM über eine EU-Verordnung und damit einen unmittelbar anwendbaren Rechtsakt errichtet. Soweit die BRRD den Mitgliedstaaten Wahlrechte und Gestaltungsspielräume belässt, werden diese von der SRM-VO in einer bestimmten Weise ausgeübt. Auch wenn die SRM-VO in allen 28 Mitgliedstaaten gilt, umfasst der SRM faktisch nicht alle Mitgliedstaaten, sondern nur diejenigen, die auch am SSM teilnehmen. Streng genommen ist daher nur der SRM, nicht auch die BRRD, Teil des Projekts Bankenunion, das nur die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowie Staaten, die eine enge Zusammenarbeit mit der EZB auf dem Gebiet der Bankenaufsicht eingehen (sog. Opt-In), umfasst. Dennoch können die beiden Rechtsakte nur in einer Gesamtschau sinnvoll betrachtet werden, da die materiellen Regelungen weitgehend deckungsgleich sind.

Beide Rechtsakte sollen auf Grundlage des Artikels 114 AEUV (Rechtsangleichung im Binnenmarkt) erlassen werden und bedürfen daher der Zustimmung des Rates und des Europäischen Parlaments im Wege des ordentlichen Gesetz-

gebungsverfahrens. Die sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen den EU-Gesetzgebungsorganen konnten Ende März 2014 erfolgreich abgeschlossen werden. Auf Grundlage dieser politischen Einigung gab das Plenum des Europäischen Parlaments am 15. April seine Zustimmung zu beiden Gesetzesvorhaben; die BRRD wurde am 12. Juni 2014 im Amtsblatt der EU veröffentlicht.<sup>5)</sup> Etwaige Änderungen an Detailpunkten der SRM-VO sollen in der ersten Plenarsitzung des neugewählten Parlaments nach den Europawahlen im Zuge eines Korrigendums beschlossen werden. Daran anschließend kann der Rat sein förmliches Votum abgeben. Damit kann auch die SRM-VO noch im Sommer 2014 im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Darüber hinaus zeigte sich während der Verhandlungen zur SRM-VO, dass wichtige Fragen zur Vergemeinschaftung der Abwicklungsfinanzierung nicht in Form einer EU-Verordnung geregelt werden können, sondern eines zusätzlichen zwischenstaatlichen Abkommens der Mitgliedstaaten („intergovernmental agreement“: IGA) bedürfen (Näheres dazu unten). Ein entsprechendes Abkommen wurde deshalb parallel zur SRM-VO ausgehandelt und von allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Großbritanniens und Schwedens am 21. Mai 2014 unterzeichnet. Nun schließt sich ein Ratifikationsverfahren gemäß den nationalen verfassungsrechtlichen Vorschriften an.

## Bank Recovery and Resolution Directive – BRRD

### Allgemeines

Der Anwendungsbereich der BRRD umfasst in der EU niedergelassene Institute, das heißt Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Art. 1 Abs. 1 lit. a, Art. 2 Abs. 23 BRRD). Der Begriff „Kreditinstitut“ ist dabei im europarechtlichen Sinne des Einlagen- und Kreditgeschäfts zu verstehen, so dass nicht alle Unternehmen, die den weiteren

*Anwendungsbereich*

*Trilog wurde durchgeführt*

<sup>5)</sup> ABl. EU Nr. L 173/190 vom 12. Juni 2014.

Begriff des Kreditinstituts im deutschen Recht (§ 1 Abs. 1 Gesetz über das Kreditwesen, KWG) erfüllen, von der BRRD erfasst sind. Erfasst sind daneben auch in der EU bestehende Zweigstellen von Banken aus Drittstaaten sowie bestimmte Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, gemischte Holdinggesellschaften und Mutterfinanzholdinggesellschaften und Finanzinstitute (Einzelheiten in Art. 1 Abs. 1 lit. b bis e BRRD).

*BRRD regelt Sanierungs- ebenso wie Abwicklungs- verfahren*

Ähnlich wie bereits bestehende nationale Rechtsordnungen – in Deutschland etwa das Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz<sup>6)</sup> – differenziert auch die BRRD grundsätzlich zwischen zwei verschiedenen Verfahren, die im Falle der Schieflage eines Instituts ergriffen werden können und die bereits im Titel der Richtlinie ihren Niederschlag gefunden haben: Einerseits, die Sanierung („recovery“), andererseits die Abwicklung im engeren Sinne („resolution“).

## Sanierungsverfahren

*Sanierungs- verfahren durch das Institut selbst*

Das Sanierungsverfahren zeichnet sich dadurch aus, dass es in Eigenverantwortung des Instituts durchgeführt wird. Zu diesem Zweck steht der Geschäftsleitung eine von der BRRD nicht abschließend vorgegebene Bandbreite an Optionen zur Verfügung. Beispielsweise können bestimmte Aktiva oder Geschäftszweige des Instituts an andere Rechtsträger veräußert oder bestimmte Aktivitäten eingestellt, umorganisiert oder reduziert werden. Allen Sanierungsmaßnahmen gemein ist, dass sie auf rein privatrechtlicher Grundlage ohne Nutzung hoheitlich-behördlicher Befugnisse ergehen. Sie gestatten daher keinen Eingriff in die Rechte von Investoren (Anteilseignern oder Gläubigern) gegen deren Willen. Die Aufsichtsbehörde kann im Rahmen des frühzeitigen Eingreifens das Institut verpflichten, Sanierungsmaßnahmen zu treffen.

*Pflicht zur Sanierungs- planung*

Im Falle einer Institutsschieflage kann wertvolle Zeit verlorengehen, wenn die Geschäftsleitung erst dann damit beginnt, Konzepte für eine

Sanierung auszuarbeiten. Daher verpflichtet Artikel 5 BRRD die Institute zur Aufstellung von Sanierungsplänen. In diesen Dokumenten sollen die in der Sanierung zu treffenden Maßnahmen ex ante, das heißt vor Eintreten des Sanierungsfalles, entwickelt und vorbereitet werden, um im Bedarfsfall auf bereits vorhandene Konzepte zurückgreifen zu können. Anders als im geltenden deutschen Recht, das eine Sanierungsplanung nur für potenziell systemgefährdende Institute vorschreibt, ist dies in der BRRD im Grundsatz für alle Institute vorgesehen; allerdings findet für Banken, die einer der konsolidierenden Aufsicht unterliegenden Gruppe angehören, keine individuelle Planung statt, da sie stattdessen im Gruppensanierungsplan (Art. 7 BRRD) behandelt werden. Für kleine Institute – insbesondere solche, die wie die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken einem Institutssicherungssystem angehören oder deren Liquidation im Insolvenzverfahren keine schädlichen Auswirkungen auf die Finanzstabilität erwarten lässt – sieht Artikel 4 BRRD Erleichterungen bei der Sanierungsplanung vor. Die Sanierungspläne sind mindestens jährlich oder bei bedeutsamen Änderungen zu aktualisieren und werden der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Prüfung vorgelegt. Bei Unzulänglichkeiten im Plan kann die Aufsichtsbehörde Abhilfe verlangen und auch Maßnahmen wie etwa Änderungen an der Governance-Struktur oder dem Risikoprofil des Instituts vorschreiben.

Zur Vorbereitung auf spätere Schieflagen können in Gruppen auch Vereinbarungen über gruppeninterne finanzielle Unterstützung der angehörigsten Unternehmen untereinander geschlossen werden, die allerdings der Prüfung durch die Aufseher unterliegen.

*Gruppeninterne finanzielle Unterstützung*

## Frühzeitiges Eingreifen

Ein wesentlicher Zweck der BRRD besteht auch darin, eine sich anbahnende Schieflage bereits

<sup>6)</sup> Erlassen als Art. 1 des Restrukturierungsgesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I, S. 1900).

*Zusätzliche Eingriffsbefugnisse für die Aufsichtsbehörden*

im Vorfeld abzuwenden. Zu diesem Zweck sehen Artikel 27 bis 30 BRRD unter dem Schlagwort frühzeitiges Eingreifen („early intervention“) umfangreiche zusätzliche Eingriffsbefugnisse für die Aufsichtsbehörden vor. Insbesondere können Änderungen an der Geschäftsstrategie verlangt, ein vorläufiger Verwalter bestellt oder das Durchführen von Maßnahmen aus dem Sanierungsplan vorgeschrieben werden.

## Abwicklung

*Abwicklungsverfahren erlaubt Eingriffe in Gläubigerrechte*

Im Idealfall bewirkt die Bankenaufsicht durch frühzeitiges Eingreifen eine hinreichende Risikotragfähigkeit des Instituts, oder die Bank stellt diese unter Berücksichtigung der Aufsichtsempfehlungen durch das Sanierungsverfahren wieder her. Extremfälle, in denen dies nicht genügt oder ein Sanierungsversuch von vornherein aussichtslos ist, lassen sich jedoch nicht ausschließen, sodass Maßnahmen bis hin zu Eingriffen in die Rechte von Anteilseignern und Gläubigern gegen deren Willen erforderlich werden können. Derartige Eingriffe sind hoheitlicher Art und bedürfen daher der Einbindung einer Behörde, die hierfür mit gesetzlichen – also von vertraglichen Klauseln unabhängigen – Befugnissen ausgestattet ist. Diesem Zweck dienen das Abwicklungsverfahren und die Abwicklungsbehörde. Die Abwicklungsziele, an denen die Behörde ihr Vorgehen auszurichten hat, werden dabei in Artikel 31 BRRD vorgegeben und umfassen die Sicherstellung der Kontinuität kritischer Funktionen; die Vermeidung erheblicher negativer Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität, vor allem durch die Verhinderung einer Ansteckung; den Schutz öffentlicher Mittel durch geringere Inanspruchnahme außerordentlicher finanzieller Unterstützung aus öffentlichen Mitteln; den Schutz von einlagengesicherten Einlegern sowie den Schutz der Gelder und Vermögenswerte der Kunden.

*Abwicklungsplanung durch Abwicklungsbehörde*

Auch hinsichtlich der Abwicklung findet bereits im Vorfeld eine Planung statt, um die Wahl der notwendigen Maßnahmen im Bedarfsfall zu

erleichtern. Entscheidender Unterschied zur Sanierung ist aber, dass die Pflicht zur Erstellung eines Abwicklungsplanes nicht beim Institut, sondern bei der Abwicklungsbehörde liegt (Art. 10 BRRD). Hierbei ist das Institut zur Kooperation und zur Bereitstellung der erforderlichen Daten verpflichtet (Art. 11 BRRD). Auch hier finden sich Erleichterungen für kleinere Institute sowie die Möglichkeit, gruppenangehörige Institute in einem Gruppenabwicklungsplan zu behandeln.

Im Prozess, der zur Erstellung des Abwicklungsplanes führt, können sich Hindernisse zeigen, die ein geordnetes Abwicklungsverfahren erschweren können. Beispielsweise ist es denkbar, dass verschiedene Geschäftszweige des Instituts derart komplex vernetzt sind, dass die systemischen Konsequenzen eines Abwicklungsverfahrens unübersehbar wären. Die BRRD beauftragt daher die Abwicklungsbehörden, die Abwicklungsfähigkeit („resolvability“) eines Instituts zu überprüfen; sie ist bei festgestellten Mängeln an der Abwicklungsfähigkeit befugt, den Abbau oder die Beseitigung von Hindernissen für die Abwicklungsfähigkeit zu verlangen (Art. 17 BRRD). Die Überprüfung der Abwicklungsfähigkeit ist in einem iterativen Prozess mit der Sanierungs- und Abwicklungsplanung verbunden. Dieser Prozess setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen Aufsichts- und Abwicklungsbehörde voraus. Hat die Aufsichtsbehörde beispielsweise Zweifel an der Durchführbarkeit eines ihr vorgelegten Sanierungsplanes, muss sie auf Änderungen hinwirken, die sich positiv auf die Abwicklungsfähigkeit auswirken und auch die Abwicklungsplanung beeinflussen werden. Umgekehrt können Erkenntnisse der Abwicklungsbehörde aus ihrer Bewertung der Abwicklungsfähigkeit dazu führen, dass die Sanierungs- und Abwicklungsplanung verändert werden muss.

Zur Eröffnung eines Abwicklungsverfahrens müssen nach Artikel 32 Absatz 1 BRRD drei Voraussetzungen (sog. Trigger) kumulativ erfüllt sein:

*Prüfung der Abwicklungsfähigkeit ex ante und Zusammenhänge zur Sanierungs- und Abwicklungsplanung*

*Drei kumulative Voraussetzungen für Abwicklungsverfahren*

- Das Institut fällt aus, oder sein Ausfall ist wahrscheinlich. Mit diesem Kriterium, das in Artikel 32 Absatz 4 BRRD näher ausformuliert wird, wird neben der Überschuldung und Zahlungsfähigkeit des Instituts auch auf Verstöße gegen die an eine dauerhafte Zulassung geknüpften Anforderungen abgestellt, beispielsweise ein Verlust, der einen wesentlichen Teil der Eigenmittel aufbraucht. Soweit nicht bestimmte Ausnahmen greifen, wird zudem das Kriterium „Ausfall“ oder „wahrscheinlicher Ausfall“ als erfüllt angesehen, wenn ein Institut eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhält. Diese Vorschrift senkt Anreize zu frühzeitigen Bail-outs.<sup>7)</sup>
- Es besteht nach vernünftigem Ermessen keine Aussicht, dass alternative Maßnahmen der Privatwirtschaft oder der Aufsichtsbehörden (wie z. B. Frühinterventionsmaßnahmen) den Ausfall innerhalb eines angemessenen Zeitraums abwenden können. Diese Regelung ist aus deutscher Sicht von besonderer Bedeutung, da institutsbezogene Sicherungssysteme, wie sie vor allem in den Garantie- und Haftungsverbänden des deutschen Genossenschafts- und Sparkassensektors anzutreffen sind, explizit als alternative Maßnahmen angesprochen werden. Dies ist sachgerecht, da die Erfahrung der Vergangenheit gezeigt hat, dass Zusammenbrüche verbandsangehöriger Institute effizient und oft mit geringeren Kosten durch die jeweiligen Institutssicherungen abgewendet werden können. Die Regelung verdeutlicht den Charakter des Abwicklungsregimes als Ultima Ratio.
- Die Abwicklung ist im öffentlichen Interesse. Im Rahmen dieses Kriteriums wird ein Vergleich zum Insolvenzverfahren gezogen: Ein Abwicklungsverfahren liegt nur dann im öffentlichen Interesse, wenn es für das Erreichen eines oder mehrerer Abwicklungsziele erforderlich und verhältnismäßig ist und die Liquidation des Instituts im Insolvenzverfahren diese Ziele nicht in gleichem

Umfang ermöglichen würde. Das Kriterium zeigt, dass das bisherige Insolvenzrecht durch das neue Abwicklungsregime nicht verdrängt, sondern dass eine zusätzliche Alternative zur Verfügung gestellt wird; im Falle einer konkreten Schieflage ist im Einzelfall zu prüfen, ob ein Insolvenz- oder ein Abwicklungsverfahren durchzuführen ist. Hierbei gilt der Grundsatz, dass kein Gläubiger durch ein Abwicklungsverfahren schlechter gestellt sein darf, als er es durch eine Insolvenz wäre („no creditor worse off“).

Sobald die Voraussetzungen für eine Abwicklung erfüllt sind und ein Abwicklungsverfahren eingeleitet wurde, stehen der Abwicklungsbehörde mehrere Instrumente („resolution tools“) zur Verfügung, die sie zum Erreichen der genannten Ziele einsetzen kann. Diese Abwicklungsinstrumente sind in Artikel 37 Absatz 3 BRRD aufgezählt. Es handelt sich um:

- Unternehmensveräußerung („sale of business“),
- Brückeninstitut („bridge institution“),
- Ausgliederung von Vermögenswerten („asset separation“),
- Bail-in.

Die Instrumente können einzeln oder in Kombination mit anderen eingesetzt werden, mit der Ausnahme, dass das Instrument der Ausgliederung von Vermögenswerten nicht einzeln eingesetzt werden darf.

---

<sup>7</sup> Die BRRD sieht in diesem Kontext eine wichtige Übergangsvorschrift für den Start der Bankenunion vor: Unter bestimmten Voraussetzungen löst außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht den Abwicklungsfall aus, wenn sie vorbeugend, vorübergehend und geeignet ist, den Folgen schwerer Störungen abzuwehren. Die Bestimmung zielt vor allem auf Stresstests der Europäischen Bankenaufsicht sowie die derzeit unter Führung der EZB stattfindende Bilanzüberprüfung derjenigen Banken ab, über die die EZB ab November 2014 voraussichtlich die direkte Aufsicht übernehmen wird (vgl. auch den Wortlaut von Art. 32 Abs. 4 lit. d BRRD). Diese Regelung ermöglicht es, Kapitallücken, die sich im Rahmen dieser Verfahren zeigen, erforderlichenfalls auch unter Einsatz öffentlicher Mittel zu schließen, um so die Bankenunion frei von Altlasten beginnen zu können. Details hinsichtlich der genauen Voraussetzungen für eine solche Rekapitalisierung ohne Auslösung der Abwicklung sind noch umstritten.

*Staatliche  
Stabilisierungsinstrumente als  
letztes Mittel*

Als Ultima Ratio stellen Artikel 56 ff. BRRD auch staatliche Stabilisierungsinstrumente bereit. Bei Ihnen handelt es sich in der Sache um einen von der BRRD legitimierten Bail-out mit öffentlichen Mitteln. Da dies im Gegensatz zu den Zielen der BRRD steht, dürfen sie erst eingesetzt werden, nachdem die übrigen Abwicklungsinstrumente so umfassend wie möglich erwogen und eingesetzt wurden.

*Unternehmensveräußerung*

Mit dem Instrument der Unternehmensveräußerung können Anteile an dem abzuwickelnden Unternehmen oder seine Vermögenswerte, Rechte oder Verbindlichkeiten – ganz oder teilweise – auf einen übernehmenden Rechtsträger übertragen werden. In der Sache handelt es sich um einen Verkauf von Geschäftsaktivitäten an ein anderes Institut, das hierfür einen durch vorherige Bewertung zu ermittelnden Preis zahlt. Dadurch kann die Fortführung kritischer Funktionen durch einen anderen Geschäftsträger ermöglicht werden. Die Zustimmung des abzuwickelnden Instituts oder seiner Anteilseigner ist ebenso wenig erforderlich wie die der Gläubiger oder Schuldner, deren Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten übertragen werden, da die Veräußerung hoheitlich durch die Abwicklungsbehörde erfolgt; erforderlich ist allerdings die Zustimmung des übernehmenden Rechtsträgers.

*Brückeninstitut*

Anstatt auf dem Markt nach einem kaufwilligen übernehmenden Rechtsträger zu suchen oder wenn kein solcher Rechtsträger gefunden werden kann, kann von der Abwicklungsbehörde auch ein Brückeninstitut errichtet werden, um kritische Funktionen in einem solchen zu erhalten. Auf dieses können Anteile an dem abzuwickelnden Unternehmen oder Vermögenswerte, Rechte oder Verbindlichkeiten ganz oder teilweise übertragen werden, wobei der Gesamtwert der übertragenen Verbindlichkeiten nicht den Gesamtwert der Rechte und Vermögenswerte übersteigen darf. Auch hier ist ein angemessener, durch Bewertung zu ermittelnder Kaufpreis zu zahlen. Der Unterschied zur Unternehmensveräußerung liegt vor allem darin, dass das Brückeninstitut von der Abwick-

lungsbehörde gezielt für diesen Zweck gegründet und gesteuert wird (Art. 41; Art. 40 Abs. 2 BRRD); allerdings können Brückeninstitute – wie dies bereits jetzt in Deutschland durch die FMSA auf Grundlage des Restrukturierungsfondsgesetzes möglich ist – auch ohne konkreten Anlass „auf Vorrat“ als Mantel gegründet werden, um im Bedarfsfall schneller zur Verfügung zu stehen. Das Brückeninstitut oder seine Vermögenswerte, Rechte oder Verbindlichkeiten sollen sobald wie möglich, im Regelfall innerhalb von zwei Jahren, weiterverkauft werden, wobei Verlängerungsmöglichkeiten bestehen (Art. 41 Abs. 5, 6 BRRD).

Das Instrument der Ausgliederung von Vermögenswerten weist gewisse Ähnlichkeiten zum Brückeninstitut dahingehend auf, dass auch hier Vermögenswerte, Rechte oder Verbindlichkeiten des abzuwickelnden Instituts auf einen von der Abwicklungsbehörde kontrollierten Rechtsträger übertragen werden. Anders als beim Brückeninstitut ist der Zweck dieses als Zweckgesellschaft („asset management vehicle“) ausgestalteten Rechtsträgers aber nicht die Fortführung kritischer Funktionen, sondern im Gegenteil deren spätere Veräußerung oder geordnete Liquidation (Art. 42 Abs. 3 BRRD). Auf die Zweckgesellschaft können also die nicht bewahrenswerten Aktivitäten ausgelagert werden (sog. Bad Bank). Auch hier ist ein angemessener Kaufpreis zu entrichten.

Kein Abwicklungsinstrument im engeren Sinne, aber in der BRRD als Handlungsoption für die Abwicklungsbehörden vorgesehen und einem Bail-in vorgeschaltet, ist die Möglichkeit zur Herabschreibung oder Umwandlung von Kapitalinstrumenten (Art. 60 BRRD). Dort kann zunächst hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1: CET1) proportional zu den Verlusten herabgeschrieben, das heißt in seinem Nennbetrag verringert werden. Ist dies zur Verwirklichung der Abwicklungsziele unzureichend, findet in der nächsten Stufe eine Herabschreibung von zusätzlichen Kernkapitalinstrumenten (Additional Tier 1: AT1) oder die Wandlung dieser Instrumente in hartes Kernkapital statt. Auf einer

*Ausgliederung  
von Vermögenswerten*

*Herabschreibung  
oder Umwandlung von  
Kapitalinstrumenten*

weiteren Stufe ist auch bei Ergänzungskapital (Tier 2: T2) eine Umwandlung in hartes Kernkapital oder eine Herabschreibung möglich.<sup>8)</sup> Trotz der strukturellen Ähnlichkeiten zum an späterer Stelle behandelten Bail-in-Instrument handelt es sich bei diesen Optionen nicht um Abwicklungsinstrumente im eigentlichen Sinne, da die betreffenden Passiva bereits von vornherein mit der Maßgabe der Nachrangigkeit und Verlustabsorption emittiert wurden.

*Bail-in als Kernstück des Systems der Abwicklungsinstrumente*

Die bisher genannten Instrumente wurden in ähnlichen Formen in der Krise bereits angewandt; sie finden daher funktionale Gegenstücke etwa im geltenden deutschen Recht (§§ 48a ff. KWG für die Übertragungsanordnung, § 5 Restrukturierungsfondsgesetz für die Errichtung von Brückeninstituten, § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz für die Errichtung von Abwicklungsanstalten für bis zum 30. September 2012 erworbene Risikopositionen). Ein echtes Novum aus juristischer Sicht und daher das in der politischen Debatte am kontroversesten diskutierte Abwicklungsinstrument ist demgegenüber der Bail-in, der eine unmittelbare Verlusttragung durch Investoren ermöglichen soll und damit im Zentrum des Anliegens der BRRD steht, eine Alternative zum bisherigen Bail-out bereitzustellen. Er ähnelt der bereits dargestellten Herabschreibung oder Umwandlung von Kapitalinstrumenten, mit dem Unterschied, dass er im Grundsatz sämtliche Verbindlichkeiten des Instituts erfasst und nicht auf Instrumente mit expliziter Nachrangabrede beschränkt ist.

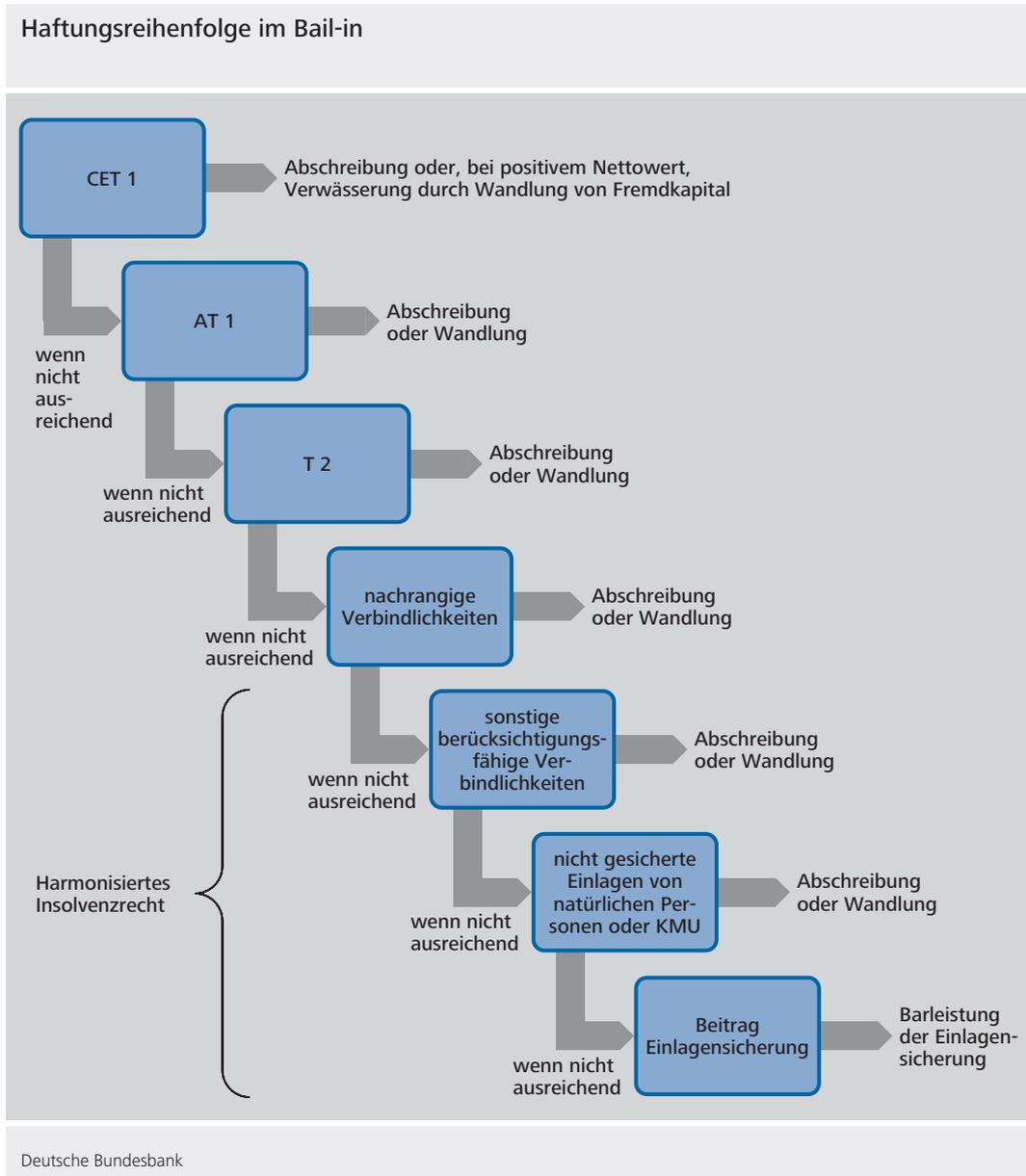
*Ermittlung des durch Bail-in aufzubringenden aggregierten Betrages*

Zur Anwendung des Bail-in wird zunächst im Rahmen einer Bewertung ein aggregierter Betrag ermittelt, der zur Absorption der aufgelaufenen Verluste und damit zur Wiederherstellung eines Nettowerts des abzuwickelnden Instituts von null erforderlich ist. So kann der aggregierte Betrag auch höher angesetzt werden, um neben der Absorption der aufgelaufenen Verluste eine harte Kernkapitalquote größer null im Sinne der CRR wieder herzustellen (Art. 46 BRRD).

Nach der Bewertung wird der aufzubringende aggregierte Betrag einschließlich des Betrages, der im Rahmen einer Herabschreibung oder Umwandlung nach den Artikeln 59 und 60 BRRD aufzubringen ist, gemäß einer in der BRRD definierten Haftungskaskade auf die Anteilseigner und Gläubiger verteilt (Art. 48 BRRD; vgl. Schaubild auf S. 40). Zunächst werden im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 lit. a BRRD CET1-Instrumente herabgeschrieben. Ist dies zur Erreichung des Zielbetrages nicht ausreichend, erfolgt eine Herabschreibung von AT1-Instrumenten und auf der dritten Stufe eine Herabschreibung von T2-Instrumenten. Anders als unter Artikel 60 BRRD endet die Hierarchie hier jedoch nach Aufzehrung der regulatorisch anerkannten Kapitalinstrumente nicht. Stattdessen können in einer nächsten Stufe auch sonstige nachrangige Verbindlichkeiten im Einklang mit der Rangfolge der Forderungen im Rahmen eines regulären Insolvenzverfahrens im erforderlichen Umfang herabgeschrieben werden. Zuletzt ist zudem eine Heranziehung aller sonstigen, das heißt auch vorrangigen, Gläubiger möglich, wobei hierfür jedoch eine durch Artikel 108 BRRD vorgegebene Rangfolge der Forderungen eingehalten werden muss, die auch im Rahmen eines regulären Insolvenzverfahrens zu übernehmen ist: Demgemäß genießen Einlagen von natürlichen Personen oder kleinen oder mittleren Unternehmen (KMUs) – sogenannte „eligible deposits“ – die an sich der Einlagensicherung unterliegen, allerdings wegen Überschreitung der Einlagensicherungsgrenze von 100 000 € je Institut und Einleger nicht von der Einlagensicherung profitieren, Vorrang vor sonstigen Gläubigern. Den höchsten Rang nehmen über Einlagensicherungssysteme gedeckte Einlagen und Einlagensicherungssysteme, die an die Stelle geschützter Ein-

*BRRD sieht Hierarchie von Anteilseignern und Gläubigern vor*

<sup>8</sup> Die Begriffe CET1, AT1 und T2 fassen unterschiedliche Klassen von Kapitalinstrumenten, die sich hinsichtlich ihrer Qualität und daran anknüpfend ihrer aufsichtlichen Behandlung unterscheiden. Beispiele für CET1-Instrumente sind Aktien im Falle einer Aktiengesellschaft. Beispiele für AT1-Instrumente sind zeitlich unbefristete Schuldverschreibungen ohne starre Zahlungs- oder Tilgungsanreize, während zu den T2-Instrumenten etwa nachrangige Darlehen mit einer Ursprungslaufzeit von mindestens fünf Jahren gezählt werden können.



leger treten, ein. Auch im Bail-in-Falle kann die Beteiligung von Gläubigern sowohl in Form von Herabschreibungen, das heißt Verringerungen des Nennwerts, oder in Form von Umwandlungen in CET1-Instrumente erfolgen. Investoren von CET1-Instrumenten können sowohl durch Herabschreibung ihrer Anteile als auch durch deren Verwässerung an Verlusten beteiligt werden, die dadurch eintritt, dass andere Instrumente in CET1 umgewandelt werden und sich so der prozentuale Anteil der ursprünglichen Investoren am Institut verringert. Voraussetzung für diese, auf eine CET1-Herabschreibung verzichtende Vorgehensweise ist allerdings, dass das Institut trotz der aufgelaufenen Ver-

luste einen positiven Nettowert<sup>9)</sup> aufweist (Art. 47 Abs. 1 BRRD). Hintergrund dieser Regelung ist der Gedanke, dass der im Institut noch vorhandene positive Wert den bisherigen Anteilseignern gebührt und eine Herabschreibung der Anteile daher unangemessen wäre.

Die genannten Sonderregelungen zur Behandlung von Einlagen greifen den Gedanken des Einlegerschutzes auf, der in Artikel 31 Absatz 2 BRRD zu einem von mehreren Abwicklungszie-

<sup>9</sup> „Positiver Nettowert“ in diesem Sinne bedeutet letztlich, dass das Vermögen des Instituts die Verbindlichkeiten übersteigt.

*Einlegerschutz durch Befreiung vom Bail-in, aber Kostenbeiträge der Einlagensicherungssysteme*

len erhoben wird. Zu diesem Zweck sind Einlagen, die unter den Schutz der europäisch harmonisierten gesetzlichen Einlagensicherungssysteme fallen, bis zu einer gesetzlich definierten Höchstgrenze von derzeit 100 000 € je Institut und Einleger vom Bail-in ausgenommen; die Einlage bleibt ungekürzt und ungewandelt als Forderung des Einlegers gegen das Institut (oder ggf. ein Brückeninstitut) erhalten. Dennoch findet indirekt eine Kostentragung dahingehend statt, dass die für die geschützten Einleger zuständigen Einlagensicherungssysteme zur Tragung der Kosten der Abwicklung eine Barleistung in Höhe des Betrages leisten, der auf die Einleger entfallen wäre, wenn sie nicht vom Bail-in befreit wären (Art. 109 BRRD). Diese Regelung ist dadurch motiviert, dass so die Einlagensicherung an den Kosten der Abwicklung in dem gleichen Ausmaß beteiligt werden kann, in dem sie auch in Anspruch genommen würde, wenn anstelle der Abwicklung eine Insolvenz mit dann fälliger Entschädigung der Einleger durchgeführt würde. Für die Berechnung des Kostenbeitrags der Einlagensicherungssysteme werden diese am Ende der Haftungskaskade – das heißt der am stärksten begünstigten Stellung – angesiedelt.

*Gesetzliche und diskretionäre Ausnahmen vom Bail-in*

Weitere Ausnahmen von dem Grundsatz, dass die gesamte Passivseite über die Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnis und den Bail-in erfasst werden kann, sind im Wortlaut der Richtlinie vorgesehen; nennenswert ist hier insbesondere die Ausnahme zugunsten von Interbankverbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von weniger als sieben Tagen. Die Regelung ist augenscheinlich dadurch motiviert, den für die Transmission geldpolitischer Impulse wichtigen Interbankengeldmarkt zu schonen, setzt allerdings Anreize hin zu einer kurzfristigen und damit weniger stabilen Refinanzierung von Banken und ist unter diesem Gesichtspunkt nicht unkritisch zu sehen.

Neben diesen gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen besitzt die Abwicklungsbehörde auch unter in Artikel 44 Absatz 3 BRRD umrissenen Bedingungen die Möglichkeit, bestimmte Ver-

bindlichkeiten auf diskretionärer Basis ganz oder teilweise vom Bail-in zu befreien und so die skizzierte Haftungskaskade zu modifizieren. Die so entstehende Lücke, das heißt der auf die befreiten Gläubiger entfallende Anteil der Lasten, kann entweder auf andere Gläubiger verteilt werden, deren Last entsprechend steigt (Art. 44 Abs. 3 BRRD a. E.), oder kann durch den Abwicklungsfinanzierungsmechanismus aufgefangen werden (Art. 44 Abs. 4 BRRD). Voraussetzung für die zweite Variante, die im Ergebnis auf einen Ausgleich der Verluste innerhalb des Bankensektors hinausläuft, ist aber, dass bereits eine Kostentragung durch die Anteilseigner und gegebenenfalls Gläubigern von insgesamt mindestens 8% der Bilanzsumme stattgefunden hat. Ferner ist der Kostenbeitrag des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus auf 5% der Bilanzsumme beschränkt. In Ausnahmefällen gestattet Artikel 44 Absatz 8 BRRD auch eine Befreiung von diesen Grenzen unter bestimmten Voraussetzungen.

Um im Bedarfsfall sicherzustellen, dass eine hinreichend große Masse an bail-in-fähigen Mitteln zur Verfügung steht, sieht Artikel 45 BRRD Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten vor („minimum requirement for own funds and eligible liabilities“: MREL). Damit konkretisiert der europäische Gesetzgeber ein Konzept, das der FSB – einem Auftrag der G20 vom Gipfel in St. Petersburg folgend – unter dem Schlagwort GLAC („gone-concern loss-absorbing capacity“) auf internationaler Ebene mit höchster Priorität vorantreibt. Gemeinsam ist dem europäischen und dem internationalen Ansatz die Idee, dass die Sicherstellung einer ausreichenden Verlustabsorptionskapazität zum Zeitpunkt der Abwicklung eine operationelle Durchführung des vorab vereinbarten Abwicklungsplanes erst ermöglicht und damit die gesamte Abwicklung glaubwürdig machen soll. Während die europäische MREL-Regelung jedoch für alle Institute im Anwendungsbereich der BRRD gilt und den Aufsichtsbehörden hierzu diskretionäre Entscheidungsspielräume belässt, soll die international vereinbarte GLAC-Anforderung nur für

*Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten und internationale Mindestanforderungen an eine Verlustabsorptionsmasse („gone-concern loss-absorbing capacity“)*

global systemrelevante Banken gelten und als international verbindlicher Mindeststandard definiert werden.

Die MREL berechnen sich als Quotient aus Eigenmitteln und bail-in-fähigen Verbindlichkeiten dividiert durch die Gesamtverbindlichkeiten und Eigenmittel des Instituts, wobei derivative Verbindlichkeiten auf genetteter Basis in den Nenner einbezogen werden. Die Höhe des einzuhaltenden Prozentsatzes wird für jedes Institut individuell von der Abwicklungsbehörde festgesetzt; die Mittel müssen eine Restlaufzeit von mindestens einem Jahr aufweisen. Als Referenzgröße für die Berechnung von MREL dienen die Gesamtverbindlichkeiten des Instituts, da ein Abstellen auf risikogewichtete Aktiva (RWA) einer Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten angesichts deren möglicher mangelnder Aussagekraft in Krisensituationen nicht zielführend erschien. Diese nicht risikoadjustierte Berechnung der Quote auf der Basis ungewichteter Bilanzwerte birgt zwar die Gefahr, hochriskante und daher margenstarke, kleinvolumige Geschäftsaktivitäten gegenüber risikoarmen, margenschwachen und daher in hohen Volumina durchgeführten Geschäften zu bevorzugen. Andererseits vermeidet sie die Nachteile, die sich in der Vergangenheit bei einem Abstellen auf risikogewichtete Kennziffern infolge unzulänglicher Risikogewichtung (etwa als Resultat der Verwendung interner Modelle oder der Nullgewichtung bestimmter Aktiva wie etwa Staatsanleihen) gezeigt haben. Die auf globaler Ebene diskutierten Anforderungen an weltweit systemrelevante Institute („global systemically important banks“: G-SIBs) für GLAC könnten allerdings bezüglich der Berechnungsgrundlage, zumindest für die europäischen G-SIBs, zu Änderungen führen, da im internationalen Kontext noch über die Berechnungsgrundlage verhandelt wird.

Die MREL-Quote ist in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zu den in der CRR geregelten Eigenmittelquoten zu sehen, da es sich bei beiden aus Sicht der Bank um verbindliche, jederzeit einzuhaltende Kennziffern handelt und es im Ergebnis die im jeweiligen Einzelfall strengere Vor-

schrift ist, aus der sich aus Sicht der Bank Auswirkungen auf das Geschäftsverhalten ergeben.

## Abwicklungsfinanzierung

Ausgangspunkt der BRRD ist der bereits angesprochene Leitgedanke, dass es im Grundsatz die Anteilseigner und Gläubiger des betreffenden Instituts sind, die – in dieser Reihenfolge – Verluste zu tragen haben. Andererseits kann es nicht ausgeschlossen werden, dass im Einzelfall doch externe Finanzierungsquellen in einem Abwicklungsverfahren benötigt werden. Um die dadurch entstehenden Kosten nicht Steuerzahlern insgesamt aufzubürden, verpflichtet die BRRD die Mitgliedstaaten zur Errichtung von Abwicklungsfinanzierungsmechanismen, im Regelfall in der Form eines Abwicklungsfonds.

Finanziert werden diese Fonds im Regelfall durch im Voraus erhobene Beiträge. Beitragspflichtig sind nach Artikel 103 BRRD alle in den EU-Mitgliedstaaten lizenzierten Institute sowie die in der EU bestehenden Zweigstellen von Instituten aus Drittstaaten (Art. 2 Abs. 89 BRRD). Berechnungsgrundlage für diese Beiträge sind die Verbindlichkeiten (unter Außerachtlassung der Eigenmittel) des Beitragspflichtigen, abzüglich der geschützten Einlagen, da für diese bereits Beiträge zu den Einlagensicherungssystemen geleistet werden. Diese Berechnungsgrundlage wird in das Verhältnis zum entsprechenden Aggregat aller Beitragspflichtigen im jeweiligen Mitgliedstaat gesetzt und in Relation zum Risikoprofil des Instituts adjustiert. Die eigentliche Beitragsberechnung ist so auszugestalten, dass der Zielwert<sup>10</sup> von 1% der geschützten Einlagen im jeweiligen Mitgliedstaat bis Ende des Jahres 2024 erreicht ist (Art. 102 BRRD). Zur Ausgestaltung der Details dieser BRRD-Vorgaben wird die Kommission zum Erlass eines delegierten Rechtsaktes ermächtigt.

*Haftungskaskade nach BRRD: Anteilseigner/ Gläubiger – Abwicklungsfonds – Fiskalischer Backstop*

*Ex-ante-Beiträge als Regelfall der Abwicklungsfinanzierung*

<sup>10</sup> Während geschützte Einlagen also die Basis für die Berechnung der Zielgröße des Abwicklungsfonds bilden, sind sie bei der Berechnungsgrundlage der Beitragspflicht des einzelnen Instituts explizit ausgeklammert.

Für Deutschland ergäbe sich nach aktuellen Schätzungen ein Gesamtvolumen an geschützten Einlagen von derzeit etwa 2 Billionen € und somit ein notwendiges jährliches Beitragsaufkommen von etwa 2 Mrd € über zehn Jahre hinweg. Dies stellt gegenüber der derzeit national erhobenen Bankenabgabe, deren Gesamtaufkommen im Jahr 2013 etwa 520 Mio € betrug,<sup>11)</sup> eine deutliche Steigerung dar. Da die SRM-VO die Aufbaufrist für den von ihr vorgesehenen Fonds von zehn auf acht Jahre verkürzt (siehe dazu S. 51), könnte die jährliche Belastung dementsprechend nochmals zunehmen.

*Bei unzureichenden Mitteln des Abwicklungsfonds Ex-post-Beiträge*

Reichen die durch Ex-ante-Beiträge thesaurierten Mittel nicht zur Deckung der Aufwendungen des Fonds, so besteht die Möglichkeit zur Erhebung von Sonderumlagen. Deren Größenordnung ist auf drei reguläre Ex-ante-Jahresbeiträge begrenzt. In Fällen, in denen die Pflicht zur Zahlung von Ex-post-Beiträgen die Solvenz oder Liquidität eines beitragspflichtigen Instituts gefährden würde, gestattet die BRRD eine Stundung der Zahlungspflicht.

Als Ultima Ratio gestattet Artikel 105 BRRD die Nutzung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten in Form von Kreditaufnahme oder sonstiger Unterstützung. Als Vertragspartner zur Bereitstellung solcher Mittel werden Institute und Finanzinstitute beispielhaft genannt; ausdrücklich kommen aber auch „sonstige Dritte“ in Betracht. Auf dieser Basis aufgenommene Kredite sind aus zukünftigen Fondsbeiträgen zurückzuführen. Als kreditgewährende Dritte kommen dabei jedenfalls keine Zentralbanken in Betracht, da es sich bei der Abwicklung um eine öffentliche Aufgabe handelt und eine Kreditgewährung durch die Zentralbank an den Abwicklungsfonds damit letztlich gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV) verstieße.

*Mögliche Verwendungszwecke für die Mittel aus dem Abwicklungsfonds*

Die Zwecke, zu denen der Abwicklungsfonds genutzt werden darf, sind in Artikel 101 BRRD aufgezählt. So können etwa Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten des Instituts, eines Brückeninstituts oder einer Zweckgesellschaft

besichert oder erworben oder Kapital für ein Brückeninstitut oder eine Zweckgesellschaft bereitgestellt werden. Ferner kann der Abwicklungsfonds in den Fällen einer Befreiung bestimmter Gläubigerklassen vom Bail-in eingesetzt werden, sofern bereits eine Lastentragung durch Privatinvestoren in Höhe von mindestens 8% der Bilanzsumme stattgefunden hat. Ferner leistet der Abwicklungsfonds Entschädigungen, falls ein Anteilseigner oder Gläubiger in einem Abwicklungsverfahren höhere Verluste erleiden sollte als in einem hypothetisch stattfindenden Insolvenzverfahren.

Artikel 100 Absatz 2 BRRD gestattet es den Mitgliedstaaten, für den Abwicklungsfinanzierungsmechanismus dieselbe Verwaltungsstruktur zu nutzen wie für das Einlagensicherungssystem. Die nach den beiden Regelungskomplexen erhobenen Mittel sind jedoch separat zu verwalten und dürfen nur für die jeweiligen Zwecke eingesetzt werden.

Bedenklich ist demgegenüber Artikel 100 Absatz 6 BRRD. Er gibt Mitgliedstaaten die Möglichkeit, den Abwicklungsfinanzierungsmechanismus nicht in Form eines dedizierten Fonds zu errichten. Stattdessen können die Beiträge der beitragspflichtigen Institute in den Staatshaushalt eingehen; der Mitgliedstaat ist dann verpflichtet, seiner Abwicklungsbehörde im Bedarfsfall auf deren Ersuchen einen Betrag in Höhe dieser Beiträge unverzüglich zur Verfügung zu stellen (sog. fiskalische Lösung).

Diese Bestimmung dient augenscheinlich dem Zweck, Mitgliedstaaten, die ein derartiges Konzept bereits praktizieren, die Notwendigkeit einer Änderung dieser Vorgehensweise zu ersparen. Dennoch ist diese Art des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus mit Gefahren für die von der BRRD verfolgten Zwecke verbunden. Es steht zu befürchten, dass die Mittel aus den Beiträgen der Banken, sobald sie einmal dem Staatshaushalt zur Verfügung stehen, aus politischem Druck heraus zu abwicklungsfrem-

*Möglichkeit zur Kombination des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus mit der Einlagensicherung*

*„Fiskalische Lösung“ als Option für Mitgliedstaaten vorgesehen, aber bedenklich*

<sup>11</sup> Pressemitteilung der FMSA vom 22. November 2013.

den Zwecken verbraucht werden, anstatt sie für eine spätere Verwendung in der Abwicklung zu thesaurieren. Gerade in Krisensituationen, die den Einsatz der Abwicklungsinstrumente erfordern, ist es aber fraglich, ob der jeweilige Mitgliedstaat im Bedarfsfall Anleihen zu tragbaren Konditionen an den Märkten platzieren kann. Im Ergebnis wird so eines der Grundanliegen des Abwicklungsregimes kontrariert, nämlich die Verknüpfung von Staatsfinanzen und Bankbilanzen zu lockern.

## Grenzüberschreitende Verfahren

*Errichtung von Abwicklungskollegien nach Vorbild des im Rahmen der Aufsicht verfolgten Konzeptes*

Die BRRD geht von der grundsätzlichen Zuständigkeit nationaler Abwicklungsbehörden zur Anwendung der von ihr vorgesehenen Instrumente aus. Dieser auf die Mitgliedstaaten fokussierte Ansatz steht vor Herausforderungen, sobald es um grenzüberschreitend tätige Bankengruppen geht. Zur Lösung dieses Problems sieht die BRRD umfangreiche Kooperations- und Koordinationspflichten der nationalen Abwicklungsbehörden untereinander vor. Zu diesem Zweck werden Abwicklungskollegien errichtet (Art. 88, 89 BRRD). In diesem Rahmen sollen etwa gemeinsame Entscheidungen über den Gruppenabwicklungsplan getroffen werden. Bei fehlendem Konsens über eine gemeinsame Entscheidung entscheidet die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde, das heißt in der Regel die Abwicklungsbehörde des Heimatstaates des Mutterunternehmens (Art. 13 Abs. 5 BRRD). Entsprechende Regelungen gelten für die Bewertung des Gruppen-sanierungsplanes durch die zuständigen Aufsichtsbehörden der jeweiligen Mitgliedstaaten.

*Ideal einer gemeinsamen Entscheidung über ein Abwicklungskonzept für die gesamte Gruppe; aber Widerspruchsmöglichkeiten der nationalen Behörden*

Kommt es tatsächlich zur Abwicklung einer grenzüberschreitend tätigen Gruppe, so ruft die BRRD die beteiligten nationalen Abwicklungsbehörden dazu auf, eine gemeinsame Entscheidung über ein Gruppenabwicklungskonzept zu finden, in dem die für die einzelnen gruppenangehörigen Institute zu treffenden Maßnahmen festgelegt und die Verteilung der

Kosten auf die beteiligten nationalen Abwicklungsfonds geregelt werden. Lässt sich diesbezüglich kein Konsens herstellen, so kann jede nationale Behörde hinsichtlich der in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen gruppenangehörigen Institute selbst Maßnahmen ergreifen (Art. 92 Abs. 4 BRRD). In einem solchen Fall wird letztlich ein „multiple point of entry“-Ansatz gewählt, das heißt, Abwicklungsmaßnahmen werden bei jedem rechtlich selbstständigen Unternehmen separat angesetzt, anstatt einen Ansatz der Instrumente nur auf der Ebene des Mutterunternehmens für die gesamte Gruppe vorzunehmen („single point of entry“-Ansatz).

## Nationale Umsetzung in Deutschland

Als europäische Richtlinie bedarf die BRRD eines nationalen Umsetzungsaktes. Aus diesem Grund wird derzeit von BMF und BMJ der Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der BRRD erarbeitet.

Dieses Umsetzungsgesetz ist als Artikelgesetz ausgestaltet. Einerseits wird ein Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz: SAG) eingeführt; andererseits werden die notwendigen Folgeänderungen an bestehenden Gesetzen, wie zum Beispiel dem KWG und dem durch das Restrukturierungsgesetz (RStruktG) eingeführten Gesetz zur Reorganisation von Kreditinstituten (KredReorgG), vorgenommen. Künftig soll das neu eingeführte SAG die Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Sanierung und Abwicklung abdecken, weshalb die derzeitigen Regelungen zu Sanierungs- und Abwicklungsfragen im KWG aufgehoben werden. Hinsichtlich des generellen Anwendungsbereichs des neuen Gesetzes wird nach dem jetzigen Stand ein Gleichlauf zu den Vorgaben der BRRD hergestellt, das heißt, der Anwendungsbereich ist enger als der des KWG.

*Laufende Arbeiten am BRRD-Umsetzungsgesetz*

*SAG als Artikelgesetz mit materiellen Bestimmungen sowie Änderungen an anderen Gesetzen*

*Sanierungsplanung bisher nur für potenziell systemgefährdende Institute, in Zukunft grundsätzlich für alle*

Die zukünftigen Regelungen des SAG werden nicht nur für die als potenziell systemgefährdend eingestuften Institute gelten; vielmehr werden nach Inkrafttreten des nationalen Umsetzungsgesetzes grundsätzlich alle vom SAG erfassten Institute Sanierungspläne erstellen müssen. In Einzelfällen werden jedoch Befreiungsanträge gestellt werden können oder vereinfachte Anforderungen für die Erstellung der Sanierungspläne anwendbar sein.

*Frage der zuständigen Abwicklungsbehörde noch nicht geklärt*

Im Rahmen der Umsetzung der BRRD wird die Errichtung einer nationalen Abwicklungsbehörde erforderlich. Um möglichen Interessenkonflikten entgegenzuwirken, ist diese getrennt von den mit der Bankenaufsicht betrauten Stellen zu errichten. Eine Entscheidung über die konkrete Verteilung der Zuständigkeiten steht noch aus. Die Prüfung der Sanierungspläne ist demgegenüber eine Aufgabe der laufenden Aufsicht, sodass sich hier – im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen, vergleiche § 7 KWG und Aufsichtsrichtlinie – eine Einbindung der Bundesbank anbietet.

*Vorzeitige Einführung des Bail-in in Deutschland bereits 2015*

Das SAG soll gemäß der Vorgabe durch die BRRD spätestens zum 1. Januar 2015 in Kraft treten. Für das Instrument des Bail-in ist in der BRRD eine Umsetzungsfrist bis spätestens 1. Januar 2016 vorgesehen. In Deutschland wird angestrebt, die Anwendbarkeit des Bail-in-Instruments bereits vorzeitig parallel zu den übrigen Instrumenten zum 1. Januar 2015 einzuführen.<sup>12)</sup>

## Gesamtbewertung der BRRD

*BRRD trägt zur Verringerung von „moral hazard“ und Wiederherstellung einer marktwirtschaftlichen Risikoverteilung bei, ...*

Das Grundanliegen der BRRD, eine Sozialisierung von Risiken aus Bankgeschäften und den bei ihrer Realisierung auftretenden Verlusten zu verhindern, verdient Unterstützung; es erlaubt die Wiederherstellung des marktwirtschaftlichen Grundsatzes, dass Investoren die aus ihrer Entscheidung resultierenden Risiken selbst tragen sollten, und verringert so „moral hazard“.

Dieser Grundansatz wird allerdings an zahlreichen Stellen durch gesetzlich vorgesehene oder durch diskretionäre Ausnahmen durchbrochen. Zu nennen ist insbesondere der diskretionäre Ermessensspielraum zur Befreiung bestimmter Gläubiger vom Bail-in. Auch die Möglichkeit zur Nutzung des Abwicklungsfonds zur indirekten Verlustabsorption oder der in Ausnahmefällen mögliche Bail-out mit öffentlichen Mitteln im Rahmen der staatlichen Stabilisierungsinstrumente schränken die Gläubigerhaftung weiter ein. Allerdings ist es immer noch vorzuzugswürdig, eine Sozialisierung von Verlusten auf dem Umweg über den Abwicklungsfonds innerhalb der Kreditwirtschaft zu halten, anstatt sie auf dem Umweg über fiskalische Bail-outs auf die Gesamtheit aller Steuerzahler umzulegen.

Zwar ist ein gewisser Spielraum an Flexibilität notwendig, um das Abwicklungsregime auch praktisch handhabbar zu gestalten; ohne Ausnahmemöglichkeiten ist es denkbar, dass das Regime auf einzelne Instrumente aufgrund ihrer Komplexität oder Vernetzung nicht ohne Gefahren für die Finanzstabilität angewandt werden und so ein Abwicklungsverfahren als dritte Option neben Insolvenz oder Bail-out unmöglich werden könnte. Dennoch muss sichergestellt sein, dass die Anwendung derartiger Befreiungen tatsächlich auf extreme Ausnahmefälle beschränkt bleibt und nicht de facto zur Regel wird.

Herausfordernd ist die Einbeziehung auch kleiner Institute in den Anwendungsbereich der BRRD. Zunächst erscheint es unangemessen, solche Banken den Vorgaben der BRRD zu unterwerfen und zur Finanzierung eines Sys-

*... sieht allerdings zahlreiche Ausnahmen vor, die nicht über Gebühr ausgedehnt werden dürfen*

*Geltung der BRRD auch für kleine Institute ist unter Rückgriff auf Finanzmarktstabilisierung zu rechtfertigen*

<sup>12</sup> Um den Anreiz für die Mitgliedstaaten zur frühzeitigen Umsetzung der BRRD-Regelung zur Gläubigerbeteiligung (Bail-in der Gläubiger) zu erhöhen, konnte eine breite Mehrheit der Euro-Finanzminister sich darauf verständigen, dass direkte Bankhilfen durch den ESM nur dann gewährt werden können, wenn indirekte Hilfen über den Heimatstaat nicht möglich sind und wenn zuvor Anteilseigner und Gläubiger zu mindestens 8% der Bilanzsumme an den Verlusten der Bank beteiligt wurden, vgl. Ausführungen von J. Dijsselbloem bei der Pressekonferenz nach der Sitzung der Eurogruppe vom 5. Mai 2014.

tems beizutragen, dessen Nutznießer sie selbst voraussichtlich nicht werden, da sie aufgrund ihrer aktuellen Größe keine Gefahr für die Finanzstabilität darstellen. Andererseits profitieren auch kleine Institute von der Stabilisierung der Finanzmärkte insgesamt, zu der ein sachgerechtes Abwicklungsregime beitragen kann. Konkrete Erfahrungen aus der Finanzkrise im Ausland zeigen zudem, dass auch eine Vielzahl kleiner Verbundinstitute („too many to fail“) über Zwangsfusionen zu einem systemrelevanten Institut werden können. Vor diesem Hintergrund sollten gerade die umstrittenen Fondsbeiträge bei ökonomischer Betrachtung nicht als eine Art Versicherungsprämie für den Fall des späteren Scheiterns des Beitragspflichtigen verstanden werden, sondern eher als eine Art Abgabe zugunsten der Finanzstabilität.

*Erhöhung der Refinanzierungskosten ist für sich genommen kein Argument gegen das Abwicklungsregime, sondern Ausdruck einer Verringerung der impliziten Staatsgarantie*

Kein überzeugendes Gegenargument gegen das neue Abwicklungsregime ist die gelegentlich geäußerte Kritik, es führe zu einer Erhöhung der Refinanzierungskosten der Kreditinstitute und damit letztlich entweder zu einer Verschlechterung der Ertragslage oder zu einer Belastung für die Realwirtschaft in Form höherer Kreditzinsen. Verschiedene Indizien<sup>13)</sup> weisen darauf hin, dass insbesondere bei den „too big to fail“-Instituten im gegenwärtigen Regime nach wie vor implizite Staatsgarantien bestehen: Investoren antizipieren, dass ein Institut im Falle einer Schieflage mit öffentlichen Mitteln gerettet würde, und gewähren diesem Institut daher eine Refinanzierung, die günstiger ist, als sie bei vollständiger Internalisierung der Risiken sein müsste. Eine Erhöhung der Refinanzierungskosten für Banken infolge eines glaubwürdigen Abwicklungsregimes ist in solchen Fällen nicht etwa ein unerwünschter Nebeneffekt, sondern ganz im Gegenteil ein Ausdruck einer angemessenen Bepreisung der tatsächlich vorhandenen Risiken und daher ein wirkungsvolles Instrument zur Reduzierung von „moral hazard“.

## Single Resolution Mechanism – SRM

### Allgemeines

Die BRRD harmonisiert zwar das materielle Abwicklungsrecht sowie damit zusammenhängende Vorschriften etwa im Bereich der Sanierungs- und Abwicklungsplanung, belässt aber die institutionelle Zuständigkeit auf der nationalen Ebene. Die Verordnung zur Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-VO) geht darüber sachlich hinaus, indem sie einen gemeinsamen institutionellen Rahmen zur Entscheidungsfindung über die Anwendung der durch die BRRD harmonisierten Instrumente errichtet. Ihr räumlicher Anwendungsbereich bleibt hingegen hinter der BRRD zurück: Die SRM-VO gilt nur für die Banken, die unter die SSM-VO fallen und damit faktisch nur für diejenigen Mitgliedstaaten der EU, die am einheitlichen Aufsichtsmechanismus SSM<sup>14)</sup> teilnehmen, das heißt diejenigen Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, sowie etwaige Nicht-Euro-Staaten, die sich zur freiwilligen Teilnahme am SSM im Rahmen einer engen Zusammenarbeit mit der EZB (Opt-In) entschieden haben.

SSM und SRM bilden wesentliche Bausteine des Gesamtprojekts Bankenunion; nach der Vereinheitlichung der Geld- und Währungspolitik werden auch andere, damit im Zusammenhang stehende Bereiche wie Bankenaufsicht und Bankenabwicklung auf die europäische Ebene gehoben. Das Aufsichts- und das Abwicklungsregime ergänzen sich zudem gegenseitig: Ähnlich wie bei privaten Investoren gilt auch auf der regulatorischen Seite, dass dieje-

*BRRD harmonisiert Instrumente, SRM vereinheitlicht ihre Anwendung*

*SRM als Baustein der Bankenunion*

<sup>13</sup> Für eine Abschätzung des Ausmaßes der impliziten Staatsgarantien siehe z. B.: Schich, Bijlsma und Mocking, *Financial Market Trends*, OECD Journal, März 2014, abrufbar als Vorabversion unter [http://www.oecd.org/finance/financial-markets/Improving\\_monitoring\\_guarantees\\_bank\\_debt.pdf](http://www.oecd.org/finance/financial-markets/Improving_monitoring_guarantees_bank_debt.pdf). Siehe auch den *Global Financial Stability Report* des IWF vom April 2014, S. 101 ff.

<sup>14</sup> Für Einzelheiten zum SSM siehe: Deutsche Bundesbank, *Gemeinsame europäische Bankenaufsicht – Erster Schritt auf dem Weg zur Bankenunion*, Monatsbericht, Juli 2013, S. 15 ff.

nige Ebene, die die Kontrolle über die Solidität der Bankbilanzen ausübt, die Konsequenzen tragen sollte, falls Schäden entstehen – andernfalls fehlen Anreize zu nachhaltig solidem Verhalten. Der bereits eingeleiteten Europäisierung der Bankenaufsicht in Form des SSM muss daher ein gemeinsamer Abwicklungsmechanismus folgen; beide Bausteine dürfen nicht dauerhaft unterschiedlichen Ebenen zugeordnet werden. Dieser Grundsatz wird unter dem Schlagwort „Gleichlauf von Haftung und Kontrolle“ diskutiert.

*Fehlende rechtliche Grundlagen für europäische Abwicklungsbehörde*

Allerdings stößt die Gründung des SRM auf zwei Schwierigkeiten: Auf der juristischen Ebene ergibt sich eine Schwierigkeit daraus, dass die derzeit geltenden europäischen Verträge nicht in Hinblick auf die Bankenunion entworfen wurden. Sie enthalten daher keine Rechtsgrundlagen, welche die Gründung einer eigenständigen europäischen Abwicklungsbehörde mit umfassenden Entscheidungsbefugnissen ermöglichen würden. Der nunmehr gefundene Ansatz ist deshalb vor dem Hintergrund der geltenden primärrechtlichen Grenzen zu sehen (vgl. Erläuterungen auf S. 49 f.). Dennoch kann eine europäische Abwicklungsbehörde nur mit beschränkten Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden.

*Graduelle statt sofortige Vergemeinschaftung der Haftung*

Auch auf der ökonomischen Ebene kann sich ein Problem stellen, das einer sofortigen vollständigen Vergemeinschaftung der Bankenabwicklung entgegensteht: Zwar ist in Form des SSM die Bankenaufsicht zumindest für die Euro-Staaten nun weitgehend europäisiert. Andere Bereiche wie Finanz-, Wirtschafts- oder Steuerpolitik, die nach wie vor unter nationaler Kontrolle sind, können aber ebenfalls zumindest indirekt erhebliche und anhaltende Auswirkungen auf die Solidität der Bankwirtschaft haben.<sup>15)</sup> Eine graduelle Vergemeinschaftung der Haftung steht insofern im Einklang mit der Verantwortung der Mitgliedstaaten für frühere Fehlentwicklungen.

## Entscheidungsprozesse

Kernstück des institutionellen Rahmens des SRM ist die Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsgremiums (Single Resolution Board: SRB), das als europäische Agentur mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet wird. Es entscheidet über die Abwicklung aller Banken unter direkter EZB-Aufsicht, sonstige Banken mit Tochtergesellschaften in anderen teilnehmenden Mitgliedstaaten, sowie dann, wenn Mitgliedstaaten die Kompetenz übertragen haben. Zu diesem Zweck beschließt das SRB ein Abwicklungskonzept, das die zu treffenden Maßnahmen bestimmt und von den nationalen Abwicklungsbehörden umzusetzen ist (Art. 16 Abs. 5 SRM-VO). In den übrigen Fällen verbleibt die Zuständigkeit für die Abwicklung bei den nationalen Abwicklungsbehörden. Sie sind dabei allerdings auf Maßnahmen beschränkt, die ohne Nutzung des europäischen Abwicklungsfonds SBRF durchgeführt werden können, da der Einsatz von SBRF-Mitteln ebenfalls nur auf Grundlage eines Abwicklungskonzeptes des SRB erfolgen kann (Art. 6a Abs. 3 SRM-VO).

*Errichtung des einheitlichen Abwicklungsgremiums SRB*

Das SRB kann in der Exekutiv- sowie der Plenarzusammensetzung tagen. In der Exekutivzusammensetzung besteht es aus einem Exekutivdirektor<sup>16)</sup> und vier weiteren hauptamtlichen Mitgliedern. Im Plenum nehmen darüber hinaus Vertreter der nationalen Abwicklungsbehörden teil. Damit wird neben der europäischen Perspektive die Einbringung nationaler Expertise ermöglicht. Die Europäische Kommission und die EZB sind in beiden Zusammensetzungen nicht als Mitglieder, sondern lediglich als Beobachter vertreten. Grund dafür sind mögliche Interessenkonflikte, die im Zusammenhang mit

*Mitglieder des SRB in der Exekutiv- sowie Plenarzusammensetzung*

<sup>15</sup> Ein Beispiel wären etwa Regelungen zur steuerlichen Absetzbarkeit von Zinsen auf Baudarlehen, welche die Entwicklung einer Immobilienblase begünstigen kann.

<sup>16</sup> Der SRM-Verordnungsentwurf nennt darüber hinaus an einigen Stellen einen stellvertretenden Vorsitzenden, der laut Art. 52 ebenfalls auf europäischer Ebene ernannt wird. Er taucht allerdings in den Artikeln über die Zusammensetzung des SRB nicht auf und dürfte daher, wenn nicht der Vorsitzende verhindert ist, keinen eigenen Sitz mit Stimmrecht im SRB besitzen. Auch die Erwägungsgründe bringen hier keine völlige Klarheit.

anderen Aufgaben in deren Rollen als Wettbewerbshüterin beziehungsweise als Bankenaufsichtsbehörde entstehen könnten. Die „europäischen“ Mitglieder des SRB, also Exekutivdirektor mit Stellvertreter und die vier weiteren hauptamtlichen Mitglieder, werden im Rahmen eines offenen Auswahlverfahrens vom Rat der EU auf Vorschlag der Europäischen Kommission und mit Zustimmung des Europäischen Parlaments für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt (Art. 52 SRM-VO). Die Vertreter der nationalen Abwicklungsbehörden werden von diesen bestimmt.

*Entscheidung über Bankenabwicklung in der Exekutivzusammensetzung*

Für den Fall der konkreten Abwicklung einer Bank ist die an den praktischen Notwendigkeiten orientierte Exekutivzusammensetzung relevant. Dabei sind neben dem Vorsitzenden und den hauptamtlichen Mitgliedern nur diejenigen Mitgliedstaaten beteiligt, in denen das betroffene Institut tätig ist. Zusätzliche Beobachter können auf Ad-hoc-Basis eingeladen werden. Die Zusammensetzung orientiert sich damit an den praktischen Notwendigkeiten und beteiligt vorrangig nur die unmittelbar betroffenen Mitgliedstaaten.

*Aufgaben des SRB*

Zu den Aufgaben des SRB zählen die Erarbeitung von Abwicklungsplänen, die Prüfung der Abwicklungsfähigkeit eines Instituts sowie die Vorbereitung der konkreten Abwicklungsentscheidungen. Um seine Aufgaben wahrnehmen zu können, verfügt das Board über weitgehende Ermittlungsbefugnisse. So kann es beispielsweise nicht nur auf sämtliche Informationen zurückgreifen, die der EZB oder den nationalen Aufsichtsbehörden zur Verfügung stehen, sondern auch selbst direkt oder durch die nationalen Behörden alle notwendigen Nachforschungen anstellen und Vor-Ort-Prüfungen durchführen. Zudem hat es weitreichende Befugnisse zur Beseitigung von Hindernissen für die Abwicklungsfähigkeit eines Instituts. Beispielsweise kann das Institut verpflichtet werden, Vermögenswerte zu veräußern. Darüber hinaus kann verlangt werden, dass es seine rechtlichen oder operativen Strukturen oder die der von ihm kontrollierten Gruppengesellschaft

ändert, um Komplexität zu reduzieren und sicherzustellen, dass kritische Funktionen und nichtkritische Funktionen durch die Abwicklungsinstrumente getrennt werden können.

Steht die Abwicklung einer Bank bevor, soll zunächst grundsätzlich die EZB die Tragfähigkeit des Instituts („failing or likely to fail“) beurteilen. Um Aufsichtsversäumnisse zu verhindern, kann das SRB in seiner Exekutivzusammensetzung jedoch auch selbst die Entscheidung auslösen, wenn die EZB drei Tage nach Aufforderung durch das SRB keine Entscheidung getroffen hat. Die übrigen Voraussetzungen für eine Abwicklung (öffentliches Interesse, keine Abwendung des Ausfalls durch andere Maßnahmen) sollen demgegenüber in jedem Fall vom SRB selbst beurteilt werden.

Im Fall einer Entscheidung für eine Abwicklung entwickelt das SRB das Abwicklungskonzept. Aufgrund der Meroni-Rechtsprechung (siehe hierzu die Erläuterungen auf S. 49 f.) darf jedoch nur ein vom Primärrecht selbst errichtetes EU-Organ Entscheidungen unter Ausübung eines eigenen Ermessens treffen. Das von der SRM-VO (Art. 16 Abs. 6) entwickelte Konzept zur Einbindung von Kommission und Rat als primärrechtlich legitimierte Organe sieht daher vor, dass das Abwicklungskonzept nur dann in Kraft tritt, wenn innerhalb von 24 Stunden von keinem dieser Organe Einwände erhoben wurden. Bei Einwänden muss das SRB das Abwicklungskonzept innerhalb von acht Stunden anpassen.

Die Kommission kann ihre Einwände auf die Nutzung des Ermessensspielraums durch den SRB stützen. Der Rat darf hingegen nicht auf eigene Initiative tätig werden, sondern nur auf Vorschlag der Kommission hin. Er kann zum einen bei fehlendem öffentlichen Interesse eine Entscheidung des SRB ablehnen. Zum anderen kann er bei einer wesentlichen (5% oder mehr) Abänderung der verwendeten Fondsmittel die Abänderungsentscheidung der Kommission ablehnen oder ihr zustimmen. In beiden Fällen beschließt er mit einfacher Mehrheit.

*Kompetenzverteilung zwischen SRB und EZB beim Abwicklungstrigger*

*Komplexes institutionelles Zusammenspiel zwischen SRB, Kommission und Rat als Folge der Meroni-Rechtsprechung*

## Primärrechtliche Grenzen für die Arbeitsweise des einheitlichen Abwicklungsgremiums (Single Resolution Board: SRB)

Mit Blick auf die dem SRB zu übertragenden Befugnisse stellt sich – mehr noch als bei der Diskussion zur Errichtung der europäischen Aufsichtsbehörden (denen in geringerem Umfang Entscheidungsbefugnisse übertragen worden sind) – die Frage, ob die gewählte Rechtsgrundlage eine solche Übertragung von Befugnissen erlaubt. Es geht im Wesentlichen um die Frage, mit welchem Ermessensspielraum EU-Einrichtungen, die – wie das SRB – nicht in den europäischen Verträgen vorgesehen sind, im Fall der Übertragung hoheitlicher Entscheidungsbefugnisse auf der Grundlage von Artikel 114 AEUV ausgestattet werden dürfen. Nach einer seit 1958 entwickelten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) darf von einem EU-Organ eine EU-Einrichtung nur errichtet und dürfen an diese im Rahmen der Kompetenz des Organs Entscheidungsbefugnisse nur delegiert werden, wenn genaue Vorgaben für die Wahrnehmung dieser Befugnisse gemacht werden und dadurch der Ermessensspielraum der Einrichtung von vornherein begrenzt wird. Dadurch soll eine Entscheidung der Einrichtung über ihre beschränkten Aufgaben hinaus vermieden und zugleich eine Kontrolle durch das delegierende Organ sowie die gerichtliche Überprüfbarkeit der Entscheidung gewährleistet werden (sog. Meroni-Rechtsprechung).<sup>1)</sup>

Zur Übertragung von Befugnissen auf EU-Einrichtungen hat sich der EuGH erst jüngst mit Blick auf die europäische Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA<sup>2)</sup> wieder detailliert geäußert. Hinsichtlich der Grenzen der auf die EU-Einrichtung zu übertragenden Entscheidungsbefugnisse weist der EuGH einerseits ausdrücklich auf den Ermessensspielraum des Unionsgesetzgebers bei den „Maßnahmen der Angleichung“ gemäß Artikel 114 AEUV hin. Nach Auffassung des EuGH ist der Unionsgesetzgeber demnach

zur Schaffung von EU-Einrichtungen befugt, wenn er auf der Grundlage einer Sachwürdigung eine solche Einrichtung für notwendig erachtet. Dies dürfte insbesondere der Fall sein, wenn die zu ergreifenden Maßnahmen ein spezifisches Fachwissen und eine entsprechende Reaktionsfähigkeit voraussetzen. Andererseits stellt der EuGH aus den vorgenannten Gründen auch die Voraussetzung auf, dass die übertragenen Befugnisse eingegrenzt sein müssen. In der Gesamtschau hat er diese Vorgabe gerade in der Entscheidung zur ESMA insoweit präzisiert, als bei der Frage, wie eng die Grenzen im Einzelfall zu ziehen sind, auch die mit der Schaffung der jeweiligen EU-Einrichtung festgelegten Ziele zu berücksichtigen sind.

Der Rechtsdienst des Rates hatte in Bezug auf einen früheren Entwurf der SRM-VO im Oktober 2013 bemängelt, dass dieser dem SRB teilweise ein zu weites Ermessen einräumt, welches mit der Meroni-Rechtsprechung nicht mehr vereinbar sei (etwa in Bezug auf die Erstellung eines Abwicklungsplanes oder die Nutzung von Mitteln des Abwicklungsfonds). Entweder müssten die kritisierten Befugnisse so detailliert ausgestaltet werden, dass das SRB kein weites Ermessen ausüben könne. Oder aber die betroffenen Befugnisse würden von (in den europäischen Verträgen bereits vorgesehenen) Unionsorganen mit exekutiven Befugnissen wahrgenommen.

Auch die nunmehr vorliegende Fassung des Verordnungsentwurfs sieht weiterhin Entscheidungsspielräume für das SRB vor, die vor dem Hintergrund der Meroni-Rechtsprechung kritisch zu sehen sind. Die Kompetenzen des SRB sind trotz einiger im Ge-

<sup>1</sup> EuGH, Urteil vom 13. Juni 1958–9/56.

<sup>2</sup> EuGH, Urteil vom 22. Januar 2014–C-270/12.

setzungsverfahren vorgenommener Ergänzungen weiterhin großzügig gefasst. Es könnte deshalb auch vor dem Hintergrund der Entscheidung des EuGH zu den ESMA-Befugnissen hinterfragt werden, ob den Vorgaben des EuGH ausreichend Rechnung getragen wird. Zwar werden die Kommission und der Rat in das Entscheidungsverfahren eingebunden. Ob diese Einbindung geeignet ist, den Spielraum des SRB entsprechend der Meroni-Doktrin einzugrenzen, kann aber aus zwei Gesichtspunkten heraus zweifelhaft sein: Zum einen sind beide Organe nur eingeschränkt befugt, Abwicklungsentscheidungen des SRB zu kontrollieren, da sowohl die Zurückweisungs- als auch die Änderungsbefugnisse auf bestimmte Aspekte beschränkt sind (Kommission: „discretionary aspects“ des Abwicklungsprogramms; Rat auf Vorschlag der Kommission: fehlendes öffentliches Interesse oder wesentliche Änderung bei der Verwendung von Fondsmitteln). Zum

anderen lässt der aus Gründen der Handlungsfähigkeit nachvollziehbar knapp bemessene zeitliche Fristenrahmen von maximal 24 Stunden Zweifel aufkommen, ob Kommission und Rat die ihrer Kontrolle unterliegenden Aspekte angemessen werden prüfen können. Letztlich wird der dem SRB zugebilligte Entscheidungsspielraum durch diese Kontrollmechanismen von Rat und Kommission nur schwach begrenzt. Wegen der Eingriffstiefe von Abwicklungsmaßnahmen dürfte vor diesem Hintergrund nicht ausgeschlossen werden können, dass die Frage der Zulässigkeit der Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf das SRB Gegenstand einer gerichtlichen Überprüfung wird. Unter dem Aspekt der Rechtssicherheit wäre eine Verankerung des SRB und seiner Befugnisse in den europäischen Verträgen deshalb wünschenswert.

Die Zustimmung der Kommission ist ferner in den Fällen erforderlich, in denen öffentliche Beihilfen im Sinne des Europarechts (Art. 107 AEUV) oder SBRF-Mittel eingesetzt werden sollen. In solchen Situationen besteht die Gefahr der Verzerrung des Wettbewerbs, weshalb hier die Kommission in ihrer Eigenschaft als Wettbewerbsaufsichtsbehörde den Einsatz der Mittel genehmigen muss (Art. 16a SRM-VO).

Das Plenum des SRB ist zunächst für Grundsatzfragen (z. B. Jahresarbeitsplan, Budget, Investitionsentscheidungen) zuständig. Zudem entscheidet es über individuelle Abwicklungen dann, wenn der Fonds in einer Höhe von mindestens 5 Mrd € genutzt beziehungsweise 10 Mrd € Liquiditätshilfe gegeben werden sollen. Unterhalb dieser Schwellen entscheidet die Exekutivzusammensetzung. Das Plenum trifft Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit, wobei jedem Mitglied eine Stimme zukommt. Bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Stichentscheid. Bei einer Ent-

scheidung über Fondsmittel sowie deren Vergemeinschaftung beschließt das Board mit einfacher Mehrheit der Mitglieder. Sollte über die vorhandenen Fondsmittel hinaus eine externe Finanzierung benötigt werden, ist eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder, die darüber hinaus 30% (in den ersten acht Jahren: 50%) der Beiträge repräsentieren, notwendig.

Wird über die Abwicklung einer Bank entschieden, entscheidet die Exekutivzusammensetzung im Konsens. Sollte innerhalb einer festgelegten Frist keine Einigung möglich sein, treffen der Vorsitzende sowie die vier hauptamtlichen Mitglieder eine Entscheidung mit einfacher Mehrheit. Im Ergebnis wird dadurch der Einfluss der mitgliedstaatlichen Vertreter auf die Abwicklungskonzepte erheblich reduziert. Ein von der Exekutivzusammensetzung verabschiedetes Abwicklungskonzept, das der Zustimmung des Plenums bedarf, gilt als angenommen, wenn nicht mindestens ein Plenumsmitglied binnen einer Frist von drei Stunden die

Einberufung einer Plenumsitzung verlangt, in der dann die Entscheidung über das Abwicklungskonzept getroffen wird.

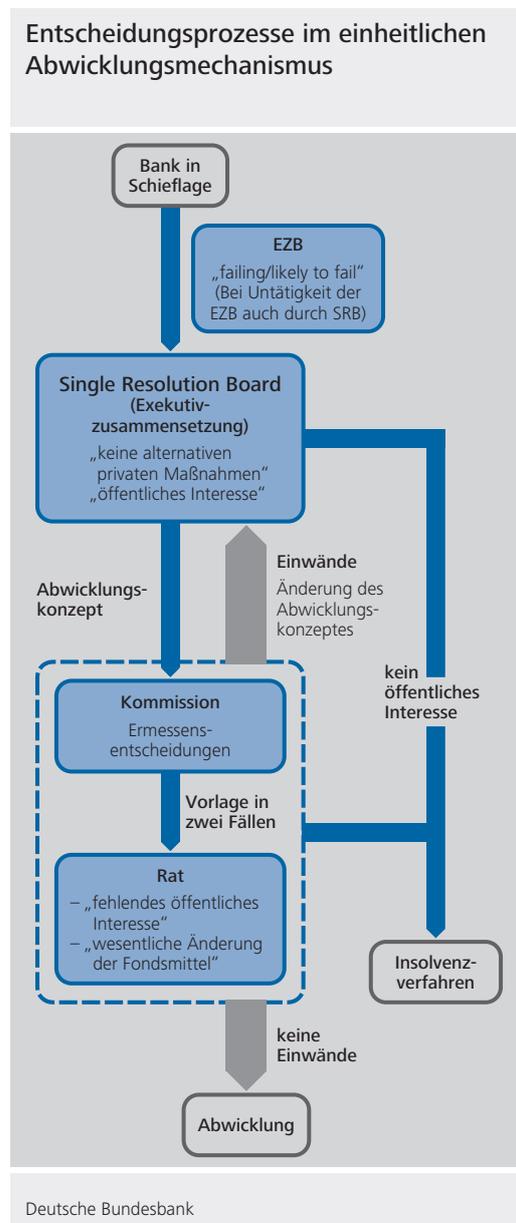
*Komplexität der Entscheidungsprozesse erfordert auf mittlere bis längere Sicht eine Primärrechtsänderung*

Es soll zwar versucht werden, über diese vielschichtig ausgestalteten Verfahrensschritte (vgl. nebenstehendes Schaubild) den genannten (primär-)rechtlichen Bedenken Rechnung zu tragen. Sie tragen jedoch auch zur Komplexität des Entscheidungsprozesses bei und haben damit Einfluss auf dessen Effektivität und Glaubwürdigkeit. Sie stellen einen Kompromiss dar zwischen dem Verlangen der mitgliedstaatlichen Regierungen nach Einbindung im Rahmen des Rates und dem teilweise vonseiten des Europäischen Parlaments vertretenen Wunsch, die Europäische Kommission als Exekutivorgan der EU einzubinden. Obwohl diese Entscheidungsprozesse im Vergleich zu früheren Verfahrensständen des Verordnungsentwurfs deutlich vereinfacht wurden, stellt sich die Frage nach der Praxistauglichkeit dieser komplexen Prozesse. Die Strukturen bleiben nach wie vor umständlich und sind mit Nachteilen in puncto Effizienz verbunden. Daher sollte weiterhin eine Primärrechtsänderung angestrebt werden, die eine Rechtsgrundlage für eine echte europäische Abwicklungsbehörde mit effizienten eigenen Entscheidungsbefugnissen schafft. Ziel sollte es sein, dass eine Bank über das Wochenende (also vom Zeitpunkt der Schließung der Märkte in den USA am Freitagabend bis zur Eröffnung der Märkte in Asien am Montagmorgen) abgewickelt werden kann. Ob dies unter den genannten Voraussetzungen realistisch ist, bleibt abzuwarten.

## Abwicklungsfinanzierung

*Nationale Abwicklungsfinanzierungsmechanismen werden durch europäischen Fonds ersetzt*

Zweites Hauptelement der SRM-VO neben der Errichtung des SRB und den damit zusammenhängenden Entscheidungsprozessen ist die Gründung eines einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds für Banken (Single Bank Resolution Fund: SBRF). Er wird vom SRB verwaltet und tritt für die SRM-Staaten an die Stelle der nationalen Abwicklungsfinanzierungsmecha-



nismen im Sinne der BRRD (Art. 85 SRM-VO). Zielwert für die Finanzausstattung des SBRF sind wie in der BRRD 1% der geschützten Einlagen, nach derzeitigem Stand etwa 55 Mrd €, die binnen acht Jahren aufgebaut werden sollen. Die Beitragspflicht umfasst alle in den SRM-Staaten niedergelassenen Institute unabhängig davon, ob sie im SSM unter die direkte Aufsicht der EZB oder einer nationalen Behörde fallen.

Einige Mitgliedstaaten haben bereits durch autonome, das heißt nicht auf europäische Vorgaben zurückgehende, nationale Gesetzgebung Mechanismen geschaffen, die den Abwicklungsfinanzierungsmechanismen nach

BRRD und SRM-VO funktional und strukturell ähneln. Hierzu zählt etwa Deutschland, das mit Wirkung vom 1. Januar 2011 den aus Bankenabgaben gespeisten Restrukturierungsfonds errichtet hat. Er kann zur Gründung von Brückeninstituten, zum Anteilswerb an übernehmenden Rechtsträgern, zur Gewährung von Garantien, zur Durchführung von Rekapitalisierungen oder zur Erfüllung von Ansprüchen, die im Zusammenhang mit einer solchen Maßnahme entstehen, eingesetzt werden.<sup>17)</sup> Er wies per Ende 2013 einen Betrag von etwa 1,8 Mrd € auf.

Mit Inkrafttreten des SRM wird der Fortbestand derartiger nationaler Fonds gegenstandslos, da der SBRF als nationaler Abwicklungsfinanzierungsmechanismus der teilnehmenden Mitgliedstaaten im Sinne der BRRD gilt (Art. 85 SRM-VO). Eine Nutzung der angesammelten Mittel zu einem anderen als dem Zweck, zu dem sie erhoben wurden, wäre rechtlich fragwürdig. Zudem ist eine unreflektierte Übertragung dieser Mittel auf den SBRF nicht zielführend, da damit im Ergebnis die Bankensektoren derjenigen Mitgliedstaaten, die bereits auf nationaler Ebene derartige Systeme errichtet haben, schlechter gestellt würden als solche, in denen das nicht geschehen ist. Eine Doppelbelastung von Instituten, die erst in den nationalen Fonds und nun erneut in den SBRF einzahlen müssten, gilt es zu vermeiden. Artikel 66 Absatz 2b SRM-VO gestattet es daher, die vorhandenen Mittel aus solchen nationalen Fonds für Entschädigungen an Institute für die neuen Beitragspflichten gegenüber dem SBRF zu nutzen. Die vorhandenen nationalen Mittel werden so graduell aufgezehrt, bis sie im wirtschaftlichen Ergebnis ohne eine Doppelbelastung für die Beitragspflichtigen in den SBRF überführt wurden.

Ein punktueller Auseinanderfallen von BRRD und SRM-VO führt dazu, dass es für einen – betragsmäßig voraussichtlich nicht sehr großen – Bereich bei nationalen Fonds bleiben wird: Der SRM umfasst Wertpapierfirmen nur dann, wenn sie von der konsolidierten Aufsicht eines

Mutterunternehmens durch die EZB im Sinne der SSM-VO unterliegen. Kleine, nicht zu einer signifikanten Gruppe gehörende Wertpapierfirmen fallen daher nicht unter den Geltungsbereich des SRM und des SBRF. Auch für sie gilt aber wegen Artikel 2 Absatz 23 BRRD die Pflicht der Mitgliedstaaten zur Errichtung eines Abwicklungsfinanzierungsmechanismus.

Mit dem SBRF wird im Ergebnis eine Vergemeinschaftung der Haftung für Bankenschieflagen erzielt. Um die Europäisierung der Haftung mit der Europäisierung der Kontrolle grob zu synchronisieren, sieht das Konzept einen graduellen Übergang hin zu einer Abwicklungsfinanzierung auf europäischer Ebene vor. Damit wird dem Gleichlauf von Haftung und Kontrolle allerdings nur ansatzweise Rechnung getragen. So bleibt der SBRF während einer Übergangszeit von acht Jahren in nationale Kammern („compartments“) unterteilt, die sich aus den Beiträgen der Banken der jeweiligen Staaten speisen. Die Details dieser Vergemeinschaftung sind nicht in der SRM-VO selbst geregelt, da es rechtlich fragwürdig ist, ob die EU durch einen auf Basis von Artikel 114 AEUV erlassenen Rechtsakt derart weitreichend über nationale Mittel verfügen kann. Stattdessen haben die betroffenen Mitgliedstaaten (dies sind alle Mitgliedstaaten der EU außer Großbritannien und Schweden) parallel zur SRM-VO ein zwischenstaatliches Abkommen („intergovernmental agreement“: IGA) unterzeichnet, das nach Ratifikation im Einklang mit den nationalen verfassungsrechtlichen Bestimmungen die Rechtsgrundlage für die Vergemeinschaftung der SBRF-Mittel bilden wird.

Diese graduelle Vergemeinschaftung erfolgt in Form eines mehrstufigen Lastenteilungsprozesses zwischen den nationalen Kammern. Ausgangspunkt ist die Regelung, dass bei einer Nutzung von SBRF-Mitteln zunächst die Kammern derjenigen Mitgliedstaaten in Anspruch

*Graduelle Vergemeinschaftung der Haftung durch das Konzept nationaler SBRF-Kammern*

*Kostenverteilungsprozess zwischen den verschiedenen Kammern des SBRF während der ersten acht Jahre*

*Nationale Abwicklungsfonds bleiben für kleine Wertpapierfirmen erhalten*

<sup>17</sup> § 3 des Restrukturierungsfondsgesetzes, das als Art. 3 des Restrukturierungsgesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I, S. 1900) erlassen wurde.

genommen werden sollen, in denen die abzuwickelnde Bank beziehungsweise Bankengruppe tätig war. Die Verteilung der Kosten zwischen diesen Kammern soll proportional zu den in der Vergangenheit von der Gruppe an die jeweiligen Kammern gezahlten Beiträge sein. Diese Inanspruchnahme der Kammern der „Heimat-Mitgliedstaaten“ ist allerdings in ihrer Größenordnung begrenzt: Können im ersten Jahr noch 100% dieser Kammern aufgezehrt werden, so sinkt dieser Prozentsatz im zweiten Jahr auf 60%, im dritten Jahr auf 40% und danach linear weiter. Ist diese Obergrenze erreicht, so findet auf einer zweiten Stufe ein der Höhe nach ebenfalls begrenzter Rückgriff auf die Kammern aller übrigen Mitgliedstaaten statt, also auch derer, in denen die Gruppe nicht tätig war. Der Prozentsatz für die zulässige Höhe der Inanspruchnahme dieser Kammern steigt graduell an. Folge dieses Prozesses ist, dass nach Ablauf der Übergangszeit von acht Jahren keinerlei Differenzierung mehr zwischen nationalen Kammern stattfindet und die Haftung vollständig europäisiert ist. Die Kammern werden also nach Ablauf des Übergangszeitraums zugunsten eines einheitlichen Fonds aufgelöst.

*Vergemeinschaftung in SRM-VO und IGA ist schneller, als es bei kursorischem Blick auf die Prozentsätze scheinen mag*

Bei der Bewertung der Geschwindigkeit dieser Vergemeinschaftung sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Zum Ersten ist der Prozess, mit dem die Haftung während dieser acht Jahre von der nationalen auf die europäische Ebene verlagert wird, nicht linear, sondern sieht bereits ab dem zweiten Jahr einen deutlichen Rückgang der nationalen Haftung und eine damit korrespondierende Ausweitung der europäischen Haftung vor. Zum Zweiten beziehen sich die genannten Prozentsätze nicht auf die Kosten der Abwicklung, sondern auf die Größe der jeweiligen Kammer; die Kammern großer Mitgliedstaaten werden also stärker belastet, als es die Prozentsätze suggerieren, da die Berechnungsbasis für die Obergrenze höher liegt. Zum Dritten kann auch die im IGA vorgesehene Bestimmung, wonach während der Übergangszeit Kredite zwischen verschiedenen nationalen Kammern des SBRF möglich sind (sog. „tempo-

rary transfer“), zu einer vorgezogenen Vergemeinschaftung führen. Über derartige Kredite befindet das SRB in Plenarsitzung mit einfacher Mehrheit. Dem betroffenen Mitgliedstaat, aus dessen Kammer der Kredit gewährt werden soll, steht nur unter bestimmten Voraussetzungen ein Vetorecht zu. Zwar bestimmt das IGA, dass die gewährten Kredite noch vor Ablauf der Übergangszeit mit Zinsen zurückzuzahlen sind. Allerdings ist bis dahin durch Zeitablauf ein höherer Vergemeinschaftungsgrad eingetreten, sodass die Unterteilung des SBRF in Kammern wegen der zunehmend europäisierten Haftung an Bedeutung verliert. Im Ergebnis wird so die Vergemeinschaftung der Kammern über das im IGA vorgesehene Maß hinaus weiter beschleunigt.

Sind auch nach Erschöpfung der bereits dargestellten zwei Stufen die auf den SBRF zukommenden Kosten nicht gedeckt, so findet in einer dritten Stufe ein weiterer, diesmal unbegrenzter Rückgriff auf die Kammern der „Heimat-Mitgliedstaaten“ statt. Auf einer vierten Stufe kommt es zu außerordentlichen Ex-post-Beiträgen im Einklang mit den oben dargestellten Grundsätzen, und auf einer fünften Stufe zur Kreditaufnahme durch das SRB auf Rechnung des SBRF bei Dritten oder zu den oben dargestellten „temporary transfers“. Die in Artikel 69a angesprochene Formulierung, Kredite bei „public financial arrangements“ aufzunehmen, legt nahe, dass hier an nationale Haushaltsmittel oder an den fiskalisch finanzierten Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM gedacht wird (vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 55 ff.). Dies ist unbedenklich, solange die SRM-VO nicht dahingehend genutzt wird, einen rechtlichen oder faktischen Zwang auf den ESM zur Bereitstellung von Mitteln auszuüben, sondern die Entscheidung über die Gewährung von Krediten durch die entscheidungsfindenden Organe des ESM im Einklang mit den dafür geltenden Verfahren geschieht.

*Weitere Stufen der Haftungsverteilung nach IGA*

*SRM-VO im Grundsatz zu begrüßen, allerdings bleibt Politik zur Schaffung dauerhafter Rechtsgrundlagen aufgefördert*

## Gesamtbewertung

Zwar ist die Schaffung der zweiten Säule der Bankenunion in Gestalt eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus durch SRM-VO und IGA grundsätzlich zu begrüßen: Im Sinne des Gleichlaufs von Haftung und Kontrolle erfordert die durch den SSM auch institutionell europäisierte Bankenaufsicht eine Europäisierung der Bankenabwicklung ebenfalls auf institutioneller Ebene anstatt, wie in der BRRD vorgesehen, lediglich auf der Ebene des materiellen Rechts. Allerdings sind die in der SRM-VO vorgesehenen Entscheidungsprozesse komplex und schwerfällig, was letztlich die Glaubwürdigkeit des Mechanismus beeinträchtigt. Die Mitgliedstaaten sollten daher einen absehbaren Abschluss des Gesetzgebungsprojekts SRM nicht zum Anlass nehmen, die Geschwindigkeit, mit der erforderliche institutionelle Reformen in Angriff genommen werden, zu verringern. Vielmehr sollten zügig die notwendigen Vertragsänderungen angegangen werden, um eine Rechtsgrundlage für einen effizienteren SRM zu schaffen; die nunmehr gefundene Lösung kann wegen der auf den dargestellten primärrechtlichen Schranken beruhenden Unzulänglichkeiten nur Übergangscharakter haben. Im Zuge dieser primärrechtlichen Reformen sollte auch angedacht werden, wie sich etwaige verbliebene Spannungsverhältnisse zwischen der bis dahin eingetretenen vollständigen Vergemeinschaftung der Abwicklungsfinanzierung und dem Einfluss der nationalen Politikbereiche auf die Stabilität der Banken ausräumen lassen. Dazu könnten entweder weitere wirtschafts-, fiskal- und steuerpolitische Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen werden, oder es werden bei weiterhin weitreichender wirtschafts- und finanzpolitischer Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten der Modus der Abwicklungsfinanzierung und damit im Ergebnis der Grad der Vergemeinschaftung modifiziert (vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 51 ff.).

Insbesondere in den Mitgliedstaaten mit stabileren Bankensektoren dürfte die über den

Umweg des SBRF eintretende Vergemeinschaftung der Haftung unter Banken kritisch betrachtet werden. Der Eindruck, solider aufgestellte Institute müssten nun auf dem Umweg über SBRF-Beiträge für die Realisierung der Risiken einstehen, die andere, weniger konservativ agierende Institute in anderen Staaten in der Vergangenheit eingegangen sind, erscheint naheliegend. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass mit dem Inkrafttreten des SSM zumindest ab November 2014 die aufsichtliche Kontrolle auf eine einheitliche Grundlage gestellt wird und dass der gemeinsame Abwicklungsmechanismus eine Vergemeinschaftung der Haftung gerade bezwecken soll, um das Zusammenwachsen des Marktes zu fördern. Eine dauerhafte Differenzierung von Instituten je nach Heimatstaat für die Zwecke der Abwicklung würde jedoch die Fragmentierung des europäischen Bankensektors in einer mit den Prinzipien des Binnenmarkts unvereinbaren Weise perpetuieren. Zu beachten ist ferner, dass die Alternative zu einer Europäisierung der Haftung der Bankensektoren letztlich nur ein fiskalischer Backstop auf nationaler Ebene und damit eine Verlusttragung durch die Steuerzahler sein kann. Dies würde den Zielen des Abwicklungsregimes widersprechen. Vor diesem Hintergrund kann der gefundene Kompromiss als Wertentscheidung aufgefasst werden: Im Rahmen des Grundsatzes der doppelten Subsidiarität (Haftung des Privatsektors sollte vor der des öffentlichen Sektors stehen und, zumindest während der Übergangszeit, Haftung des Mitgliedstaates vor der europäischen Ebene) wird der ersten Dimension Vorrang gegenüber der zweiten eingeräumt. Diese Wertentscheidung ist im Ergebnis vertretbar.

Nicht sachgerecht wäre demgegenüber eine Vergemeinschaftung der Haftung für bereits bestehende Kapitallücken in den Bankbilanzen (sog. Altlasten, „legacy assets“): Solche Lücken sind noch unter nationaler Bankenaufsicht entstanden und müssen daher national bereinigt werden, ehe die Haftung europäisiert wird. Erst danach kann die Bankenunion mitsamt europäisierter Haftung für Versäumnisse, die unter

*Führt der SRM zu einem Bail-out risikofreudiger Kreditinstitute auf Kosten der konservativer agierenden?*

*Altlastenproblematik ist vor Start des SRM zu klären*

## Die vorgesehene Rolle der öffentlichen Haushalte bei der europäischen Bankenabwicklung

Das neue Regime zur Abwicklung von Banken zielt auch darauf, zukünftig die öffentlichen Haushalte und damit die Steuerzahler möglichst nicht mehr mit staatlichen Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute zu belasten. Insbesondere mit Blick auf gravierende systemische Krisen ist es jedoch nicht realistisch, eine Beteiligung der öffentlichen Haushalte vollkommen auszuschließen.<sup>1)</sup> Der einheitliche Abwicklungsmechanismus sieht daher im Anschluss an die Haftungskaskade neben der Kreditgewährung zwischen den einzelnen nationalen Kammern des einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds für Banken (Single Bank Resolution Fund: SBRF) die Möglichkeit vor, dass dieser Fonds Kredite – auch von öffentlicher Seite – aufnimmt (eine Darstellung der Haftungskaskade findet sich auf S. 39 ff. in Verbindung mit S. 51 ff.). Gemäß dem Beschluss der Eurogruppe vom 18. Dezember 2013 sollen diese Kredite während der Übergangszeit zunächst national bereitgestellt werden, bedarfsweise mit Rückgriff auf den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (European Stability Mechanism: ESM). Während der Übergangsphase soll die Ausgestaltung eines gemeinsamen Absicherungsmechanismus (sog. Backstop) erarbeitet werden, der auch einen Rückgriff auf öffentliche Mittel enthalten kann.

Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung eines solchen Mechanismus ist es zu begrüßen, dass nach der Richtlinie zur Festlegung eines Sanierungs- und Abwicklungsrahmens (Bank Recovery and Resolution Directive: BRRD) und dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus ein fiskalischer Absicherungsmechanismus bei Bankenschief-lagen zum Schutz der Steuerzahler allenfalls als Ultima Ratio in Anspruch genommen werden soll. Zuvor sollen die Eigen- und Fremdkapitalgeber möglichst umfassend – zum Beispiel über den Bail-in – beteiligt

werden und gegebenenfalls der Bankensektor über den SBRF Lasten tragen. Allerdings könnten Ausnahmen von diesem Grundsatz dazu führen, dass de facto doch bereits früher Steuermittel zur Bankenstützung herangezogen werden. So können bestimmte Gläubiger unter gewissen Voraussetzungen vom Bail-in befreit werden (vgl. S. 41). Und auch eine vorbeugende Rekapitalisierung mit öffentlichen Mitteln könnte das Haftungsprinzip durchbrechen. Sie wird in der BRRD dadurch ermöglicht, dass unter bestimmten Voraussetzungen solvente Institute finanzielle Unterstützung durch den Staat erhalten können, ohne dass automatisch eine Abwicklung ausgelöst wird und somit möglicherweise keine oder nur eine geringe Beteiligung der Eigen- und Fremdkapitalgeber stattfindet.<sup>2)</sup>

Die Einführung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus als zweiter Baustein der Bankenunion neben dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism: SSM) gewährleistet die Kongruenz von Haftung und Kontrolle im Bereich der Bankenaufsicht und ist insoweit folgerichtig. Allerdings kann ein gemeinsamer Absicherungsmechanismus in der Bankenunion Fehlanreize setzen, die soliden Staatsfinanzen und einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik entgegenstehen. Eine gemeinschaftliche Haftung von Banken oder Staaten für die

<sup>1</sup> In einer Erklärung der Eurogruppe hierzu ist eine Beteiligung der öffentlichen Haushalte angedacht, diese soll jedoch mittelfristig fiskalisch neutral ausgestaltet werden. Vgl. dazu: Stellungnahme der Eurogruppe und ECOFIN-Minister zum SRM-Backstop vom 18. Dezember 2013.

<sup>2</sup> Im Falle einer vorbeugenden Rekapitalisierung gelten zusätzlich die Vorschriften des europäischen Beihilferechts. Gemäß der von der Europäischen Kommission im Juli 2013 veröffentlichten Bankenmitteilung (Banking Communication) wird vor der Genehmigung von Staatsbeihilfe eine nicht im Detail spezifizierte angemessene Verlustbeteiligung der Anteilseigner, Hybridkapitalgeber und nachrangigen Gläubiger verlangt, sofern dies die Finanzstabilität nicht gefährdet.

Kosten einer Bankenabwicklung kann nationale Regierungen zu einer riskanteren Wirtschafts- und Finanzpolitik verleiten, wenn deren Vorteile vor allem auf der nationalen Ebene anfallen, die potenziellen Kosten hingegen teilweise gemeinschaftlich getragen werden. Solche Fehlanreize resultieren bereits aus der – in der Übergangsperiode zunehmenden – gemeinschaftlichen Haftung im Rahmen des SBRF. Durch einen gemeinsamen fiskalischen Absicherungsmechanismus würden sie weiter verstärkt werden.

Derartige Anreizprobleme treten vor allem dann auf, wenn nationale Politiken nationale Banken in Schiefagen bringen können. In dem Ausmaß, in dem Institute durch eine internationale Diversifizierung ihrer Anlagen oder Strukturen nationalen Risiken ausweichen, fallen die zusätzlichen Fehlanreize aufgrund gemeinschaftlicher Haftung geringer aus. Die Anreizprobleme für die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik werden auch durch die vorgelagerte Beteiligung von Eigen- und Fremdkapitalgebern gemindert, da die Investoren durch die drohende Haftung im Abwicklungsfall einen Anreiz haben, eine übermäßige Risikoübernahme von Banken zu verhindern. Allerdings hängt die Wirksamkeit dieses Korrektivs entscheidend davon ab, inwieweit diese Beteiligung ex ante glaubhaft ist und strikt angewendet wird.

Zudem können die europäischen Verfahren zur Wirtschafts- und Haushaltsüberwachung sowie die makroprudenzielle Aufsicht Fehlanreize mildern, indem sie einer stabilitätsgefährdenden nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik frühzeitig und konsequent entgegenwirken. Allerdings stellt sich die Frage, ob es in jedem Fall gelingen wird, den Aufbau übermäßiger Risiken im Bankensektor mit den im Rahmen dieser Verfahren zur Verfügung stehenden Mitteln rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren.

Je nachdem als wie schwerwiegend diese Anreizprobleme angesehen und als wie

effektiv die genannten Korrektive eingeschätzt werden, könnte ein nationaler Selbstbehalt in der Haftungskaskade vor, parallel zu oder nach dem Abwicklungsfonds eingesetzt werden. In den ersten beiden Fällen würde das Bestreben, dass Steuerzahler grundsätzlich erst nach dem Bankensektor haften, insoweit durchbrochen, als der nationale Steuerzahler in Höhe des Selbstbehalts vor beziehungsweise parallel zu dem Bankensektor haften würde. Um Eigen- und Fremdkapitalgeber nicht aus der Haftung zu nehmen, käme der Selbstbehalt in jedem Fall erst nach deren möglichst umfassender Beteiligung infrage.

Während die Ausgestaltung eines gemeinsamen fiskalischen Absicherungsmechanismus noch aussteht, hat die Eurogruppe zuletzt eine politische Einigung über das neue Instrument einer direkten Bankenrekapitalisierung durch den ESM erzielt.<sup>3)</sup> Die grundsätzliche Absicht, eine direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM zu ermöglichen, wurde auf politischer Ebene bereits im Juni 2012 verkündet, und dieses Instrument soll zusammen mit der einheitlichen Aufsicht im November 2014 in Kraft treten. Im Gegensatz zu dem bereits bestehenden ESM-Instrument einer indirekten Rekapitalisierung durch Kreditvergabe an den Staat sollen die ESM-Mittel zur Bankenstützung bereitgestellt werden, ohne dass der jeweilige Mitgliedstaat dafür gegenüber dem ESM haftet. Dann käme der ESM für eine Kreditgewährung an den SBRF infrage und entspräche – da die Kosten der Bankenabwicklung gemeinschaftlich getragen werden – insoweit einem gemeinsamen fiskalischen Absicherungsmechanismus.

Einige wesentliche Aspekte des neuen Instruments wurden bereits umrissen. Demnach soll eine direkte Bankenrekapitalisierung

<sup>3</sup> Vgl.: Bemerkungen von J. Dijsselbloem auf der Pressekonferenz nach dem Treffen der Eurogruppe am 5. Mai 2014 und die Erklärung des Präsidenten der Eurogruppe zum ESM-Instrument der direkten Rekapitalisierung vom 10. Juni 2014.

rung durch den ESM bis Ende 2015 erst nach einem Bail-in von 8% der Gesamtverbindlichkeiten des betroffenen Kreditinstituts und einem Rückgriff auf den jeweiligen nationalen Abwicklungsfonds erfolgen. Diese Voraussetzungen für eine direkte Bankenrekapitalisierung entsprechen dem in der BRRD geregelten Mindestumfang eines Bail-ins, bevor es zu einem Rückgriff auf nationale Abwicklungsfonds kommen kann.<sup>4)</sup> Ab 2016 soll dann die Anwendung der Bail-in-Regeln nach BRRD eine Vorbedingung sein. Damit wird verhindert, dass diese Bail-in-Regeln durch das direkte Bankenrekapitalisierungsinstrument des ESM unterlaufen werden. Darüber hinaus soll das bereits bestehende ESM-Instrument der indirekten Bankenrekapitalisierung vorrangig angewendet werden.<sup>5)</sup> Je enger die Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme der direkten Bankenrekapitalisierung gefasst werden, desto eher werden während der Übergangsperiode – nach Ausschöpfen der

im SBRF für eine Stützung verfügbaren Mittel – noch die jeweiligen Mitgliedstaaten die Absicherung finanzieren. Hinsichtlich der Ausgestaltung der Mittelbereitstellung durch den ESM im Rahmen der direkten Bankenrekapitalisierung hat eine Kreditvergabe gegenüber Garantien den Vorteil, dass die Höhe der eingegangenen Risiken für die Steuerzahler transparenter wird und die vereinbarte Begrenzung des Umfangs der ESM-Mittel für direkte Rekapitalisierungen auf 60 Mrd € nicht so leicht umgangen werden kann.

---

**4** Das Bail-in-Instrument der BRRD muss allerdings erst bis zum 1. Januar 2016 in nationales Recht umgesetzt sein.

**5** Bei Inanspruchnahme des indirekten Bankenrekapitalisierungsinstruments des ESM müssten bis zur Umsetzung der BRRD zum 1. Januar 2015 nur die europäischen Beihilferegulungen eingehalten werden.

europäischer Kontrolle entstehen, starten. Vor diesem Hintergrund kommt der umfassenden Bilanzüberprüfung („comprehensive assessment“) der SSM-Banken, die unter Leitung der EZB derzeit (bis Sommer 2014) durchgeführt wird, entscheidende Bedeutung zu. Sie erlaubt die Identifizierung der Altlasten, die anschließend unter nationaler Verantwortung zu bereinigen sind. Die SRM-VO gibt den Mitgliedstaaten hierfür ausreichend Zeit, da zwar vorbereitende Befugnisse für das SRB bereits zum 1. Januar 2015 in Kraft treten, die vollumfänglichen Abwicklungsbefugnisse aber erst zum 1. Januar 2016 (Art. 88 SRM-VO). Die Mitgliedstaaten sollten die dadurch gewonnene Zeit für eine gründliche Klärung der Altlastenproblematik nutzen, und zwar – wie vom europäischen Beihilferecht gefordert<sup>18)</sup> – in einer Weise, die den Zugriff auf öffentliche Mittel erst dann ermöglicht, wenn angemessene Kos-

tenbeiträge seitens der privaten Investoren stattgefunden haben.

Die Bankenunion im Allgemeinen und der einheitliche Abwicklungsmechanismus im Besonderen dürfen insofern nicht als schnelle und bequeme Lösung für bereits bestehende Probleme verstanden werden. Hingegen soll der Abwicklungsmechanismus die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Finanzkrisen verringern und ihre Auswirkungen, sollte es dennoch dazu kommen, mildern. Für die Lösung der gegenwärtigen Finanzkrise, die auf Versäumnisse der Vergangenheit zurückgeht, ist allerdings ein umfassenderer Ansatz erforderlich.

*Bankenunion ist kein „quick fix“ für bereits bestehende Probleme im Zuge der gegenwärtigen Krise*

---

**18** Siehe die Mitteilung der Europäischen Kommission zu den Bedingungen, zu denen sie öffentliche Rekapitalisierungen von Banken unter dem Beihilferecht genehmigen wird („Bankenmitteilung“. ABl. EU Nr. C 216/1 vom 30. Juli 2013.).



## Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus

*Die deutsche Zahlungsbilanzstatistik ist eine umfassende, systematische Darstellung der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern und Gebietsfremden in einer Berichtsperiode. Mit der Veröffentlichung der Angaben zum Berichtsmonat Mai im Juli dieses Jahres wird ihr methodisches Konzept auf den überarbeiteten Standard des Internationalen Währungsfonds (IWF) umgestellt. Sie folgt damit der sechsten Auflage des Handbuchs zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus. Die neuen Regeln sind für die Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) durch eine Verordnung der Europäischen Kommission (EU-Kommission) verbindlich vorgeschrieben. Die Berichtspflichten der nationalen Zentralbanken des Eurosystems gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) sind darüber hinaus in einer Leitlinie der EZB im Einzelnen dargelegt.*

*Die grundlegende Struktur der Zahlungsbilanz mit Leistungs-, Vermögensänderungs- und Kapitalbilanz bleibt mit der Umsetzung des Regelwerks zwar erhalten, doch werden die bisherigen Konzepte zur Erfassung und Abbildung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in vielerlei Hinsicht weiterentwickelt, um veränderten wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Neue Zuordnungen zu den Teilbilanzen, detailliertere Untergliederungen sowie die Berücksichtigung bislang nicht erfasster Transaktionen verbessern die Aussagekraft des statistischen Rechenwerks. Insgesamt ist nunmehr eine vollständige Angleichung der Konzepte zwischen den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und der Zahlungsbilanz erreicht worden.*

*Das verstärkte Augenmerk, das auf den Zusammenhang zwischen den Stromgrößen der Kapitalbilanz und den Bestandsgrößen des Auslandsvermögensstatus gerichtet wird, manifestiert sich in einem erstmals vollständig integrierten Kontensystem. Damit kann auch für die einzelnen Positionen aufgezeigt werden, ob ihre Veränderungen auf Transaktionen, Bewertungseffekten oder anderen Anpassungen beruhen. Dieser Logik entsprechend ändert sich in der Kapitalbilanz die Vorzeichenkonvention. Ein Netto-Kapitalexport wird nunmehr als eine Zunahme des Netto-Auslandsvermögens verstanden und deshalb – anders als bisher – mit einem Pluszeichen versehen. Auch der Zusammenhang zwischen den grenzüberschreitenden Vermögensbeständen und den sich daraus ergebenden Einkommensströmen wird hervorgehoben.*

*Die quantitativen Auswirkungen der methodischen Umstellungen auf die großen Teilsalden sind vergleichsweise gering. Beim Leistungsbilanzsaldo bleibt der rein methodisch bedingte niveausenkende Effekt in der Größenordnung der üblichen Jahresrevisionen. Im Ergebnis wird die von der EU-Kommission im Verfahren gegen makroökonomische Ungleichgewichte überwachte Quote des Leistungsbilanzsaldos in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) leicht nach unten revidiert. Sie liegt jetzt nicht mehr durchgängig seit 2007 über dem indikativen Schwellenwert.*

## Zum Informationswert der Zahlungsbilanzstatistik

*Zahlungsbilanz  
und Auslands-  
vermögens-  
status als Kern-  
bereiche der  
Außenwirt-  
schaftsstatistik*

Mit ihrem hohen real- und finanzwirtschaftlichen Offenheitsgrad ist die deutsche Volkswirtschaft tief in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung integriert. Die vielschichtigen außenwirtschaftlichen Verflechtungen werden vor allem in der Zahlungsbilanz und dem Auslandsvermögensstatus systematisch und umfassend dargestellt.<sup>1)</sup> Als zeitraumbezogene Statistik erfasst die Zahlungsbilanz wertmäßig alle wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern und Gebietsfremden<sup>2)</sup> innerhalb einer bestimmten Periode. Sie liefert beispielsweise Informationen darüber, wie viele Waren oder Dienstleistungen Deutschland in einem Jahr, Quartal oder Monat in welche Länder exportiert hat, in welchem Umfang Direktinvestitionen vorgenommen wurden oder wie hoch der Erwerb ausländischer Wertpapiere von inländischen Investoren war. Der Auslandsvermögensstatus ist hingegen eine zeitpunktbezogene Bestandserhebung aller finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Inländern und Gebietsfremden, bewertet mit den Marktpreisen und Wechselkursen am jeweiligen Stichtag. Hier lässt sich unter anderem die Höhe und Zusammensetzung des Netto-Auslandsvermögens verfolgen, das sich seit dem Beginn der Europäischen Währungsunion (EWU) 1999 von 4,5% des nominalen BIP bis Ende 2013 auf über 45% des BIP erhöht hat.

*Internationale  
Vergleichbarkeit  
der nationalen  
Zahlenwerke*

Damit solche und ähnliche Informationen international vergleichbar sind, hat der IWF gemeinsam mit Experten internationaler und nationaler Institutionen ein Regelwerk für die Erstellung der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus erarbeitet, das mittlerweile in seiner 6. Auflage vorliegt: das Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM6).<sup>3)</sup> Für die EU- und EWU-Länder sind die hierauf basierenden statistischen Lieferverpflichtungen in einer Verordnung der EU-Kommission festgelegt. Darüber hinaus spezifiziert eine Leitlinie der EZB die an die EZB zu liefernden Daten.<sup>4)</sup> Einzelne Abweichungen von

der international festgelegten Methodik bleiben jedoch bestehen. Diese sind unter anderem den Grenzen der praktischen Umsetzbarkeit, aber auch historisch gewachsenen und teilweise kodifizierten nationalen Anknüpfungspunkten für die statistische Erhebung geschuldet.

Nationale außenwirtschaftliche Kennziffern werden verstärkt herangezogen, um frühzeitig Anhaltspunkte für mögliche Fehlentwicklungen zu erhalten. Die EU-Staaten haben deshalb den Stabilitäts- und Wachstumspakt beziehungsweise das Verfahren zur Überwachung exzessiver Staatsdefizite um ein Makroökonomisches Überwachungsverfahren (MIP)<sup>5)</sup> ergänzt, in dem ein Satz von zurzeit 11 wirtschaftlichen Indikatoren mit empfohlenen Grenzwerten erste Hinweise auf innere oder äußere Ungleichgewichte geben soll. Außenwirtschaftliche Kennziffern stehen an prominenter Stelle. So wird der Saldo der Leistungsbilanz in Relation zum BIP von der EU-Kommission in einer vertieften Analyse untersucht, wenn er im Durchschnitt der letzten drei Jahre kleiner als – 4% beziehungsweise größer als + 6% war. Für die Netto-Auslandsposition in Relation zum BIP gilt ein unterer Schwellenwert von – 35%. Der Anteil am Weltexport als weiterer Indikator sollte innerhalb von fünf Jahren nicht um mehr als 6% sinken.<sup>6)</sup>

*Prominente Rolle  
außenwirtschaft-  
licher Kenn-  
ziffern im  
Makroökono-  
mischen Über-  
wachungs-  
verfahren der EU*

<sup>1</sup> Für grundsätzliche Informationen über Aufbau, Inhalt und Aussagekraft der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus vgl.: [www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Aussenwirtschaft](http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Aussenwirtschaft).

<sup>2</sup> In Abgrenzung der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus gilt als Inländer, wer länger als ein Jahr in Deutschland lebt, und zwar unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit. Ein Deutscher, der länger als ein Jahr im Ausland wohnt, ist im Sinne der Zahlungsbilanzstatistik hingegen ein Gebietsfremder.

<sup>3</sup> IWF (2009), Balance of Payments and International Investment Position Manual, Sixth Edition (BPM6).

<sup>4</sup> Verordnung (EU) 555/2012 vom 22. Juni 2012 und EZB-Leitlinie 23/2011 vom 9. Dezember 2011.

<sup>5</sup> Macroeconomic Imbalance Procedure; Verordnung (EU) 1176/2011 vom 16. November 2011 sowie Europäische Kommission (2012), Macroeconomic Imbalance Procedure, Scoreboard for the surveillance of macroeconomic imbalances, European Economy, Occasional papers 92.

<sup>6</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft, Geschäftsbericht 2013, S. 43–65.

*Konsolidierte  
Daten für die  
Geldpolitik*

Unabhängig davon erfordert eine einheitliche Geldpolitik als Entscheidungsbasis statistische Informationen für das gesamte Währungsgebiet. Dazu gehören eine konsolidierte Zahlungsbilanz und ein gemeinsamer Auslandsvermögensstatus für den Euro-Raum, die von der EZB aus den nationalen Beiträgen zusammengestellt werden. Den wertmäßig größten Baustein hierzu liefert die Bundesbank mit ihren Daten für Deutschland.

## Gründe für die Überarbeitung des Regelwerks

*Höhere  
Komplexität  
internationaler  
Transaktionen ...*

Die letzte Auflage des Regelwerks für die Erstellung der Zahlungsbilanzstatistik stammt aus dem Jahr 1993. Seitdem ist die Globalisierung durch neue Informationstechnologien sowie den Wegfall von Handelsbarrieren und Kapitalverkehrskontrollen rasch vorangeschritten. So hat sich der weltweite Export von Waren und Dienstleistungen in den letzten 20 Jahren nominal verfünffacht, verglichen mit einer Verdreifachung des weltweiten BIP.<sup>7)</sup> Internationale Konzernstrukturen mit langen Wertschöpfungsketten, komplexen Finanzverflechtungen und Eigentümerstrukturen prägen mehr und mehr das Wirtschaftsgeschehen.<sup>8)</sup>

*... sowie stark  
zunehmende  
Bestände aus-  
ländischer Ver-  
mögenswerte*

Mit der dynamischen Entwicklung an den internationalen Kapitalmärkten haben grenzüberschreitende Geldvermögenspositionen und die damit verbundenen Einkommensströme beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Da die Transaktionsgrößen aber oft nur einen kleinen Teil der Bestände ausmachen, sind letztere für das Aufzeigen von Abhängigkeiten und möglichen Ansteckungskanälen oft die wichtigere Größe. Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Bestandsgrößen manifestiert sich unter anderem auch in den Empfehlungen der G20 aus dem Jahr 2009 zum Schließen von Informationslücken, die während der jüngsten Finanzkrise identifiziert wurden.<sup>9)</sup>

Um die Konsistenz der gesamtwirtschaftlichen Rechensysteme weiter zu erhöhen, wurde das

Zahlungsbilanzhandbuch zeitgleich mit den Vorschriften für die VGR überarbeitet und an deren Entwicklung angepasst. Die EU-Kommission, der IWF, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Vereinten Nationen (UN) und die Weltbank haben das System of National Accounts (SNA 2008)<sup>10)</sup> gemeinsam erstellt und veröffentlicht. Mit dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010)<sup>11)</sup> werden die Buchungsregeln für die EU-Länder weiter spezifiziert und verbindlich festgelegt. Die Umstellung auf die beiden neuen internationalen statistischen Standards erfolgt in der EU im Laufe des Jahres 2014. Danach werden die nationalen und die internationalen Zahlungsbilanzen und Gesamtrechnungen in den Ländern der EU insgesamt konzeptionell vollständig aufeinander abgestimmt sein.

*Konsistenz  
mit den fast  
zeitgleich um-  
gestellten Volks-  
wirtschaftlichen  
Gesamt-  
rechnungen*

## Wichtige Änderungen in der Leistungsbilanz und der Vermögensänderungsbilanz

Innerhalb der Leistungsbilanz werden neue Begriffe eingeführt: Die Erwerbs- und Vermögenseinkommen heißen nun Primäreinkommen und umfassen zusätzlich Produktions- und Importabgaben sowie Subventionen und Pachteinahmen. Umbenannt werden auch die laufenden Übertragungen. Sie erhalten die Bezeichnung Sekundäreinkommen. Aus der Bilanz der

*Neue  
Bezeichnungen*

<sup>7</sup> IWF, World Economic Outlook, Statistical Data Base, April 2014.

<sup>8</sup> Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Die Abbildung von Unternehmensverflechtungen und Konsolidierungseffekten in der Statistik, Geschäftsbericht 2011, S. 117 ff.

<sup>9</sup> Zu nennen sind insbesondere die G20-Empfehlungen Nr. 10, 11 und 12 zur Verbesserung der Datenlage für die Analyse grenzüberschreitender finanzieller Verflechtungen. Diese beziehen sich auf die konzeptionelle Weiterentwicklung und die Datenlieferung zur internationalen Bankensstatistik der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und zum Coordinated Portfolio Investment Survey des IWF sowie auf die vierteljährliche Erstellung eines Auslandsvermögensstatus. Vgl.: Finanzstabilitätsrat und IWF, The Financial Crisis and Information Gaps, Fourth Progress Report on the Implementation of the G-20 Data Gaps Initiative, September 2013, S. 10 f.

<sup>10</sup> EU-Kommission, IWF, OECD, UN, Weltbank (2009), System of National Accounts 2008 (SNA 2008).

<sup>11</sup> Verordnung (EU) Nr. 549/2013 vom 21. Mai 2013.

Vermögensübertragungen wird schließlich die Vermögensänderungsbilanz.

*Strikte Anwendung des Grundsatzes des Eigentumsübergangs bei den Warenströmen ...*

Darüber hinaus wird mit dem BPM6 die Trennlinie zwischen Waren- und Dienstleistungstransaktionen neu gezogen. Transaktionen im Zusammenhang mit produzierten Gütern werden grundsätzlich im Warenverkehr nachgewiesen, sofern das Eigentum zwischen einem Inländer und einem Gebietsfremden wechselt (Prinzip des Eigentumsübergangs).

*... führt zur Buchung der Warenströme des Transithandels im Warenkonto ...*

Folglich steht beim Transithandel<sup>12)</sup> nicht mehr wie bisher die Dienstleistung der Handelsvermittlung im Vordergrund, sondern der Aspekt des Eigentumsübergangs an den Waren. Deshalb wird der Transithandel jetzt als eine spezielle Form des Warenhandels betrachtet und innerhalb dieser Rubrik als separate Unterposition ausgewiesen. Dabei werden die Käufe im Transithandel als negative Exporte gebucht, da ihr Erwerb ausschließlich dazu dient, entsprechende Verkäufe (positive Exporte) durchzuführen.<sup>13)</sup> Der Saldo der Leistungsbilanz wird durch diese neue Buchungsweise nicht berührt, allerdings ergeben sich erhebliche Veränderungen in der geografischen Aufgliederung. Nach dem bisherigen Regelwerk (BPM5) entsprach der Nettoerlös aus dem Transithandel der erbrachten Dienstleistung, die per Konvention gegenüber dem Wirtschaftsgebiet des Käufers verbucht wurde. Jetzt wird der Saldo pro Land aus allen Eigentumsübertragungen von Waren für Transitzwecke mit diesem Land ermittelt.<sup>14)</sup> Eine weitere Änderung ergibt sich durch eine stärker rechtlich betonte Sichtweise bei Konten, die auf Edelmetalle denominiert sind.<sup>15)</sup> Sie werden nun – ihrem schuldrechtlichen Charakter entsprechend – als Fremdwährungskonten und nicht mehr als Lagerstätten klassifiziert. Deshalb erscheinen die Kontobewegungen nicht mehr im Transithandel, sondern als Finanztransaktion im übrigen Kapitalverkehr.

Ein- und Ausfuhren von Waren im Zusammenhang mit Fertigungsleistungen, bei denen die Waren im Eigentum des Auftraggebers bleiben, werden gemäß der neuen methodischen

Grundsätze nicht mehr im Warenverkehr nachgewiesen. Vielmehr wird das Fertigungsentgelt, das ein Unternehmen für die Bearbeitung der Waren erhält, als Dienstleistung gebucht. Ähnliches gilt auch für grenzüberschreitende Reparaturen von Waren. Bei der dargestellten neuen Methodik kann der Saldo aus den Warenbewegungen vor und nach Lohnveredelung vom Fertigungsentgelt abweichen, wenn beispielsweise während des Veredelungszeitraums Marktpreisänderungen für die Waren eintreten. Insofern bewirkt die neue Buchungsweise unter Umständen Änderungen im Leistungsbilanzsaldo.

Mit der strikten Anwendung des Grundsatzes des Eigentumsübergangs in der Zahlungsbilanzstatistik werden die konzeptionellen Unterschiede zur Außenhandelsstatistik größer. Differenzen im Ausweis ergeben sich immer dann, wenn der physische Grenzübergang der Ware, der für die Außenhandelsstatistik entscheidend ist, nicht mit einem Eigentumsübergang zwischen In- und Ausländern verbunden ist. In der Position „Ergänzungen zum Außenhandel“ werden diese Unterschiede zwischen beiden Statistiken abgebildet.

Zeitgleich mit der BPM6-Einführung wird in der deutschen Zahlungsbilanzstatistik die Buchungspraxis bei Strom und Gas an die internationalen Gepflogenheiten angepasst. Vor allem der Stromhandel über Warenterminkontrakte hat mit der Liberalisierung des europäischen Energiemarkts spürbar zugenommen. Dies führte zu hohen Bruttogrößen, da hier oft

*... und zur Zuordnung der Wertschöpfung der Lohnfertigung zu den Dienstleistungen*

*Konzeptionelle Unterschiede zur Außenhandelsstatistik werden größer*

*Sonderfall Stromhandel*

<sup>12</sup> Beim Transithandel erwirbt ein Inländer Waren im Ausland, die er an einen anderen Gebietsfremden weiterverkauft, ohne die Waren zuvor ins Inland zu bringen.

<sup>13</sup> Die auf der Exportseite innerhalb des Warenhandels gezeigte Nettoausfuhr von Waren im Transithandel kann aufgrund von Lagerveränderungen somit negativ ausfallen.

<sup>14</sup> Bei der Betrachtung einzelner Länder treten regelmäßig negative Transithandelsalden auf. Durch die neue Methodik kann dies im Extremfall nun sogar dazu führen, dass die Gesamtposition „Warenhandel, Exporte“ mit diesem Land negativ wird.

<sup>15</sup> Bei derartigen Sichtkonten besteht der Lieferanspruch nur nach Art und Güte; der Kontoinhaber hat kein Eigentum an bestimmten, gekennzeichneten Edelmetallbeständen.

Kettengeschäfte abgeschlossen werden, um mit zunehmender Nähe zum vereinbarten Liefertermin die vertraglichen Verpflichtungen an die tatsächlich produzierte (und nicht speicherbare) Strommenge anzupassen. Solche Termingeschäfte zwischen Inländern und Gebietsfremden werden jetzt ausschließlich bei den Finanzderivaten im Kapitalverkehr ausgewiesen. Im Warenkonto verbleiben lediglich die tatsächlichen grenzüberschreitenden Stromlieferungen gemäß der Außenhandelsstatistik.

*Harmonisierte Grundlagen der Messung von Dienstleistungen ...*

Auch der Handel mit Dienstleistungen zwischen Inländern und Gebietsfremden hat in den letzten Jahren einen deutlichen Aufschwung erfahren. Über die im BPM6 geforderten tiefer gegliederten Informationen zu den Dienstleistungen hinaus gibt es weitergehende internationale Empfehlungen, die in der EU mit den neuen statistischen Berichtspflichten teilweise umgesetzt werden. Als Leitlinie dient das Manual on Statistics of International Trade in Services (MSITS)<sup>16</sup>, das insbesondere für die Zwecke des Allgemeinen Dienstleistungshandelsabkommens<sup>17</sup> der Welthandelsorganisation (WTO) konzipiert wurde und im Jahr 2010 in neuer Auflage erschienen ist.<sup>18</sup>

*... für die europäische Handelspolitik*

Solche Daten sind nicht zuletzt im Zusammenhang mit der einheitlichen Außenhandelspolitik der EU im Rahmen der WTO sowie bei bilateralen und regionalen Verhandlungen von besonderer Relevanz. Und schließlich erfüllen die tiefer gegliederten Angaben die Anforderungen der Input-Output-Rechnung besser, die als integraler Bestandteil der VGR die Produktionsverflechtungen innerhalb einer Volkswirtschaft sowie die Güterströme zwischen der heimischen Wirtschaft und der übrigen Welt statistisch abbildet.

*Behandlung der Versicherungs- dienstleistungen wird an die Buchung des Inlands- geschäftes in den VGR angepasst*

Die Angaben zu den Versicherungs- und Altersvorsorgeleistungen werden künftig in enger Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt ermittelt. Ausgangspunkt für die Schätzung der Exporte ist der ermittelte Produktionswert deutscher Versicherer anhand von jährlichen Daten der Versicherungsaufsicht, der sich aus

der Differenz vereinnahmter Prämien und zu erwartender Schadensleistungen ergibt. Zu den Prämien zählen auch Prämienzuschläge, also Erträge aus versicherungstechnischen Rückstellungen, die den Vermögenseinkommen der Versicherungsnehmer zugerechnet werden und in die Berechnung der Dienstleistungskomponente eingehen. Die um den Dienstleistungsanteil bereinigten Prämien sowie die Schadensleistungen werden – wie bisher – den Sekundäreinkommen der Zahlungsbilanz zugeordnet. Neu ist neben der Berücksichtigung der Prämienzuschläge, dass Rückversicherungsleistungen genauso behandelt werden wie andere Schadensversicherungsleistungen. Die versicherungstechnischen Rückstellungen, die sich aus im Voraus gezahlten Prämien und fälligen, jedoch noch nicht ausgezahlten Schadensleistungen ergeben, sind nach dem BPM6-Konzept nun explizit in einer neuen Komponente des übrigen Kapitalverkehrs zu berücksichtigen.

Neu in der Zahlungsbilanzstatistik und im Einklang mit den VGR ist das Konzept der unterstellten Bankdienstleistungen (Financial Intermediation Services Indirectly Measured: FISIM). Den Ausgangspunkt bildet die Überlegung, dass sich Finanzintermediäre die erbrachte Leistung von ihren Kunden häufig indirekt über die Zinsmarge entlohnen lassen. Während nach BPM5 die tatsächlichen Kredit- und Einlagenzinsen in Gänze in die Vermögenseinkommen fließen, werden künftig die Zinseinkommen um die unterstellten Finanzdienstleistungen bereinigt. Letztere werden vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der VGR in einem speziellen Modellrahmen ermittelt, in dem die Abweichung des tatsächlichen Zinssatzes vom jeweili-

*Neues Konzept für unterstellte Bankdienstleistungen*

<sup>16</sup> UN, Eurostat, IWF, OECD, UNCTAD, UNWTO, WTO, Manual on Statistics of International Trade in Services 2010 (MSITS 2010), Geneva, Luxembourg, Madrid, New York, Paris and Washington, D.C., 2012.

<sup>17</sup> General Agreement on Trade in Services (GATS).

<sup>18</sup> Die statistischen Lieferverpflichtungen der EU gehen über das BPM6 hinaus, sind jedoch nicht in allen Punkten so anspruchsvoll wie MSITS 2010. Bspw. fordert das BPM6 für „sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen“ nur drei Unterkategorien, während das MSITS 2010 diese noch bis zu drei Ebenen weiter aufschlüsselt; die EU-Anforderungen liegen dazwischen.

gen Referenzzinssatz (der kein Dienstleistungsentgelt umfasst) als Preiskomponente dient und mit dem Einlagen- beziehungsweise Kreditvolumen als Mengenkomponekte multipliziert wird.<sup>19)</sup> In den Primäreinkommen werden für die Nichtbanken die Zinseinnahmen auf Einlagen im Ausland um die FISIM erhöht,<sup>20)</sup> die Zinsausgaben auf Auslandskredite hingegen um die unterstellten Bankdienstleistungen reduziert.<sup>21)</sup> Für die inländischen Banken ergeben sich umgekehrt eine Verminderung der Zinseinnahmen und eine Erhöhung der Zinsausgaben. Spiegelbildlich schlagen sich die FISIM als Import oder Export bei den Finanzdienstleistungen nieder. Der Leistungsbilanzsaldo bleibt deshalb von dieser Verschiebung zwischen den Primäreinkommen und Dienstleistungen unberührt.

*Differenzierter Ansatz beim geistigen Eigentum ...*

Bei Transaktionen mit geistigem Eigentum unterscheidet das BPM6 zwischen der Überlassung von Nutzungs-, Vertriebs- und Vervielfältigungsrechten einerseits sowie dem Kauf oder Verkauf dieser Rechte andererseits. Gebühren für Nutzungs- oder Vertriebs- und Vervielfältigungsrechte sind nun grundsätzlich in den Dienstleistungen zu buchen. Dabei werden Nutzungsgebühren für Software und audiovisuelle Medien<sup>22)</sup> unter den EDV-Dienstleistungen beziehungsweise innerhalb der Kategorie „Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit“ erfasst; alle Transaktionen in Verbindung mit dem Recht, geistiges Eigentum zu vervielfältigen und kommerziell zu vertreiben, werden hingegen in der neuen Dienstleistungskategorie „Gebühren für die Nutzung geistigen Eigentums“ gezeigt. Lizenzgebühren für die Nutzung von Forschungsergebnissen oder von gewerblichen Schutzrechten, wie Markenrechten, erscheinen ebenfalls unter dieser Rubrik.

*... mit Auswirkungen auf die Dienstleistungs- und Vermögensänderungsbilanz*

Beim Erwerb oder der Veräußerung geistiger Eigentumsrechte wird jetzt danach unterschieden, ob es sich um produziertes oder nichtproduziertes Sachvermögen handelt. Zum ersten Fall gehören Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung, wie beispielsweise Patente, Urheberrechte oder industrielle Prozesskonzepte.

Sie sind nun in den Dienstleistungen unter der jeweils zutreffenden sachlichen Rubrik auszuweisen.<sup>23)</sup> Ein Eintrag in der Vermögensänderungsbilanz erfolgt hingegen beim Handel mit nichtproduziertem Sachvermögen, wie Markenrechten und Emissionszertifikaten.

Die Gliederung der Vermögenseinkommen entspricht im BPM6 der des Kapitalverkehrs, indem die Einkommensströme zunächst nach den Funktionskategorien Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen, übrige Vermögenseinkommen und Währungsreserven gegliedert und dann innerhalb der Kategorien weiter auf die jeweiligen Finanzierungsinstrumente aufgeschlüsselt werden. In dieser feineren Systematik sind die Vermögenserträge den gebietsansässigen Sektoren und – für die Wertpapierforderungen – dem Sektor des gebietsfremden Emittenten zuzuordnen. Aufgrund des gleichen Klassifikationsprinzips ergibt sich eine direkte Zuordnung der Einkommensgrößen in der Leistungsbilanz zu den korrespondierenden Positionen der Kapitalbilanz und des Auslandsvermögensstatus. Wertmäßig ändern sich die Vermögenseinkommen durch die Bereinigung der Zinseinkommen um FISIM und die Neuberechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Letztere werden in einer neuen Position Versicherungs- und Altersvorsorgeleistungen separat ausgewiesen. Dies gilt auch für die nunmehr gesondert darzustellenden reinvestierten Ge-

*Funktionale und sektorale Neugliederung der Vermögenseinkommen*

**19** Der tatsächliche Kredit- bzw. Einlagenzins wird aus der EZSB-Zinsstatistik ermittelt. Für den Referenzzinssatz wird in der Regel der entsprechende Interbankensatz – differenziert nach Währungen – herangezogen.

**20** Dahinter steht die Annahme, dass die Bank den Einlagenzinssatz zuvor implizit um den Wert der unterstellten Bankdienstleistung vermindert hat. Das neue Verfahren ist äquivalent mit einem Alternativszenario, in dem der Kunde einerseits von der Bank einen höheren Einlagezins erhielte, dafür aber andererseits eine Gebühr für die erbrachte Dienstleistung zahlen müsste.

**21** Hier wird also davon ausgegangen, dass mit einem Teil der Kreditzinsen auch die mit dem Kreditgeschäft verbundene Dienstleistung der Bank abgegolten wird.

**22** Mit Ausnahme der Zahlungen für die unbefristete Nutzung von Standardprodukten, die auf Speichermedien bereitgestellt werden. Diese werden im Warenverkehr ausgewiesen.

**23** EDV-Dienstleistungen, Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit oder Forschung und Entwicklung.

winne von Investmentfonds. Zu den Vermögenseinkommen zählen nun auch die Erträge aus langfristigen Baustellen, weil diese nicht mehr als Dienstleistungen, sondern als Direktinvestitionen eingestuft werden.

## Integrierter Ansatz bei der Kapitalbilanz und dem Auslandsvermögensstatus

*Neue Vorzeichenkonvention in der Kapitalbilanz stellt auf Bestandsänderungen des Auslandsvermögens ab*

Das BPM6 bringt die Vorzeichenkonvention der Zahlungsbilanz mit den VGR vollständig in Einklang. Daraus ergeben sich Änderungen für die Kapitalbilanz. Bisher war die Richtung des unterstellten Zahlungsstroms einer Transaktion entscheidend, wobei Kapitalexporte mit einem Minus und Kapitalimporte mit einem Plus verbucht wurden. Nach dem neuen Konzept ist hingegen die Veränderung der zugrunde liegenden Bestände ausschlaggebend. Zunahmen bei Forderungen und Verbindlichkeiten erhalten ein Plus, Abnahmen hingegen ein Minus. Damit ändert auch der Saldo der Kapitalbilanz sein Vorzeichen. Anders als bisher signalisiert jetzt ein Plus einen Netto-Kapitalexport ins Ausland, weil damit eine Zunahme des Netto-Auslandsvermögens einhergeht.

*Kapitalverkehr, Auslandsvermögensstatus und Vermögenseinkommen funktional und sektoral gleich gegliedert*

Die Zusammenhänge zwischen der Kapitalbilanz, dem Auslandsvermögensstatus und den daraus resultierenden Vermögenseinkommen werden durch eine nunmehr einheitliche Gliederung der Rechenwerke klar hervorgehoben. So wird es beispielsweise zukünftig möglich sein, Bestände und Kapitalerträge detailliert nach Finanzierungsinstrumenten zueinander in Beziehung zu setzen. Das neue Regelwerk übernimmt dabei größtenteils die in den VGR üblichen Gliederungen und Bezeichnungen der Sektoren sowie der finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten. Allerdings ist die nun geforderte Detailliertheit in der Praxis nicht immer umsetzbar. Anleiherträge können nach dem Sektor des inländischen Investors zunächst nur näherungsweise anhand der relativen Anteile am Gesamtbestand geschätzt werden. Aus den so nur näherungsweise ermittelten

Angaben ergeben sich konstruktionsbedingt keine Unterschiede im Renditeprofil der Investorengruppen.

Der Auslandsvermögensstatus wird in einem integrierten Kontensystem dargestellt, sodass für die einzelnen Positionen die Komponenten der Bestandsveränderungen in einem einheitlichen Rahmen nachvollzogen und analysiert werden können. Die „Bewegungsbilanz“ (Differenz zwischen dem Anfangs- und dem Endwert) einer Periode ergibt sich aus den Transaktionswerten der Kapitalbilanz, den durch Marktpreis- oder Wechselkursschwankungen verursachten Bewertungseffekten und den sogenannten „anderen Anpassungen“, die beispielsweise aus Abschreibungen auf nicht einholbare Kreditforderungen resultieren. In aggregierter Betrachtung kommen noch Struktureffekte infolge von Umschichtungen innerhalb des Portfolios hinzu.<sup>24)</sup>

*Integriertes Kontensystem für den Auslandsvermögensstatus*

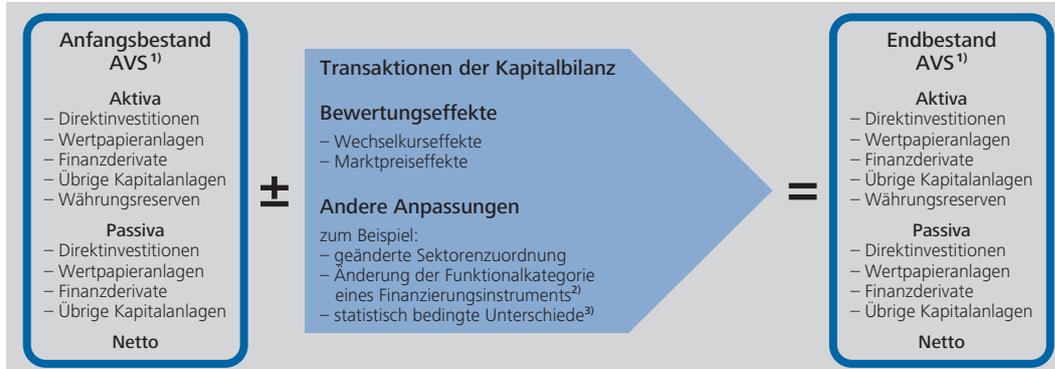
Zwar haben über einen längeren Zeitraum betrachtet die Transaktionen den größten Einfluss auf die Veränderung des Nettovermögens, die beiden anderen Posten fallen aber durchaus ins Gewicht; in bestimmten Perioden sind sie sogar die dominierenden Faktoren. In den Jahren 2007, 2008 und 2011 übertrafen sie den Kapitalfluss ins Ausland und führten so zu einem Rückgang des deutschen Netto-Auslandsvermögens. In dem von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise am stärksten geprägten Zeitraum von 2007 bis 2012 betrug dieser allein bewertungsbedingt rund 220 Mrd €. Diese Bewertungsverluste durch Preis- und Wechselkurseffekte erklären aber nur zum Teil, warum das deutsche Netto-Auslandsvermögen wesentlich langsamer gestiegen ist, als es der Blick auf den kumulierten Saldo der Kapitalbilanz für diesen Zeitraum erwarten lässt. Nicht zuletzt kommen statistische Faktoren hinzu, die aus unterschiedlichen Primärstatistiken für die beiden Rechenwerke

*Bewertungsverluste dominieren in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise*

<sup>24</sup> In der Praxis treten darüber hinaus statistische Diskrepanzen auf, wenn Transaktions- und Bestandsgrößen aus unterschiedlichen Datenquellen stammen.

## Integriertes Kontensystem des Auslandsvermögensstatus (AVS)

Gliederung nach Sektoren und Instrumenten



**1** Insgesamt und Untergliederung nach Sektoren der VGR. **2** Bspw. kann ein Aktienpaket von der Funktionalategorie „Wertpapieranlagen“ in die Kategorie „Direktinvestitionen, Beteiligungskapital“ wechseln, wenn der Stimmrechtsanteil des investierenden Unternehmens auf 10% oder mehr steigt. **3** Diskrepanzen zwischen Auslandsvermögensstatus und Zahlungsbilanz bspw. durch verschiedene Datenquellen.

Deutsche Bundesbank

Zahlungsbilanz und Auslandsvermögensstatus resultieren.<sup>25)</sup>

gungskanäle für mögliche Ungleichgewichte identifizieren zu können.

*Wichtig zur Analyse grenzüberschreitender finanzieller Verflechtungen, ...*

Ein Großteil der Netto-Bewertungsverluste ergab sich allein durch die Kursgewinne deutscher Staatsanleihen, also aus einer Höherbewertung der Auslandsverbindlichkeiten. Mit der Finanzkrise sank zum einen das globale Zinsniveau, zum anderen profitierte Deutschland zeitweilig von starken „Safe Haven“-Zuflüssen – spiegelbildlich stiegen die Kurse. Der von Gebietsfremden gehaltene Bestand wurde folglich höher bewertet, sodass die deutsche Bruttoverschuldung zunahm. Eine höhere Marktbewertung ist zwar renditerelevant, bedeutet allerdings nicht, dass die Zahlungsverpflichtungen des deutschen Staates gegenüber dem Ausland zugenommen hätten. Bei Fälligkeit der Papiere wird der Nominalwert getilgt und in der Kapitalbilanz gebucht. Die Differenz zum bisher im Auslandsvermögensstatus erfassten Wertansatz erscheint in dem integrierten Kontensystem unter den „Bewertungsänderungen“. Dieses Beispiel veranschaulicht die Notwendigkeit, bei der Beurteilung der grenzüberschreitenden finanziellen Verflechtungen auf möglichst umfassende und belastbare Daten hinsichtlich der Sektoren, der Laufzeit und der Länderaufteilung zurückzugreifen, um Zinsänderungs- und Währungsrisiken abzuschätzen, gegenseitige Abhängigkeiten aufzuspüren und Übertra-

Das gilt umso mehr, als die Bestände grenzüberschreitender Vermögen stark zugenommen haben. Beeindruckender und mit Blick auf etwaige makroprudenzielle Risiken letztlich aussagekräftiger als die Nettogrößen sind in diesem Zusammenhang die Bruttobestände: So summierten sich Ende 2013 die deutschen Bruttoforderungen gegenüber dem Ausland auf 6,6 Billionen € und damit fast auf das Zweieinhalbfache des BIP dieses Jahres. Weit über die Hälfte der Forderungen entfiel auf EU-Länder, davon rund 835 Mrd € auf die von der Krise besonders betroffenen Länder.<sup>26)</sup>

Beim statistischen Ausweis der Direktinvestitionsbeziehungen gibt es zwei grundlegende Änderungen, die auch für die Erträge aus Direktinvestitionen gelten: Zum einen wechselt die Standarddarstellung vom Directional- zum Asset-Liability-Prinzip und gleicht sich damit dem Ausweis in der Finanzierungs- und Geldvermögensrechnung an. Nach dem Asset-

*... die mit den steigenden Vermögensbeständen zugenommen haben*

*Direktinvestitionen gemäß Asset-Liability-Prinzip gebucht*

<sup>25</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Diskrepanz zwischen der Veränderung des Auslandsvermögens und des kumulierten Saldos der Kapitalbilanz: kein geeigneter Indikator für Vermögensverluste, Monatsbericht, Mai 2014, S. 52–54.

<sup>26</sup> Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern.

Liability-Prinzip werden Forderungen und Verbindlichkeiten aller inländischen Einheiten unabhängig von der Art der Direktinvestitionsbeziehung in der Statistik ausgewiesen. Der wesentliche Unterschied zum bisherigen Directional-Prinzip liegt in der Behandlung von Krediten entgegen der Richtung der Direktinvestitionsbeteiligung (Reverse Investments).<sup>27</sup> Diese wurden bisher mit den Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten der Direktinvestoren saldiert. Der Saldo der Direktinvestitionen bleibt von dieser methodisch bedingten Bilanzverlängerung freilich unberührt.

*Gesonderter Ausweis von Schwesterkrediten*

Die zweite wichtige Änderung bei den Direktinvestitionen besteht im separaten Ausweis von Kreditbeziehungen zwischen Schwestergesellschaften, die untereinander keine Direktinvestitionsbeziehung haben, wohl aber zum gleichen Konzern gehören. Bisher wurden die Finanzbeziehungen zwischen einer gebietsansässigen und einer gebietsfremden Schwester als Verflechtung zwischen Direktinvestor und Direktinvestitionsunternehmen abgebildet. Die nunmehr gewählte Darstellung trägt dem Anspruch Rechnung, die Kapitalströme zwischen den Gesellschaften eines Direktinvestitionsverbundes so differenziert wie möglich darzustellen.

*Baustellen zählen teilweise zu Direktinvestitionen*

Neu ist auch, dass Baustellen, die länger als ein Jahr bestehen, als eigene fiktive Einheit im Rahmen eines Direktinvestitionsverbundes behandelt und die dort ausgeführten Tätigkeiten somit nicht mehr als Dienstleistungen eingestuft werden, was für das Gros der zahlungsbilanzrelevanten Baustellen der Fall ist. Da die bisherigen statistischen Erhebungen nach BPM5 nicht nach der Bestandsdauer einer Baustelle differenzierten, werden bis Ende 2013 alle zahlungsbilanzrelevanten Baustellen als Direktinvestitionen behandelt. Die Einrichtung oder Auflösung einer Baustelle wird als Neuanlage oder Liquidation von Kapitalanteilen gebucht, das Entgelt für die erbrachten Leistungen als Primäreinkommen. Ab 2014 lassen sich die – gemäß BPM6 gemeldeten – Dienstleistungen auf kurzfristigen Baustellen direkt zuordnen.

Zwar entstehen auf diese Weise quantitativ kleine Übergangsprobleme zum Jahreswechsel 2013/2014 in den Zeitreihen für die Dienstleistungen und Primäreinkommen, der Leistungsbilanzsaldo insgesamt ist aber nicht betroffen.

Analog zu den Vermögenseinkommen enthalten die Wertpapieranlagen zukünftig eine Standardkomponente für die reinvestierten Gewinne von Investmentfonds. Bei den übrigen Kapitalanlagen kommen die Positionen „Versicherungs- und Altersvorsorgeleistungen“ und „sonstige Anteilsrechte“ hinzu. Zudem wird die bisherige Teilposition „Bargeld und Einlagen“ umfassender definiert und enthält nun neben den Goldkonten insbesondere auch alle Interbankenforderungen sowie alle Auslandsverbindlichkeiten der inländischen Banken, die bislang primär den Finanzkrediten zugeordnet wurden. Die Währungsreserven weisen Goldtransaktionen und -positionen in Zukunft getrennt nach physischem Gold, zu dem Barren oder zugeteilte Goldkonten gehören, und Goldforderungen aus, denen keine spezifischen Goldbestände zugeordnet sind.

*Kleine Änderungen bei der Verbuchung der Wertpapieranlagen, der übrigen Kapitalanlagen und der Währungsreserven*

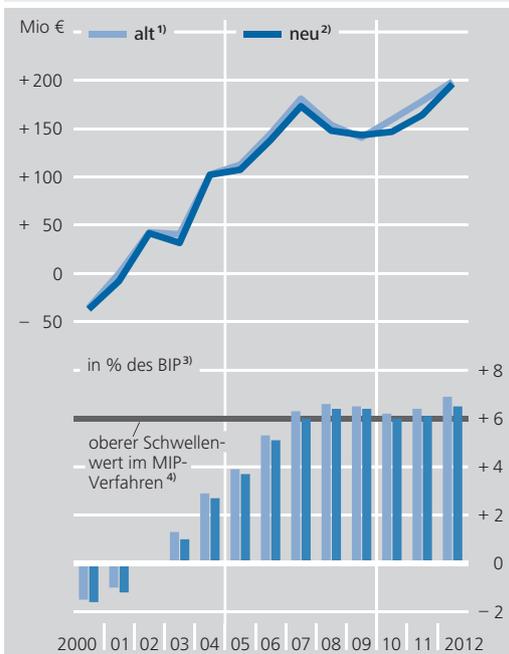
## Neue Datenquellen und Datenverfügbarkeit

Die neuen Anforderungen bedingen vielfältige Umstellungsarbeiten bei den Meldepflichtigen, der Datenerfassung sowie der Datenverarbeitung und -bereitstellung. Die zentrale Forderung nach einer feineren Untergliederung hat die Erhebung zusätzlicher Informationen und die Erschließung neuer Datenquellen notwendig gemacht. Die bisherigen Meldebögen sind ergänzt oder durch neue ersetzt worden; parallel dazu wurde mit dem Ziel einer medienbruchfreien und damit schnelleren Aufbereitung der Daten die elektronische Einreichung

*Doppelte Herausforderung durch neue Datenanforderungen ...*

<sup>27</sup> In Deutschland werden aufgrund der statistischen Datenlage die Beziehungen entgegen der eigentlichen Kapitalbeteiligungsrichtung nur für Kredite ausgewiesen, nicht hingegen für Beteiligungskapital oder andere Schuldtitel, bspw. Anleihen.

### Leistungsbilanzsaldo nach altem und neuem Konzept



1 Gemäß BPM5. 2 Gemäß BPM6. 3 Gleitender Dreijahresdurchschnitt. 4 Verfahren der Europäischen Kommission zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (MIP).

Deutsche Bundesbank

von Unternehmensmeldungen rechtlich verpflichtend eingeführt.

... und Umstellung auf international harmonisierten Zeitreihenschlüssel

Im Rahmen der Bereitstellung der außenwirtschaftsstatistischen Ergebnisse an die internationalen Organisationen werden die bisherigen Kennungen der einzelnen statistischen Zeitreihen durch ein System harmonisierter Zeitreihenschlüssel ersetzt. Beim neuen Statistical Data and Metadata Exchange (SDMX) ist jeweils an einer festgelegten Stelle eine bestimmte Information über die zugrunde liegende Zeitreihe in der Kodierung zu finden. Hierdurch wird die Zuordnung entsprechender Ströme und Bestände, aber auch der Vergleich von Datenreihen aus unterschiedlichen nationalen und internationalen Quellen für den Nutzer wesentlich erleichtert.

Bundesbank veröffentlicht ab Juli 2014 nach BPM6

In der EU erfolgt die Umstellung auf das BPM6 und das ESVG 2010 im Laufe des Jahres 2014, wobei der genaue Umstellungszeitpunkt innerhalb bestimmter Fristen den einzelnen Ländern

überlassen ist. Die Bundesbank veröffentlicht erstmals im Juli 2014 die Zahlungsbilanz für den Berichtsmonat Mai 2014 nach den Abgrenzungen und Konzepten des neuen Handbuchs.<sup>28)</sup> Da die als Teil der Zahlungsbilanzstatistik erstellte Leistungsbilanz einen wichtigen Beitrag für die VGR liefert, erfolgt bei den außenwirtschaftlichen Statistiken die Publikation der neuen Daten in Deutschland etwa eineinhalb Monate vor der Bekanntgabe der detaillierten Ergebnisse der VGR. Ende September erscheint erstmals der Auslandsvermögensstatus nach dem neuen Standard. EZB und Eurostat folgen im vierten Quartal 2014.<sup>29)</sup>

Genuin nach der neuen Methodik erhobene detaillierte Daten werden für den Zeitraum ab Januar 2013 zur Verfügung stehen. Für den Zeitraum vor 2013 bis zurück zum Jahr 1971 erfolgt eine Umrechnung der bisherigen Angaben der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus auf das neue Konzept.<sup>30)</sup> Das deutsche Datenangebot wird im Statistischen Beiheft 3 zum Monatsbericht, Zahlungsbilanzstatistik, sowie auf verschiedenen Internetseiten der Bundesbank veröffentlicht.<sup>31)</sup>

Methodische Rückrechnung bis 1971

## Abschätzung der quantitativen Auswirkungen

In der Tendenz verringert sich mit BPM6 der ausgewiesene Überschuss der Leistungsbilanz,

<sup>28</sup> Während der dafür notwendigen technischen Umstellungsphase von April bis Oktober wird auf die gewohnten Vormonatskorrekturen verzichtet, die dann im November 2014 nachgeholt werden.

<sup>29</sup> Die Bestandserhebung über Direktinvestitionen, Statistische Sonderveröffentlichung 10, erscheint voraussichtlich Ende April 2015 erstmalig nach BPM6 und der parallel aktualisierten Benchmark Definition (BD4), vgl.: OECD (2008), Benchmark Definition of Foreign Direct Investment, Fourth Edition.

<sup>30</sup> Der IWF hat hierzu eine Konversionsmatrix erstellt, mit deren Hilfe er bereits seit Längerem auf hoch aggregiertem Niveau BMP5-Daten umrechnet und nach BPM6-Systematik veröffentlicht. [www.imf.org/external/pubs/ft/bop/2008/08-10b.pdf](http://www.imf.org/external/pubs/ft/bop/2008/08-10b.pdf).

<sup>31</sup> [www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen\\_Datenbanken/Makrooekonomische\\_Zeitreihen/makrooekonomische\\_zeitreihen\\_node.html](http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/makrooekonomische_zeitreihen_node.html) und [www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/Tabellen/tabellen.html](http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/Tabellen/tabellen.html).

*Die Umstellung fällt weniger ins Gewicht als die üblichen Jahresrevisionen*

da einige Posten, die bisher zum Positivsaldo beigetragen haben, nunmehr in der Vermögensänderungs- oder der Kapitalbilanz gebucht werden. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 bleibt die Niveauverschiebung im mittleren einstelligen Milliardenbereich und ist damit vergleichsweise gering.<sup>32)</sup> Die Differenzen in den einzelnen Jahren reichen dabei von – 14 Mrd € im Jahr 2011 bis zu + 2,4 Mrd € im Jahr 2009 und fallen so auch nicht mehr ins Gewicht als die üblichen Jahresrevisionen, die in den vergangenen Jahren zwischen + 3 Mrd € und + 17 Mrd € lagen. Durch die Konzeptumstellung sinkt die von der EU-Kommission im Verfahren gegen makroökonomische Ungleichgewichte überwachte Quote des Leistungsbilanzsaldos in Relation zum BIP leicht, sodass der Schwellenwert von 6% nicht mehr durchgängig seit 2007 überschritten wird.

*Wohl aber Verschiebungen innerhalb der Leistungsbilanz ...*

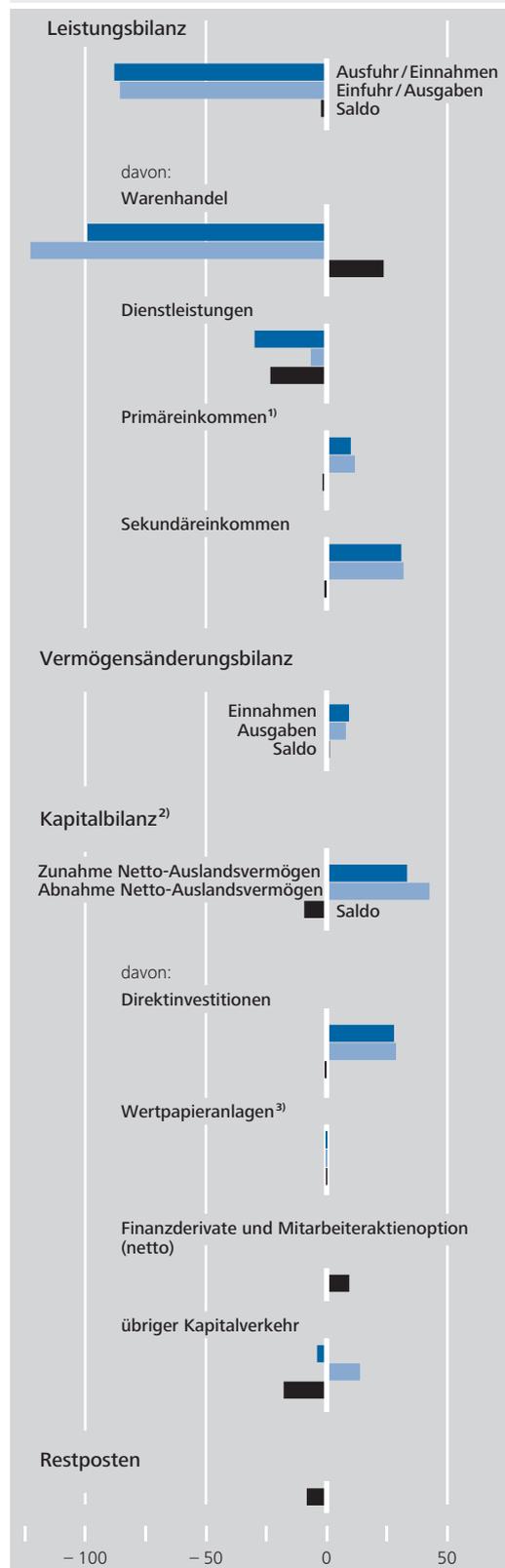
Innerhalb der Leistungsbilanz bewirkt die neue Zuordnung des Transithandels die größte Veränderung; der Saldo von +17 Mrd € im Jahr 2012 wird von den Dienstleistungen zum Warenhandel umgebucht. Umgekehrt verhält es sich bei den Lohnfertigungsentgelten und Reparaturleistungen (zusammen + 2 Mrd €), deren positive Salden nun bei den Dienstleistungen erfasst sind. Im Ergebnis steigt der Saldo des Warenhandels gegenüber dem alten Konzept, und der Saldo der Dienstleistungen sinkt, zumal hier weitere Überschusspositionen ausgegliedert werden, was auch die aus den Primäreinkommen neu hinzugekommenen unterstellten Bankdienstleistungen (+ 2 Mrd €) nicht kompensieren.

*... und zwischen Leistungs- und Kapitalbilanz*

Die größte Verschiebung von der Leistungs- hin zur Kapitalbilanz bewirken die Warenterminkontrakte im Stromhandel, deren Ausübung nun bei den Finanzderivaten gebucht wird. In den Jahren 2010 und 2011 wies diese Position einen Positivsaldo auf (+ 4 Mrd € bzw. + 1 Mrd €), im Jahr 2012 hingegen ein Minus

## Veränderungen durch Konzeptumstellung

Mrd €, 2012

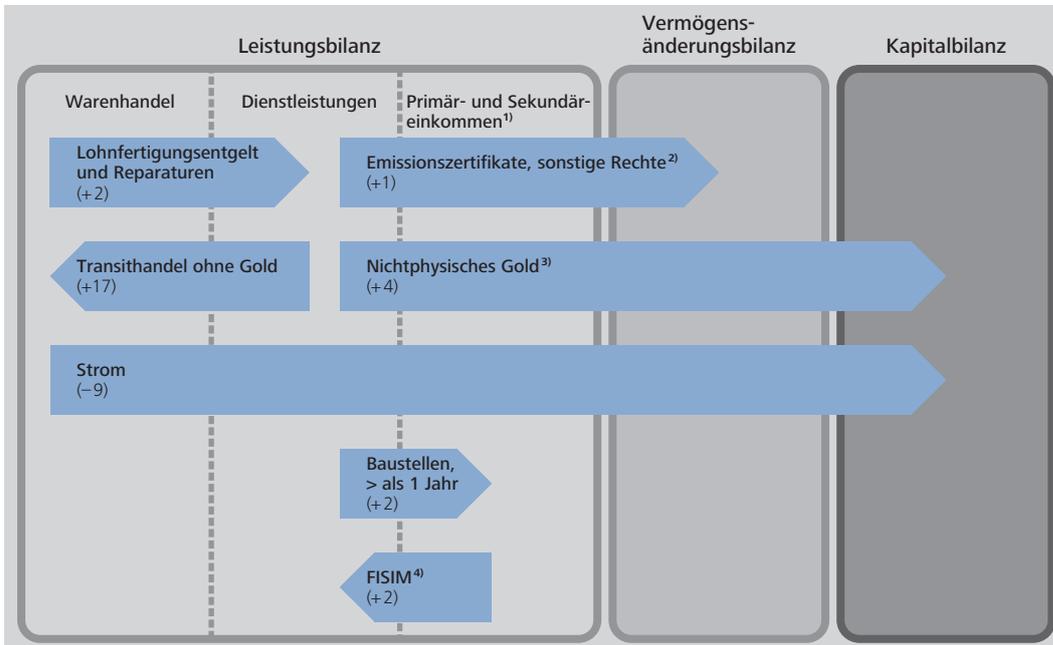


<sup>1</sup> Insbesondere Vermögenseinkommen. <sup>2</sup> BPM6-Daten im Vergleich zu den bereits auf die neue Vorzeichenkonvention umgestellten BPM5-Angaben. <sup>3</sup> Keine quantitativen Auswirkungen, aber tiefere Gliederung als bisher.

<sup>32</sup> Die BPM6-Werte für das Jahr 2013 und die ersten Monate 2014 werden im Juli 2014 zeitgleich mit der Pressemitteilung für den Berichtsmonat Mai veröffentlicht.

## Ausgewählte Verschiebungen zwischen den Teilbilanzen 2012

Mrd €, Salden



**1** Zu den Primäreinkommen zählen Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie Produktions- und Importabgaben, Subventionen und Pachteincome. Sekundäreinkommen sind laufende Übertragungen ohne entsprechende Gegenleistung, bspw. Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und Sozialleistungen, Übertragungen im Rahmen internationaler Zusammenarbeit und Heimatüberweisungen von Gastarbeitern. **2** U. a. Nutzungsentgelte für Funkfrequenzen oder Kauf von Namensrechten und Grünstromzertifikaten. **3** Konten, die auf wertvolle Edelmetalle denominiert sind, bei denen der Kontoinhaber aber kein Eigentum an bestimmten, gekennzeichneten Edelmetallbeständen hat. **4** Unterstellte Bankdienstleistungen, Financial Intermediation Services Indirectly Measured (FISIM).  
 Deutsche Bundesbank

(– 9 Mrd €). Durch die Eingliederung der nicht-physischen Goldkonten zum übrigen Kapitalverkehr (+ 4 Mrd €) steigt der Saldo der Kapitalbilanz. In der Summe bewirken die methodische Umstellungen im Jahr 2012, dass die Salden der Leistungs- und Kapitalbilanz um – 2 Mrd € beziehungsweise – 9 Mrd € geringer

ausfallen als bisher gezeigt. Demgegenüber steigt der Saldo der Vermögensänderungsbilanz um gut + 1 Mrd €. Somit reduziert sich der Restposten, der die Salden dieser Teilbilanzen ausgleicht, um etwa ein Drittel (– 8 Mrd €) gegenüber dem bisherigen Stand.

## **Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung**

*Ziel des vorliegenden Beitrags ist es zu untersuchen, welche Rolle Point-of-Sale (POS)-Abhebungen – also Abhebungen an Supermarkt- und Tankstellenkassen – bei der Bargeldbeschaffung von Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland spielen und welche Konsequenzen sich hieraus für ihre Bargeldhaltung ergeben. Die empirische Analyse basiert auf Daten der Zahlungsverhaltensstudie 2011, bei der erstmals gezielt Fragen zu der neuartigen Abhebemöglichkeit gestellt wurden.*

*Eine deskriptive Auswertung der Daten zeigt, dass POS-Abhebungen in Deutschland momentan erst in geringem Umfang genutzt werden. Ein durchschnittlicher deutscher Verbraucher deckt lediglich 1% seines jährlichen Bargeldbedarfs mithilfe dieser Abhebeart. 92% der Befragten geben an, sie noch überhaupt nicht zu nutzen. Personen, die am POS Bargeld abheben, tun dies überwiegend, wenn sie vergessen haben, anderweitig Bargeld zu besorgen. Die am häufigsten geäußerten Gründe, nicht am POS abzuheben, sind dagegen eine ausreichende Anzahl in räumlicher Nähe verfügbarer Geldausgabeautomaten (GAA), mangelndes Vertrauen zu den Händlern und das fehlende Wissen über das Angebot.*

*Die Wahrscheinlichkeit, am POS Geld abzuheben, ist höher für Personen, die in ländlichen Regionen leben und ihr Konto bei einer Bank mit geringer GAA-Abdeckung haben. Überdies zeigt sich, dass Personen, die häufiger POS-Abhebungen tätigen, im Mittel einen geringeren Bargeldbestand halten. Die sich hieraus ableitenden Effekte auf die inländische Transaktionskasse sind jedoch – selbst bei einer zukünftig stärkeren Nutzung des Verfahrens – gesamtwirtschaftlich vernachlässigbar.*

*POS als zusätzlicher Abhebeort neben GAA und Schalter*

## ■ Einleitung

Trotz der stetigen Zunahme von Kartenzahlungen ist Bargeld mit einem Transaktionsanteil von 82% auch 2011 das am stärksten genutzte Zahlungsmittel an deutschen Verkaufsstätten.<sup>1)</sup> Verbraucher schätzen an Bargeld insbesondere die schnelle und einfache Handhabung sowie den Schutz ihrer Privatsphäre. Als nachteilig empfunden werden könnte hingegen, dass Bargeld beim Einkauf verbraucht wird und ständig neu beschafft werden muss. Neben den traditionellen Abhebeorten Bankschalter und GAA gibt es mittlerweile auch die Möglichkeit, bei verschiedenen Einzelhändlern Bargeld an der Ladenkasse abzuheben. Mit diesem neuartigen Abhebeverfahren, der sogenannten Point-of-Sale-Abhebung, beschäftigt sich der vorliegende Beitrag.

Innovationen im Bereich der Bargeldversorgung von Verbrauchern sind für Zentralbanken von großem Interesse, da sich hieraus Änderungen in der Bargeldnachfrage ergeben können. So hat beispielsweise in der Vergangenheit die flächendeckende Verbreitung von GAA als Alternative zu Schalterabhebungen in vielen Ländern zu einer deutlichen Senkung der durchschnittlich gehaltenen Transaktionskasse geführt.<sup>2)</sup> Das Angebot von POS-Abhebungen vereinfacht das Bargeldmanagement von Verbrauchern in zweierlei Hinsicht. Erstens entstehen zusätzliche kostenlose Bezugsmöglichkeiten, da Abhebungen am POS in den meisten Fällen gebührenfrei sind. Zweitens ergibt sich bei Abhebungen an der Ladenkasse eine Zeitersparnis, da diese zeitgleich mit den Einkäufen durchgeführt werden können. Diese Veränderungen in der Kostenstruktur könnten dazu führen, dass Verbraucher ihr Abhebeverhalten verändern. Ähnlich wie nach der flächendeckenden Einführung der GAA wäre es möglich, dass sie Bargeld häufiger, aber in kleineren Beträgen abheben. Die durchschnittlich gehaltene Transaktionskasse ginge dadurch zurück.

Der vorliegende Beitrag gibt zunächst einen Überblick, in welchem Umfang Verbraucher in

Deutschland aktuell von POS-Abhebungen Gebrauch machen und welche Faktoren für die Nutzung eine Rolle spielen. Des Weiteren wird untersucht, welchen Einfluss eine verstärkte Nutzung von POS-Abhebungen auf die Bargeldhaltung der Verbraucher hat.

## ■ Bargeld abheben am Point-of-Sale

Unter POS-Abhebungen im Sinne dieses Aufsatzes versteht man die Möglichkeit, an einer Ladenkasse zeitgleich mit einem Bezahlvorgang Bargeld abzuheben.<sup>3)</sup> POS-Abhebungen werden momentan von verschiedenen Supermärkten und Tankstellen angeboten. Die Verfahren unterscheiden sich hinsichtlich der Nutzungsbedingungen für die Verbraucher und der technischen Funktionsweise.

Die Verfahren bei den Supermärkten werden landläufig auch mit dem Begriff „Cash-Back“ bezeichnet. Hier können Kunden bei jedem Einkauf im Wert von mindestens 20 €, der mit Girokarte und PIN bezahlt wird, Bargeld in Höhe von bis zu 200 € abheben. Dazu erhöht man am Kartenterminal den abzubuchenden Betrag um die gewünschte Abhebesumme. Das abgehobene Bargeld wird von den Angestellten direkt aus der Ladenkasse bezahlt. Die Abhebungen als solche sind kostenlos. Jedoch können für einige Kunden allgemeine Gebühren für den Karteneinsatz bei ihrer Bank anfallen.

Um Bargeld an Tankstellen abheben zu können, ist es keine Voraussetzung, einzukaufen oder zu tanken. Da das Angebot auf eine Ko-

*Anbieter*

*Nutzungsbedingungen und Funktionsweise*

<sup>1</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2012), Zahlungsverhalten in Deutschland 2011 – Eine empirische Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten.

<sup>2</sup> Vgl.: W. Boeschoten (1998), Currency use and payment patterns, Financial and Monetary Policy Studies, Vol 23, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers; H. Stix (2004), How do debit cards affect cash demand? Survey data evidence, Empirica 31(2–3), S. 93–115.

<sup>3</sup> Von diesem Begriff nicht erfasst sind GAA, die zwar im Einzelhandel aufgestellt sind, jedoch nicht für Bezahlvorgänge genutzt werden können.

operation mit einer Geschäftsbank zurückgeht, sind die Abhebungen hier jedoch für Kunden anderer Banken mit Fremdadbebegebühren verbunden. Ein weiterer Unterschied zu den Angeboten der Supermärkte ist, dass anbietende Tankstellen an den Kassen mit sogenannten Integrated-Cash-Management-Systemen arbeiten. Diese haben den Vorteil, dass eingezahltes Geld nicht nur von den Kassierern, sondern auch maschinell auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft wird. Die maschinelle Prüfung erfolgt dabei nach einem vom Eurosystem zertifizierten Verfahren.

*Bewertung  
der POS-  
Abhebungen  
aus Sicht der  
Händler und ...*

Aus Sicht der Händler haben POS-Abhebungen verschiedene Vorteile. Das Angebot kann zusätzliche Kunden anziehen, die das Geschäft aufsuchen, weil sie Bargeld benötigen. In den Supermärkten kann es zu weiteren Umsatzsteigerungen kommen, wenn Verbraucher, die Bargeld abheben möchten, zusätzliche Produkte kaufen müssen, um den Mindesteinkaufswert von 20 € zu erreichen. An den Tankstellen müssen die Speicher der vollautomatisierten Kassensysteme weniger oft entleert werden. Nachteilig für den Handel sind hingegen die durch POS-Abhebungen gesteigerten Transaktionskosten. Für jede Debitkartentransaktion muss ein bestimmter Prozentsatz des gebuchten Betrages – egal ob bezahlt oder abgehoben – an den Zahlungsdienstleister abgeführt werden.

*... aus Sicht  
der Verbraucher*

Aus Verbrauchersicht stellen POS-Abhebestellen zusätzliche, meist kostenfreie Abhebemöglichkeiten dar. Dies ist vor allem für Kunden von Banken mit dünnem GAA-Netz von Vorteil. Darüber hinaus können Verbraucher bei POS-Abhebungen Zeit sparen, weil sie Einkaufs- und Abhebevorgänge kombinieren. Jedoch hat das Verfahren auch einige Eigenschaften, die Verbraucher als nachteilig empfinden könnten. POS-Abhebungen in Supermärkten setzen die Bezahlung des Einkaufs mittels Girokarte voraus. Angesichts des bereits erwähnten hohen Anteils an Transaktionen an deutschen Verkaufsstätten, die bislang in bar durchgeführt werden, müssten also die meisten Verbraucher ihr

Zahlungsverhalten umstellen, um dort auch Geld abheben zu können. Hinzu kommt, dass auch der Abhebevorgang, den die Verbraucher in Supermärkten am POS-Bezahlterminal selbst durchführen müssen, andere Eingaben und Handgriffe erfordert als am GAA, was ebenfalls eine Gewöhnung voraussetzt. Außerdem könnten die Kunden es als nachteilig empfinden, dass sie bei Abhebungen in Supermärkten kein maschinell auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüftes Bargeld ausgezahlt bekommen, wie es am GAA einer Bank der Fall ist. Jedoch gehen sie das gleiche Risiko bei der Entgegennahme von Wechselgeld und bei Abhebungen an einem Bankschalter ein.

## Das Bargeldmanagement der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland

Den Daten der Zahlungsverhaltensstudie 2011 zufolge hebt ein repräsentativer Verbraucher in Deutschland jährlich Bargeld in Höhe von insgesamt 8 072 € ab. Prinzipiell gibt es in Deutschland die Möglichkeit, Bargeld an GAA, Bankschaltern oder ausgewählten POS zu beziehen. Dabei können die Verbraucher unterschiedliche Beträge abheben und unterschiedlich häufig zu den Abhebeorten gehen. Damit stellt sich die Frage, nach welcher Strategie sie ihr Bargeld bezogen.

*Abhebe-  
strategien*

Das Schaubild auf Seite 75 oben zeigt mit welcher Frequenz GAA-, Schalter- und POS-Abhebungen für gewöhnlich durchgeführt werden. Neben den Informationen aus dem Jahr 2011 sind zum Vergleich zusätzlich die Werte aus dem Jahr 2008 abgetragen.<sup>4</sup> Der mit Abstand am häufigsten genutzte Abhebeort ist der GAA. 89% (2008: 88%) der Befragten geben an, GAA regelmäßig aufzusuchen, wobei ein

*Häufigkeit der  
Abhebung*

<sup>4</sup> Für ausführlichere Informationen zum Abhebeverhalten im Jahr 2008 siehe: Deutsche Bundesbank (2010), Wie kommt das Bargeld ins Portmonee? – Eine empirische Studie über das Abhebeverhalten der Bevölkerung an Geldausgabeautomaten bzw. Bankschaltern in der Bundesrepublik Deutschland.

## Datengrundlage: die Zahlungsverhaltensstudie der Deutschen Bundesbank

Datengrundlage der vorliegenden Auswertung ist die Zahlungsverhaltensstudie der Bundesbank. Dabei handelt es sich um eine Umfrage zum Zahlungs- und Abhebeverhalten von Verbraucherinnen und Verbrauchern, die die Bundesbank in regelmäßigen Abständen in Zusammenarbeit mit einem Marktforschungsinstitut durchführt. Bisher stehen Daten aus den Jahren 2008 und 2011 zur Verfügung. Die durchgeführten Erhebungen bei jeweils circa 2 000 Personen sind repräsentativ für die deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren.

Mithilfe dieser Daten wurden bereits zahlreiche Analysen zum Zahlungsverhalten von Verbrauchern an deutschen Verkaufsstätten durchgeführt.<sup>1)</sup> In einem zweiten Schritt liefert der vorliegende Artikel nun detailliertere Informationen über das Abhebeverhalten von Verbrauchern, insbesondere die Nutzung von POS-Abhebungen, die im Jahr 2011 erstmals in der Befragung erfasst wurden.

Generell geht es bei den Fragen zum Abhebeverhalten darum herauszufinden,

- welche Abhebeorte genutzt werden (GAA, Bankschalter, POS) und mit welcher Häufigkeit,
- wie hoch die durchschnittlich abgehobenen Beträge sind
- und warum bestimmte Abhebeorte genutzt beziehungsweise nicht genutzt werden.

Unter anderem wurden im Jahr 2011 folgende Fragen gestellt:

An alle Befragten:

- Wie oft heben Sie in der Regel Bargeld an folgenden Orten ab: GAA, Bankschalter, POS?

- Wie hoch ist Ihr durchschnittlicher Betrag pro Abhebung am jeweiligen Ort?

- Wie viel Bargeld haben Sie üblicherweise noch im Portemonnaie, bevor Sie sich entscheiden, neues Bargeld abzuheben?

An die Nutzer von POS-Abhebungen:

- Warum nutzen Sie die Möglichkeit, an der Supermarktkasse beziehungsweise an der Tankstellenkasse Bargeld abzuheben?

An die Nichtnutzer von POS-Abhebungen:

- Warum nutzen Sie die Möglichkeit nicht, an der Supermarktkasse beziehungsweise an der Tankstellenkasse Bargeld abzuheben?

---

<sup>1</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2012), Zahlungsverhalten in Deutschland 2011 – Eine empirische Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten; M. Eschelbach und T. Schmidt, Precautionary motives in short-term cash management – evidence from German POS transactions, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 38/2013; C. Arango et al., Cash management and payment choices: a simulation model with international comparisons, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 04/2014.

durchschnittlicher Nutzer 40 (2008: 43) Abhebungen pro Jahr dort durchführt. Wesentlich seltener wird von Abhebungen am Schalter Gebrauch gemacht. 54% der Befragten geben an, diesen Abhebeort gar nicht zu nutzen. Die restlichen 46% gehen im Mittel circa 13-mal (2008: 17) im Jahr dorthin.<sup>5)</sup> Am seltensten werden Abhebungen am POS durchgeführt. Lediglich 8% der Befragten geben an, dieses Verfahren regelmäßig zu nutzen, wobei die Nutzer circa 9-mal im Jahr dort Bargeld abheben.

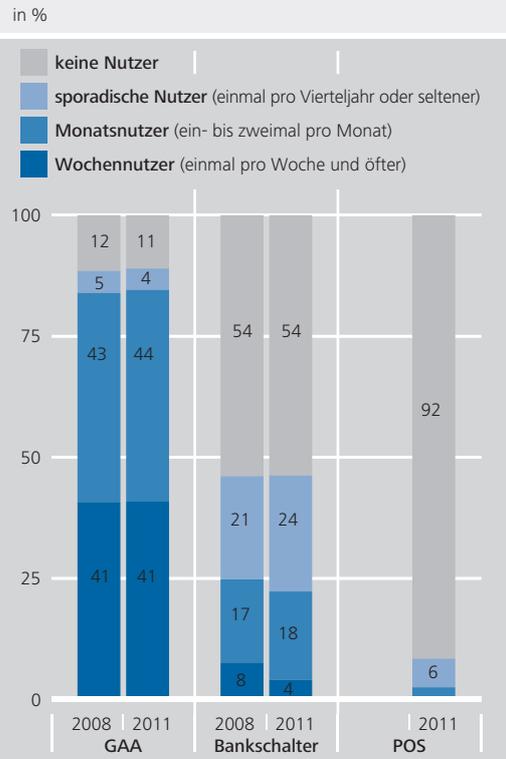
Durchschnittsbetrag

Das unten stehende Schaubild zeigt die durchschnittlich abgehobenen Beträge an GAA, Bankschalter und POS für die jeweiligen Nutzer. Ein durchschnittlicher GAA-Nutzer hebt 215 € pro Vorgang ab. Der durchschnittliche Betrag eines Schalternutzers liegt mit 436 € wesentlich höher (2008: 376 €). Dies ist vor allem damit zu erklären, dass Schalterabhebungen immer seltener zur Deckung des alltäglichen Bargeldbedarfs genutzt werden. Vielmehr dienen sie zur Bargeldbeschaffung für besondere Anlässe. So geben 50% der befragten Nutzer im Jahr 2011 an, aus besonderen Gründen zum Schalter zu gehen. Häufig genannt sind dabei größere Anschaffungen, Handwerkerrechnungen und Urlaub, also Anlässe, die mit entsprechend hohen Ausgaben verbunden sind.<sup>6)</sup> Der POS verzeichnet unter allen drei Abhebeorten den niedrigsten Durchschnittsbetrag und bleibt mit

5 Die Angaben der Befragten zu den Abhebehäufigkeiten an GAA und Schalter decken sich mit den Angaben der Geschäftsbanken in der amtlichen Statistik. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2013), Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklungsstatistiken in Deutschland 2008–2012.

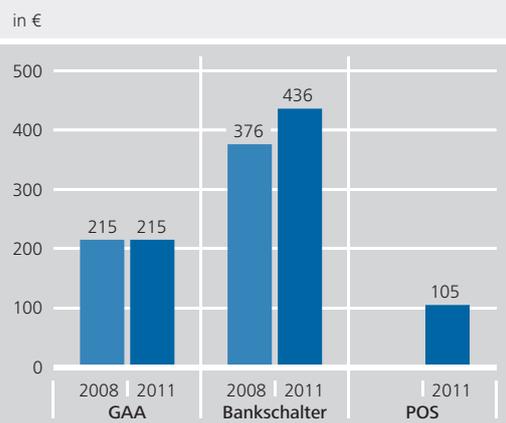
6 Die angegebenen Werte stellen Durchschnittswerte für die einzelnen Nutzer dar. Kombiniert man die einzelnen Angaben der Befragten zu Abhebebeträgen und Abhebehäufigkeiten und berechnet stattdessen Durchschnittswerte für die im Jahr 2011 durchgeführten Transaktionen, ergibt sich ein Durchschnittswert von 163 € am GAA und ein Durchschnittswert von 306 € am Schalter. Der Wert für den GAA deckt sich hierbei mit den Angaben der Geschäftsbanken in der amtlichen Statistik (161 €). Der Wert am Schalter liegt hingegen in der amtlichen Statistik mit 1 178 € pro Abhebevorgang deutlich höher. Dies deutet darauf hin, dass die Befragten der Zahlungsverhaltensstudie außergewöhnlich hohe Abhebungen, bspw. zu Hortungszwecken, nicht mit angegeben haben. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2013), Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklungsstatistiken in Deutschland 2008–2012.

### Nutzungshäufigkeit verschiedener Abhebequellen



Deutsche Bundesbank

### Durchschnittlich abgehobene Beträge nach Abhebeort<sup>1)</sup>



\* Die Angaben beziehen sich auf Personen, die den jeweiligen Abhebeort tatsächlich nutzen.

Deutsche Bundesbank

nur 105 € deutlich hinter Schalter und GAA zurück.

Aufgrund der niedrigen Nutzungshäufigkeit und des geringen Abhebebetrages lässt sich bereits ableiten, dass POS-Abhebungen momentan noch eine geringe Rolle in Deutschland

Anteil der POS-Abhebungen an Gesamt-Abhebungen

spielen. Um die tatsächliche Bedeutung quantifizieren zu können, sollen abschließend die wertmäßigen Anteile der POS-, GAA- und Schalterabhebungen an den jährlichen Gesamtabhebungen für einen durchschnittlichen Verbraucher berechnet werden.<sup>7)</sup> Es zeigt sich, dass der GAA mit einem durchschnittlichen Anteil von 80% der dominierende Abhebeort ist. Der Anteil der Schalterabhebungen ist mit circa 19% wesentlich geringer. Schlusslicht bilden erwartungsgemäß die POS-Abhebungen. Ihr Anteil an den Gesamtabhebungen eines durchschnittlichen Verbrauchers beträgt lediglich 1%.

## Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Motive

### Subjektive Einschätzung der Befragten

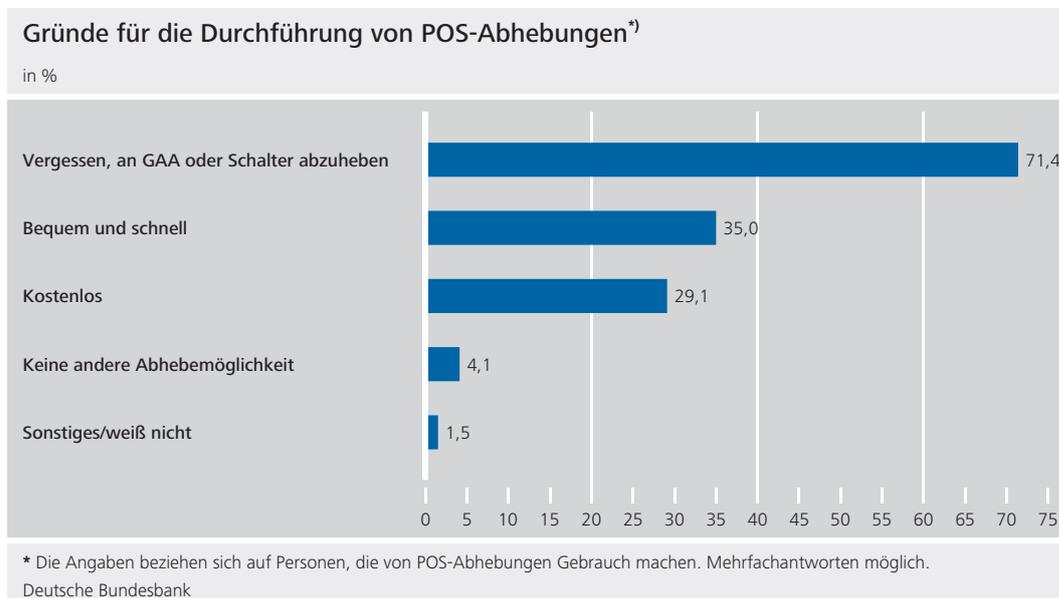
In der Zahlungsverhaltensstudie 2011 wurden die Nutzer von POS-Abhebungen gefragt, warum sie das Verfahren verwenden. Diejenigen, die sich kein Bargeld am POS auszahlen lassen, sollten die Gründe angeben, warum sie darauf verzichten. Den Befragten wurde hierzu eine Reihe von Antwortalternativen vorgeschlagen. Es war jedoch auch möglich, eine freie Antwort zu geben. Bei der Auswahl der studienseitig vorgeschlagenen Gründe wurde auf

die oben angesprochenen Vor- und Nachteile des Verfahrens abgestellt.

Das unten stehende Schaubild stellt die Verteilung der am häufigsten geäußerten Gründe für POS-Abhebungen dar. Circa 71% der Nutzer heben insbesondere dann an der Ladenkasse ab, wenn sie vergessen haben, sich anderweitig mit Bargeld zu versorgen. Jeweils etwa ein Drittel der Nutzer hält die Bequemlichkeit beziehungsweise Schnelligkeit und Gebührenfreiheit des Verfahrens für ausschlaggebend. Lediglich 4% geben an, den POS als Abhebeort zu nutzen, weil sie sonst keine geeignete Abhebungsmöglichkeit haben. Die Antworten legen den Schluss nahe, dass die wesentlichen Vorteile von POS-Abhebungen – Bequemlichkeit, Schnelligkeit und Gebührenfreiheit – bei der Nutzungsentscheidung zwar durchaus eine Rolle spielen. Jedoch sieht der Großteil der Nutzer den POS nicht als primäre Abhebestelle, sondern als Alternative, auf die im Notfall zurückgegriffen werden kann.

*Gründe für POS-Abhebungen*

<sup>7)</sup> Dazu wird für jede befragte Person zunächst der Wert ihrer jährlichen Abhebungen getrennt für GAA, Schalter und POS als Produkt aus durchschnittlichem Abhebebetrag und Abhebehäufigkeit berechnet. Diese Größen werden anschließend ins Verhältnis zu den Gesamtabhebungen der Person gesetzt. In einem letzten Schritt werden die drei Anteilswerte jeweils über alle befragten Personen gemittelt.





*Gründe  
 gegen POS-  
 Abhebungen*

Im oben stehenden Schaubild sind die am häufigsten gegen POS-Abhebungen genannten Gründe abgetragen. Ungefähr ein Drittel der befragten Nichtnutzer sieht keine Notwendigkeit, am POS Bargeld zu beziehen, da das dichte Netz an GAA beziehungsweise Bankstellen in Deutschland ausreichend ist. Außerdem vertraut fast ein Viertel der Nichtnutzer in Bargeldangelegenheiten ausschließlich der eigenen Bank und nicht dem Einzelhandel. Fehlende Kenntnis über die Möglichkeit der Bargeldabhebung im Supermarkt oder an der Tankstelle liegt auf Platz drei der genannten Antworten. 13% kaufen nur in Geschäften ein, bei denen Abhebungen an der Kasse nicht möglich sind. Nur 1,7% der Befragten geben als Grund an, dass das ausgezahlte Bargeld eine schlechte Qualität habe.

**Institutionelle  
 Bestimmungsfaktoren**

Die genannten Gründe zeigen einerseits, dass POS-Abhebungen für die Mehrheit der Befragten nur eine nachrangige Alternative zu GAA und Bankschaltern darstellen. Andererseits lässt sich aus den Antworten auch folgern, dass für eine kleine Gruppe von Personen mit ansonsten schlechten Abhebemöglichkeiten das Verfahren an den Supermarkt- und Tankstellenkassen eine praktische Lösung sein kann. Inwieweit institutionelle Faktoren tatsächlich für die Nutzungsentscheidung eine Rolle spielen, kann mithilfe einer einfachen Regressionsanalyse ermittelt werden. So sollten Personen, die ihr Girokonto bei einer Bank mit dünnem GAA-Netz haben, sowie Personen die in ländlichen Gebieten wohnen ceteris paribus im Mittel eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, Bargeld beim Einkaufen abzuheben.

*Zugang  
 zu Bargeld*

### Deskriptive Statistiken zu den Variablen der Regressionsanalyse<sup>1)</sup>

Erklärende Variable	Mittelwert
	in Jahren
Alter	1) 48,20
	in %
Geschlecht männlich	45,65
Höchster Bildungsabschluss	
Hauptschule / Realschule	9,67
Abitur	75,15
Studienabschluss	13,54
Kein Schulabschluss / keine Angabe	1,64
Haushaltseinkommen (in €)	
weniger als 1 000	8,75
1 000 bis unter 1 500	14,46
1 500 bis unter 2 000	14,80
2 000 bis unter 2 500	15,43
2 500 bis unter 3 000	13,88
3 000 bis unter 3 500	10,93
3 500 bis unter 4 000	7,30
4 000 bis unter 4 500	3,48
4 500 bis unter 5 000	2,61
5 000 und darüber	1,98
Keine Angabe	6,38
Girokonto bei	
Sparkasse oder Landesbank	48,94
Volksbank / Raiffeisenbank	22,82
Großbank	20,31
Cash Pool	4,55
Direktbank	1,21
Sonstige	1,69
Keine Angabe	0,48
Gemeindegröße (Einwohner)	
weniger als 2 000	4,55
2 000 bis 4 999	8,46
5 000 bis 19 999	23,36
20 000 bis 49 999	17,84
50 000 bis 99 999	9,19
100 000 bis 499 999	19,68
mehr als 500 000	16,92
Barzahlungsanteil	67,02
	in €
Jährliches Abhebevolumen	2) 7 770,19
Höhe der Transaktionskasse	3) 153,34

\* Anzahl Personen: 1904. Es werden deskriptive Statistiken zu den in den Regressionsanalysen verwendeten Variablen gezeigt. Ausgeschlossen sind Beobachtungen mit fehlenden Werten in stetigen Variablen. Für die Berechnung der Statistiken wurden keine Gewichte verwendet. **1** Standardabweichung: 17,48. **2** Standardabweichung: 6 797,01. **3** Standardabweichung: 134,03.

Deutsche Bundesbank

In der folgenden Probitregression wird die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person mindestens einmal im Jahr Bargeld am POS bezieht, als Funktion der Bankzugehörigkeit, der Gemeindegröße sowie weiterer soziodemografischer Faktoren modelliert.<sup>8)</sup> Das Schaubild auf Seite 79 stellt die wichtigsten Erkenntnisse der Regressionsanalyse dar. Die ausführlichen Ergebnisse sind in der Tabelle auf Seite 80 zu finden.

*Regressionsanalyse*

In der Tat scheinen die alternativen Abhebungsmöglichkeiten einer Person wichtig für die Nutzungsentscheidung zu sein. So haben Sparkassen- und Volks-/Raiffeisenbankkunden, die durch das dichte GAA-Netz ihrer Banken an vielen Stellen kostenlos Geld abheben können, mit circa 6% ceteris paribus im Mittel die niedrigste Wahrscheinlichkeit, am POS abzuheben. Kunden von Direktbanken weisen mit circa 17% hingegen die höchste Wahrscheinlichkeit auf. Beim Vergleich über die Gemeindegrößen haben Personen, die in Ortschaften mit weniger als 2 000 Einwohner leben, mit circa 20% ceteris paribus im Mittel die höchste Wahrscheinlichkeit, POS-Abhebungen durchzuführen. Personen aus Städten mit 100 000 bis 500 000 Einwohnern haben hingegen mit circa 5% die niedrigste.

## Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Konsequenzen für die Geldhaltung

Abschließend soll untersucht werden, wie sich das Angebot von POS-Abhebungen auf die Geldhaltungsgewohnheiten der Verbraucher auswirkt. Insbesondere ist von Interesse, ob bei einer intensiveren Nutzung dieses Verfahrens die inländische Transaktionskasse sinken könnte.

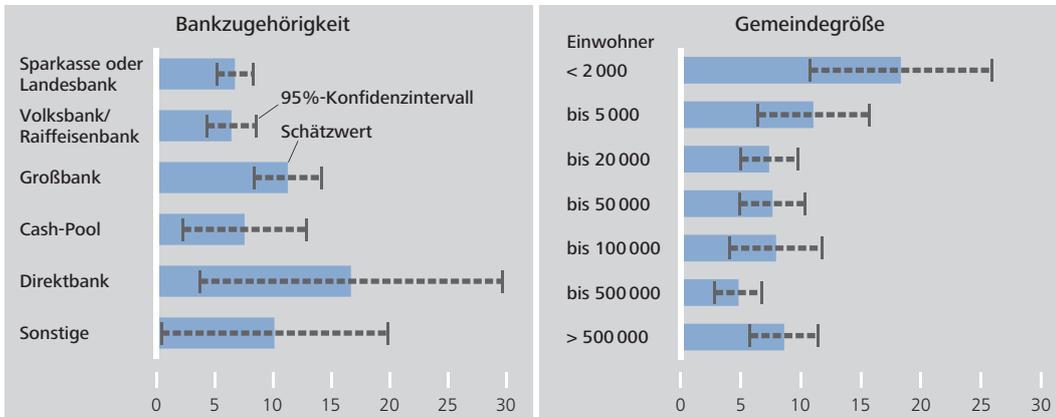
Verbraucher, die Bargeld zum Bezahlen ihrer Einkäufe verwenden möchten, müssen ent-

*Ökonomische Theorie*

<sup>8</sup> Deskriptive Statistiken zu den betrachteten institutionellen und soziodemografischen Merkmalen finden sich in der nebenstehenden Tabelle.

### Wahrscheinlichkeit, am POS abzuheben nach Bankzugehörigkeit und Gemeindegröße\*)

in %



\* Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten als Ergebnis einer Probitregression mit abhängiger Variablen „Person führt mindestens einmal im Jahr eine POS-Abhebung durch“ (0/1).  
 Deutsche Bundesbank

scheiden, welchen Betrag sie hierfür im Portemonnaie vorhalten. In der ökonomischen Theorie hängt der optimale Betrag von drei Faktoren ab: erstens, dem Wert der Transaktionen, die bar bezahlt werden sollen; zweitens, den Kosten, die durch das Halten von Bargeld entstehen (bspw. entgangene Zinsgewinne oder der Verlust von Bargeld durch Diebstahl); drittens, den Kosten die durch die Wiederbeschaffung von Bargeld entstehen (bspw. Abhebegebühren oder die Zeit und die Kosten, die aufgewendet werden müssen, um zum Abhebeort zu gelangen). Durch das Angebot, Bargeld am POS abheben zu können, reduzieren sich für Verbraucher die Wiederbeschaffungskosten. Zum einen entstehen zusätzliche kostenfreie Abhebemöglichkeiten, die insbesondere für Personen, die ihr Girokonto bei Banken mit dünnem GAA-Netz haben, von Vorteil sind. Zum anderen finden Bezahl- und Abhebevorgang praktisch zeitgleich statt, was eine zusätzliche Zeitersparnis mit sich bringt. Baumol (1952) und Tobin (1956) haben gezeigt, dass es bei einer Senkung der Wiederbeschaffungskosten für Verbraucher optimal ist, öfter, aber dafür einen geringeren Betrag abzuheben.<sup>9</sup> Für einen Verbraucher mit gegebenem Bartransaktionsvolumen und gegebenem Geldhaltungskosten sollte es also durch die Nutzung von POS-Abhebungen zu einer Reduzierung der

durchschnittlich gehaltenen Transaktionskasse kommen.

Abgesehen von der Senkung der Wiederbeschaffungskosten könnte es aber auch aus einem einfachen technischen Grund zu einer geringeren Bargeldhaltung kommen. Bei vielen Supermärkten ist der Abhebebetrag auf 200 € begrenzt. Diese Regelung könnte Verbraucher, die am POS Geld abheben, dazu veranlassen, weniger Geld abzuheben und zu halten.

Um den Zusammenhang zwischen POS-Abhebungen und durchschnittlich gehaltener Transaktionskasse zu überprüfen, wird eine mikroökonomische Geldnachfragefunktion geschätzt.<sup>10</sup> Dazu wird eine lineare Regression durchgeführt. Abhängige Variable ist die von einer Person durchschnittlich gehaltene Transaktionskasse. Die zentrale erklärende Variable ist der Anteil der POS-Abhebungen an den jährlichen Gesamtabhebungen einer Person. Als weitere erklärende Faktoren sind das jährliche

*Regressionsanalyse*

<sup>9</sup> Vgl.: W. Baumol (1952), The transactions demand for cash: an inventory theoretic approach, Quarterly Journal of Economics 66 (4), S. 545–556; J. Tobin (1956), The interest elasticity of the transactions demand for cash, The Review of Economics and Statistics 38 (3), S. 241–247.

<sup>10</sup> Vgl.: W. Boeschoten (1998), Currency use and payment patterns, Financial and Monetary Policy Studies, Vol 23, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers; H. Stix (2004), How do debit cards affect cash demand? Survey data evidence, Empirica 31 (2–3), S. 93–115.

### Regressionsanalyse zu den Nutzungsmotiven von POS-Abhebungen <sup>\*)</sup>

Erklärende Variable	Marginaler Effekt	Standardfehler
Alter (in Jahren)	- 0,0019***	0,0004
Geschlecht männlich	0,0216*	0,0119
Höchster Bildungsabschluss		
Hauptschule / Realschule	Ref.	Ref.
Abitur	0,0056	0,0199
Studienabschluss	0,0318	0,0248
Kein Schulabschluss / keine Angabe	- 0,0442	0,0315
Haushaltseinkommen (in €)		
weniger als 1 000	Ref.	Ref.
1 000 bis unter 1 500	0,0324	0,0204
1 500 bis unter 2 000	0,0476**	0,0212
2 000 bis unter 2 500	0,0679***	0,0218
2 500 bis unter 3 000	0,0467**	0,0208
3 000 bis unter 3 500	0,0566**	0,0227
3 500 bis unter 4 000	0,0111	0,0215
4 000 bis unter 4 500	0,0638*	0,0365
4 500 bis unter 5 000	0,1068**	0,0483
5 000 und darüber	0,0632	0,0481
Keine Angabe	0,0178	0,0234
Girokonto bei		
Sparkasse oder Landesbank	Ref.	Ref.
Volksbank / Raiffeisenbank	- 0,0030	0,0135
Großbank	0,0453***	0,0170
Cash Pool	0,0083	0,0281
Direktbank	0,0996	0,0667
Sonstige	0,0339	0,0501
Keine Angabe	0,0450	0,1019
Gemeindegröße (Einwohner)		
weniger als 2 000	Ref.	Ref.
2 000 bis 4 999	- 0,0728	0,0450
5 000 bis 19 999	- 0,1097***	0,0404
20 000 bis 49 999	- 0,1068***	0,0410
50 000 bis 99 999	- 0,1039**	0,0433
100 000 bis 499 999	- 0,1351***	0,0399
mehr als 500 000	- 0,0971**	0,0415

\* Anzahl Personen: 2 068. Es werden Ergebnisse zweier Probit-Regressionen mit „Person führt mindestens einmal im Jahr eine POS-Abhebung durch“ (0/1) als abhängiger Variable gezeigt. Spalte 2 gibt für jedes untersuchte Merkmal den sog. marginalen Effekt auf die Nutzungsentscheidung an. Dieser misst bei kardinalskalierten Variablen (z. B. Alter), um wie viel sich die Wahrscheinlichkeit für die Durchführung von POS-Abhebungen ändert, wenn sich das betrachtete erklärende Merkmal um eine Einheit erhöht. Bei nicht kardinalskalierten Variablen (z. B. „Person hat Abitur“) gibt der marginale Effekt an, um wie viel die Nutzungswahrscheinlichkeit höher ist, wenn die Person die betrachtete Eigenschaft hat. Spalte 3 gibt außerdem robuste Standardfehler an, die in Kombination mit den marginalen Effekten Aussagen zur statistischen Genauigkeit der Schätzung zulassen. \*\*\*, \*\*, \* bedeutet jeweils statistische Signifikanz am 1%-, 5%-, bzw. 10%-Niveau.

Deutsche Bundesbank

Gesamtabhebevolumen, der Anteil der Kartenzahlungen an den wöchentlichen Gesamtausgaben, die Bankzugehörigkeit, die Gemeindegröße, das Alter, der höchste Bildungsabschluss, das Einkommen und das Geschlecht einer Person im Modell enthalten.<sup>11)</sup>

Vor der Schätzung muss zunächst für jeden Umfrageteilnehmer die durchschnittlich gehaltene Transaktionskasse sowie der POS-Anteil ihrer Abhebungen berechnet werden. Zur Berechnung der Transaktionskasse wird vereinfachend angenommen, dass ein zu einem bestimmten Zeitpunkt am GAA, Schalter oder POS abgehobener Bargeldbetrag gleichmäßig bis zur nächsten Abhebung ausgegeben wird. Ist dies der Fall, hält eine Person durchschnittlich jeweils die Hälfte der von ihr regelmäßig abgehobenen Beträge im Portemonnaie.<sup>12)</sup> Hinzugerechnet werden muss der Geldbetrag, den eine Person für gewöhnlich noch im Portemonnaie hat, wenn sie eine neue Abhebung tätigt. Dieser Sockelbetrag befindet sich ständig in ihrem Besitz und muss der Transaktionskasse deshalb gänzlich zugeschrieben werden.<sup>13)</sup>

Basierend auf der oben beschriebenen Berechnungsmethode stellt das Schaubild auf Seite 81 oben die Verteilung der von den Befragten

**11** Deskriptive Statistiken zu diesen erklärenden Faktoren können der nebenstehenden Tabelle entnommen werden.

**12** Die Annahme einer gleichmäßigen Verausgabung ist plausibel für Abhebungen die zur Deckung des gewöhnlichen Bargeldbedarfs vorgenommen werden. Wird Bargeld hingegen für besondere Anlässe abgehoben, wie bspw. zum Kauf eines Gebrauchtwagens, ist diese Annahme problematisch, da hier von einer zeitnahen Ausgabe des Bargeldes auszugehen ist. Die geschätzte Transaktionskasse würde bei Annahme einer gleichmäßigen Verausgabung in diesem Fall überschätzt werden.

**13** Konkret wird für die Berechnung der Transaktionskasse,  $TK$ , folgende Berechnungsformel angewendet:

$$TK = \frac{\sum_j f_j b_j}{\sum_j f_j} / 2 + r.$$

Dabei gibt  $f_j$  an, wie häufig eine

Person pro Jahr an GAA ( $j=1$ ), Schalter ( $j=2$ ) und POS ( $j=3$ ) Geld bezieht.  $b_j$  gibt den dazugehörigen gewöhnlichen Abhebebetrag an. Somit ist  $\frac{\sum_j f_j b_j}{\sum_j f_j}$  der von einer

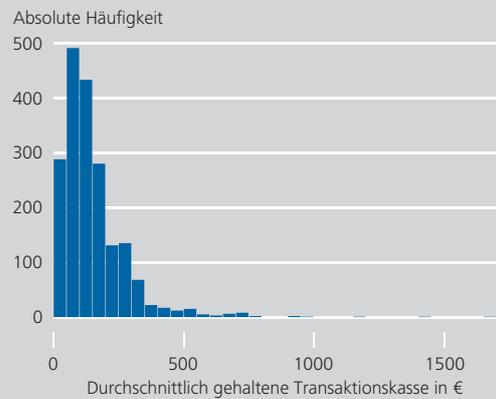
Person durchschnittlich abgehobene Betrag über alle Abhebeorte, den sie im Mittel zur Hälfte im Portemonnaie trägt. Rechnet man den Sockelbetrag  $r$  hinzu, ergibt sich die von einer Person durchschnittlich gehaltene Transaktionskasse.

durchschnittlich gehaltenen Transaktionskasse als Histogramm dar. Im Mittel hält eine Person circa 153 € Bargeld. Die Bandbreite bewegt sich zwischen 7,50 € und 1 800 €, wobei 95% der Personen weniger als 400 € halten.

Der POS-Anteil an den jährlichen Abhebungen der Befragten wurde bereits bei den Berechnungen oben ermittelt (vgl. auch Fußnote 8). Wie bereits erläutert, nutzen nur circa 8% der Personen den POS als Abhebeort, sodass sich für 92% ein Nutzungsanteil von 0 ergibt. Im Mittel führt eine Person lediglich 1% ihrer Abhebungen am POS durch. Für die Gruppe der POS-Nutzer stellt das mittlere Schaubild die Verteilung der POS-Anteile an den Gesamt-abhebungen als Histogramm dar. Personen, die am POS abheben, beziehen im Durchschnitt 12% ihrer Bargeldreserven von dort. Allerdings liegt für 95% dieser Personen der Anteil bei lediglich 2% (oder weniger).

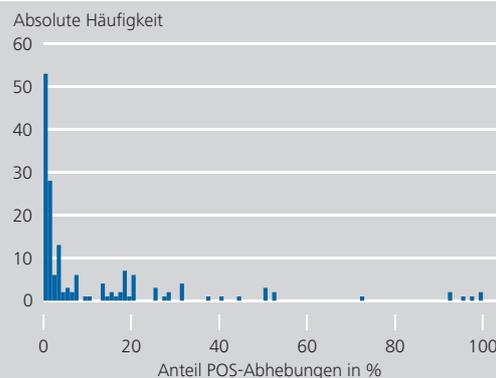
Das unten stehende Schaubild zeigt die wichtigsten Ergebnisse der Regressionsanalyse. Die ausführlichen Schätzergebnisse sind in der Tabelle auf Seite 82 zusammengestellt. Die Hypothese eines negativen Zusammenhangs zwischen dem Nutzungsumfang von POS-Abhebungen und der durchschnittlich gehaltenen Transaktionskasse bestätigt sich: Je höher der Anteil der POS-Abhebungen ist, desto geringer ist die durchschnittlich gehaltene Transaktionskasse. Dieser Zusammenhang ist aus statistischer Sicht signifikant. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind die geschätzten Effekte jedoch gering. Eine Erhöhung der Nutzungsintensität um 1 Prozentpunkt würde die durchschnittlich gehaltene Transaktionskasse einer Person ceteris paribus um 52 Cent senken. Selbst bei einer Verzehnfachung der Nutzungsintensität von derzeit 1% auf 10%, ginge die durchschnittlich gehaltene Transaktionskasse lediglich von derzeit 153 € auf circa 149 € zurück, was einer prozentualen Veränderung von circa 3% entspricht. Ein vollständiger Umstieg der Verbraucher auf POS-Abhebungen würde zu einer Abnahme der durchschnittlich gehaltenen

### Verteilung der durchschnittlich gehaltenen Transaktionskasse<sup>\*)</sup>



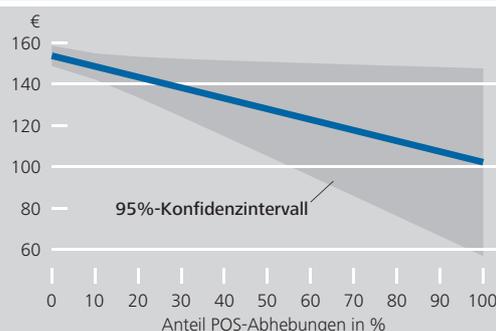
\* Die Klassenbreite beträgt 50 €.  
 Deutsche Bundesbank

### Anteile der POS-Abhebungen an den Gesamtabhebungen<sup>\*)</sup>



\* Befragungsteilnehmer, die POS-Abhebungen mindestens einmal im Jahr nutzen. Die Klassenbreite beträgt 1 Prozentpunkt.  
 Deutsche Bundesbank

### Geschätzte Transaktionskasse in Abhängigkeit des Anteils an POS-Abhebungen<sup>\*)</sup>



\* Vorhergesagte Werte als Ergebnis einer linearen Regression mit der von einer Person durchschnittlich gehaltenen Transaktionskasse als abhängige Variable.  
 Deutsche Bundesbank

### Regressionsanalyse zur Wirkung von POS-Abhebungen auf die durchschnittlich gehaltene Transaktionskasse \*)

Erklärende Variable	Marginaler Effekt	Standardfehler
Gesamtabhebevolumen pro Jahr (logarithmiert)	66,9525***	5,1092
Girokonto bei		
Sparkasse oder Landesbank	Ref.	Ref.
Volksbank / Raiffeisenbank	- 10,1086	6,6514
Großbank	- 4,8702	6,0675
Cash Pool	- 4,4021	9,4023
Direktbank	- 20,5280	14,2130
Sonstige	68,1679**	34,2040
Keine Angabe	- 0,9054	30,9870
Gemeindegröße (Einwohner)		
weniger als 2 000	Ref.	Ref.
2 000 bis 4 999	- 10,9573	21,7714
5 000 bis 19 999	- 6,7155	20,1472
20 000 bis 49 999	- 15,7847	20,1247
50 000 bis 99 999	- 15,2834	20,7946
100 000 bis 499 999	- 22,5216	19,3377
mehr als 500 000	- 21,1457	19,7034
Anteil POS-Abhebungen an Gesamtabhebungen (0-1)	- 0,5151**	0,2329
Anteil Kartenzahlungen an Gesamtausgaben (0-1)	0,1389	0,0918
Alter (in Jahren)	2,1602***	0,1596
Höchster Bildungsabschluss		
Hauptschule / Realschule	Ref.	Ref.
Abitur	- 11,3259	9,9085
Studienabschluss	- 4,9612	11,8274
Kein Schulabschluss / keine Angabe	- 6,2686	17,7311
Haushaltseinkommen (in €)		
weniger als 1 000	Ref.	Ref.
1 000 bis unter 1 500	2,0479	7,5138
1 500 bis unter 2 000	9,6018	8,4407
2 000 bis unter 2 500	17,5974**	8,2757
2 500 bis unter 3 000	33,1483***	9,2363
3 000 bis unter 3 500	33,7562***	9,4761
3 500 bis unter 4 000	34,9490***	10,9962
4 000 bis unter 4 500	28,7481*	15,9041
4 500 bis unter 5 000	29,0178*	15,2387
5 000 und darüber	73,8085**	35,4702
Keine Angabe	28,2293*	17,1998
Geschlecht männlich	16,3014***	5,2970

\* Anzahl Personen: 1922. Es werden Ergebnisse einer linearen Regression mit der durchschnittlich gehaltenen Transaktionskasse einer Person als abhängiger Variable gezeigt. Spalte 2 gibt für jedes untersuchte Merkmal den sog. marginalen Effekt auf die Nutzungsentscheidung an. Dieser misst bei kardinalskalierten Variablen (z. B. Alter) um wie viel sich die Transaktionskasse ändert, wenn sich das betrachtete erklärende Merkmal um eine Einheit erhöht. Bei nicht kardinalskalierten Variablen (z. B. „Person hat Abitur“) gibt der marginale Effekt an, um wie viel die Transaktionskasse höher ist, wenn die Person die betrachtete Eigenschaft hat. Spalte 3 der Tabelle gibt außerdem robuste Standardfehler an, die in Kombination mit den marginalen Effekten Aussagen zur statistischen Genauigkeit der Schätzung zulassen. \*\*\*, \*\*, \* bedeutet jeweils statistische Signifikanz am 1%, 5%, bzw. 10%-Niveau.

Deutsche Bundesbank

nen Transaktionskasse auf circa 97 € führen, also einer Reduktion um circa 37%.<sup>14)</sup>

## Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Schlussfolgernd kann festgehalten werden, dass der Bekanntheits- und Nutzungsgrad von POS-Abhebungen in Deutschland immer noch sehr gering ist. Für Verbraucher ist es weiterhin der Normalfall, Bargeld am GAA abzuheben. Auf den POS wird meist nur zurückgegriffen, wenn die Abhebung am GAA vergessen wurde oder lediglich unter erschwerten Umständen möglich ist. Von dem Verfahren zu profitieren scheinen jedoch Personen mit bisher eher schlechtem Zugang zu Bargeld. So haben Kunden von Banken mit dünnem GAA-Netz sowie Personen, die in eher ländlichen Gebieten wohnen, eine signifikant höhere Nutzungswahrscheinlichkeit.

*POS-Abhebung nur Notlösung, aber gute Alternative für Personen mit ansonsten schlechtem Bargeldzugang*

Auf die Geldhaltung der Verbraucher haben POS-Abhebungen bisher nur geringe Effekte. Zwar gibt es einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen Nutzungsintensität und Transaktionskassenbestand, dieser ist aber quantitativ sehr gering und in Verbindung mit der geringen Nutzungsintensität aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vernachlässigbar.

*Geringe Effekte auf inländische Transaktionskasse*

Ob POS-Abhebungen in Zukunft eine bedeutende Rolle bei der Bargeldversorgung von Verbrauchern spielen werden, bleibt abzuwarten. Für eine zunehmende Bedeutung spricht die steigende Zahl von Anbietern, die das Verfahren auch immer stärker bewerben. Des Weiteren kommt die wachsende Bereitschaft zur Kartenzahlung unter den Verbrauchern der Nachfrage nach dem Verfahren entgegen. So ist beispielsweise in Ländern wie Großbritannien

**14** Die Regressionsergebnisse sollten jedoch eher als Hinweis und nicht als Beweis für einen Rückgang gesehen werden. Probleme können sich ergeben, wenn Nutzer und Nichtnutzer von POS-Abhebungen sich grundsätzlich in ihren Geldhaltungsgewohnheiten unterscheiden und diese Unterschiede nicht ausreichend mithilfe der erklärenden Faktoren des Modells abgebildet werden können.

oder Australien, in denen wesentlich häufiger unbar bezahlt wird, auch eine stärkere Verbreitung von POS-Abhebungen zu beobachten. Gegen eine zunehmende Bedeutung des Verfahrens spricht hingegen, dass viele Nutzer das Verfahren nur als zweitrangige Alternative zu

GAA und Bankschalter sehen. Entscheidend wird sein, ob der wesentliche Vorteil des Verfahrens – die Zeitersparnis – ausreicht, Personen von ihrer jahrelang eingeübten Abhebroutine an GAA und Schalter abzubringen.



# Statistischer Teil

## **■ Inhalt**

### **■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion**

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

### **■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion**

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang .....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

### **■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems**

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

### **■ IV. Banken**

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland .....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche .....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) .....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck .....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen .....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland .....	38*

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40•

## ■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

## ■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

## ■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

## ■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

## ■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	55•

## ■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	56•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	56•

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik) .....	57*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik) .....	57*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen .....	58*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten .....	58*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern .....	59*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen .....	59*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung .....	60*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung .....	60*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung .....	61*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme .....	61*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern .....	61*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten .....	62*

## ■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	63*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe .....	64*
3. Auftragseingang in der Industrie .....	65*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe .....	66*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen .....	66*
6. Arbeitsmarkt .....	67*
7. Preise .....	68*
8. Einkommen der privaten Haushalte .....	69*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft .....	69*

## ■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion .....	70*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	71*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern .....	72*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen .....	73*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland .	73*
6. Vermögensübertragungen .....	73*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland .....	74*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 .....	75*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU .....	75*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland .....	76*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen .....	77*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU .....	77*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft .....	78*

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

### 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2012 Aug.	4,9	3,1	2,8	3,0	0,8	- 1,0	- 1,2	0,11	0,33	3,7	
Sept.	5,2	3,1	2,8	3,1	0,9	- 0,9	- 1,3	0,10	0,25	3,5	
Okt.	6,4	4,3	3,9	3,5	0,6	- 1,3	- 1,8	0,09	0,21	3,4	
Nov.	6,4	4,4	3,8	3,7	0,6	- 1,3	- 1,8	0,08	0,19	3,3	
Dez.	6,4	4,5	3,5	3,5	0,7	- 0,5	- 1,5	0,07	0,19	3,0	
2013 Jan.	6,5	4,4	3,4	3,3	0,2	- 0,8	- 1,7	0,07	0,20	3,0	
Febr.	7,0	4,2	3,1	3,0	0,1	- 0,7	- 1,6	0,07	0,22	3,1	
März	7,0	4,1	2,5	2,9	0,3	- 0,5	- 1,2	0,07	0,21	3,0	
April	8,6	4,8	3,2	2,8	0,3	- 0,5	- 1,5	0,08	0,21	2,7	
Mai	8,3	4,6	2,8	2,8	0,2	- 0,6	- 1,0	0,08	0,20	2,6	
Juni	7,5	4,3	2,4	2,4	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	3,0	
Juli	7,0	4,0	2,1	2,2	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0	
Aug.	6,7	4,0	2,3	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0	
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1	
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	2,9	
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8	
Dez.	5,7	2,5	1,0	1,2	- 1,7	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9	
2014 Jan.	6,1	2,4	1,1	1,1	- 1,7	- 2,2	- 1,1	0,20	0,29	2,8	
Febr.	6,2	2,4	1,3	1,1	- 1,7	- 2,2	- 1,2	0,16	0,29	2,6	
März	5,6	2,2	1,0	1,0	- 2,1	- 2,4	- 1,0	0,19	0,31	2,5	
April	5,2	2,0	0,8	...	- 2,2	- 2,5	- 1,1	0,25	0,33	2,3	
Mai	...	...	...	...	...	...	...	0,25	0,32	2,2	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

### 2. Außenwirtschaft \*)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)									
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz					Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)								
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)							
	Mio €							1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100								
2012 Aug.	+	10 684	+	5 592	-	20 902	-	26 641	+	10 384	-	2 742	-	1 904	1,2400	95,2	93,1
Sept.	+	12 495	+	9 561	-	22 894	-	27 568	+	485	+	3 145	+	1 045	1,2856	97,2	95,0
Okt.	+	14 374	+	10 199	-	25 102	-	38 621	+	67 207	-	51 032	-	2 657	1,2974	97,8	95,5
Nov.	+	21 166	+	12 758	-	36 888	-	27 983	+	27 171	-	35 111	-	964	1,2828	97,2	94,9
Dez.	+	27 259	+	9 287	-	43 470	+	6 340	+	12 066	-	62 497	+	620	1,3119	98,7	96,3
2013 Jan.	-	5 404	-	3 373	+	3 853	-	21 755	+	30 963	-	587	-	4 768	1,3288	100,4	98,0
Febr.	+	9 684	+	10 815	-	11 133	+	12 126	-	12 306	-	13 388	+	2 437	1,3359	101,6	99,1
März	+	24 325	+	21 850	-	15 952	-	15 544	-	8 053	+	5 368	+	2 278	1,2964	100,2	97,9
April	+	15 682	+	15 966	-	22 109	-	7 492	-	12 040	-	2 536	-	41	1,3026	100,5	97,9
Mai	+	13 281	+	16 534	-	19 277	+	43 749	+	16 032	-	78 503	-	555	1,2982	100,5	98,0
Juni	+	31 110	+	17 359	-	30 802	-	14 289	+	38 096	-	54 018	-	591	1,3189	101,6	98,9
Juli	+	25 727	+	18 655	-	28 642	+	6 932	-	33 262	-	2 551	+	239	1,3080	101,5	98,9
Aug.	+	10 197	+	6 737	-	6 788	-	311	+	25 517	-	30 025	-	1 969	1,3310	102,2	99,5
Sept.	+	15 496	+	12 674	-	20 433	-	19 275	+	20 258	-	20 286	-	1 131	1,3348	102,0	99,1
Okt.	+	26 259	+	17 725	-	18 838	+	20 372	-	2 579	-	37 486	+	855	1,3635	102,8	99,7
Nov.	+	28 409	+	17 573	-	30 283	-	19 779	+	55 696	-	66 381	+	181	1,3493	102,6	99,5
Dez.	+	32 909	+	12 683	-	46 522	-	9 656	+	5 737	-	41 259	-	1 344	1,3704	103,9	100,7
2014 Jan.	+	6 989	+	744	-	4 680	-	9 053	+	19 186	-	12 094	-	2 719	1,3610	103,4	100,3
Febr.	+	13 761	+	15 505	-	12 188	+	30 839	+	29 250	-	73 113	+	837	1,3659	103,6	100,5
März	+	20 860	+	18 874	-	24 646	-	22 158	-	9 032	+	6 468	+	76	1,3823	104,6	101,4
April	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	1,3813	104,5	p) 101,2
Mai	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	1,3732	103,8	p) 100,4

\* Quelle: EZB. 1 Siehe auch Tab. XII.12 und 13, S. 77\* / 78\* 2 Einschl. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

### 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)2)</sup></b>										
2011	1,6	1,8	3,3	9,6	2,8	2,0	- 7,1	2,2	0,4	5,3
2012	- 0,7	- 0,1	0,7	3,9	- 1,0	0,0	- 7,0	0,2	- 2,4	5,2
2013	- 0,4	0,2	0,4	0,8	- 1,4	0,2	- 3,9	- 0,3	- 1,8	4,1
2012 4.Vj.	- 1,0	- 0,6	0,0	4,9	- 2,5	0,2	- 4,9	- 1,0	- 2,6	4,6
2013 1.Vj.	- 1,1	- 0,5	- 1,6	1,3	- 3,2	- 0,7	- 6,0	- 1,7	- 2,6	3,8
2.Vj.	- 0,6	0,1	0,9	1,1	- 0,8	0,7	- 4,0	- 1,6	- 2,3	4,4
3.Vj.	- 0,3	0,4	1,1	0,7	- 0,8	0,6	- 3,2	2,7	- 1,5	4,6
4.Vj.	0,5	0,8	1,3	0,3	- 0,2	0,6	- 2,3	- 0,7	- 1,0	3,6
2014 1.Vj.	0,9	1,2	2,5	- 1,4	- 0,1	0,7	- 0,9	...	- 0,8	2,7
<b>Industrieproduktion <sup>1)3)</sup></b>										
2011	3,4	4,4	7,2	19,7	2,1	2,3	- 8,0	0,0	1,2	8,9
2012	- 2,5	- 3,3	4) - 0,4	1,5	- 1,6	- 2,8	- 3,7	- 1,3	- 6,4	6,2
2013	- 0,7	0,8	0,2	3,0	- 3,6	- 0,7	- 3,6	- 1,1	- 3,1	- 0,4
2012 4.Vj.	- 3,3	- 1,8	- 2,1	3,0	- 0,1	- 3,3	- 0,5	- 6,6	- 6,8	5,7
2013 1.Vj.	- 2,2	- 3,3	- 1,8	4,2	- 3,7	- 1,9	- 3,2	- 2,1	- 4,6	- 1,0
2.Vj.	- 1,0	1,3	- 0,3	3,8	- 6,4	0,3	- 1,5	- 1,6	- 3,9	- 0,1
3.Vj.	- 1,1	0,8	- 0,2	2,7	- 2,4	- 1,7	- 6,0	- 0,3	- 3,6	0,2
4.Vj.	1,6	4,5	3,0	1,4	- 2,0	0,6	- 3,5	- 0,2	- 0,2	- 0,6
2014 1.Vj.	1,2	3,9	5) 3,2	- 1,1	- 5,7	- 0,8	0,0	1,6	0,5	- 2,8
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>6)</sup></b>										
2011	80,7	80,5	86,1	73,3	80,5	83,4	67,9	-	72,6	67,6
2012	78,9	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1	70,8
2013	78,0	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	70,1	72,0
2013 1.Vj.	77,6	75,5	82,2	70,5	78,3	82,3	65,3	-	68,5	72,1
2.Vj.	77,5	76,4	81,5	70,8	77,4	80,9	64,0	-	68,4	72,0
3.Vj.	78,3	76,4	82,5	71,5	80,3	80,8	64,9	-	71,3	71,8
4.Vj.	78,4	78,2	82,3	72,5	77,5	79,6	65,9	-	72,2	72,2
2014 1.Vj.	80,1	79,5	83,3	72,3	79,1	81,8	65,9	-	72,5	72,1
2.Vj.	79,5	79,0	83,9	72,6	79,9	80,9	67,7	-	71,7	72,0
<b>Standardisierte Arbeitslosenquote <sup>7)8)</sup></b>										
2011	10,1	7,2	6,0	12,3	7,8	9,2	17,9	14,7	8,4	16,2
2012	11,3	7,6	5,5	10,0	7,7	9,8	24,3	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,3	8,6	8,2	10,3	27,3	13,1	12,2	11,9
2013 Nov.	11,9	8,5	5,2	8,8	8,3	10,2	27,5	12,2	12,7	11,5
Dez.	11,8	8,4	5,1	8,4	8,3	10,2	27,1	12,0	12,5	11,5
2014 Jan.	11,8	8,5	5,1	8,2	8,4	10,3	26,8	12,1	12,7	11,5
Febr.	11,8	8,5	5,1	7,8	8,4	10,4	26,7	12,1	12,7	11,5
März	11,8	8,5	5,3	7,7	8,4	10,4	26,6	12,0	12,6	11,5
April	11,7	8,5	5,4	...	8,5	10,4	...	11,9	12,6	...
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex <sup>1)</sup></b>										
2011	9) 2,7	3,4	2,5	5,1	3,3	2,3	3,1	1,2	2,9	4,2
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2013 Dez.	0,8	1,2	1,2	2,0	1,9	0,8	- 1,8	0,4	0,7	- 0,4
2014 Jan.	10) 0,8	1,1	1,2	1,6	1,9	0,8	- 1,4	0,3	0,6	0,5
Febr.	0,7	1,0	1,0	1,1	1,6	1,1	- 0,9	0,1	0,4	0,5
März	0,5	0,9	0,9	0,7	1,3	0,7	- 1,5	0,3	0,3	0,3
April	0,7	0,9	1,1	0,8	1,3	0,8	- 1,6	0,4	0,5	0,8
Mai	s) 0,5	0,8	0,6	...	...	...	- 2,1	...	s) 0,4	0,8
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>11)</sup></b>										
2011	- 4,1	- 3,8	- 0,8	1,1	- 0,7	- 5,2	- 9,6	- 13,1	- 3,7	- 3,5
2012	- 3,7	- 4,1	0,1	- 0,2	- 1,8	- 4,9	- 8,9	- 8,2	- 3,0	- 1,3
2013	- 3,0	- 2,6	0,2	- 0,2	- 2,1	- 4,3	- 12,7	- 7,2	- 3,0	- 1,0
<b>Staatliche Verschuldung <sup>11)</sup></b>										
2011	87,4	99,2	80,0	6,1	49,3	86,2	170,3	104,1	120,7	42,0
2012	90,7	101,1	81,0	9,8	53,6	90,6	157,2	117,4	127,0	40,8
2013	92,6	101,5	78,4	10,0	57,0	93,5	175,1	123,7	132,6	38,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig.  
**1** Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und

Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **5** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe. **6** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt;

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)2)</sup></b>									
1,9	1,5	0,9	2,8	- 1,2	3,0	0,7	0,1	0,4	2011
- 0,2	0,8	- 1,2	0,9	- 3,2	1,8	- 2,5	- 1,6	- 2,4	2012
2,1	2,6	- 0,8	0,3	- 1,4	1,0	- 1,1	...	- 5,4	2013
0,4	1,5	- 1,5	1,3	- 5,4	0,4	- 3,3	- 1,9	- 3,7	2012 4.Vj.
0,7	1,9	- 1,8	- 0,5	- 4,4	0,5	- 4,6	- 2,5	- 5,3	2013 1.Vj.
2,4	4,1	- 1,7	- 0,1	- 2,3	0,8	- 1,4	- 1,7	- 6,1	2.Vj.
2,9	2,5	- 0,6	0,5	- 1,8	0,9	- 0,5	- 0,6	- 5,2	3.Vj.
2,5	2,2	0,8	1,3	3,1	1,5	2,1	- 0,1	- 5,1	4.Vj.
...	3,5	- 0,5	0,3	...	2,4	1,9	0,8	- 4,0	2014 1.Vj.
<b>Industrieproduktion <sup>1)3)</sup></b>									
2,0	-	- 0,7	6,8	- 1,0	5,4	2,1	- 1,7	- 8,4	2011
- 3,8	-	- 0,5	0,3	- 6,1	7,7	- 0,5	- 6,9	- 9,2	2012
- 2,8	-	0,6	0,3	0,5	5,3	- 1,4	- 1,7	- 12,5	2013
- 3,6	-	0,4	- 0,9	- 5,2	4,1	- 2,8	- 7,3	- 10,7	2012 4.Vj.
- 7,2	-	2,2	0,5	- 1,3	2,8	- 2,2	- 4,1	- 15,0	2013 1.Vj.
- 6,9	-	0,2	0,2	1,1	3,0	- 2,3	- 2,6	- 13,1	2.Vj.
- 2,2	-	- 0,4	0,3	- 1,5	4,5	- 2,3	- 0,9	- 11,0	3.Vj.
5,5	-	0,3	0,3	3,8	10,8	1,3	1,0	- 10,7	4.Vj.
7,0	-	- 7,2	p) 3,2	2,4	7,6	1,7	1,6	- 3,1	2014 1.Vj.
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>6)</sup></b>									
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
66,9	77,2	77,0	84,9	73,5	60,7	77,8	68,7	52,2	2013 1.Vj.
62,3	76,2	75,9	83,5	73,9	72,3	78,4	74,6	43,7	2.Vj.
63,1	76,1	76,6	83,5	73,2	55,2	78,2	76,2	50,5	3.Vj.
65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	4.Vj.
67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
64,8	76,8	81,0	85,1	74,8	46,8	79,5	74,1	54,1	2.Vj.
<b>Standardisierte Arbeitslosenquote <sup>7)8)</sup></b>									
4,8	6,4	4,4	4,2	12,9	13,7	8,2	21,4	7,9	2011
5,1	6,3	5,3	4,3	15,8	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
5,8	6,4	6,7	4,9	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
6,0	6,6	6,9	5,0	15,3	14,1	9,6	25,8	16,7	2013 Nov.
6,1	6,8	7,0	5,0	15,2	14,1	9,7	25,6	16,7	Dez.
6,1	6,9	7,1	5,0	15,0	14,0	9,8	25,4	16,2	2014 Jan.
6,1	6,9	7,3	4,9	14,9	14,0	9,7	25,3	16,4	Febr.
6,1	6,9	7,2	4,9	14,8	14,0	9,6	25,2	16,9	März
6,1	6,8	7,2	4,9	14,6	14,0	9,6	25,1	16,4	April
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex <sup>1)</sup></b>									
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
1,5	1,0	1,4	2,0	0,2	0,4	0,9	0,3	- 1,3	2013 Dez.
1,5	0,9	0,8	1,5	0,1	0,0	0,9	0,3	- 1,6	2014 Jan.
0,8	1,6	0,4	1,5	- 0,1	- 0,1	0,2	0,1	- 1,3	Febr.
0,8	1,4	0,1	1,4	- 0,4	- 0,2	0,6	- 0,2	- 0,9	März
0,9	0,5	0,6	p) 1,6	- 0,1	- 0,2	0,5	0,3	- 0,4	April
1,4	...	0,1	...	...	...	1,0	...	- 0,1	Mai
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>11)</sup></b>									
0,2	- 2,7	- 4,3	- 2,5	- 4,3	- 4,8	- 6,4	- 9,6	- 6,3	2011
0,0	- 3,3	- 4,1	- 2,6	- 6,4	- 4,5	- 4,0	- 10,6	- 6,4	2012
0,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5	- 4,9	- 2,8	- 14,7	- 7,1	- 5,4	2013
<b>Staatliche Verschuldung <sup>11)</sup></b>									
18,7	68,8	65,7	73,1	108,2	43,6	47,1	70,5	71,5	2011
21,7	70,8	71,3	74,4	124,1	52,7	54,4	86,0	86,6	2012
23,1	73,0	73,5	74,5	129,0	55,4	71,7	93,9	111,7	2013

Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **7** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **8** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **9** Ab

2011 einschl. Estland. **10** Ab 2014 einschl. Lettland. **11** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition).

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang \*) a) Europäische Währungsunion<sup>1)</sup>

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>3)</sup>
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2012 Sept.	65,4	32,4	- 3,6	33,0	30,7	- 6,6	- 41,2	- 34,5	- 0,3	- 7,6	- 1,4	- 3,7	12,4
Okt.	- 3,9	- 19,7	- 6,1	15,8	1,1	20,5	7,3	- 13,2	- 24,9	- 12,6	- 0,7	- 12,7	1,0
Nov.	13,9	- 3,7	- 0,5	17,7	27,2	64,5	- 12,4	- 76,8	- 2,5	- 4,6	- 0,7	- 1,4	4,2
Dez.	- 71,8	- 6,4	66,6	- 65,4	- 50,6	32,4	- 89,5	- 121,9	16,5	- 4,2	- 1,8	- 19,5	42,1
2013 Jan.	48,6	18,0	- 2,5	30,6	26,5	32,4	60,3	28,0	- 6,6	- 4,3	- 1,0	- 7,1	5,8
Febr.	- 5,0	- 9,6	- 3,4	4,6	43,8	- 10,5	- 10,6	0,1	- 4,6	- 8,4	- 2,0	- 1,0	6,9
März	65,7	30,3	24,1	35,4	29,8	11,5	- 42,1	- 53,7	- 6,0	16,7	- 1,5	- 32,4	11,2
April	10,2	9,0	34,0	1,2	- 8,8	- 6,0	58,9	65,0	- 24,9	- 7,6	- 1,9	- 15,7	0,2
Mai	10,0	- 16,5	0,3	26,5	52,1	77,6	- 0,0	- 77,6	- 5,5	4,6	- 2,1	- 19,5	11,5
Juni	- 1,9	- 30,4	- 24,8	28,5	36,5	36,0	- 56,6	- 92,5	13,7	- 0,6	- 1,3	- 22,4	37,9
Juli	- 122,5	- 85,3	- 12,0	- 37,2	- 39,5	- 1,8	- 27,9	- 26,1	- 35,0	- 4,2	- 1,2	- 25,8	- 3,8
Aug.	- 52,0	- 34,2	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,3	- 15,8	- 50,1	- 8,8	- 6,3	- 0,8	- 13,7	12,0
Sept.	0,5	16,6	- 2,0	- 16,1	- 16,3	23,8	- 31,6	- 55,4	- 8,3	- 3,9	- 1,3	- 2,1	- 1,0
Okt.	- 43,0	- 61,3	- 26,5	18,2	5,8	34,1	65,3	31,3	8,4	2,0	- 0,5	15,3	- 8,4
Nov.	- 27,9	- 1,4	- 2,5	- 26,5	- 7,8	51,6	5,6	- 46,0	- 2,2	1,7	- 0,3	- 2,3	- 1,4
Dez.	- 168,7	- 93,8	- 38,8	- 74,9	- 73,1	79,7	- 84,7	- 164,4	- 11,4	- 8,8	- 0,5	- 9,6	7,5
2014 Jan.	47,5	- 15,0	9,7	62,5	42,8	2,9	126,4	123,5	- 1,1	- 2,7	0,1	- 12,1	13,6
Febr.	- 5,4	- 9,3	- 16,5	3,9	12,2	32,7	16,2	- 16,4	- 11,9	- 5,7	0,1	- 11,3	5,1
März	5,0	4,0	- 3,4	1,0	3,4	13,0	- 23,4	- 36,3	9,8	- 9,0	- 0,2	- 0,7	19,6
April	- 2,9	- 3,1	- 16,9	0,2	0,1	- 17,1	64,5	81,5	- 25,9	- 33,1	- 0,3	0,1	7,4

### b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>3)</sup>
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2012 Sept.	7,3	2,3	5,0	5,1	6,1	52,6	7,0	- 45,7	- 5,7	- 3,2	- 1,6	- 1,4	0,5
Okt.	18,7	8,2	- 5,0	10,5	3,2	10,1	0,9	- 9,2	- 14,0	- 8,9	- 0,7	- 3,8	- 0,6
Nov.	- 5,2	- 4,1	0,8	- 1,2	5,0	23,7	- 7,2	- 30,9	- 12,5	- 5,4	- 1,3	- 5,4	- 0,4
Dez.	- 50,5	- 32,0	- 2,8	- 18,5	- 7,0	53,7	- 20,2	- 73,9	- 12,5	- 1,0	- 1,6	- 10,6	0,8
2013 Jan.	34,9	34,0	10,6	0,9	- 1,0	- 13,7	- 2,1	11,6	- 7,9	- 2,0	- 1,8	- 4,9	0,8
Febr.	- 8,7	- 2,0	- 3,5	- 6,7	- 1,8	4,4	- 3,2	- 7,6	- 2,8	- 4,4	- 1,5	1,4	1,8
März	- 2,4	0,7	7,9	- 3,0	- 0,7	16,7	- 3,4	- 20,1	- 7,2	- 0,9	- 0,8	- 10,8	5,3
April	26,3	16,3	17,2	10,0	- 0,7	5,0	6,1	1,2	- 5,2	- 4,4	- 1,5	- 2,6	3,3
Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
Juni	0,2	3,6	- 6,1	- 3,4	- 0,4	- 0,3	- 8,3	- 8,0	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2
Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
Nov.	5,0	7,9	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
Dez.	- 17,0	- 8,3	- 6,3	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,6	- 66,3	- 6,5	- 1,5	- 0,2	- 5,7	0,9
2014 Jan.	15,2	9,7	10,4	5,4	- 0,8	- 12,1	32,5	44,7	- 8,6	- 1,4	- 0,5	- 7,2	0,4
Febr.	- 3,1	- 3,9	- 8,7	0,8	4,6	24,4	4,7	- 19,7	- 2,7	- 3,5	0,3	0,2	0,4
März	4,1	7,8	6,0	- 3,7	1,0	15,8	- 3,7	- 19,6	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,8	0,7
April	21,3	20,4	13,8	0,9	- 0,1	0,1	7,9	7,8	- 16,0	- 3,6	- 0,3	- 12,2	0,1

\* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112\*). 1 Quelle: EZB. 2 Abzüglich Bestand der MFIs. 3 Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). 6 In Deutschland nur Spareinlagen. 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. 8 Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
33,5	7,7	-	17,8	43,1	47,2	- 3,5	50,7	- 6,3	2,2	14,2	- 20,7	- 4,2	2012 Sept.
- 22,8	7,3	-	57,0	63,7	34,1	- 2,4	36,5	- 18,3	11,3	- 20,7	5,3	- 5,1	Okt.
40,5	33,1	-	7,3	29,6	35,4	- 0,2	35,5	- 13,9	8,1	7,6	- 1,2	- 19,6	Nov.
- 60,6	- 51,2	-	55,9	95,2	82,3	12,7	69,6	- 12,3	25,2	- 42,3	- 26,9	- 6,1	Dez.
33,9	78,3	-	24,6	- 35,3	- 53,9	- 19,8	- 34,1	- 5,4	24,1	11,8	7,2	- 6,7	2013 Jan.
5,7	- 17,9	-	1,2	9,9	5,1	- 1,2	6,2	- 3,4	8,2	28,0	6,3	- 13,4	Febr.
10,6	27,8	-	44,8	58,0	47,2	11,7	35,5	5,1	5,6	24,2	- 5,9	- 5,4	März
- 50,6	21,8	-	57,9	54,1	73,8	7,2	66,7	- 26,5	6,7	- 11,4	- 0,4	1,4	April
62,5	29,5	-	1,1	11,6	25,8	5,0	20,8	- 17,2	3,0	10,9	- 3,4	- 7,4	Mai
30,3	- 3,3	-	6,7	25,7	45,1	6,2	38,9	- 19,2	- 0,2	22,9	- 19,6	- 2,1	Juni
- 26,1	- 56,9	-	6,4	- 7,0	- 8,3	6,9	- 15,2	- 2,2	3,5	- 47,5	- 1,1	- 6,7	Juli
- 55,7	14,0	-	32,8	27,4	25,4	1,4	24,0	0,5	1,5	4,9	9,5	1,1	Aug.
11,2	55,0	-	33,7	- 1,2	23,6	- 0,2	23,8	- 19,2	- 5,6	- 7,2	- 26,4	6,6	Sept.
- 28,0	- 5,2	-	15,7	22,0	38,5	3,9	34,6	- 9,4	- 7,1	- 8,1	1,3	- 12,4	Okt.
18,4	- 20,8	-	28,4	33,9	47,1	5,4	41,7	- 15,1	1,9	1,2	- 1,1	- 4,0	Nov.
- 49,3	- 12,1	-	16,2	15,7	14,2	17,9	- 3,6	- 0,2	1,7	- 11,1	- 12,8	- 12,7	Dez.
20,4	42,8	-	11,8	- 39,6	- 36,4	- 13,6	- 22,9	- 15,6	12,5	- 6,7	17,8	- 0,8	2014 Jan.
36,9	- 13,8	-	16,0	14,4	12,2	1,9	10,2	2,3	- 0,0	25,3	- 0,7	- 4,9	Febr.
- 5,2	0,5	-	13,0	39,6	34,1	6,3	27,8	0,6	4,9	- 13,3	- 17,6	2,8	März
- 10,9	- 11,7	-	28,5	29,8	39,6	5,3	34,3	- 7,4	- 2,4	- 8,9	5,1	- 11,7	April

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)									Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge					Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)				
1,0	62,5	3,4	- 1,2	2,1	23,9	- 13,5	0,3	- 10,1	- 0,2	1,7	2012 Sept.		
- 2,1	- 11,2	2,8	- 0,3	56,1	55,8	- 11,1	0,2	9,9	0,4	1,1	Okt.		
1,3	12,0	2,6	- 0,1	17,5	25,9	- 9,0	0,5	- 0,8	- 0,0	1,1	Nov.		
- 2,6	71,8	3,0	2,0	- 53,4	- 7,0	- 24,2	6,3	- 26,5	0,2	- 2,2	Dez.		
0,9	40,4	- 0,9	- 3,6	- 12,1	- 1,9	- 10,2	0,9	2,7	0,1	- 3,6	2013 Jan.		
- 2,9	- 12,4	2,0	- 0,6	13,8	2,5	- 8,3	1,4	16,6	0,3	1,5	Febr.		
- 1,7	35,1	2,4	2,5	- 11,8	- 10,3	3,6	- 1,4	- 2,7	0,1	- 1,1	März		
- 2,7	6,2	0,3	2,5	33,1	30,2	- 1,3	- 0,6	1,9	0,6	2,2	April		
5,0	1,0	2,9	0,7	4,0	5,4	0,1	0,4	- 0,9	- 0,0	0,9	Mai		
1,1	- 4,6	1,3	1,7	5,7	- 0,6	- 5,7	- 0,2	15,4	- 0,5	- 2,7	Juni		
- 1,8	23,1	3,3	1,4	- 14,1	9,1	- 3,0	- 0,6	- 23,5	- 0,0	3,9	Juli		
- 8,9	3,4	3,4	- 0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	- 9,4	0,0	3,0	Aug.		
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	- 6,5	- 0,3	0,7	- 0,5	1,8	Sept.		
- 3,3	7,0	2,2	0,6	32,2	27,1	- 0,7	0,0	4,0	- 0,3	2,1	Okt.		
0,5	18,8	1,5	1,4	1,9	10,4	- 1,9	- 0,0	- 3,5	- 0,1	3,0	Nov.		
2,6	31,0	2,5	3,7	- 3,3	- 13,6	7,1	4,1	2,9	- 0,0	- 3,9	Dez.		
- 3,1	16,2	10,4	- 13,0	- 1,3	5,1	- 4,9	- 0,6	1,2	0,1	- 2,2	2014 Jan.		
3,7	5,1	2,4	0,2	15,2	8,7	4,4	0,5	0,1	- 0,0	1,6	Febr.		
- 1,6	37,3	1,6	1,9	- 10,7	- 7,9	3,7	- 1,2	- 2,8	- 0,2	- 2,2	März		
- 2,3	6,1	2,2	1,4	33,6	35,9	- 3,3	- 1,6	2,5	0,0	0,1	April		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte				
			Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)</b>											
2012 März	26 693,8	16 707,6	13 447,9	11 163,9	1 526,6	757,3	3 259,8	1 155,6	2 104,1	5 034,1	4 952,1
April	26 862,2	16 703,9	13 447,1	11 157,7	1 520,8	768,6	3 256,8	1 159,6	2 097,2	5 056,0	5 102,3
Mai	27 825,4	16 721,3	13 448,4	11 175,7	1 520,6	752,1	3 272,8	1 161,3	2 111,5	5 205,5	5 898,6
Juni	27 211,8	16 729,0	13 386,4	11 190,8	1 463,1	732,5	3 342,6	1 187,0	2 155,6	5 089,7	5 393,1
Juli	27 534,1	16 699,8	13 371,0	11 218,1	1 416,1	736,8	3 328,8	1 186,4	2 142,4	5 183,4	5 651,0
Aug.	27 305,1	16 627,3	13 304,9	11 165,0	1 400,8	739,1	3 322,4	1 177,0	2 145,4	5 104,1	5 573,7
Sept.	27 159,9	16 695,7	13 325,3	11 188,4	1 386,6	750,3	3 370,4	1 180,1	2 190,3	5 045,6	5 418,6
Okt.	26 628,2	16 696,3	13 301,0	11 169,1	1 384,2	747,8	3 395,2	1 194,7	2 200,5	5 013,0	4 918,9
Nov.	26 695,9	16 719,0	13 293,5	11 161,7	1 370,3	761,5	3 425,5	1 185,1	2 240,4	4 996,6	4 980,3
Dez.	26 246,1	16 605,8	13 240,1	11 039,4	1 433,8	767,0	3 365,7	1 170,3	2 195,4	4 845,6	4 794,7
2013 Jan.	26 386,0	16 635,2	13 237,9	11 041,4	1 415,9	780,7	3 397,3	1 174,2	2 223,1	4 799,6	4 951,2
Febr.	26 500,1	16 623,2	13 225,9	11 031,4	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,7	4 826,1	5 050,8
März	26 563,0	16 693,7	13 257,7	11 039,7	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 844,2	5 025,1
April	26 700,1	16 721,5	13 261,1	11 005,3	1 440,4	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 818,7	5 159,9
Mai	26 365,2	16 721,8	13 242,8	10 985,8	1 446,8	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,6	4 844,9
Juni	25 925,2	16 690,6	13 199,5	10 974,2	1 432,7	792,6	3 491,1	1 116,9	2 374,3	4 669,1	4 565,6
Juli	25 672,9	16 570,4	13 110,4	10 892,7	1 432,0	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,9	4 465,6
Aug.	25 457,6	16 416,1	12 976,1	10 766,6	1 427,9	781,6	3 440,0	1 105,3	2 334,8	4 661,9	4 379,6
Sept.	25 416,7	16 419,3	12 992,3	10 779,1	1 420,5	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9
Okt.	25 460,2	16 382,7	12 923,9	10 730,4	1 400,2	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2
Nov.	25 414,0	16 352,1	12 916,8	10 724,8	1 396,8	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 445,2
Dez.	24 650,0	16 162,4	12 803,2	10 651,8	1 359,4	792,0	3 359,2	1 097,4	2 261,8	4 488,4	3 999,1
2014 Jan.	25 048,7	16 247,8	12 809,1	10 646,4	1 367,5	795,2	3 438,7	1 118,5	2 320,2	4 681,4	4 119,5
Febr.	24 992,4	16 227,9	12 777,5	10 642,1	1 342,5	793,0	3 450,4	1 110,2	2 340,2	4 672,3	4 092,2
März	24 910,7	16 237,3	12 776,7	10 643,2	1 328,7	804,8	3 460,5	1 108,0	2 352,5	4 639,3	4 034,1
April	25 060,8	16 240,3	12 774,0	10 654,4	1 294,0	825,6	3 466,2	1 107,8	2 358,4	4 698,0	4 122,6
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>											
2012 März	6 185,1	3 751,3	3 002,6	2 587,7	182,1	232,9	748,7	395,8	352,9	1 191,6	1 242,1
April	6 250,5	3 775,2	3 022,0	2 594,1	179,8	248,0	753,3	401,1	352,2	1 198,9	1 276,4
Mai	6 499,3	3 745,2	3 001,6	2 594,7	178,2	228,7	743,5	395,8	347,7	1 221,4	1 532,7
Juni	6 313,4	3 752,8	2 970,9	2 592,7	156,5	221,7	781,8	406,4	375,4	1 183,7	1 377,0
Juli	6 448,1	3 784,2	3 006,9	2 629,3	154,0	223,6	777,3	402,5	374,8	1 205,4	1 458,5
Aug.	6 408,2	3 779,1	3 005,1	2 625,9	153,0	226,2	774,0	395,7	378,2	1 206,3	1 422,8
Sept.	6 361,1	3 785,2	3 004,1	2 620,0	153,3	230,8	781,1	395,6	385,5	1 209,7	1 366,2
Okt.	6 314,2	3 803,4	3 010,6	2 631,5	147,6	231,5	792,8	402,8	390,0	1 201,4	1 309,5
Nov.	6 280,7	3 798,0	3 005,5	2 625,8	148,3	231,4	792,5	396,6	395,9	1 194,7	1 288,1
Dez.	6 158,5	3 745,1	2 970,5	2 593,8	147,9	228,9	774,6	385,1	389,5	1 159,8	1 253,7
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,1	915,7
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3
April	5 630,8	3 679,4	2 914,3	2 508,1	145,2	261,0	765,1	369,9	395,2	1 111,9	839,6

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12\*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)				
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)</b>											
844,9	10 731,4	10 103,4	10 128,0	3 775,3	1 469,1	323,2	2 491,4	1 960,9	108,1	2012 März	
847,6	10 689,9	10 094,3	10 126,9	3 783,4	1 468,8	312,1	2 489,2	1 965,2	108,2	April	
856,3	10 707,2	10 079,2	10 101,9	3 811,1	1 440,0	312,0	2 459,7	1 971,8	107,4	Mai	
867,7	10 754,8	10 113,1	10 103,6	3 869,9	1 411,5	304,0	2 433,6	1 978,1	106,6	Juni	
871,5	10 686,7	10 067,8	10 064,9	3 886,4	1 405,2	302,9	2 381,5	1 983,4	105,5	Juli	
870,2	10 643,2	10 063,2	10 071,1	3 896,1	1 391,5	301,5	2 384,1	1 993,5	104,4	Aug.	
866,7	10 716,2	10 109,3	10 110,9	3 940,3	1 390,3	300,8	2 381,1	1 995,3	103,1	Sept.	
864,3	10 745,5	10 155,5	10 153,9	3 965,3	1 405,5	306,6	2 368,1	2 005,9	102,5	Okt.	
864,1	10 807,6	10 183,5	10 170,2	3 994,2	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	Nov.	
876,8	10 809,5	10 247,1	10 269,7	4 061,3	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.	
857,0	10 821,5	10 224,9	10 253,7	4 036,1	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.	
855,8	10 836,5	10 221,3	10 262,6	4 047,8	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.	
867,5	10 915,5	10 288,3	10 326,1	4 090,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März	
874,7	10 895,0	10 325,1	10 354,6	4 147,6	1 320,3	350,5	2 358,7	2 084,1	93,5	April	
879,7	10 966,5	10 332,1	10 351,2	4 160,2	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai	
885,9	11 010,7	10 339,5	10 356,6	4 191,4	1 256,1	371,3	2 360,2	2 087,3	90,4	Juni	
892,8	10 958,0	10 321,2	10 341,5	4 181,5	1 243,0	383,2	2 354,4	2 090,2	89,3	Juli	
894,2	10 922,7	10 336,4	10 362,1	4 208,3	1 241,3	385,9	2 346,9	2 091,3	88,4	Aug.	
894,0	10 924,8	10 323,5	10 348,3	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,3	2 085,6	87,2	Sept.	
898,0	10 915,5	10 342,7	10 373,0	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,6	2 078,9	86,8	Okt.	
903,4	10 962,1	10 370,1	10 390,0	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,4	2 080,3	86,7	Nov.	
921,2	10 900,4	10 352,0	10 401,3	4 310,1	1 153,6	431,3	2 335,4	2 084,5	86,4	Dez.	
908,3	10 919,1	10 348,6	10 399,3	4 304,1	1 132,1	442,6	2 338,0	2 096,5	86,0	2014 Jan.	
910,2	10 949,2	10 338,6	10 382,8	4 307,2	1 129,1	445,4	2 320,3	2 094,6	86,2	Febr.	
916,5	10 967,4	10 356,3	10 399,6	4 333,2	1 129,0	441,5	2 311,4	2 098,5	86,1	März	
921,8	10 947,0	10 349,1	10 393,2	4 365,2	1 124,9	442,5	2 278,1	2 096,6	86,0	April	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>											
209,3	3 041,1	2 968,3	2 857,2	1 143,7	259,8	44,8	788,4	521,4	99,2	2012 März	
210,3	3 054,1	2 981,2	2 867,5	1 156,8	260,2	44,1	787,2	520,2	98,9	April	
212,3	3 072,2	2 998,5	2 874,4	1 170,8	257,5	43,8	784,0	520,2	98,1	Mai	
215,2	3 094,3	3 019,5	2 863,0	1 182,2	252,1	43,4	768,1	520,1	97,1	Juni	
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	Juli	
215,9	3 111,3	3 040,9	2 888,5	1 220,9	247,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.	
214,7	3 117,3	3 045,7	2 891,7	1 237,8	239,2	41,8	757,8	521,9	93,3	Sept.	
214,4	3 150,2	3 077,3	2 926,3	1 291,6	229,9	41,2	749,0	522,0	92,5	Okt.	
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	Nov.	
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.	
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.	
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.	
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März	
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April	
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai	
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni	
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli	
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.	
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.	
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.	
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.	
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.	
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.	
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.	
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März	
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva														
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	öffentliche Haushalte										insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)							
	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt							
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)</b>															
2012 März	328,5	275,0	129,4	94,8	5,7	29,8	8,3	6,9	413,6	410,9	511,4	2 988,1	2 312,8		
April	289,9	273,2	123,1	99,4	5,6	29,6	8,7	6,8	419,8	417,3	521,0	2 981,5	2 289,4		
Mai	316,1	289,1	131,3	106,4	5,9	30,0	9,0	6,6	428,4	422,5	533,6	2 983,9	2 272,1		
Juni	333,3	317,9	134,8	117,9	6,6	42,8	9,3	6,5	428,9	425,1	510,1	2 975,5	2 275,5		
Juli	300,7	321,1	136,0	119,9	6,2	43,0	9,5	6,4	433,9	428,0	508,8	2 997,2	2 276,1		
Aug.	261,3	310,8	124,6	120,9	6,3	42,9	9,9	6,3	418,0	412,8	513,2	2 966,1	2 265,1		
Sept.	294,5	310,8	127,4	117,8	6,2	43,0	10,3	6,2	427,9	423,9	492,5	2 938,7	2 251,8		
Okt.	271,7	319,8	140,0	113,7	6,0	43,1	11,1	6,0	407,1	403,5	497,3	2 914,7	2 226,4		
Nov.	312,3	325,1	143,7	114,0	6,1	43,5	11,9	5,9	414,8	411,0	495,5	2 889,6	2 206,9		
Dez.	251,0	288,7	134,9	86,7	6,0	43,9	11,6	5,6	372,2	368,2	467,9	2 853,4	2 183,4		
2013 Jan.	284,9	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	383,6	379,8	459,7	2 807,9	2 172,5		
Febr.	290,5	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	411,9	406,6	465,9	2 807,1	2 151,7		
März	301,2	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	436,4	430,3	459,6	2 775,7	2 122,3		
April	250,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	424,7	417,3	459,1	2 747,6	2 102,3		
Mai	313,2	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	435,7	428,8	455,7	2 721,6	2 076,7		
Juni	343,5	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	458,5	452,0	436,0	2 696,1	2 062,1		
Juli	317,4	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	410,8	405,0	434,8	2 656,8	2 031,5		
Aug.	261,7	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	333,3	327,0	444,4	2 646,5	2 013,2		
Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	326,0	320,3	417,9	2 643,0	2 003,9		
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	306,3	300,3	419,1	2 638,2	2 006,3		
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	300,5	293,2	417,9	2 631,4	2 000,1		
Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	288,7	281,9	404,8	2 587,0	1 979,2		
2014 Jan.	236,5	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	282,2	273,7	422,6	2 582,9	1 970,2		
Febr.	272,6	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	307,3	295,7	421,8	2 557,5	1 957,7		
März	267,3	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	294,0	285,4	404,1	2 559,2	1 961,9		
April	256,4	297,3	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,1	2 546,1	1 950,1		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>															
2012 März	36,9	147,0	45,4	70,6	3,7	24,9	1,9	0,4	93,1	93,0	4,1	660,3	379,3		
April	36,4	150,2	42,9	76,6	3,7	24,8	1,9	0,4	102,9	102,9	4,2	664,4	380,6		
Mai	36,4	161,4	47,2	82,8	3,9	25,1	2,0	0,4	108,3	105,0	4,2	666,3	373,8		
Juni	38,1	193,1	53,6	94,5	4,6	37,9	2,1	0,4	98,9	97,7	4,4	662,6	374,1		
Juli	32,9	193,1	50,9	97,0	4,3	38,1	2,3	0,5	106,6	103,2	4,4	668,8	371,1		
Aug.	31,9	190,9	47,6	98,0	4,4	38,0	2,4	0,5	108,1	105,4	4,0	658,6	366,5		
Sept.	32,6	193,0	53,8	93,9	4,4	38,1	2,4	0,5	98,0	97,3	3,8	654,1	367,7		
Okt.	30,5	193,4	55,6	92,6	4,3	38,0	2,4	0,5	107,8	107,3	4,2	649,9	362,0		
Nov.	31,9	200,9	62,0	93,4	4,5	38,1	2,5	0,5	107,0	106,6	4,1	644,4	357,6		
Dez.	29,2	171,7	58,5	67,5	4,4	38,2	2,5	0,5	80,4	80,1	4,3	627,0	350,3		
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1		
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1		
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4		
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1		
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7		
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4		
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1		
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2		
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5		
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5		
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1		
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5		
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4		
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5		
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3		
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,7	293,4		

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosysteem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10\*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) <sup>3)</sup>										Nachrichtlich					Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet <sup>5)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>6)</sup>	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate <sup>7)</sup> (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) <sup>14)</sup>				
bis zu 1 Jahr <sup>4)</sup>	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt <sup>8)</sup>	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten <sup>9)</sup>	M1 <sup>10)</sup>	M2 <sup>11)</sup>	M3 <sup>12)</sup>		Geldkapitalbildung <sup>13)</sup>			
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) <sup>1)</sup></b>															
135,2	103,5	2 749,4	4 139,1	2 271,1	- 58,0	4 852,1	-	4 831,8	8 718,7	9 606,2	7 656,8	107,0	2012 März		
119,4	107,7	2 754,4	4 178,1	2 268,7	- 56,3	5 011,8	-	4 837,2	8 721,7	9 608,6	7 656,9	107,8	April		
114,2	107,3	2 762,4	4 285,5	2 276,0	- 54,5	5 809,0	-	4 883,1	8 752,8	9 646,5	7 642,1	109,1	Mai		
128,7	102,1	2 744,7	4 158,4	2 312,3	- 56,5	5 260,6	-	4 958,2	8 810,9	9 683,7	7 646,4	111,0	Juni		
136,3	96,2	2 764,7	4 201,6	2 353,7	- 56,4	5 537,2	-	4 982,7	8 834,6	9 713,0	7 654,8	113,5	Juli		
122,9	96,4	2 746,8	4 115,5	2 361,9	- 40,9	5 458,0	-	4 979,0	8 827,3	9 688,8	7 646,4	113,0	Aug.		
120,1	92,6	2 726,0	4 047,4	2 405,8	- 61,1	5 325,8	-	5 022,9	8 868,1	9 702,0	7 665,2	113,1	Sept.		
113,8	93,5	2 707,3	4 020,6	2 394,4	- 72,8	4 857,2	-	5 056,5	8 930,4	9 757,2	7 621,4	112,1	Okt.		
96,3	91,2	2 702,1	3 939,7	2 408,9	- 69,0	4 944,8	-	5 091,6	8 957,5	9 761,4	7 627,4	114,6	Nov.		
87,6	93,8	2 672,1	3 793,2	2 396,4	- 52,9	4 729,6	-	5 168,7	9 045,7	9 809,3	7 578,1	120,0	Dez.		
70,4	92,3	2 645,3	3 774,3	2 387,7	- 37,9	4 932,3	-	5 109,7	9 002,2	9 749,2	7 536,2	112,0	2013 Jan.		
62,0	88,1	2 657,0	3 812,4	2 378,2	- 50,1	4 982,2	-	5 119,4	9 018,5	9 757,3	7 529,6	111,1	Febr.		
59,5	84,1	2 632,1	3 798,1	2 414,3	- 59,8	4 955,7	-	5 170,4	9 081,9	9 806,2	7 557,1	110,9	März		
62,7	81,6	2 603,3	3 832,5	2 390,1	- 45,8	5 122,2	-	5 239,7	9 128,2	9 855,3	7 495,4	111,2	April		
63,1	74,4	2 584,0	3 755,1	2 377,8	- 52,1	4 825,3	-	5 265,1	9 139,4	9 857,0	7 467,3	111,9	Mai		
66,3	68,4	2 561,4	3 651,6	2 335,9	- 56,5	4 507,1	-	5 309,1	9 165,4	9 850,3	7 398,0	113,0	Juni		
62,3	66,7	2 527,8	3 599,0	2 365,2	- 55,4	4 411,0	-	5 299,1	9 155,4	9 841,9	7 387,5	116,5	Juli		
66,4	63,1	2 517,0	3 571,8	2 391,4	- 56,8	4 310,0	-	5 325,6	9 185,4	9 885,3	7 394,1	115,9	Aug.		
76,2	58,3	2 508,5	3 500,5	2 372,9	- 44,2	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 847,2	7 362,4	116,6	Sept.		
64,0	58,1	2 516,1	3 511,5	2 376,8	- 41,5	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,9	7 374,9	114,3	Okt.		
64,0	53,4	2 514,0	3 474,0	2 357,7	- 54,7	4 421,8	-	5 432,0	9 236,2	9 888,6	7 354,7	117,2	Nov.		
39,0	49,1	2 498,9	3 308,6	2 340,1	- 54,9	3 954,1	-	5 444,0	9 248,9	9 852,3	7 311,1	114,1	Dez.		
43,0	43,9	2 496,1	3 473,5	2 385,1	- 33,6	4 108,6	-	5 418,1	9 223,7	9 854,8	7 356,0	107,7	2014 Jan.		
42,7	39,1	2 475,7	3 427,6	2 405,6	- 26,3	4 039,5	-	5 427,3	9 234,5	9 866,8	7 338,9	105,3	Febr.		
49,4	35,3	2 474,4	3 391,5	2 422,5	- 26,5	3 982,1	-	5 461,5	9 274,3	9 880,0	7 345,3	106,1	März		
38,4	32,5	2 475,2	3 469,8	2 434,0	- 10,4	4 058,5	-	5 500,7	9 303,4	9 905,6	7 324,0	105,9	April		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>															
19,9	9,8	630,5	873,9	491,9	- 710,2	1 730,8	175,5	1 189,1	2 091,3	2 218,3	2 035,4	-	2012 März		
16,6	11,5	636,3	889,0	497,3	- 733,8	1 772,5	177,6	1 199,7	2 106,4	2 241,6	2 044,8	-	April		
13,4	9,9	643,0	919,2	495,5	- 796,5	2 029,9	179,3	1 218,0	2 128,2	2 264,1	2 046,1	-	Mai		
13,8	10,5	638,3	913,8	501,1	- 829,7	1 868,1	181,0	1 235,7	2 152,5	2 280,1	2 042,9	-	Juni		
15,5	11,2	642,1	937,5	512,6	- 840,9	1 953,8	184,5	1 256,7	2 173,6	2 311,3	2 052,6	-	Juli		
14,6	10,3	633,7	951,4	513,4	- 857,1	1 918,4	188,5	1 268,5	2 184,9	2 322,0	2 041,6	-	Aug.		
16,2	10,4	627,5	900,0	521,5	- 806,5	1 872,9	191,9	1 291,6	2 195,0	2 323,4	2 038,7	-	Sept.		
17,3	10,3	622,3	889,1	515,3	- 822,5	1 820,3	194,7	1 347,2	2 239,6	2 379,2	2 017,6	-	Okt.		
17,8	10,8	615,8	857,9	516,9	- 813,3	1 801,6	197,3	1 373,1	2 257,0	2 396,7	2 005,9	-	Nov.		
16,0	10,3	600,7	780,0	510,2	- 759,5	1 784,7	200,3	1 365,7	2 231,6	2 342,6	1 981,4	-	Dez.		
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013 Jan.		
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	Febr.		
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März		
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April		
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai		
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni		
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli		
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.		
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.		
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.		
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.		
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.		
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.		
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.		
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März		
7,5	4,6	513,6	622,3	500,8	- 594,4	1 400,6	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,5	-	April		

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 3. Liquiditätsposition des Bankensystems \*) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)					Einlagefazilität		
<b>Eurosystem 2)</b>												
2012 Jan.	683,9	169,4	627,3	6,0	278,6	399,3	210,8	883,7	67,7	- 8,7	212,3	1 495,3
Febr.	698,3	120,6	683,6	2,3	282,4	489,0	218,5	870,1	100,1	1,6	108,1	1 467,1
März	688,2	89,1	860,1	2,2	288,1	621,0	219,5	868,8	129,0	- 19,4	108,9	1 598,6
April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Juni	656,8	58,1	1 071,0	1,6	281,1	770,8	212,8	880,8	117,8	- 24,2	110,8	1 762,3
Juli	666,7	160,7	1 074,9	1,8	280,7	770,6	210,9	892,5	138,8	60,6	111,5	1 774,6
Aug.	678,9	146,0	1 079,9	0,8	281,0	343,1	211,5	897,7	130,7	93,5	510,2	1 751,0
Sept.	676,8	130,6	1 076,8	0,8	279,7	328,6	210,5	897,6	107,0	81,0	540,0	1 766,2
Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	322,2	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
2012 Jan.	182,3	4,4	40,3	0,1	67,2	101,7	117,0	219,8	0,8	- 199,6	54,5	376,0
Febr.	183,2	1,8	46,7	0,0	69,2	141,9	130,5	216,9	0,8	- 217,6	28,3	387,1
März	183,6	1,2	59,4	0,0	69,2	192,6	142,2	217,0	0,8	- 266,8	27,7	437,3
April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2
Juni	180,4	3,8	74,6	0,5	68,7	276,9	150,3	219,8	0,8	- 349,1	29,3	526,0
Juli	180,3	3,1	76,5	0,1	68,6	293,3	152,1	222,3	1,0	- 369,8	29,6	545,2
Aug.	179,6	2,5	76,3	0,2	68,8	102,0	162,9	225,1	4,2	- 351,5	184,8	511,9
Sept.	177,7	1,6	75,4	0,0	68,6	112,1	134,6	224,6	6,0	- 349,1	195,2	531,9
Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	93,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. \* Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwappengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berich-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
+ 61,8	- 68,6	+ 238,3	+ 1,6	+ 18,3	+145,6	+ 10,3	+ 14,3	+ 3,9	+ 77,2	+ 0,1	+ 160,0	2012 Jan.
+ 14,4	- 48,8	+ 56,3	- 3,7	+ 3,8	+ 89,7	+ 7,7	- 13,6	+ 32,4	+ 10,3	- 104,2	- 28,2	Febr.
- 10,1	- 31,5	+ 176,5	- 0,1	+ 5,7	+132,0	+ 1,0	- 1,3	+ 28,9	- 21,0	+ 0,8	+ 131,5	März
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	April
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai
- 2,5	+ 11,1	- 17,7	+ 0,6	- 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 8,1	- 19,3	+ 4,3	+ 0,3	+ 7,7	Juni
+ 9,9	+102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	Juli
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	- 1,0	+ 0,3	-427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	- 23,6	Aug.
- 2,1	- 15,4	- 3,1	+ 0,0	- 1,3	- 14,5	- 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	+ 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	- 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
+ 13,6	+ 1,4	+ 22,7	- 0,0	+ 4,0	+ 41,3	- 9,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 5,9	+ 0,1	+ 44,8	2012 Jan.
+ 0,9	- 2,6	+ 6,4	- 0,1	+ 2,0	+ 40,2	+ 13,5	- 2,9	- 0,1	- 18,0	- 26,2	+ 11,1	Febr.
+ 0,4	- 0,6	+ 12,7	+ 0,0	± 0,0	+ 50,7	+ 11,7	+ 0,1	+ 0,0	- 49,3	- 0,6	+ 50,2	März
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	April
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai
- 0,9	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 5,7	+ 2,0	+ 0,1	- 21,6	+ 0,4	+ 18,8	Juni
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	Juli
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	- 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
<b>Eurosystem 2)</b>									
2013 Sept. 27.	2 338,0	320,0	250,0	84,6	165,4	22,7	23,3	23,3	–
Okt. 4.	2 350,6	343,9	245,4	83,5	161,9	21,5	23,6	23,6	–
11.	2 340,4	343,9	245,7	83,5	162,2	20,9	22,8	22,8	–
18.	2 328,0	343,9	244,7	83,3	161,4	21,2	21,5	21,5	–
25.	2 318,7	343,9	245,4	83,1	162,3	21,3	21,7	21,7	–
Nov. 1.	2 314,4	343,9	244,8	83,2	161,6	22,2	21,5	21,5	–
8.	2 305,4	343,9	243,9	82,7	161,2	22,4	18,7	18,7	–
15.	2 299,0	343,9	244,2	82,5	161,7	22,5	19,1	19,1	–
22.	2 293,6	343,9	244,9	82,5	162,4	22,8	19,4	19,4	–
29.	2 291,0	343,9	244,3	82,5	161,8	23,4	19,3	19,3	–
Dez. 6.	2 280,8	343,9	244,6	82,5	162,1	23,6	20,4	20,4	–
13.	2 283,0	343,9	243,7	82,4	161,2	23,8	20,2	20,2	–
20.	2 287,5	343,9	244,0	82,7	161,3	23,3	19,5	19,5	–
27.	2 285,4	343,9	245,7	82,9	162,8	23,0	19,5	19,5	–
2014 Jan. 3.	2 278,6	303,2	241,6	81,7	159,9	23,2	20,2	20,2	–
10.	2 220,5	303,2	244,3	81,6	162,7	22,5	21,8	21,8	–
17.	2 197,9	303,2	245,8	81,6	164,2	22,6	21,0	21,0	–
24.	2 221,3	303,2	243,9	81,6	162,3	23,3	21,1	21,1	–
31.	2 217,1	303,2	244,2	81,4	162,8	23,7	20,2	20,2	–
Febr. 7.	2 190,3	303,2	244,2	81,0	163,2	22,8	19,2	19,2	–
14.	2 190,1	303,2	244,5	80,5	164,0	23,1	19,1	19,1	–
21.	2 184,8	303,2	244,1	80,7	163,4	23,0	18,8	18,8	–
28.	2 181,1	303,2	243,8	80,7	163,1	24,1	19,0	19,0	–
2014 März 7.	2 172,3	303,2	244,3	80,8	163,5	23,9	18,8	18,8	–
14.	2 167,8	303,1	244,5	80,8	163,7	23,8	18,3	18,3	–
21.	2 166,1	303,1	244,7	80,7	164,0	23,9	19,2	19,2	–
28.	2 152,1	303,1	244,5	80,7	163,9	23,1	17,7	17,7	–
April 4.	2 161,0	326,5	244,4	80,9	163,5	23,1	17,4	17,4	–
11.	2 169,1	326,5	244,4	80,9	163,5	23,5	17,7	17,7	–
18.	2 167,8	326,5	244,1	80,9	163,2	23,8	17,3	17,3	–
25.	2 169,1	326,5	245,2	81,8	163,4	23,8	18,4	18,4	–
Mai 2.	2 217,1	326,5	245,6	81,8	163,8	23,5	18,7	18,7	–
9.	2 167,7	326,5	246,3	81,6	164,7	23,2	18,6	18,6	–
16.	2 185,0	326,5	244,5	81,3	163,2	24,2	19,5	19,5	–
23.	2 163,7	326,5	245,3	81,3	164,0	24,5	20,3	20,3	–
30.	2 197,1	326,5	245,9	81,3	164,6	23,8	19,6	19,6	–
<b>Deutsche Bundesbank</b>									
2012 Juli	1 112,9	136,1	54,1	23,3	30,8	3,2	–	–	–
Aug.	1 135,4	136,1	54,5	23,5	31,0	1,7	–	–	–
Sept.	1 090,9	150,4	53,0	23,3	29,7	1,5	–	–	–
Okt.	1 110,0	150,2	53,1	23,3	29,8	1,8	–	–	–
Nov.	1 098,6	150,2	52,8	23,0	29,8	2,3	–	–	–
Dez.	1 026,0	137,5	51,1	22,3	28,8	3,3	–	–	–
2013 Jan.	964,1	137,5	51,6	22,5	29,1	1,6	–	–	–
Febr.	934,9	137,5	51,3	22,2	29,0	3,2	–	–	–
März	906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	–	–	–
April	916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	–	–	–
Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–
Dez.	800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	–	–	–
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende <sup>1)</sup>	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
<b>Eurosystem <sup>2)</sup></b>														
767,3	97,0	670,2	–	–	0,1	–	81,3	600,1	246,7	353,4	28,4	245,1	2013 Sept.	27.
761,6	94,5	667,0	–	–	0,1	0,0	74,1	599,9	247,0	352,9	28,3	252,3	Okt.	4.
753,0	93,4	659,3	–	–	0,3	–	76,0	599,7	246,6	353,1	28,3	250,1		11.
749,7	91,2	658,5	–	–	–	0,0	73,5	599,6	246,6	353,0	28,3	245,6		18.
743,9	90,6	653,3	–	–	–	0,0	77,3	595,0	245,7	349,2	28,3	241,9		25.
740,2	89,3	650,8	–	–	0,0	0,0	80,4	593,4	241,6	351,7	28,3	239,8	Nov.	1.
729,7	89,5	640,2	–	–	0,0	0,0	83,2	593,2	241,6	351,6	28,3	242,2		8.
721,9	87,7	634,1	–	–	–	0,0	84,0	592,2	241,6	350,7	28,3	242,9		15.
717,6	86,9	630,6	–	–	0,2	0,0	81,4	592,3	241,5	350,8	28,3	242,9		22.
719,0	97,2	621,7	–	–	0,1	0,0	77,2	592,2	241,4	350,8	28,3	243,3		29.
709,3	94,6	614,5	–	–	0,2	0,0	75,9	591,4	241,4	350,0	28,3	243,4	Dez.	6.
713,0	98,5	614,4	–	–	0,1	0,0	73,2	591,9	241,3	350,7	28,3	244,9		13.
723,3	118,9	604,1	–	–	0,3	0,0	74,2	585,3	235,4	349,9	28,3	245,7		20.
717,1	133,6	583,3	–	–	0,2	–	75,0	586,1	235,4	350,6	28,3	246,8		27.
752,3	168,7	583,3	–	–	0,3	0,0	73,5	591,2	235,9	355,3	28,3	245,1	2014 Jan.	3.
695,9	112,5	583,3	–	–	0,0	0,1	72,1	590,8	235,9	354,9	28,3	241,6		10.
672,6	94,7	577,7	–	–	0,1	0,0	73,1	588,7	234,0	354,7	28,3	242,6		17.
693,2	116,3	576,7	–	–	0,2	0,0	74,7	589,3	233,5	355,7	28,3	244,5		24.
691,9	115,6	576,0	–	–	0,3	0,0	72,9	587,4	231,3	356,1	28,3	245,3		31.
671,3	95,1	575,6	–	–	0,5	0,0	70,5	586,2	230,6	355,6	28,2	244,8	Febr.	7.
666,6	93,3	573,2	–	–	0,1	0,0	74,7	587,2	229,9	357,3	28,2	243,4		14.
665,2	92,9	572,2	–	–	0,2	0,0	77,0	585,8	229,4	356,5	28,2	239,5		21.
664,5	94,0	569,7	–	–	0,8	0,0	74,1	586,4	229,3	357,1	28,2	237,7		28.
654,0	87,0	566,7	–	–	0,3	0,0	72,9	588,0	229,3	358,7	28,2	239,0	2014 März	7.
648,9	92,6	556,3	–	–	0,0	0,0	76,0	587,9	228,8	359,0	28,2	237,0		14.
644,1	96,9	546,2	–	–	0,9	0,0	77,8	588,5	228,6	359,9	28,2	236,6		21.
640,8	121,3	518,0	–	–	1,4	–	66,0	590,4	228,4	362,0	28,2	238,2		28.
627,4	110,6	516,5	–	–	0,2	–	66,5	588,4	224,9	363,5	28,2	239,1	April	4.
636,7	104,6	532,1	–	–	–	–	64,9	588,1	224,7	363,4	28,2	239,0		11.
636,3	112,2	523,8	–	–	0,3	–	63,6	588,3	224,7	363,7	28,2	239,5		18.
638,1	121,8	516,3	–	–	0,0	0,0	60,1	586,7	224,7	362,0	28,2	242,0		25.
688,3	172,6	515,0	–	–	0,8	0,0	61,3	581,6	219,6	362,0	27,3	244,2	Mai	2.
642,4	129,1	513,2	–	–	–	–	60,6	583,1	219,6	363,6	27,3	239,7		9.
651,5	137,3	514,2	–	–	–	0,0	68,4	583,6	219,6	364,1	27,3	239,4		16.
640,0	131,9	508,0	–	–	0,1	–	61,2	576,6	216,7	360,0	27,3	242,0		23.
679,7	174,0	505,7	–	–	0,1	0,0	57,4	573,7	215,3	358,5	27,3	243,2		30.
<b>Deutsche Bundesbank</b>														
78,6	2,9	75,7	–	–	0,0	–	7,6	73,2	68,8	4,3	4,4	755,7	2012 Juli	
76,8	1,7	75,1	–	–	0,0	–	9,4	72,8	68,4	4,3	4,4	779,6	Aug.	
76,1	1,7	73,9	–	–	0,5	–	8,9	68,8	68,8	–	4,4	727,8	Sept.	
76,6	1,6	73,9	–	–	1,1	–	5,0	67,9	67,9	–	4,4	751,0	Okt.	
72,4	1,9	69,7	–	–	0,8	–	2,5	67,4	67,4	–	4,4	746,6	Nov.	
73,1	2,9	69,7	–	–	0,6	–	1,4	67,5	67,5	–	4,4	687,5	Dez.	
49,5	0,3	49,1	–	–	0,0	–	4,9	66,2	66,2	–	4,4	648,3	2013 Jan.	
25,8	0,8	24,9	–	–	0,0	–	5,0	65,2	65,2	–	4,4	642,5	Febr.	
21,8	0,1	21,6	–	–	0,2	–	5,7	65,0	65,0	–	4,4	617,9	März	
14,8	0,5	14,3	–	–	0,0	–	5,8	63,8	63,8	–	4,4	636,7	April	
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	–	–	0,1	–	4,7	55,8	55,8	–	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.	
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.	
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März	
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April	
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 2. Passiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknoten-umlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserve-guthaben)	Einlage-fazilität	Termin-einlagen	Verbind-lichkeiten aus Ge-schäften mit Rück-nahme-verein-barung			Einlagen aus dem Margen-ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent-lichen Haus-halten	Sonstige Verbind-lichkeiten
<b>Eurosystem 4)</b>													
2013 Sept. 27.	2 338,0	917,7	502,2	258,8	52,9	190,5	–	0,0	6,2	–	119,6	94,9	24,7
Okt. 4.	2 350,6	921,7	508,2	265,4	55,3	187,5	–	0,0	6,0	–	103,8	76,6	27,2
11.	2 340,4	920,1	508,6	268,0	52,6	188,0	–	0,0	5,9	–	94,1	73,4	20,8
18.	2 328,0	918,6	502,8	269,1	45,7	188,0	–	0,0	5,5	–	101,5	70,7	30,8
25.	2 318,7	917,9	469,7	230,2	51,3	188,0	–	0,2	5,5	–	119,0	88,8	30,3
Nov. 1.	2 314,4	924,5	467,1	226,9	52,1	188,0	–	0,0	5,7	–	110,3	62,7	47,7
8.	2 305,4	923,6	477,2	230,6	62,4	184,0	–	0,2	5,5	–	89,1	48,3	40,8
15.	2 299,0	922,6	459,8	231,9	43,9	184,0	–	0,0	5,3	–	106,4	68,0	38,4
22.	2 293,6	921,0	446,1	218,0	44,0	184,0	–	0,1	5,4	–	117,1	83,4	33,7
29.	2 291,0	927,5	429,6	215,5	56,1	157,8	–	0,2	5,1	–	133,9	96,5	37,4
Dez. 6.	2 280,8	935,1	442,1	203,7	54,1	184,0	–	0,4	5,2	–	103,8	77,3	26,5
13.	2 283,0	938,7	446,1	223,6	38,3	184,0	–	0,1	5,0	–	104,3	75,9	28,4
20.	2 287,5	950,5	462,5	256,1	53,3	152,3	–	0,8	4,2	–	81,4	56,0	25,4
27.	2 285,4	958,3	443,7	244,1	59,6	139,9	–	0,1	4,2	–	82,3	56,8	25,6
2014 Jan. 3.	2 278,6	952,9	492,0	298,9	88,2	104,8	–	0,0	3,2	–	81,0	55,5	25,5
10.	2 220,5	941,7	441,3	202,3	59,8	179,0	–	0,2	8,7	–	81,8	57,9	23,9
17.	2 197,9	934,9	418,0	202,4	36,5	179,0	–	0,1	4,0	–	98,3	72,5	25,8
24.	2 221,3	929,9	424,0	227,9	44,0	152,1	–	0,0	2,1	–	123,0	93,6	29,3
31.	2 217,1	932,5	423,1	215,7	56,1	151,2	–	0,2	3,1	–	116,1	92,9	23,2
Febr. 7.	2 190,3	932,6	423,2	200,4	47,2	175,5	–	0,0	4,1	–	94,1	74,5	19,6
14.	2 190,1	931,2	429,6	223,7	29,9	175,5	–	0,5	5,2	–	86,4	65,8	20,6
21.	2 184,8	929,1	403,8	196,3	32,0	175,5	–	0,0	5,1	–	116,8	91,7	25,1
28.	2 181,1	933,8	392,5	187,4	29,4	175,5	–	0,2	5,2	–	126,1	99,3	26,9
2014 März 7.	2 172,3	937,0	393,6	187,1	30,9	175,5	–	0,0	5,2	–	113,9	74,7	39,2
14.	2 167,8	938,1	425,8	226,8	23,5	175,5	–	0,0	5,0	–	83,4	56,4	27,1
21.	2 166,1	936,9	405,2	195,2	34,5	175,5	–	0,0	5,1	–	103,4	77,7	25,8
28.	2 152,1	938,7	382,9	179,2	28,3	175,5	–	–	9,5	–	117,1	89,9	27,2
April 4.	2 161,0	942,5	382,4	181,1	25,7	175,5	–	0,0	10,3	–	95,1	69,9	25,2
11.	2 169,1	944,2	392,0	198,2	21,2	172,5	–	0,2	4,1	–	99,9	68,9	31,0
18.	2 167,8	951,9	386,4	202,9	30,1	153,4	–	0,0	4,1	–	98,7	63,7	35,0
25.	2 169,1	946,4	356,9	166,1	24,0	166,8	–	0,0	4,0	–	129,2	91,1	38,1
Mai 2.	2 217,1	950,3	383,3	240,2	39,1	103,9	–	0,1	2,8	–	147,7	105,3	42,4
9.	2 167,7	948,9	349,5	150,0	33,8	165,5	–	0,1	2,9	–	139,6	101,4	38,2
16.	2 185,0	947,7	363,2	201,4	17,5	144,3	–	0,0	2,5	–	142,4	102,6	39,8
23.	2 163,7	947,2	329,8	168,5	23,8	137,5	–	0,0	2,8	–	157,7	121,1	36,5
30.	2 197,1	953,8	352,2	209,4	39,9	102,9	–	0,0	1,7	–	163,0	119,8	43,3
<b>Deutsche Bundesbank</b>													
2012 Juli	1 112,9	223,6	421,7	178,3	88,1	155,2	–	–	–	–	19,5	7,3	12,2
Aug.	1 135,4	223,2	442,5	201,4	111,4	129,7	–	–	–	–	17,6	5,5	12,1
Sept.	1 090,9	222,2	385,8	173,1	78,4	134,2	–	–	–	–	17,3	7,0	10,2
Okt.	1 110,0	222,0	372,3	177,9	59,0	135,5	–	–	–	–	50,7	5,1	45,7
Nov.	1 098,6	221,5	361,9	184,1	51,9	125,9	–	–	–	–	47,2	11,4	35,9
Dez.	1 026,0	227,2	300,0	129,6	40,5	129,9	–	–	0,0	–	39,9	11,9	28,1
2013 Jan.	964,1	219,7	260,4	128,3	39,1	93,0	–	–	–	–	25,9	2,3	23,6
Febr.	934,9	219,1	240,8	100,8	23,9	116,0	–	–	–	–	22,4	0,5	21,8
März	906,7	223,1	222,9	108,7	20,8	93,3	–	–	–	–	10,9	0,5	10,4
April	916,9	224,5	215,5	102,9	30,8	81,8	–	–	–	–	28,7	0,9	27,7
Mai	891,6	225,4	198,3	88,3	20,6	89,4	–	–	–	–	20,6	0,6	20,1
Juni	839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli	838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0
Aug.	832,2	228,1	179,2	90,8	15,1	73,4	–	–	–	–	10,6	0,5	10,0
Sept.	835,0	227,9	173,7	97,7	17,5	58,5	–	–	–	–	13,5	1,9	11,6
Okt.	823,5	229,3	139,0	61,5	12,3	65,3	–	–	–	–	33,0	1,4	31,5
Nov.	806,9	230,1	135,5	64,0	13,9	57,6	–	–	–	–	19,1	1,0	18,1
Dez.	800,7	237,3	141,5	83,9	10,7	46,9	–	–	–	–	10,5	2,0	8,5
2014 Jan.	768,1	220,6	123,2	64,1	10,7	48,4	–	–	–	–	9,5	1,0	8,5
Febr.	752,9	220,9	115,0	53,0	9,1	53,0	–	–	–	–	11,8	1,2	10,7
März	737,8	222,2	103,3	50,2	4,7	48,5	–	–	–	–	8,4	1,1	7,3
April	770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2
Mai	764,9	225,7	103,4	62,2	7,2	34,0	–	–	–	–	24,7	0,9	23,9

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumsatzes zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva <sup>3)</sup>	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten <sup>2)</sup>	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende <sup>1)</sup>
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
<b>Eurosystem <sup>4)</sup></b>										
134,9	2,5	3,8	3,8	–	54,2	221,8	–	284,7	90,4	2013 Sept. 27.
129,2	2,1	4,0	4,0	–	53,6	227,0	–	304,5	90,4	Okt. 4.
131,1	2,4	3,3	3,3	–	53,6	226,3	–	304,5	90,4	11.
124,2	1,8	3,4	3,4	–	53,6	221,6	–	304,5	90,4	18.
126,7	1,7	4,6	4,6	–	53,6	225,2	–	304,5	90,4	25.
123,5	1,2	5,0	5,0	–	53,6	228,5	–	304,5	90,4	Nov. 1.
129,5	1,3	4,5	4,5	–	53,6	226,1	–	304,5	90,4	8.
122,7	1,3	4,9	4,9	–	53,6	227,4	–	304,5	90,4	15.
122,7	2,2	5,2	5,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	22.
114,3	2,3	5,1	5,1	–	53,6	224,6	–	304,5	90,4	29.
114,3	2,0	5,6	5,6	–	53,6	224,2	–	304,5	90,4	Dez. 6.
110,2	2,0	5,0	5,0	–	53,6	223,2	–	304,5	90,4	13.
109,6	2,4	4,0	4,0	–	53,6	224,5	–	304,5	90,4	20.
115,2	4,4	3,2	3,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	27.
114,2	4,8	3,2	3,2	–	52,7	220,9	–	262,9	90,7	2014 Jan. 3.
110,5	3,5	5,5	5,5	–	52,7	221,3	–	262,9	90,7	10.
106,1	2,7	5,9	5,9	–	52,7	221,6	–	262,9	90,6	17.
105,8	1,3	5,9	5,9	–	52,7	223,2	–	262,9	90,5	24.
106,1	2,9	5,1	5,1	–	52,7	222,0	–	262,9	90,6	31.
101,9	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	90,6	Febr. 7.
99,4	1,4	7,2	7,2	–	52,7	223,5	–	262,9	90,6	14.
94,0	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	92,1	21.
93,5	2,8	4,9	4,9	–	52,7	214,2	–	262,9	92,4	28.
90,6	1,9	5,8	5,8	–	52,7	216,5	–	262,9	92,4	2014 März 7.
88,1	1,2	6,5	6,5	–	52,7	211,5	–	262,9	92,5	14.
88,2	1,0	6,9	6,9	–	52,7	211,2	–	262,9	92,5	21.
81,6	1,4	5,7	5,7	–	52,7	206,8	–	262,9	92,7	28.
84,1	1,1	4,6	4,6	–	52,8	206,1	–	288,9	93,0	April 4.
82,9	1,1	4,9	4,9	–	52,8	205,4	–	288,9	93,0	11.
78,3	1,3	4,4	4,4	–	52,8	208,0	–	288,9	93,0	18.
80,5	1,4	4,5	4,5	–	52,8	211,4	–	288,9	93,0	25.
78,4	1,5	4,5	4,5	–	52,8	214,0	–	288,9	93,0	2014 Mai 2.
79,8	1,2	5,1	5,1	–	52,8	206,3	–	288,9	92,8	9.
79,7	1,1	4,9	4,9	–	52,8	209,1	–	288,9	92,6	16.
77,1	1,2	5,8	5,8	–	52,8	207,8	–	288,9	92,6	23.
76,5	1,0	5,3	5,3	–	52,8	209,2	–	288,9	92,6	30.
<b>Deutsche Bundesbank</b>										
90,9	0,0	0,0	0,0	–	14,5	19,9	184,5	133,3	5,0	2012 Juli
89,9	0,0	0,3	0,3	–	14,5	20,6	188,5	133,3	5,0	Aug.
86,3	0,0	–	–	–	14,4	21,6	191,9	146,5	5,0	Sept.
82,1	0,0	0,2	0,2	–	14,4	22,3	194,7	146,5	5,0	Okt.
81,8	0,0	0,3	0,3	–	14,4	22,8	197,3	146,5	5,0	Nov.
83,3	0,0	0,1	0,1	–	14,1	23,6	200,3	132,6	5,0	Dez.
83,0	0,0	0,5	0,5	–	14,1	23,5	199,4	132,6	5,0	2013 Jan.
74,4	0,0	0,7	0,7	–	14,1	24,5	201,4	132,6	5,0	Febr.
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-Umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. <sup>3</sup> Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. <sup>4</sup> Quelle: EZB.

#### IV. Banken

##### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*)

###### Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und personen	
												zusammen	Buchkredite
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>													
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2012 Juli	8 726,8	14,8	2 531,1	2 000,3	1 530,8	469,5	530,8	359,0	171,8	3 731,2	3 327,5	2 724,4	2 467,2
Aug.	8 695,6	15,7	2 538,3	2 016,4	1 547,5	468,9	522,0	349,7	172,2	3 725,2	3 321,8	2 723,8	2 464,9
Sept.	8 567,6	16,0	2 463,9	1 947,5	1 481,5	466,0	516,4	346,1	170,3	3 730,1	3 322,3	2 720,6	2 458,6
Okt.	8 489,2	15,9	2 426,0	1 916,6	1 456,5	460,1	509,4	340,1	169,3	3 748,2	3 340,1	2 728,3	2 471,5
Nov.	8 440,0	15,6	2 411,8	1 904,4	1 448,5	455,9	507,4	337,2	170,2	3 741,9	3 334,9	2 722,7	2 465,5
Dez.	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013 Jan.	8 110,4	15,0	2 284,4	1 784,1	1 337,9	446,2	500,3	325,9	174,4	3 717,9	3 313,3	2 721,2	2 454,3
Febr.	8 094,4	15,0	2 268,2	1 755,8	1 312,0	443,8	512,4	339,6	172,8	3 711,7	3 307,1	2 718,4	2 457,6
März	8 063,0	16,9	2 228,8	1 727,6	1 290,0	437,6	501,1	332,8	168,3	3 710,8	3 302,6	2 715,8	2 451,0
April	8 080,3	15,7	2 220,5	1 715,6	1 281,3	434,3	504,9	337,1	167,8	3 736,2	3 329,5	2 732,4	2 446,6
Mai	7 937,6	16,0	2 196,9	1 692,8	1 258,9	433,9	504,1	335,6	168,5	3 713,8	3 302,1	2 720,5	2 451,6
Juni	7 833,2	15,8	2 189,1	1 676,4	1 243,9	432,5	512,7	344,5	168,2	3 713,6	3 307,8	2 727,1	2 464,1
Juli	7 752,9	15,1	2 149,0	1 650,0	1 223,2	426,9	499,0	333,5	165,5	3 708,9	3 300,7	2 711,5	2 449,8
Aug.	7 684,9	16,4	2 256,6	1 752,4	1 327,1	425,3	504,2	336,9	167,2	3 604,4	3 197,1	2 613,8	2 351,7
Sept.	7 682,1	15,3	2 250,2	1 741,8	1 317,7	424,0	508,4	342,6	165,9	3 599,5	3 197,8	2 615,6	2 352,6
Okt.	7 670,3	15,9	2 205,2	1 701,8	1 283,3	418,4	503,4	338,9	164,5	3 607,9	3 207,9	2 615,7	2 351,6
Nov.	7 704,8	15,3	2 221,4	1 713,0	1 294,7	418,3	508,3	342,0	166,3	3 612,6	3 208,8	2 619,5	2 356,1
Dez.	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014 Jan.	7 610,4	14,9	2 156,0	1 653,3	1 240,7	412,6	502,7	336,9	165,8	3 610,2	3 210,8	2 620,3	2 351,3
Febr.	7 563,0	15,1	2 145,2	1 653,5	1 244,9	408,6	491,7	328,2	163,5	3 604,7	3 204,2	2 616,6	2 354,6
März	7 512,4	14,6	2 110,7	1 625,0	1 219,7	405,3	485,7	322,1	163,6	3 608,1	3 206,8	2 623,6	2 356,3
April	7 543,0	15,5	2 107,6	1 616,3	1 212,2	404,1	491,3	325,6	165,8	3 630,9	3 228,6	2 644,1	2 359,8
<b>Veränderungen 3)</b>													
2006	356,8	1,1	84,2	0,5	28,0	- 27,6	83,7	22,4	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	- 20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	- 1,0	38,7	53,2
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6
2012 Aug.	- 16,8	0,9	9,4	17,2	17,5	- 0,4	- 7,8	- 8,5	0,7	- 3,5	- 3,9	1,2	- 0,7
Sept.	- 115,5	0,3	- 72,0	- 67,4	- 65,3	- 2,1	- 4,7	- 2,9	- 1,8	7,3	2,2	- 0,6	- 4,0
Okt.	- 75,9	- 0,1	- 38,7	- 31,8	- 26,6	- 5,3	- 6,8	- 5,8	- 1,0	19,2	18,6	9,1	14,3
Nov.	- 29,4	- 0,3	- 14,3	- 12,3	- 8,0	- 4,3	- 1,9	- 2,8	0,8	- 5,2	- 4,6	- 4,9	- 5,3
Dez.	- 204,3	3,6	- 101,8	- 90,5	- 84,2	- 6,3	- 11,3	- 14,5	3,2	- 50,5	- 43,1	- 24,8	- 27,5
2013 Jan.	- 97,7	- 4,2	- 21,9	- 27,6	- 24,8	- 2,8	5,7	5,0	0,7	35,4	28,8	30,4	23,3
Febr.	- 27,1	0,0	- 15,6	- 26,4	- 23,7	- 2,7	10,8	12,6	- 1,8	- 8,1	- 7,4	- 4,0	2,0
März	- 44,2	1,9	- 41,3	- 29,2	- 22,7	- 6,5	- 12,1	- 6,8	- 5,3	- 2,4	- 5,1	- 3,2	- 7,3
April	27,6	- 1,3	- 6,9	- 11,2	- 8,1	- 3,1	4,3	4,9	- 0,5	27,6	28,4	18,1	- 2,8
Mai	- 142,7	0,3	- 23,5	- 22,8	- 22,4	- 0,5	- 0,7	- 1,4	0,7	- 22,0	- 27,1	- 11,6	5,5
Juni	- 102,1	- 0,2	- 7,2	- 16,1	- 14,9	- 1,1	8,8	9,1	- 0,3	1,1	6,6	7,3	12,9
Juli	- 72,5	- 0,6	- 38,9	- 25,6	- 20,3	- 5,4	- 13,2	- 10,5	- 2,8	- 2,8	- 6,0	- 14,6	- 13,1
Aug.	- 87,5	1,2	7,7	5,7	7,3	- 1,6	2,0	0,3	1,7	- 12,1	- 11,6	- 5,9	- 6,4
Sept.	- 14,6	- 1,0	- 5,4	- 10,1	- 8,9	- 1,2	4,7	6,1	- 1,4	- 2,7	2,3	3,4	2,8
Okt.	- 5,5	0,6	- 44,2	- 39,4	- 34,0	- 5,4	- 4,8	- 3,2	- 1,6	9,9	11,2	1,2	0,5
Nov.	32,6	- 0,6	15,3	11,0	11,2	- 0,2	4,2	2,3	1,9	5,6	1,3	4,0	4,8
Dez.	- 169,8	3,4	- 75,2	- 57,6	- 55,3	- 2,3	- 17,6	- 16,9	- 0,7	- 15,8	- 4,7	- 1,6	- 0,7
2014 Jan.	71,1	- 3,8	9,8	- 2,1	1,0	- 3,1	11,9	11,4	0,5	- 16,3	- 9,5	- 4,9	- 2,4
Febr.	- 37,7	0,2	- 9,3	1,0	4,7	- 3,7	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 3,1	- 4,9	- 2,0	5,1
März	- 50,8	- 0,6	- 34,5	- 28,5	- 25,2	- 3,3	- 6,0	- 6,1	0,1	4,1	3,4	7,9	2,4
April	30,6	1,0	- 3,1	- 8,7	- 7,5	- 1,2	5,6	3,5	2,1	23,0	22,0	20,4	3,5

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern											insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere					
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>														
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
257,2	603,1	367,0	236,1	403,7	282,5	162,1	121,2	31,1	90,1	1 005,2	786,0	1 444,5	2012 Juli	
258,9	598,1	359,6	238,4	403,4	281,3	161,0	122,1	31,7	90,4	1 007,4	787,3	1 408,9	Aug.	
262,1	601,7	359,8	241,9	407,8	283,5	161,4	124,3	31,4	92,9	1 005,3	788,1	1 352,2	Sept.	
256,9	611,8	366,5	245,3	408,0	282,2	160,0	125,8	31,9	93,9	1 003,5	784,8	1 295,6	Okt.	
257,2	612,2	360,2	252,0	407,1	282,8	160,3	124,3	32,0	92,3	996,2	778,1	1 274,5	Nov.	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	Dez.	
266,8	592,1	352,2	239,9	404,6	277,6	157,0	127,0	30,3	96,8	955,4	728,8	1 137,7	2013 Jan.	
260,8	588,7	347,3	241,4	404,6	280,2	157,0	124,4	30,3	94,1	959,5	739,4	1 140,0	Febr.	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,4	583,2	336,7	246,5	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	954,9	723,4	824,1	März	
284,3	584,5	336,8	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,5	732,7	827,4	April	
<b>Veränderungen 3)</b>														
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,1	- 1,3	- 3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
1,9	- 5,1	- 7,4	2,3	0,4	- 0,5	- 0,2	1,0	0,6	0,3	12,0	10,2	- 35,6	2012 Aug.	
3,4	2,8	- 0,6	3,4	5,1	2,9	1,3	2,2	- 0,4	2,6	6,7	9,1	- 57,7	Sept.	
- 5,2	9,5	6,7	2,8	0,7	- 0,9	- 1,1	1,6	0,6	1,0	0,9	- 0,8	- 57,3	Okt.	
0,4	0,3	- 6,3	6,6	- 0,7	0,8	0,4	- 1,5	0,1	- 1,6	- 6,8	- 6,3	- 2,8	Nov.	
2,7	- 18,3	- 9,9	- 8,5	- 7,3	- 7,2	- 1,6	- 0,2	- 1,6	1,4	- 19,8	- 27,4	- 35,8	Dez.	
7,1	- 1,6	2,0	- 3,5	6,6	3,6	0,1	3,0	- 0,1	3,1	- 3,1	- 4,8	- 103,9	2013 Jan.	
- 6,0	- 3,4	- 4,9	1,5	- 0,7	2,0	- 0,5	- 2,7	0,0	- 2,7	- 2,4	1,6	- 1,1	Febr.	
4,1	- 2,0	- 2,1	0,2	2,8	3,9	0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 7,1	0,6	März	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 11,0	- 6,7	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 27,1	- 26,8	- 55,2	Dez.	
7,4	4,6	6,2	- 1,6	6,8	4,8	1,8	2,0	0,1	2,0	33,4	33,3	15,3	2014 Jan.	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	5,0	11,5	- 30,5	Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,1	- 0,6	0,8	- 0,2	1,0	- 4,4	- 12,0	- 15,4	März	
16,9	1,6	0,4	1,1	1,0	- 0,2	2,9	1,2	0,6	0,6	6,6	9,4	3,0	April	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung \* in Tabelle II,1).

#### IV. Banken

##### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Einlagen von Nicht-	
		ins- gesamt	von Banken			ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern	ins- gesamt		zu- sammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
									zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>														
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6	
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9	
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6	
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4	
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9	
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8	
2012 Juli	8 726,8	1 454,7	1 190,5	264,1	3 084,9	2 974,1	1 207,7	1 151,3	378,6	615,9	520,1	78,5	30,1	
Aug.	8 695,6	1 447,9	1 185,3	262,6	3 092,7	2 985,4	1 221,5	1 149,6	378,2	615,3	521,0	76,3	30,3	
Sept.	8 567,6	1 428,2	1 175,5	252,8	3 100,1	2 991,1	1 241,8	1 135,2	366,7	614,1	521,3	77,5	33,6	
Okt.	8 489,2	1 415,4	1 161,0	254,4	3 099,5	2 993,8	1 265,7	1 114,7	355,4	613,5	521,5	76,3	32,1	
Nov.	8 440,0	1 413,7	1 160,3	253,5	3 114,9	3 006,6	1 293,1	1 100,7	346,7	612,8	522,0	76,8	33,1	
Dez.	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2013 Jan.	8 110,4	1 371,5	1 127,0	244,6	3 090,1	2 983,1	1 305,1	1 061,3	310,2	616,7	529,3	77,0	32,1	
Febr.	8 094,4	1 348,4	1 103,4	245,0	3 081,2	2 977,9	1 310,2	1 051,2	303,2	616,6	530,7	76,3	33,7	
März	8 063,0	1 333,9	1 093,6	240,3	3 082,3	2 979,7	1 310,5	1 054,7	307,1	614,4	529,3	77,2	35,3	
April	8 080,3	1 348,6	1 089,7	258,9	3 083,6	2 984,0	1 322,3	1 049,5	305,9	612,3	528,7	77,0	35,4	
Mai	7 937,6	1 320,9	1 071,5	249,4	3 100,0	2 998,0	1 337,7	1 049,6	306,6	610,7	529,1	74,3	32,7	
Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 997,9	1 345,3	1 043,0	302,4	609,6	528,9	78,2	37,1	
Juli	7 752,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	608,1	528,3	76,3	34,9	
Aug.	7 684,9	1 388,6	1 148,9	239,7	3 101,4	3 006,8	1 367,7	1 031,7	298,5	607,4	528,6	76,5	34,0	
Sept.	7 682,1	1 387,4	1 147,4	240,0	3 101,7	3 005,5	1 375,9	1 023,3	293,7	606,3	528,2	78,5	36,9	
Okt.	7 670,3	1 375,2	1 141,5	233,7	3 101,5	3 011,3	1 387,4	1 017,6	291,1	606,3	528,3	75,1	32,0	
Nov.	7 704,8	1 391,9	1 161,9	230,0	3 123,8	3 030,2	1 409,9	1 014,1	289,9	606,3	528,3	77,8	33,8	
Dez.	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8	
2014 Jan.	7 610,4	1 363,2	1 138,4	224,9	3 126,9	3 034,2	1 411,3	1 013,8	292,6	609,1	531,8	77,7	33,9	
Febr.	7 563,0	1 357,9	1 148,8	209,2	3 137,8	3 042,7	1 416,9	1 016,0	297,4	609,8	532,3	77,2	34,1	
März	7 512,4	1 347,5	1 132,2	215,3	3 131,3	3 035,5	1 412,2	1 014,8	298,8	608,5	531,0	79,3	34,2	
April	7 543,0	1 376,0	1 153,3	222,7	3 137,7	3 043,0	1 427,3	1 009,0	296,3	606,6	529,3	80,7	36,9	
<b>Veränderungen 4)</b>														
2006	356,8	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,4	4,4	
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6	
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	0,1	
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	4,1	
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2	
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5	
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4	
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3	
2012 Aug.	- 16,8	- 5,4	- 4,4	- 1,0	8,5	11,9	14,3	- 1,8	- 0,5	- 0,5	0,9	- 2,1	0,3	
Sept.	- 115,5	- 18,4	- 9,1	- 9,3	7,2	5,1	21,0	- 14,7	- 11,8	- 1,2	0,3	1,3	3,4	
Okt.	- 75,9	- 15,5	- 17,2	1,7	- 0,4	3,0	24,0	- 20,5	- 11,3	- 0,6	0,2	- 1,1	- 1,5	
Nov.	- 29,4	- 1,3	- 0,7	- 0,6	15,5	12,8	27,5	- 13,9	- 8,7	- 0,7	0,6	0,4	1,0	
Dez.	- 204,3	- 37,3	- 19,4	- 17,9	- 22,8	- 20,8	2,1	- 27,7	- 26,6	4,8	6,3	0,6	- 1,8	
2013 Jan.	- 97,7	- 2,3	- 7,4	9,8	- 0,2	- 1,2	10,9	- 11,2	- 9,7	- 0,8	1,0	- 0,1	1,0	
Febr.	- 27,1	- 24,8	- 24,6	- 0,2	- 9,8	- 5,9	4,5	- 10,3	- 7,2	- 0,1	1,4	- 0,9	1,5	
März	- 44,2	- 15,5	- 10,3	- 5,3	- 0,0	0,8	- 0,4	3,4	3,8	- 2,2	- 1,4	0,8	1,5	
April	27,6	15,8	- 3,2	19,1	1,9	4,9	12,5	- 5,4	- 1,4	- 2,1	- 0,6	- 0,2	0,1	
Mai	- 142,7	- 27,7	- 18,1	- 9,6	16,0	14,0	15,5	0,1	0,7	- 1,6	0,4	- 3,1	- 2,2	
Juni	- 102,1	- 19,8	- 11,6	- 8,2	5,4	0,3	7,6	- 6,2	- 4,6	- 1,1	- 0,2	4,0	4,5	
Juli	- 72,5	- 7,7	- 9,6	2,0	- 6,6	- 3,0	6,8	- 8,2	- 4,0	- 1,5	- 0,6	- 1,8	- 2,1	
Aug.	- 87,5	- 12,9	- 18,5	- 5,7	3,5	12,2	15,9	- 3,0	0,2	- 0,7	0,2	0,1	- 1,0	
Sept.	- 14,6	- 0,5	- 1,1	0,6	- 0,5	- 0,9	8,4	- 8,2	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,9	3,0	
Okt.	- 5,5	- 11,5	- 5,5	- 6,1	0,3	6,2	11,8	- 5,6	- 2,3	- 0,0	0,0	- 3,4	- 4,9	
Nov.	32,6	16,2	20,3	- 4,1	22,1	18,8	22,4	- 3,5	- 1,2	- 0,0	0,0	2,7	1,8	
Dez.	- 169,8	- 45,9	- 21,3	- 24,6	7,1	1,7	- 4,3	2,1	3,8	3,9	4,1	3,6	0,1	
2014 Jan.	71,1	16,0	- 2,5	- 18,5	- 4,4	2,0	5,5	- 2,5	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 3,8	- 0,0	
Febr.	- 37,7	- 4,4	11,0	- 15,3	11,6	8,4	6,2	1,5	4,0	0,7	0,5	- 0,4	0,2	
März	- 50,8	- 10,4	- 16,6	6,2	- 6,6	- 7,2	- 4,7	- 1,2	1,4	- 1,2	1,2	2,1	0,2	
April	30,6	28,5	21,2	7,3	6,4	7,5	15,1	- 5,7	- 2,5	- 1,9	- 1,6	1,4	2,6	

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>													
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
44,6	16,1	3,8	2,9	32,3	30,0	106,6	5,7	1 296,0	65,5	748,5	497,0	1 533,4	2012 Juli
42,1	14,3	3,9	2,9	31,0	27,7	108,1	5,3	1 285,6	62,8	769,0	492,5	1 494,5	Aug.
40,0	12,5	3,9	2,9	31,5	26,7	98,0	5,1	1 277,2	61,0	726,4	487,8	1 444,8	Sept.
40,4	12,6	3,9	2,9	29,3	26,6	107,8	5,4	1 264,6	60,7	719,3	488,1	1 389,0	Okt.
39,9	12,3	3,8	2,9	31,5	26,6	107,0	5,4	1 255,2	60,8	685,8	490,6	1 367,4	Nov.
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	Dez.
41,2	14,2	3,7	2,8	30,0	24,0	83,1	7,4	1 212,4	52,0	613,2	489,8	1 242,9	2013 Jan.
38,9	13,1	3,7	2,8	27,1	23,6	99,7	6,8	1 215,9	51,7	612,0	499,8	1 230,6	Febr.
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	März
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	Dez.
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,4	35,1	501,5	511,5	921,0	März
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,4	919,0	April
<b>Veränderungen 4)</b>													
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	- 3,3	- 0,3	- 34,8	- 22,1	- 32,4	- 27,5	- 36,6	2006
8,0	12,9	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	- 20,9	- 49,3	- 48,7	- 42,3	- 68,3	2007
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	- 50,2	- 0,1	- 39,3	- 56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	- 1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	- 137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,4	- 1,8	0,0	0,0	- 1,3	- 2,3	1,7	- 0,4	- 4,1	- 2,5	- 25,2	- 3,3	- 39,0	2012 Aug.
- 2,1	- 1,8	0,0	0,0	0,8	- 0,8	- 10,1	- 0,2	- 3,2	- 1,7	- 38,1	- 3,2	- 49,4	Sept.
0,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,0	9,9	0,4	- 10,5	- 0,2	- 5,8	0,7	- 54,6	Okt.
- 0,5	- 0,4	- 0,0	- 0,0	2,2	0,0	- 0,8	- 0,0	- 8,4	0,2	- 33,4	2,7	- 3,6	Nov.
2,5	2,5	- 0,1	- 0,1	- 2,6	- 0,7	- 26,5	1,9	- 17,6	- 3,7	- 71,5	- 2,5	- 28,1	Dez.
- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 0,0	1,1	- 2,0	2,7	0,1	- 12,0	- 4,6	7,3	5,0	- 102,9	2013 Jan.
- 2,4	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,4	16,6	- 0,5	- 2,2	- 0,5	- 5,5	8,4	- 9,4	Febr.
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,7	- 0,2	- 2,7	- 0,1	- 19,8	- 2,3	- 16,3	1,8	8,4	März
- 0,3	0,1	- 0,0	0,0	- 2,8	- 1,6	1,9	0,7	- 4,3	0,8	6,0	0,9	4,7	April
- 0,9	- 0,6	- 0,0	0,0	5,1	0,7	- 0,9	- 0,1	- 14,7	- 1,7	- 17,6	4,0	- 101,7	Mai
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,6	15,4	- 1,6	- 10,8	- 3,0	- 10,1	10,8	- 91,2	Juni
0,3	0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,8	1,5	- 23,5	- 0,0	- 12,7	- 4,0	- 5,7	2,0	- 18,3	Juli
- 1,2	2,2	- 0,0	- 0,0	- 8,9	- 6,8	- 9,4	0,0	- 8,4	- 3,4	- 17,6	3,6	- 72,1	Aug.
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 1,3	0,7	- 0,5	- 0,2	- 2,2	- 34,5	- 0,5	21,4	Sept.
1,5	1,6	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 1,5	4,0	- 0,5	- 5,9	0,1	4,2	- 0,1	4,2	Okt.
1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	0,6	0,4	- 3,5	- 0,1	- 2,1	- 1,6	9,3	- 5,5	- 3,8	Nov.
3,5	3,3	- 0,0	0,0	1,8	1,7	2,9	- 0,5	- 11,7	- 3,3	- 53,7	- 11,5	- 56,5	Dez.
- 3,8	- 3,7	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 4,2	1,2	0,1	- 12,2	- 3,3	37,2	13,5	19,8	2014 Jan.
- 0,6	0,3	- 0,0	0,0	3,6	1,1	0,1	- 0,0	- 5,1	1,7	- 4,5	- 2,2	- 33,2	Febr.
2,0	2,3	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,3	- 2,8	- 0,2	- 8,1	- 2,3	- 9,9	- 3,1	- 9,7	März
- 1,3	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,4	1,5	2,5	0,0	- 11,6	0,2	9,7	- 3,0	- 2,0	April

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. \* in Tabelle II,1).

#### IV. Banken

#### 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen \*)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
<b>Alle Bankengruppen</b>													
2013 Nov.	1 845	7 782,0	77,9	2 687,1	2 054,4	624,6	3 857,7	377,1	2 739,3	0,6	729,0	135,2	1 024,1
2013 Dez.	1 846	7 604,2	104,4	2 565,4	1 935,5	620,9	3 832,6	367,4	2 730,0	0,7	725,1	131,3	970,5
2014 Jan.	1 840	7 685,5	89,1	2 618,0	1 990,0	619,3	3 855,9	381,7	2 732,2	0,6	732,3	133,6	989,0
2014 Febr.	1 841	7 616,7	80,1	2 622,0	1 998,7	614,4	3 845,6	383,2	2 730,0	0,5	722,0	131,6	937,5
2014 März	1 840	7 565,3	77,5	2 582,0	1 961,1	611,8	3 852,0	378,7	2 727,6	0,5	733,9	132,0	921,7
2014 April	1 840	7 595,2	96,0	2 565,6	1 943,5	612,5	3 877,2	386,2	2 732,7	0,5	745,3	132,2	924,3
<b>Kreditbanken 6)</b>													
2014 März	275	2 768,6	33,6	951,4	852,8	95,6	1 062,8	187,9	659,9	0,2	207,6	67,9	653,0
2014 April	275	2 806,5	43,6	955,4	855,5	95,9	1 083,1	195,1	662,7	0,3	217,2	68,0	656,5
<b>Großbanken 7)</b>													
2014 März	4	1 711,4	7,7	562,6	507,0	53,0	461,7	101,9	246,4	0,1	107,1	60,6	618,8
2014 April	4	1 736,4	17,2	567,5	512,2	51,7	468,1	106,4	246,9	0,2	107,8	60,7	622,9
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>													
2014 März	164	824,0	15,5	229,5	188,2	40,9	544,5	67,6	380,6	0,1	96,0	6,6	27,9
2014 April	164	835,7	19,2	226,6	183,7	42,5	556,1	69,5	382,7	0,1	103,6	6,6	27,3
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>													
2014 März	107	233,3	10,3	159,3	157,6	1,7	56,6	18,4	32,9	0,0	4,6	0,7	6,3
2014 April	107	234,4	7,1	161,3	159,6	1,7	58,9	19,1	33,2	0,0	5,8	0,7	6,3
<b>Landesbanken</b>													
2014 März	9	1 091,2	6,1	380,4	271,8	107,0	560,3	69,0	373,9	0,1	114,2	14,2	130,2
2014 April	9	1 081,4	5,3	367,8	259,6	106,8	565,7	70,7	373,0	0,1	118,5	14,1	128,6
<b>Sparkassen</b>													
2014 März	417	1 099,4	13,5	217,0	81,1	135,3	836,7	57,2	651,8	0,1	127,5	15,0	17,3
2014 April	417	1 105,6	17,2	217,9	82,0	135,2	838,6	56,6	653,9	0,1	128,0	14,9	17,0
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken</b>													
2014 März	2	275,1	0,1	160,6	128,0	32,5	64,8	13,4	21,1	0,0	30,1	14,4	35,3
2014 April	2	272,2	1,5	158,2	125,2	33,0	61,7	12,3	21,4	0,0	28,0	14,4	36,3
<b>Kreditgenossenschaften</b>													
2014 März	1 078	760,9	9,9	173,1	55,5	117,5	546,3	33,4	431,8	0,1	80,9	12,1	19,4
2014 April	1 078	763,4	11,4	172,3	54,9	117,2	548,1	33,0	433,9	0,1	81,0	12,4	19,3
<b>Realkreditinstitute</b>													
2014 März	17	430,9	0,5	113,4	73,3	37,0	301,2	6,1	225,2	-	70,0	0,6	15,2
2014 April	17	427,5	0,7	111,2	71,2	36,9	299,7	6,3	224,1	-	69,3	0,6	15,4
<b>Bausparkassen</b>													
2014 März	22	207,3	0,7	61,4	44,5	16,9	139,1	1,6	119,5	.	18,1	0,4	5,7
2014 April	22	207,5	0,1	61,7	44,9	16,7	139,3	1,6	119,5	.	18,2	0,4	5,9
<b>Banken mit Sonderaufgaben</b>													
2014 März	20	931,8	13,2	524,7	454,2	70,0	340,8	10,1	244,4	-	85,4	7,5	45,5
2014 April	20	931,0	16,2	521,2	450,1	70,7	340,8	10,7	244,1	-	85,1	7,5	45,2
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>													
2014 März	144	852,5	20,6	342,8	300,4	39,9	400,8	63,5	238,8	0,1	95,4	5,3	83,1
2014 April	144	857,6	22,7	338,7	294,9	40,2	409,2	65,8	240,2	0,1	100,0	5,2	81,8
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>													
2014 März	37	619,2	10,2	183,5	142,8	38,2	344,2	45,0	205,9	0,1	90,9	4,5	76,7
2014 April	37	623,2	15,5	177,4	135,3	38,5	350,2	46,6	207,1	0,1	94,2	4,5	75,5

\* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)			darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
<b>Alle Bankengruppen</b>															
1 753,1	437,0	1 316,1	3 302,1	1 540,0	307,2	746,2	73,6	616,2	536,1	92,5	1 206,7	437,2	1 082,9	2013 Nov.	
1 656,0	348,1	1 307,9	3 306,5	1 528,0	323,6	742,7	77,8	620,0	540,3	92,2	1 179,7	437,5	1 024,4	2013 Dez.	
1 712,9	418,1	1 294,8	3 304,6	1 543,1	310,0	741,6	79,6	618,9	539,6	90,9	1 186,5	437,5	1 044,1	2014 Jan.	
1 702,9	409,7	1 293,2	3 312,8	1 551,3	314,2	738,0	81,9	619,6	540,0	89,8	1 173,4	438,5	989,2	2014 Febr.	
1 685,9	406,4	1 279,5	3 299,9	1 546,2	312,3	735,6	75,3	618,3	538,8	87,5	1 161,7	439,1	978,8	2014 März	
1 720,7	402,8	1 318,0	3 312,6	1 565,6	312,0	733,0	78,2	616,3	537,0	85,7	1 146,9	439,2	975,8	2014 April	
<b>Kreditbanken 6)</b>															
659,3	254,5	404,8	1 196,3	690,1	164,4	202,8	55,3	113,0	100,3	26,0	143,0	141,8	628,2	2014 März	
684,1	265,6	418,5	1 207,5	701,3	165,2	203,3	55,4	112,1	99,6	25,5	143,8	142,6	628,5	2014 April	
<b>Großbanken 7)</b>															
428,8	190,2	238,6	522,9	285,3	78,5	79,3	55,3	71,2	69,1	8,7	103,8	80,8	575,1	2014 März	
447,7	200,9	246,8	528,0	290,4	80,8	77,5	55,3	70,7	68,6	8,7	104,7	81,1	574,9	2014 April	
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>															
133,7	38,4	95,4	552,3	330,1	65,1	99,3	0,0	41,6	31,2	16,1	38,6	52,8	46,7	2014 März	
139,3	38,2	101,1	558,3	335,6	64,2	101,4	0,1	41,3	30,9	15,7	38,5	53,0	46,6	2014 April	
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>															
96,7	25,9	70,8	121,2	74,7	20,9	24,2	-	0,2	0,1	1,2	0,6	8,3	6,5	2014 März	
97,1	26,5	70,6	121,2	75,3	20,3	24,4	-	0,2	0,1	1,2	0,6	8,5	6,9	2014 April	
<b>Landesbanken</b>															
319,9	53,9	266,0	314,5	114,3	58,4	127,1	16,8	14,6	10,7	0,1	261,0	61,8	134,0	2014 März	
321,8	47,1	274,6	306,6	108,8	57,6	125,4	16,8	14,7	10,8	0,1	261,2	60,0	131,9	2014 April	
<b>Sparkassen</b>															
150,9	16,9	134,0	803,3	413,1	28,7	15,4	-	300,7	258,6	45,5	15,2	84,3	45,6	2014 März	
151,9	11,5	140,4	808,2	420,4	28,0	15,2	-	300,1	258,0	44,4	15,1	84,7	45,8	2014 April	
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken</b>															
135,3	31,9	103,3	34,3	11,6	9,2	11,3	2,1	-	-	2,2	57,2	13,8	34,5	2014 März	
133,1	28,7	104,4	34,6	12,7	8,6	11,0	2,6	-	-	2,2	56,6	14,0	34,0	2014 April	
<b>Kreditgenossenschaften</b>															
100,3	7,2	93,1	559,7	299,6	36,1	22,0	-	189,4	168,7	12,6	11,0	54,9	35,0	2014 März	
101,6	6,0	95,6	561,7	302,7	36,0	21,7	-	188,9	168,1	12,4	10,1	55,4	34,7	2014 April	
<b>Realkreditinstitute</b>															
108,9	6,7	102,2	154,1	7,9	8,3	137,6	-	0,2	0,2	.	131,6	16,9	19,5	2014 März	
108,0	6,4	101,6	153,3	8,4	7,5	137,0	-	0,2	0,2	.	130,1	16,8	19,3	2014 April	
<b>Bausparkassen</b>															
23,1	2,3	20,8	156,3	0,5	0,6	154,0	-	0,3	0,3	1,0	4,0	9,1	14,7	2014 März	
24,1	2,0	22,1	156,4	0,5	0,6	154,1	-	0,3	0,3	1,0	3,1	9,2	14,6	2014 April	
<b>Banken mit Sonderaufgaben</b>															
188,2	33,0	155,2	81,2	9,1	6,5	65,5	1,1	-	-	.	538,7	56,4	67,3	2014 März	
196,2	35,4	160,8	84,4	10,7	8,4	65,3	3,4	-	-	.	526,9	56,6	67,0	2014 April	
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>															
216,4	69,5	146,9	470,4	297,3	63,7	75,7	12,3	21,5	21,2	12,1	28,0	47,0	90,7	2014 März	
226,0	73,5	152,5	466,1	296,7	61,6	74,3	10,3	21,6	21,2	11,9	28,4	47,3	89,7	2014 April	
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>															
119,7	43,6	76,1	349,2	222,6	42,9	51,5	12,3	21,4	21,1	11,0	27,5	38,7	84,2	2014 März	
128,9	47,0	81,9	344,9	221,4	41,3	49,9	10,3	21,4	21,1	10,8	27,8	38,8	82,8	2014 April	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich selbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

#### IV. Banken

#### 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland \*)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2012 Nov.	14,7	185,4	1 695,0	1 262,7	-	2,8	429,5	2,1	3 265,5	2 825,2	0,5	5,8	433,9
2012 Dez.	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013 Jan.	14,4	131,5	1 629,0	1 206,0	-	2,0	421,0	2,4	3 243,1	2 806,0	0,5	2,1	434,4
2013 Febr.	14,4	103,5	1 628,4	1 207,8	-	2,2	418,5	2,3	3 237,4	2 804,4	0,5	2,0	430,6
2013 März	16,0	112,8	1 591,0	1 176,5	-	2,0	412,5	2,3	3 234,0	2 795,7	0,5	1,9	435,9
2013 April	14,9	103,3	1 588,2	1 176,9	-	2,1	409,1	2,3	3 260,9	2 801,4	0,4	2,9	456,2
2013 Mai	15,1	89,3	1 578,5	1 168,8	-	2,1	407,6	2,3	3 232,1	2 795,8	0,4	2,9	433,0
2013 Juni	14,9	91,7	1 560,6	1 151,6	-	1,9	407,2	2,4	3 238,0	2 806,0	0,4	1,3	430,3
2013 Juli	14,5	89,9	1 536,2	1 132,8	0,0	2,0	401,4	2,3	3 230,8	2 796,7	0,4	2,0	431,7
2013 Aug.	15,1	91,5	1 637,1	1 235,3	-	1,9	399,9	2,3	3 127,2	2 691,9	0,4	1,9	433,1
2013 Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	-	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
2013 Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
2013 Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
2013 Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014 Jan.	14,7	63,3	1 566,3	1 177,0	0,0	1,7	387,6	2,2	3 140,7	2 696,3	0,4	1,2	442,7
2014 Febr.	14,9	51,6	1 578,3	1 192,8	0,0	1,7	383,8	1,6	3 134,5	2 695,3	0,4	1,4	437,4
2014 März	14,4	50,5	1 551,1	1 168,8	0,0	1,5	380,8	1,6	3 136,4	2 692,5	0,4	1,4	442,1
2014 April	15,3	65,2	1 527,8	1 146,6	0,0	1,3	379,8	1,6	3 158,0	2 696,1	0,4	1,7	459,8
<b>Veränderungen *)</b>													
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	- 0,0	- 0,8	- 11,9	- 0,0	- 6,7	- 11,8	- 0,3	- 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2012 Nov.	- 0,3	+ 6,8	- 18,4	- 14,8	-	- 0,8	- 2,8	+ 0,0	- 5,5	- 12,0	- 0,0	- 0,7	+ 7,3
2012 Dez.	+ 3,8	- 51,2	- 40,0	- 33,7	-	- 0,4	- 6,0	+ 0,1	- 45,1	- 39,8	+ 0,2	- 3,7	- 1,8
2013 Jan.	- 4,0	- 2,8	- 26,1	- 23,1	-	- 0,4	- 2,6	- 0,0	+ 22,7	+ 20,5	- 0,1	- 0,0	+ 2,4
2013 Febr.	- 0,0	- 27,9	+ 2,5	+ 4,8	-	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 5,7	- 1,6	- 0,1	- 0,2	- 3,9
2013 März	+ 1,6	+ 9,3	- 37,4	- 31,3	-	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 3,4	- 8,7	- 0,0	- 0,0	+ 5,4
2013 April	- 1,1	- 9,5	- 2,8	+ 0,5	-	+ 0,2	- 3,4	- 0,0	+ 26,9	+ 5,7	- 0,0	+ 1,0	+ 20,3
2013 Mai	+ 0,3	- 14,0	- 9,8	- 8,2	-	- 0,0	- 1,5	- 0,0	- 28,8	- 5,6	- 0,0	+ 0,0	- 23,2
2013 Juni	- 0,2	+ 2,5	- 17,9	- 17,2	-	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 5,9	+ 10,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,1
2013 Juli	- 0,4	- 1,8	- 24,5	- 18,8	+ 0,0	+ 0,1	- 5,8	- 0,1	- 7,2	- 9,3	- 0,0	+ 0,7	+ 1,4
2013 Aug.	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,4	+ 5,0	- 0,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	- 10,7	- 12,0	- 0,0	- 0,2	+ 1,4
2013 Sept.	- 0,4	+ 6,3	- 16,7	- 15,6	-	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0
2013 Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
2013 Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
2013 Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3
2014 Jan.	- 3,8	- 22,3	+ 20,8	+ 23,9	- 0,0	- 0,0	- 3,2	- 0,0	+ 9,1	+ 3,7	- 0,1	- 0,1	+ 5,6
2014 Febr.	+ 0,2	- 11,7	+ 12,0	+ 15,9	-	- 0,1	- 3,8	- 0,0	- 6,2	- 1,0	- 0,0	+ 0,2	- 5,3
2014 März	- 0,6	- 1,0	+ 27,2	- 24,0	-	- 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 2,1	- 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 4,7
2014 April	+ 0,9	+ 14,7	- 23,3	- 22,2	-	- 0,2	- 0,9	- 0,0	+ 21,5	+ 3,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,7

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs-forderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhand-kredite	Beteiligun-gen an in-ländischen Banken und Unter-nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit	
			insgesamt	Sicht-ein-lagen 4)	Termin-ein-lagen 4)	weiter-gegebene Wechsel 5)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	insgesamt	Sicht-ein-lagen	Termin-ein-lagen 6)	Spar-ein-lagen 7)	Spar-briefe 8)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>															
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004	
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005	
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006	
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007	
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008	
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009	
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010	
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011	
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013	
-	35,0	90,2	1 160,0	136,1	1 023,7	0,0	36,4	3 137,0	1 317,7	1 111,8	612,8	94,6	35,2	2012 Nov.	
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012 Dez.	
-	34,5	90,8	1 126,1	125,9	1 000,2	0,0	35,4	3 087,3	1 326,2	1 053,6	616,8	90,7	35,0	2013 Jan.	
-	34,5	90,5	1 102,3	129,5	972,8	0,0	35,6	3 097,1	1 336,2	1 055,8	616,6	88,5	34,9	2013 Febr.	
-	34,2	89,3	1 092,4	130,8	961,5	0,0	35,8	3 096,3	1 330,3	1 064,7	614,5	86,8	34,8	2013 März	
-	33,7	89,3	1 088,3	130,5	957,8	0,0	35,4	3 100,3	1 344,5	1 058,4	612,3	85,1	34,6	2013 April	
-	33,5	91,8	1 070,5	126,2	944,2	0,0	35,3	3 115,4	1 363,4	1 058,3	610,7	83,0	34,5	2013 Mai	
-	33,2	91,0	1 059,4	124,9	934,5	0,0	34,8	3 129,7	1 369,8	1 069,2	609,7	81,0	34,4	2013 Juni	
-	32,8	91,0	1 049,2	121,8	927,4	0,0	34,1	3 105,2	1 374,8	1 042,7	608,1	79,6	34,4	2013 Juli	
-	32,6	91,0	1 148,5	140,4	1 008,2	0,0	34,0	3 023,6	1 372,9	964,4	607,5	78,8	34,4	2013 Aug.	
-	31,9	91,1	1 147,2	146,3	1 000,9	0,0	33,9	3 020,6	1 379,4	956,9	606,4	78,0	33,5	2013 Sept.	
-	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	2013 Okt.	
-	31,6	91,0	1 161,7	162,1	999,7	0,0	33,7	3 044,4	1 413,4	947,8	606,3	76,9	33,3	2013 Nov.	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013 Dez.	
-	31,2	92,0	1 138,1	143,5	994,6	0,0	33,1	3 047,2	1 416,0	946,7	609,1	75,4	32,9	2014 Jan.	
-	28,0	91,6	1 148,8	153,5	995,3	0,0	12,1	3 056,6	1 422,6	949,8	609,8	74,4	32,7	2014 Febr.	
-	27,8	92,3	1 131,6	149,1	982,5	0,0	12,0	3 048,0	1 416,9	948,8	608,6	73,7	32,5	2014 März	
-	27,6	92,5	1 153,3	148,1	1 005,2	0,0	11,8	3 057,2	1 431,5	947,0	606,7	72,0	32,4	2014 April	
<b>Veränderungen *)</b>															
-	1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	-	+ 0,3	- 0,1	- 0,8	+ 11,4	- 12,2	-	+ 0,1	+ 12,2	+ 25,0	- 10,0	- 0,7	- 2,0	+ 0,3	2012 Nov.
-	-	+ 0,0	- 0,2	- 19,9	+ 1,4	- 21,1	-	- 0,1	- 46,5	- 11,2	- 39,1	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	2012 Dez.
-	-	- 0,3	+ 0,9	- 9,0	- 6,8	- 2,2	-	- 0,8	- 2,9	+ 19,7	- 18,8	- 0,8	- 2,9	- 0,0	2013 Jan.
-	-	- 0,0	- 0,4	- 23,9	+ 3,5	- 27,4	-	+ 0,2	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	- 0,1	- 2,2	- 0,0	2013 Febr.
-	-	- 0,3	- 1,2	- 9,6	+ 1,6	- 11,3	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	- 2,2	- 1,8	- 0,1	2013 März
-	-	- 0,5	+ 0,1	- 4,1	- 0,8	- 3,3	+ 0,0	- 0,4	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	2013 April
-	-	- 0,2	+ 2,5	- 17,8	- 5,1	- 12,7	+ 0,0	- 0,1	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	- 2,2	- 0,1	2013 Mai
-	-	- 0,3	- 0,8	- 11,4	- 1,4	- 10,0	- 0,0	- 0,5	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	2013 Juni
-	-	- 0,5	- 0,1	- 10,2	- 3,0	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 1,5	- 1,5	- 0,0	2013 Juli
-	-	- 0,2	+ 0,1	+ 15,0	+ 2,8	+ 12,2	-	- 0,1	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	2013 Aug.
-	-	- 0,7	+ 0,1	- 1,3	+ 5,9	- 7,3	+ 0,0	- 0,5	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 1,1	- 0,9	- 0,5	2013 Sept.
-	-	- 0,4	- 0,0	- 5,8	+ 3,9	- 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1	2013 Okt.
-	-	+ 0,0	- 0,1	+ 20,3	+ 11,9	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 0,0	- 0,5	- 0,0	2013 Nov.
-	-	- 0,0	+ 1,3	- 21,5	- 36,5	+ 15,0	+ 0,0	- 0,4	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	2013 Dez.
-	-	- 0,3	- 0,3	- 2,2	+ 17,9	- 20,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 1,0	- 1,2	- 0,1	2014 Jan.
-	-	- 0,1	- 0,3	+ 10,7	+ 10,0	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	2014 Febr.
-	-	- 0,2	+ 0,7	- 17,1	- 4,4	- 12,8	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 5,8	- 0,9	- 1,2	- 0,7	- 0,2	2014 März
-	-	- 0,2	+ 0,2	+ 21,7	- 1,0	+ 22,7	- 0,0	- 0,2	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,1	2014 April

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzpte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland \*)

Mrd €

Zeit	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
	insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken	
		zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2012 Nov.	0,9	1 067,9	837,2	561,9	275,3	5,9	224,8	2,6	753,2	470,4	127,9	342,5	7,5	275,4
2012 Dez.	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013 Jan.	0,6	1 033,1	798,8	535,3	263,5	6,3	228,0	2,5	731,5	441,4	110,5	330,9	10,0	280,0
2013 Febr.	0,6	1 056,0	822,8	562,2	260,6	5,7	227,5	2,5	729,7	443,5	110,6	332,9	9,4	276,9
2013 März	1,0	1 045,3	810,6	548,3	262,3	5,6	229,1	2,5	739,3	450,6	116,6	334,0	8,6	280,1
2013 April	0,8	1 046,9	813,3	557,4	256,0	5,2	228,3	2,5	737,3	449,1	118,9	330,2	9,0	279,2
2013 Mai	0,8	1 046,0	811,0	552,8	258,2	5,1	229,9	2,5	741,3	444,6	118,0	326,6	10,6	286,1
2013 Juni	0,8	1 051,5	816,5	563,5	253,0	5,6	229,4	2,5	728,8	433,3	109,8	323,6	9,7	285,8
2013 Juli	0,7	1 024,5	791,2	542,0	249,2	5,4	228,0	2,5	730,8	429,4	108,9	320,6	10,1	291,3
2013 Aug.	1,3	1 032,2	796,0	548,1	247,9	5,2	230,9	2,5	723,6	425,0	108,6	316,4	12,7	285,9
2013 Sept.	0,6	1 021,7	786,8	542,1	244,7	5,8	229,0	2,5	712,2	415,1	102,2	312,8	9,4	287,8
2013 Okt.	0,4	1 040,7	806,7	564,2	242,5	5,6	228,5	2,5	709,1	413,0	102,8	310,2	10,6	285,5
2013 Nov.	0,3	1 060,2	822,5	579,9	242,6	6,8	230,8	2,5	718,5	418,1	109,1	309,0	10,0	290,4
2013 Dez.	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014 Jan.	0,2	1 051,7	813,1	577,8	235,3	6,9	231,7	2,5	715,2	417,7	110,5	307,2	8,0	289,6
2014 Febr.	0,2	1 043,7	805,9	572,5	233,5	7,2	230,6	1,7	711,1	418,1	113,4	304,7	8,4	284,6
2014 März	0,2	1 030,9	792,4	554,2	238,2	7,4	231,1	1,7	715,6	413,9	108,9	305,1	9,9	291,8
2014 April	0,2	1 037,8	796,9	560,9	235,9	8,2	232,7	1,7	719,2	423,0	118,6	304,4	10,7	285,5
<b>Veränderungen *)</b>														
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	+ 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2012 Nov.	- 0,0	- 19,5	- 20,1	- 17,4	- 2,7	- 0,4	+ 1,0	+ 0,0	+ 10,7	+ 11,4	+ 11,1	+ 0,3	- 1,8	+ 1,0
2012 Dez.	- 0,1	- 18,0	- 19,8	- 14,3	- 5,5	- 0,5	+ 2,3	- 0,0	- 21,0	- 25,6	- 22,2	- 3,4	+ 1,6	+ 3,0
2013 Jan.	- 0,2	- 4,6	- 6,7	- 5,8	- 0,9	+ 0,8	+ 1,2	- 0,0	+ 9,1	+ 4,5	+ 6,5	- 2,0	+ 1,0	+ 3,6
2013 Febr.	+ 0,1	+ 16,5	+ 17,8	+ 23,4	- 5,6	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 6,8	- 2,1	- 0,6	- 1,5	- 0,7	- 4,0
2013 März	+ 0,3	- 15,9	- 16,6	- 16,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 4,7	- 2,1	- 0,7	+ 2,3
2013 April	- 0,2	+ 6,1	+ 7,2	+ 11,5	- 4,4	- 0,4	- 0,7	- 0,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,9	- 1,4	+ 0,4	- 0,1
2013 Mai	+ 0,0	- 0,9	- 2,4	- 4,6	+ 2,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,8	- 4,8	- 1,0	- 3,7	+ 1,6	+ 6,9
2013 Juni	+ 0,0	+ 6,7	+ 6,8	+ 11,4	- 4,6	+ 0,5	- 0,5	- 0,0	- 11,4	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 0,9	- 0,1
2013 Juli	- 0,2	- 23,3	- 21,8	- 19,5	- 2,2	- 0,1	- 1,4	- 0,0	+ 4,9	- 1,6	- 0,4	- 1,3	+ 0,4	+ 6,1
2013 Aug.	+ 0,6	- 5,5	- 8,2	- 6,1	- 2,1	- 0,2	+ 2,8	+ 0,0	- 8,0	- 5,0	- 0,6	- 4,4	+ 2,6	- 5,6
2013 Sept.	- 0,6	- 7,2	- 6,0	- 4,2	- 1,8	+ 0,6	- 1,8	+ 0,0	- 9,0	- 8,1	- 6,2	- 2,0	- 3,3	+ 2,4
2013 Okt.	- 0,2	+ 23,5	+ 24,4	+ 25,3	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 2,4	- 2,0	- 0,8	- 1,2	+ 1,2	- 1,6
2013 Nov.	- 0,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 15,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,7	+ 6,1	- 2,5	- 0,6	+ 4,8
2013 Dez.	- 0,1	- 37,5	- 37,3	- 31,7	- 5,6	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 15,3	- 11,5	- 8,5	- 3,0	- 1,8	- 2,0
2014 Jan.	- 0,0	+ 35,5	+ 34,4	+ 36,9	- 2,4	- 0,4	+ 1,5	- 0,0	+ 10,7	+ 10,0	+ 9,7	+ 0,4	- 0,2	+ 0,9
2014 Febr.	- 0,0	- 3,2	- 2,6	- 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 1,0	-	- 0,8	+ 3,1	+ 3,5	- 0,3	+ 0,4	- 4,3
2014 März	- 0,0	- 13,0	- 14,0	- 18,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 4,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 6,9
2014 April	+ 0,0	+ 7,7	+ 5,3	+ 7,2	- 2,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,0	+ 4,1	+ 9,5	+ 9,8	- 0,3	+ 0,8	- 6,2

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)							Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite			
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004		
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005		
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006		
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007		
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008		
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010		
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013		
33,1	49,0	780,0	353,5	426,5	307,5	119,0	0,1	244,5	120,2	124,3	62,7	61,6	1,3	2012 Nov.		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012 Dez.		
32,1	49,6	702,8	318,1	384,7	268,8	115,9	0,1	241,9	116,4	125,5	65,5	60,0	1,2	2013 Jan.		
32,3	46,7	695,3	306,3	389,0	280,1	109,0	0,1	246,6	122,9	123,8	64,4	59,3	1,2	2013 Febr.		
32,6	45,8	681,2	278,8	402,4	296,2	106,2	0,1	243,6	116,1	127,5	65,2	62,3	1,1	2013 März		
32,5	46,3	689,5	302,2	387,2	283,1	104,1	0,1	255,6	122,4	133,3	71,9	61,4	1,1	2013 April		
32,5	46,4	657,2	293,5	363,7	259,4	104,4	0,1	261,4	132,2	129,2	67,9	61,2	1,1	2013 Mai		
32,1	46,4	649,3	269,6	379,7	275,1	104,6	0,1	255,5	126,6	128,9	67,9	61,0	1,1	2013 Juni		
32,0	46,3	641,4	277,6	363,8	260,3	103,5	0,1	250,6	126,4	124,2	63,7	60,5	1,1	2013 Juli		
32,0	46,3	627,6	254,2	373,3	269,3	104,0	0,1	253,6	129,3	124,3	65,0	59,3	1,1	2013 Aug.		
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	2013 Sept.		
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	2013 Okt.		
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	2013 Nov.		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013 Dez.		
31,0	41,6	574,8	274,6	300,2	206,7	93,5	0,1	257,4	127,1	130,3	67,1	63,2	1,0	2014 Jan.		
14,4	40,0	554,1	256,2	297,9	205,6	92,3	0,1	256,1	128,6	127,5	66,2	61,3	1,0	2014 Febr.		
14,4	39,7	554,2	257,3	297,0	200,1	96,9	0,1	251,9	129,4	122,5	62,8	59,7	1,0	2014 März		
14,4	39,7	567,4	254,6	312,8	215,7	97,0	0,1	255,4	134,1	121,3	61,6	59,7	1,0	2014 April		
Veränderungen *)																
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005		
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006		
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007		
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008		
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009		
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010		
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011		
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012		
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013		
+ 0,1	- 0,0	- 32,1	- 18,3	- 13,8	- 13,0	- 0,8	- 0,0	+ 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 0,1	2012 Nov.		
- 0,5	- 2,5	- 86,4	- 63,2	- 23,2	- 21,8	- 1,4	- 0,0	- 6,1	- 12,5	+ 6,4	+ 6,6	- 0,2	- 0,1	2012 Dez.		
- 0,5	+ 3,2	+ 16,2	+ 30,1	- 13,9	- 14,1	+ 0,1	-	+ 5,9	+ 9,8	- 3,9	- 3,2	- 0,7	- 0,0	2013 Jan.		
+ 0,1	- 2,9	- 11,5	- 13,4	+ 2,0	+ 9,9	- 7,9	-	+ 3,4	+ 5,9	- 2,5	- 1,5	- 1,0	- 0,0	2013 Febr.		
+ 0,4	- 1,0	- 14,6	- 29,0	+ 14,4	+ 14,5	- 0,1	- 0,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	- 0,0	2013 März		
- 0,1	+ 0,6	+ 11,4	+ 24,6	- 13,1	- 11,6	- 1,5	-	+ 13,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 7,0	- 0,6	- 0,0	2013 April		
- 0,0	+ 0,1	- 32,5	- 9,1	- 23,5	- 23,7	+ 0,2	-	+ 5,2	+ 10,3	- 5,1	- 4,0	- 1,1	- 0,0	2013 Mai		
- 0,4	- 0,0	- 7,0	- 23,5	+ 16,5	+ 16,1	+ 0,3	- 0,0	- 5,5	- 5,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	2013 Juni		
- 0,1	- 0,1	- 5,7	+ 8,9	- 14,6	- 13,9	- 0,6	-	- 4,0	+ 0,3	- 4,2	- 4,0	- 0,3	+ 0,0	2013 Juli		
- 0,0	+ 0,0	- 24,9	+ 34,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 0,3	-	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,2	- 1,3	- 0,0	2013 Aug.		
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	2013 Sept.		
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	2013 Okt.		
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	2013 Nov.		
- 0,9	- 5,1	- 73,9	- 51,7	- 22,2	- 19,5	- 2,7	- 0,0	+ 0,9	- 8,2	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	- 0,1	2013 Dez.		
+ 0,2	+ 2,5	+ 56,6	+ 51,1	+ 5,5	+ 9,7	- 4,2	-	- 1,5	+ 8,6	- 10,1	- 10,0	- 0,1	- 0,1	2014 Jan.		
- 0,1	- 1,6	- 18,0	- 17,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	-	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,0	2014 Febr.		
+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	- 5,5	+ 4,6	- 0,0	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	- 3,4	- 1,5	+ 0,0	2014 März		
- 0,1	- 0,0	+ 13,6	- 2,4	+ 16,0	+ 15,8	+ 0,2	-	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	2014 April		

#### IV. Banken

##### 5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt  mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen   ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>											
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2012 Nov.	3 265,5	2 825,7	410,4	338,2	337,8	0,4	72,1	66,8	5,4	2 855,1	2 316,4
2012 Dez.	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013 Jan.	3 243,1	2 806,5	399,6	338,2	337,4	0,8	61,4	60,1	1,4	2 843,4	2 314,1
2013 Febr.	3 237,4	2 804,9	396,1	338,4	337,5	0,9	57,7	56,6	1,1	2 841,3	2 311,6
2013 März	3 234,0	2 796,2	387,5	332,7	331,7	1,0	54,8	53,9	0,9	2 846,5	2 315,9
2013 April	3 260,9	2 801,8	391,4	326,7	325,5	1,2	64,7	63,0	1,7	2 869,5	2 338,4
2013 Mai	3 232,1	2 796,2	380,3	325,9	324,9	1,1	54,3	52,5	1,9	2 851,9	2 325,8
2013 Juni	3 238,0	2 806,4	389,9	338,8	338,2	0,6	51,1	50,4	0,7	2 848,2	2 319,6
2013 Juli	3 230,8	2 797,1	376,1	319,9	319,3	0,6	56,1	54,7	1,4	2 854,8	2 323,0
2013 Aug.	3 127,2	2 692,3	269,9	220,6	220,1	0,6	49,3	48,0	1,3	2 857,3	2 324,5
2013 Sept.	3 127,5	2 692,3	276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5
2013 Okt.	3 138,2	2 698,8	279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0
2013 Nov.	3 139,2	2 698,7	270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0
2013 Dez.	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014 Jan.	3 140,7	2 696,8	272,9	214,7	213,9	0,8	58,2	57,8	0,4	2 867,8	2 335,9
2014 Febr.	3 134,5	2 695,7	271,7	216,6	215,9	0,7	55,1	54,5	0,6	2 862,7	2 330,7
2014 März	3 136,4	2 692,9	271,7	220,6	219,8	0,7	51,2	50,5	0,7	2 864,7	2 333,1
2014 April	3 158,0	2 696,5	269,9	217,2	216,6	0,7	52,6	51,6	1,0	2 888,1	2 356,7
<b>Veränderungen *)</b>											
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	+ 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2012 Nov.	- 5,5	- 12,1	- 20,3	- 12,8	- 12,8	- 0,0	- 7,4	- 6,8	- 0,6	+ 14,8	+ 6,9
2012 Dez.	- 45,1	- 39,6	- 34,3	- 21,4	- 21,4	+ 0,0	- 12,9	- 9,2	- 3,7	- 10,8	- 5,5
2013 Jan.	+ 22,7	+ 20,4	+ 24,4	+ 22,3	+ 22,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,5	- 0,3	- 1,7	+ 2,3
2013 Febr.	- 5,7	- 1,7	- 3,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 2,2	- 2,5
2013 März	- 3,4	- 8,7	- 8,6	- 5,7	- 5,8	+ 0,1	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 5,3	+ 4,4
2013 April	+ 26,9	+ 5,7	+ 3,9	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 0,8	+ 23,0	+ 22,5
2013 Mai	- 28,8	- 5,6	- 11,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 10,4	- 10,5	+ 0,1	- 17,6	- 12,6
2013 Juni	+ 5,9	+ 10,2	+ 10,0	+ 13,2	+ 13,3	- 0,1	- 3,2	- 2,1	- 1,1	- 4,1	- 6,6
2013 Juli	- 7,2	- 9,3	- 13,8	- 18,8	- 18,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 0,7	+ 6,6	+ 3,3
2013 Aug.	- 10,7	- 12,0	- 16,4	- 9,6	- 9,5	- 0,1	- 6,8	- 6,7	- 0,1	+ 5,6	+ 4,7
2013 Sept.	+ 0,3	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,0	- 6,6	- 4,1
2013 Okt.	+ 10,8	+ 6,7	+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5
2013 Nov.	+ 1,0	- 0,1	- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2
2013 Dez.	- 7,5	- 5,5	- 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4
2014 Jan.	+ 9,1	+ 3,6	+ 3,5	- 3,3	- 3,4	+ 0,2	+ 6,8	+ 7,1	- 0,3	+ 5,6	+ 7,7
2014 Febr.	- 6,2	- 1,1	- 1,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 3,1	- 3,4	+ 0,3	- 5,0	- 5,3
2014 März	+ 2,1	- 2,7	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,1	- 0,0	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,5
2014 April	+ 21,5	+ 3,6	- 1,9	- 3,3	- 3,3	- 0,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 23,4	+ 23,2

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	-	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	-	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	-	2,7	2013	
2 127,7	251,3	1 876,4	188,7	31,5	538,7	293,4	40,1	253,4	245,2	-	3,5	2012 Nov.	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	Dez.	
2 116,9	249,6	1 867,3	197,2	31,0	529,4	292,1	39,7	252,4	237,3	-	3,5	2013 Jan.	
2 120,1	249,3	1 870,8	191,5	31,0	529,7	290,6	39,3	251,4	239,1	-	3,4	Febr.	
2 119,3	249,6	1 869,7	196,6	30,8	530,6	291,3	40,5	250,8	239,3	-	3,4	März	
2 121,1	249,8	1 871,3	217,3	30,4	531,1	292,2	40,8	251,4	238,9	-	3,3	April	
2 126,7	252,0	1 874,7	199,1	30,3	526,1	292,2	40,3	251,8	233,9	-	3,2	Mai	
2 125,9	250,5	1 875,4	193,7	30,0	528,6	292,0	40,5	251,4	236,6	-	3,2	Juni	
2 130,5	252,0	1 878,5	192,4	29,6	531,8	292,6	41,2	251,4	239,2	-	3,1	Juli	
2 131,7	249,5	1 882,2	192,8	29,5	532,8	292,6	41,2	251,3	240,3	-	3,1	Aug.	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	-	2,7	Sept.	
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	-	2,6	Okt.	
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	-	2,6	Nov.	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	-	2,7	Dez.	
2 137,4	248,6	1 888,8	198,5	28,6	531,8	287,6	38,4	249,2	244,2	-	2,7	2014 Jan.	
2 138,7	248,5	1 890,2	192,0	25,8	532,1	286,6	38,0	248,6	245,4	-	2,3	Febr.	
2 136,4	249,1	1 887,3	196,7	25,5	531,6	286,2	37,4	248,8	245,4	-	2,3	März	
2 143,2	251,0	1 892,3	213,4	25,4	531,5	285,1	36,7	248,4	246,3	-	2,2	April	
<b>Veränderungen *)</b>													
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	+ 0,6	- 16,7	- 2,2	- 36,3	- 25,8	+ 0,1	- 26,0	- 10,5	-	- 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	- 5,3	- 34,5	- 23,2	- 2,3	- 20,8	- 11,4	-	- 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	- 3,9	+ 15,2	- 7,6	+ 2,5	- 10,2	+ 22,8	-	- 0,2	2009	
+ 18,6	- 4,0	+ 22,6	- 3,8	- 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	- 0,0	+ 31,7	-	- 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	- 13,2	- 1,0	+ 5,2	- 2,1	+ 4,9	- 7,0	+ 7,3	-	- 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	- 10,7	- 1,1	+ 19,8	- 6,6	- 1,9	- 4,7	+ 26,4	-	- 0,2	2012	
+ 17,7	- 0,1	+ 17,8	- 0,1	- 2,5	+ 0,6	- 4,3	- 0,7	- 3,6	+ 4,9	-	- 0,8	2013	
+ 7,0	+ 1,5	+ 5,5	- 0,0	+ 0,3	+ 7,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 7,3	-	-	2012 Nov.	
- 8,2	- 1,6	- 6,6	+ 2,7	+ 0,0	- 5,3	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 4,6	-	- 0,0	Dez.	
- 3,5	- 0,9	- 2,5	+ 5,7	- 0,3	- 4,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,9	- 3,4	-	- 0,0	2013 Jan.	
+ 3,2	- 0,3	+ 3,5	- 5,7	- 0,0	+ 0,4	- 1,5	- 0,4	- 1,0	+ 1,8	-	- 0,0	Febr.	
- 0,8	+ 0,3	- 1,0	+ 5,1	- 0,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3	- 0,6	+ 0,3	-	- 0,0	März	
+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 20,7	- 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	-	- 0,2	April	
+ 5,6	+ 2,2	+ 3,3	- 18,2	- 0,2	- 5,1	- 0,0	- 0,5	+ 0,4	- 5,0	-	- 0,0	Mai	
- 0,8	- 1,5	+ 0,7	- 5,8	- 0,2	+ 2,5	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 2,7	-	- 0,0	Juni	
+ 4,5	+ 1,2	+ 3,3	- 1,2	- 0,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,7	- 0,0	+ 2,6	-	- 0,1	Juli	
+ 4,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 0,4	- 0,1	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 1,0	-	- 0,0	Aug.	
- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 0,6	- 0,2	- 2,5	- 2,0	- 0,5	- 1,4	- 0,6	-	- 0,5	Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	- 0,3	+ 2,5	- 0,9	- 1,4	+ 0,6	+ 3,4	-	- 0,0	Okt.	
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	- 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	- 0,2	+ 0,8	+ 1,4	-	+ 0,0	Nov.	
- 3,0	- 1,5	- 1,5	- 2,4	- 0,1	- 0,8	- 1,9	- 0,3	- 1,6	+ 1,1	-	+ 0,1	Dez.	
+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	+ 6,9	- 0,3	- 2,1	- 0,8	- 0,4	- 0,5	- 1,3	-	- 0,0	2014 Jan.	
+ 1,3	- 0,1	+ 1,4	- 6,5	- 0,1	+ 0,2	- 1,0	- 0,4	- 0,6	+ 1,2	-	- 0,0	Febr.	
- 2,3	+ 0,6	- 2,9	+ 4,7	- 0,2	- 0,5	- 0,5	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	-	- 0,0	März	
+ 6,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 16,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,0	+ 0,9	-	- 0,0	April	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-  
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

#### IV. Banken

#### 6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche \*)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
<b>Kredite insgesamt</b>														
2012	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4
2013 März	2 451,1	1 173,5	1 136,8	926,0	210,8	1 394,1	311,9	133,2	94,6	60,3	126,9	44,7	76,2	208,8
2013 Juni	2 464,2	1 173,0	1 143,3	928,7	214,6	1 402,0	314,0	131,9	94,6	60,1	124,8	45,6	74,0	219,9
2013 Sept.	2 352,4	1 177,9	1 152,6	933,4	219,2	1 282,8	316,6	130,3	95,7	60,1	124,9	46,2	72,0	104,5
2013 Dez.	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 März	2 356,3	1 179,3	1 160,3	936,4	223,8	1 283,4	320,0	129,1	97,0	59,5	124,2	46,0	68,9	107,1
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2012	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8
2013 März	331,7	-	7,8	-	7,8	294,9	3,9	37,5	7,5	13,1	43,6	3,6	7,0	125,4
2013 Juni	338,2	-	8,0	-	8,0	301,4	3,9	37,4	6,7	12,9	41,8	4,1	6,3	135,1
2013 Sept.	225,3	-	8,1	-	8,1	187,8	4,0	35,9	6,5	13,0	42,2	4,0	6,2	23,9
2013 Dez.	217,1	-	8,3	-	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 März	219,9	-	8,6	-	8,6	183,5	4,4	35,4	5,9	12,7	41,5	3,6	6,4	23,8
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2012	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9
2013 März	249,6	-	34,9	-	34,9	176,5	11,6	25,8	6,8	9,2	16,6	3,9	11,3	37,0
2013 Juni	250,5	-	35,7	-	35,7	176,6	12,3	24,7	6,7	9,4	16,9	3,9	11,2	37,7
2013 Sept.	247,6	-	35,7	-	35,7	173,1	12,3	24,8	6,6	9,4	16,5	4,0	11,3	34,5
2013 Dez.	248,0	-	35,6	-	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 März	249,1	-	35,0	-	35,0	175,0	12,3	25,3	5,9	9,3	16,5	4,0	11,4	35,8
<b>Langfristige Kredite</b>														
2012	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,8	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7
2013 März	1 869,7	1 173,5	1 094,0	926,0	168,0	922,7	296,5	69,8	80,4	38,1	66,7	37,2	58,0	46,4
2013 Juni	1 875,4	1 173,0	1 099,7	928,7	170,9	924,0	297,8	69,9	81,2	37,8	66,1	37,6	56,5	47,1
2013 Sept.	1 879,4	1 177,9	1 108,8	933,4	175,4	922,0	300,3	69,6	82,6	37,7	66,2	38,2	54,5	46,1
2013 Dez.	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	84,9	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 März	1 887,3	1 179,3	1 116,7	936,4	180,3	924,9	303,3	68,4	85,2	37,5	66,1	38,5	51,1	47,5
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														
2013 1.Vj.	+ 15,1	- 0,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 16,4	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,2	- 0,4	+ 13,4
2013 2.Vj.	+ 13,1	- 0,5	+ 5,9	+ 2,2	+ 3,8	+ 7,8	+ 1,8	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	- 2,1	+ 0,9	- 2,2	+ 10,9
2013 3.Vj.	- 18,8	+ 2,4	+ 9,1	+ 4,7	+ 4,4	- 26,5	+ 2,4	- 1,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 22,6
2013 4.Vj.	+ 2,0	+ 2,3	+ 6,2	+ 2,6	+ 3,5	- 1,5	+ 2,1	- 2,4	+ 1,5	- 1,2	- 1,0	- 0,5	- 1,3	+ 0,6
2014 1.Vj.	+ 2,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	+ 2,3
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2013 1.Vj.	+ 16,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 17,2	+ 0,0	+ 2,8	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 12,6
2013 2.Vj.	+ 6,5	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 6,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 1,8	+ 0,5	- 0,7	+ 9,8
2013 3.Vj.	- 23,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 23,7	+ 0,0	- 1,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 21,4
2013 4.Vj.	- 6,0	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 5,9	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	- 1,0	- 1,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,9
2014 1.Vj.	+ 2,6	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2013 1.Vj.	- 1,0	-	- 0,4	-	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 1,1
2013 2.Vj.	+ 0,9	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,5
2013 3.Vj.	- 0,2	-	- 0,1	-	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
2013 4.Vj.	+ 0,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8
2014 1.Vj.	+ 1,3	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5
<b>Langfristige Kredite</b>														
2013 1.Vj.	- 0,1	- 0,2	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,2	- 0,5	+ 1,0	- 0,9	+ 1,6	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,3
2013 2.Vj.	+ 5,7	- 0,5	+ 5,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 1,5	+ 0,6
2013 3.Vj.	+ 4,3	+ 2,4	+ 9,0	+ 4,7	+ 4,4	- 2,3	+ 2,5	- 0,3	+ 1,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 1,0
2013 4.Vj.	+ 7,9	+ 2,3	+ 6,0	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,7	- 0,4	+ 2,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7
2014 1.Vj.	- 1,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,7

\* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>													<b>Kredite insgesamt</b>	
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012	
649,4	184,6	38,5	178,7	387,3	51,3	1 043,6	821,3	222,3	146,5	12,6	13,3	3,5	2013 März	
651,2	186,7	38,5	178,1	388,0	51,1	1 048,6	825,8	222,9	147,7	12,4	13,5	3,6	Juni	
649,1	187,4	37,4	176,0	388,7	50,7	1 056,2	832,6	223,6	147,0	12,5	13,4	3,5	Sept.	
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	Dez.	
651,5	192,1	37,1	175,9	387,5	49,4	1 059,4	836,8	222,6	148,0	12,0	13,5	3,5	2014 März	
													Kurzfristige Kredite	
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012	
57,3	9,0	8,2	12,8	30,1	7,8	35,9	3,9	32,0	2,0	12,6	1,0	0,0	2013 März	
57,1	9,4	7,8	12,5	29,9	7,6	35,8	4,0	31,8	1,9	12,4	1,0	0,0	Juni	
56,0	9,2	7,4	12,3	28,8	7,4	36,6	4,1	32,5	1,7	12,5	1,0	0,0	Sept.	
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	Dez.	
54,0	8,9	6,6	12,4	27,8	7,0	35,4	4,2	31,2	1,8	12,0	1,0	0,0	2014 März	
													Mittelfristige Kredite	
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012	
65,9	8,6	7,2	19,9	31,9	3,6	72,6	23,3	49,3	43,8	-	0,5	0,0	2013 März	
66,2	8,7	7,1	19,8	32,0	3,7	73,4	23,3	50,0	44,7	-	0,5	0,0	Juni	
65,9	9,1	7,0	19,5	32,2	3,6	74,0	23,4	50,7	45,4	-	0,5	0,0	Sept.	
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	Dez.	
66,8	9,9	6,7	20,1	32,1	3,5	73,6	22,6	51,0	45,8	-	0,4	0,0	2014 März	
													Langfristige Kredite	
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012	
526,3	167,0	23,1	146,0	325,3	39,9	935,1	794,1	141,0	100,7	-	11,9	3,5	2013 März	
527,9	168,6	23,6	145,7	326,1	39,8	939,4	798,4	141,0	101,1	-	12,0	3,5	Juni	
527,2	169,1	23,0	144,2	327,6	39,6	945,6	805,1	140,5	99,9	-	11,9	3,4	Sept.	
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	Dez.	
530,6	173,3	23,9	143,4	327,6	38,9	950,4	810,0	140,4	100,4	-	12,0	3,5	2014 März	
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>													<b>Kredite insgesamt</b>	
- 2,2	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 2,1	- 0,7	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	2013 1.Vj.	
+ 1,8	+ 1,9	+ 0,0	- 0,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0	2.Vj.	
- 2,1	+ 1,0	- 1,1	- 2,2	+ 1,2	- 0,4	+ 7,8	+ 6,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	3.Vj.	
+ 2,7	+ 3,6	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 3,3	+ 4,0	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	4.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
													Kurzfristige Kredite	
- 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,6	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,4	- 0,1	-	2013 1.Vj.	
- 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	-	3.Vj.	
- 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.	
- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 1.Vj.	
													Mittelfristige Kredite	
- 1,7	- 0,3	- 0,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 0,3	-	+ 0,0	-	2013 1.Vj.	
+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	3.Vj.	
- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-	-	- 0,0	4.Vj.	
+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
													Langfristige Kredite	
+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 1,1	- 0,6	- 0,2	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 1.Vj.	
+ 1,6	+ 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
- 0,7	+ 0,8	- 0,6	- 1,7	+ 2,0	- 0,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 0,0	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,1	3.Vj.	
+ 3,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 3,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	4.Vj.	
- 1,6	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

#### IV. Banken

#### 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Nichtbanken insgesamt</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2013 Mai	3 115,4	1 363,4	1 058,3	332,0	726,2	32,9	693,4	610,7	83,0	34,5	30,1	96,8		
Juni	3 129,7	1 369,8	1 069,2	344,8	724,4	32,2	692,3	609,7	81,0	34,4	30,1	110,9		
Juli	3 105,2	1 374,8	1 042,7	322,8	719,9	31,2	688,8	608,1	79,6	34,4	30,4	88,5		
Aug.	3 023,6	1 372,9	964,4	254,9	709,5	29,2	680,3	607,5	78,8	34,4	30,4	1,2		
Sept.	3 020,6	1 379,4	956,9	251,2	705,7	29,0	676,7	606,4	78,0	33,5	30,2	1,2		
Okt.	3 027,2	1 392,9	950,6	247,6	703,0	29,4	673,6	606,4	77,3	33,4	30,1	3,1		
Nov.	3 044,4	1 413,4	947,8	246,4	701,4	29,6	671,7	606,3	76,9	33,3	30,1	1,0		
Dez.	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014 Jan.	3 047,2	1 416,0	946,7	250,8	695,9	29,0	666,9	609,1	75,4	32,9	29,1	2,5		
Febr.	3 056,6	1 422,6	949,8	255,8	694,0	29,1	664,9	609,8	74,4	32,7	29,0	3,1		
März	3 048,0	1 416,9	948,8	257,3	691,5	28,8	662,7	608,6	73,7	32,5	28,8	1,9		
April	3 057,2	1 431,5	947,0	258,2	688,8	28,4	660,4	606,7	72,0	32,4	28,7	4,3		
<b>Veränderungen *)</b>														
2012	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	- 47,7	- 39,0	+ 0,6	- 39,6	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2013 Mai	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	- 1,6	- 2,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,2		
Juni	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	+ 12,2	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 14,1		
Juli	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 21,9	- 4,6	- 1,0	- 3,6	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 0,3	- 22,5		
Aug.	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 3,3	- 8,4	- 0,2	- 8,2	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 6,1		
Sept.	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 3,7	- 3,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0		
Okt.	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 3,4	- 2,9	+ 0,5	- 3,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 1,9		
Nov.	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 1,2	- 1,6	+ 0,3	- 1,9	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Dez.	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 8,3	- 4,2	+ 0,0	- 4,2	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	- 1,1	+ 4,4		
2014 Jan.	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 4,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 2,9		
Febr.	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 5,0	- 1,9	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,6		
März	- 8,7	- 5,8	- 0,9	+ 1,5	- 2,4	- 0,3	- 2,1	- 1,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 1,2		
April	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	+ 0,9	- 2,7	- 0,4	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 0,1	- 0,2	+ 2,4		
<b>Inländische öffentliche Haushalte</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2013 Mai	190,2	52,1	133,4	76,0	57,4	5,5	51,9	3,5	1,2	32,3	5,8	2,1		
Juni	194,8	54,0	135,9	78,9	57,1	5,5	51,5	3,5	1,3	32,0	5,8	0,5		
Juli	189,8	49,2	135,7	78,5	57,2	5,1	52,1	3,6	1,3	32,0	5,8	0,3		
Aug.	185,1	50,7	129,3	77,9	51,4	5,1	46,3	3,7	1,4	32,1	5,8	0,2		
Sept.	184,4	49,5	129,9	78,9	51,0	5,1	45,9	3,7	1,4	31,2	5,8	0,8		
Okt.	177,5	46,8	125,5	74,4	51,2	5,4	45,8	3,7	1,4	31,1	5,8	1,5		
Nov.	184,7	49,6	130,0	78,6	51,3	5,4	46,0	3,7	1,5	31,1	5,8	0,5		
Dez.	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014 Jan.	172,1	43,4	123,7	75,3	48,4	5,6	42,8	3,5	1,4	30,7	4,8	0,8		
Febr.	178,1	47,1	125,9	76,9	49,0	6,1	43,0	3,6	1,5	30,6	4,8	1,5		
März	180,5	47,3	128,2	79,4	48,8	6,1	42,7	3,5	1,5	30,5	4,7	0,7		
April	178,1	46,4	126,7	78,1	48,6	6,1	42,5	3,5	1,5	30,4	4,7	2,9		
<b>Veränderungen *)</b>														
2012	+ 2,2	+ 2,9	- 1,6	+ 2,7	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,1		
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6		
2013 Mai	+ 6,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 4,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2		
Juni	+ 4,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 1,6		
Juli	- 5,0	- 4,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,2		
Aug.	- 4,0	+ 1,6	- 5,7	- 0,6	- 5,1	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
Sept.	- 0,7	- 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,6		
Okt.	- 7,0	- 2,7	- 4,3	- 4,5	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,7		
Nov.	+ 7,2	+ 2,8	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,0		
Dez.	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 2,5	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	+ 4,2		
2014 Jan.	- 10,9	- 4,8	- 5,8	- 5,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 3,9		
Febr.	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	-	+ 0,7		
März	+ 2,4	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,8		
April	- 2,6	- 0,9	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 2,2		

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland  
 von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Unternehmen und Privatpersonen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0		
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2013 Mai	2 925,1	1 311,3	924,8	256,0	668,8	27,3	641,5	607,3	81,7	2,3	24,4	94,7		
Juni	2 934,9	1 315,7	933,3	265,9	667,4	26,6	640,7	606,2	79,7	2,3	24,3	110,4		
Juli	2 915,4	1 325,6	907,0	244,3	662,7	26,1	636,7	604,5	78,2	2,3	24,6	88,2		
Aug.	2 838,5	1 322,2	835,1	177,0	658,1	24,1	634,0	603,8	77,5	2,3	24,6	1,1		
Sept.	2 836,2	1 329,9	827,0	172,3	654,7	23,9	630,7	602,7	76,6	2,3	24,5	0,4		
Okt.	2 849,7	1 346,0	825,0	173,3	651,8	24,0	627,8	602,7	75,9	2,3	24,3	1,6		
Nov.	2 859,7	1 363,8	817,8	167,8	650,0	24,3	625,8	602,7	75,4	2,2	24,3	0,5		
Dez.	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014 Jan.	2 875,1	1 372,6	822,9	175,5	647,4	23,4	624,1	605,6	74,0	2,2	24,3	1,7		
Febr.	2 878,5	1 375,5	823,9	178,9	644,9	23,0	621,9	606,2	72,9	2,1	24,2	1,6		
März	2 867,4	1 369,6	820,6	177,9	642,7	22,7	620,0	605,0	72,2	2,1	24,1	1,2		
April	2 879,1	1 385,1	820,3	180,1	640,2	22,2	618,0	603,2	70,5	2,0	24,0	1,4		
<b>Veränderungen *)</b>														
2012	+ 40,1	+ 135,8	- 85,1	- 50,4	- 34,7	- 0,1	- 34,6	+ 0,8	- 11,3	- 0,3	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2013 Mai	+ 8,9	+ 18,3	- 5,4	- 5,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 1,8	- 2,2	- 0,0	- 0,1	+ 1,4		
Juni	+ 10,1	+ 4,4	+ 8,8	+ 9,4	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 1,1	- 2,1	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7		
Juli	- 19,5	+ 9,8	- 26,2	- 21,5	- 4,7	- 0,5	- 4,2	- 1,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,3	- 22,2		
Aug.	+ 4,1	+ 11,7	- 6,1	- 2,7	- 3,3	- 0,2	- 3,1	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 6,0		
Sept.	- 2,4	+ 7,6	- 8,0	- 4,6	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 1,1	- 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 13,5	+ 16,2	- 2,0	+ 1,1	- 3,0	+ 0,2	- 3,2	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	+ 10,0	+ 17,8	- 7,2	- 5,4	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 1,1		
Dez.	+ 5,9	- 2,2	+ 4,5	+ 5,8	- 1,3	- 0,2	- 1,1	+ 4,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 9,4	+ 10,9	+ 0,4	+ 1,8	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,0		
Febr.	+ 4,0	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,5	- 2,5	- 0,3	- 2,2	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
März	- 11,1	- 5,9	- 3,3	- 1,0	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,2	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,4		
April	+ 11,8	+ 15,5	- 0,1	+ 2,2	- 2,3	- 0,5	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,2		
<b>darunter: inländische Unternehmen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0		
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2013 Mai	1 110,2	430,2	657,4	180,5	476,9	11,5	465,4	7,1	15,5	2,3	17,1	94,7		
Juni	1 116,9	426,8	667,6	192,0	475,6	11,4	464,2	7,2	15,3	2,3	17,1	110,4		
Juli	1 096,9	430,4	644,1	172,1	472,0	11,6	460,4	7,3	15,2	2,3	17,4	88,2		
Aug.	1 013,2	417,2	573,4	106,0	467,4	10,0	457,4	7,4	15,3	2,3	17,5	1,1		
Sept.	1 013,2	424,3	566,4	102,4	464,0	10,1	453,9	7,4	15,2	2,3	17,3	0,4		
Okt.	1 017,9	430,3	565,0	104,3	460,8	10,2	450,5	7,5	15,1	2,2	17,2	1,6		
Nov.	1 007,5	427,8	557,4	99,3	458,0	10,4	447,7	7,4	15,0	2,2	17,3	0,5		
Dez.	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014 Jan.	1 016,9	434,6	559,6	107,6	452,1	9,9	442,2	7,4	15,2	2,2	17,5	1,7		
Febr.	1 011,5	429,4	559,6	110,8	448,8	9,7	439,1	7,4	15,0	2,1	17,4	1,6		
März	1 004,6	426,1	555,9	109,7	446,2	9,6	436,6	7,5	15,1	2,0	17,5	1,2		
April	1 008,3	430,5	555,8	112,1	443,6	9,4	434,3	7,5	14,7	2,0	17,5	1,4		
<b>Veränderungen *)</b>														
2012	- 37,3	+ 42,6	- 79,6	- 39,2	- 40,4	+ 1,1	- 41,5	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 16,8		
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2013 Mai	+ 1,3	+ 6,2	- 5,1	- 5,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,4		
Juni	+ 7,0	- 3,4	+ 10,5	+ 11,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7		
Juli	- 20,0	+ 3,6	- 23,5	- 19,8	- 3,7	+ 0,2	- 3,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 22,2		
Aug.	- 2,6	+ 1,9	- 4,8	- 1,6	- 3,2	+ 0,2	- 3,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 6,0		
Sept.	- 0,2	+ 7,0	- 7,1	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 3,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 4,7	+ 6,0	- 1,3	+ 1,9	- 3,2	+ 0,2	- 3,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	- 10,4	- 2,5	- 7,7	- 4,9	- 2,7	+ 0,1	- 2,9	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 1,1		
Dez.	+ 3,8	+ 1,3	+ 2,2	+ 6,2	- 4,0	- 0,3	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 5,2	+ 5,3	- 0,2	+ 1,9	- 2,0	- 0,2	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 1,0		
Febr.	- 4,7	- 4,7	+ 0,0	+ 3,3	- 3,3	- 0,1	- 3,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
März	- 6,9	- 3,3	- 3,7	- 1,1	- 2,6	- 0,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,4		
April	+ 4,2	+ 4,4	+ 0,2	+ 2,4	- 2,2	- 0,2	- 2,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

#### IV. Banken

### 8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt						Termineinlagen 1) 2)					
	Sichteinlagen						nach Gläubigergruppen					
	insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
		insgesamt	zu-sammen	Selb-ständige	wirt-schaftlich Unselb-ständige	sonstige Privat-personen		inländi-sche Orga-nisationen ohne Erwerbs-zweck	insgesamt	zu-sammen	Selb-ständige	wirt-schaftlich Unselb-ständige
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>												
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2013 Nov.	1 852,2	936,0	908,4	163,0	614,3	131,1	27,7	260,5	245,5	16,4	213,2	15,9
2013 Dez.	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2014 Jan.	1 858,3	938,0	908,7	164,4	613,0	131,3	29,2	263,3	248,2	16,4	216,4	15,3
2014 Febr.	1 867,0	946,1	916,9	165,1	619,6	132,2	29,2	264,2	249,1	16,6	217,5	15,1
2014 März	1 862,8	943,5	914,6	161,1	621,5	132,0	28,9	264,7	249,4	16,6	217,8	15,0
2014 April	1 870,7	954,6	926,0	165,0	627,6	133,4	28,6	264,6	249,1	16,8	217,3	15,0
<b>Veränderungen *)</b>												
2012	+ 77,3	+ 93,2	+ 90,5	+ 14,0	+ 57,2	+ 19,3	+ 2,7	- 5,6	- 4,4	- 4,5	- 0,4	+ 0,5
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6
2013 Nov.	+ 20,4	+ 20,3	+ 21,1	+ 1,6	+ 17,3	+ 2,2	- 0,8	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,0
2013 Dez.	+ 2,2	- 3,5	- 2,1	- 1,7	- 1,3	+ 1,0	- 1,4	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,9	- 0,3
2014 Jan.	+ 4,2	+ 5,7	+ 2,7	+ 3,1	- 0,8	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,1	- 0,0	+ 0,9	+ 0,1
2014 Febr.	+ 8,8	+ 8,2	+ 8,2	+ 0,7	+ 6,4	+ 1,1	- 0,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,1	- 0,2
2014 März	- 4,2	- 2,7	- 2,3	- 4,2	+ 1,9	- 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1
2014 April	+ 7,7	+ 11,0	+ 11,5	+ 4,4	+ 6,4	+ 0,7	- 0,4	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,1

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

### 9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite													
	Bund und seine Sondervermögen 1)							Länder						
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8	
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9	
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2013 Nov.	184,7	14,3	3,1	2,8	8,3	0,1	16,2	43,2	10,1	10,0	22,9	0,2	14,5	
2013 Dez.	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2014 Jan.	172,1	11,7	3,2	3,1	5,4	0,1	15,7	40,7	9,8	7,8	22,9	0,2	14,6	
2014 Febr.	178,1	12,0	3,2	3,3	5,4	0,1	15,6	43,6	10,3	10,2	23,0	0,2	14,6	
2014 März	180,5	11,7	3,3	3,0	5,3	0,1	15,6	48,1	11,6	13,4	23,0	0,2	14,5	
2014 April	178,1	13,2	2,8	5,4	5,0	0,1	15,6	44,9	11,9	9,8	23,0	0,2	14,4	
<b>Veränderungen *)</b>														
2012	+ 2,2	- 9,2	- 2,5	- 0,7	- 6,0	+ 0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,9	+ 2,7	- 1,1	- 0,0	- 0,9	
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9	
2013 Nov.	+ 7,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 2,7	- 0,9	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,0	
2013 Dez.	- 1,7	+ 1,7	- 0,2	+ 4,8	- 2,9	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
2014 Jan.	- 10,9	- 4,2	+ 0,3	- 4,5	+ 0,0	- 0,0	-	- 2,9	- 0,5	- 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	
2014 Febr.	+ 5,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	
2014 März	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	-	- 0,1	+ 4,5	+ 1,3	+ 3,2	- 0,0	-	- 0,1	
2014 April	- 2,6	+ 1,5	- 0,5	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 3,3	+ 0,3	- 3,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen <sup>3)</sup>			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr <sup>2)</sup>		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe <sup>4)</sup>	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) <sup>5)</sup>	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>												
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	–	2011
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
15,0	68,5	192,0	13,9	178,1	595,2	585,5	9,7	60,4	0,0	7,0	–	2013 Nov.
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	Dez.
15,1	68,0	195,3	13,5	181,8	598,2	588,5	9,7	58,8	0,0	6,8	–	2014 Jan.
15,1	68,1	196,1	13,3	182,8	598,8	589,1	9,7	57,9	0,0	6,7	–	Febr.
15,3	68,2	196,5	13,2	183,4	597,6	587,9	9,7	57,1	0,0	6,6	–	März
15,5	68,0	196,6	12,9	183,7	595,7	586,1	9,6	55,8	0,0	6,5	–	April
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>												
– 1,1	– 11,2	+ 5,6	– 1,3	+ 6,9	– 0,2	– 1,1	+ 1,0	– 10,1	– 0,0	– 0,5	–	2012
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013
– 0,3	– 0,5	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,4	– 0,4	– 0,4	– 0,0	– 0,1	–	2013 Nov.
+ 0,6	– 0,4	+ 2,7	+ 0,1	+ 2,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 0,0	– 0,7	– 0,0	– 0,1	–	Dez.
– 0,5	– 0,1	+ 0,7	– 0,4	+ 1,1	– 1,1	– 1,1	+ 0,0	– 1,0	+ 0,0	– 0,1	–	2014 Jan.
– 0,0	+ 0,2	+ 0,8	– 0,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	– 0,9	– 0,0	– 0,1	–	Febr.
+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	– 0,2	+ 0,5	– 1,2	– 1,2	– 0,0	– 0,8	+ 0,0	– 0,1	–	März
+ 0,1	– 0,2	– 0,1	– 0,3	+ 0,2	– 1,9	– 1,8	– 0,1	– 1,3	+ 0,0	– 0,1	–	April

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen <sup>3)</sup>		Spareinlagen und Sparbriefe <sup>2) 4)</sup>	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe <sup>2)</sup>	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>												
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
44,2	22,4	11,1	6,7	4,1	0,4	83,0	14,0	54,7	13,5	0,8	0,0	2013 Nov.
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	Dez.
39,2	18,1	10,5	6,6	4,0	0,4	80,5	12,3	53,9	13,6	0,7	0,0	2014 Jan.
42,1	20,5	10,7	6,8	4,1	0,4	80,4	13,1	52,7	13,8	0,7	0,0	Febr.
41,4	19,7	11,0	6,6	4,1	0,4	79,3	12,7	52,0	13,9	0,7	0,0	März
40,8	19,2	11,0	6,6	4,0	0,4	79,2	12,6	51,9	14,0	0,7	0,0	April
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>												
+ 4,3	+ 4,8	– 1,7	+ 0,7	+ 0,4	– 0,0	+ 9,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	– 0,0	2012
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
+ 2,5	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	–	+ 7,1	+ 1,3	+ 5,7	+ 0,1	+ 0,0	–	2013 Nov.
+ 0,6	+ 1,1	– 0,4	– 0,1	– 0,0	–	– 4,3	– 2,4	– 2,0	– 0,1	+ 0,1	– 0,0	Dez.
– 5,7	– 5,4	– 0,2	+ 0,0	– 0,1	–	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	– 0,2	–	2014 Jan.
+ 2,9	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	–	– 1,5	+ 0,3	– 2,0	+ 0,2	+ 0,0	–	Febr.
– 0,7	– 0,8	+ 0,3	– 0,2	– 0,0	– 0,0	– 1,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,1	– 0,0	–	März
– 0,6	– 0,5	– 0,0	+ 0,0	– 0,0	–	– 0,3	– 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	–	April

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

#### IV. Banken

##### 10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist	darunter Sonder- spar- formen 2)	mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6
2013 Dez.	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	4,4	92,2	76,6	59,3	15,6
2014 Jan.	618,9	609,1	531,8	411,6	77,3	64,8	9,8	7,8	0,3	90,9	75,4	58,6	15,5
Febr.	619,6	609,8	532,3	411,0	77,5	65,0	9,8	7,8	0,2	89,8	74,4	58,0	15,4
März	618,3	608,6	531,1	408,9	77,5	64,9	9,7	7,7	0,2	87,5	73,7	57,5	13,7
April	616,3	606,7	529,3	406,5	77,3	64,7	9,7	7,7	0,2	85,7	72,0	56,2	13,6
<b>Veränderungen *)</b>													
2012	+ 1,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 5,6	- 12,6	- 14,6	+ 0,4	+ 0,3	.	- 12,0	- 11,2	- 6,1	- 0,7
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4
2013 Dez.	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,1	+ 2,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	.	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,1
2014 Jan.	- 1,1	- 1,0	- 0,6	- 1,9	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,0	.	- 1,2	- 1,2	- 0,6	- 0,0
Febr.	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	- 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	.	- 1,1	- 1,0	- 0,6	- 0,2
März	- 1,3	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 2,3	- 0,7	- 0,5	- 1,6
April	- 1,9	- 1,9	- 1,6	- 2,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,0	.	- 1,8	- 1,7	- 1,3	- 0,1

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

##### 11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene	
	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit				ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzinsliche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre	über 2 Jahre						
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2013 Dez.	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014 Jan.	1 149,7	312,3	25,7	336,2	71,4	84,8	2,0	30,0	4,6	1 034,9	0,8	0,2	36,8	1,1
Febr.	1 138,2	309,4	27,9	331,1	66,6	82,9	2,2	29,6	4,9	1 025,7	0,8	0,2	35,2	1,1
März	1 126,5	306,5	26,2	320,9	63,7	78,2	2,3	28,3	5,0	1 020,0	0,8	0,2	35,2	1,1
April	1 111,9	306,5	23,6	316,8	63,0	75,5	2,4	28,1	5,2	1 008,3	0,8	0,2	35,0	1,1
<b>Veränderungen *)</b>														
2012	- 111,0	- 7,4	- 6,3	- 12,0	- 16,4	- 19,5	- 0,0	- 2,3	- 0,3	- 89,2	+ 0,3	- 0,1	- 4,6	- 0,5
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2013 Dez.	- 26,4	- 2,3	- 2,1	- 19,8	- 12,8	- 14,4	- 0,1	- 1,5	- 0,4	- 10,5	.	+ 0,0	- 0,6	-
2014 Jan.	+ 7,0	- 3,6	- 0,6	+ 15,1	+ 16,6	+ 15,9	- 0,6	- 4,7	+ 0,2	- 4,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,0
Febr.	- 11,5	- 2,9	+ 2,3	- 5,2	- 4,8	- 2,0	+ 0,3	- 0,4	+ 0,3	- 9,2	+ 0,1	-	- 1,6	-
März	- 11,7	- 2,9	- 1,7	- 10,2	- 2,9	- 4,7	+ 0,0	- 1,3	+ 0,1	- 5,7	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
April	- 14,6	+ 0,0	- 2,5	- 4,1	- 0,7	- 2,7	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 11,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	-

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

#### IV. Banken

##### 12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland \*) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)				
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite						sonstige Baudar-lehen			
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014 Febr.	22	206,0	44,2	0,0	16,9	20,6	82,9	17,1	18,0	1,6	20,8	150,5	5,4	4,0	9,1	7,5
März	22	207,3	45,1	0,0	16,9	20,5	83,5	17,1	18,1	1,6	21,5	151,0	5,3	4,0	9,1	7,6
April	22	207,5	45,1	0,0	16,7	20,5	83,6	17,1	18,2	1,7	22,4	151,1	5,3	3,1	9,2	7,9
<b>Private Bausparkassen</b>																
2014 Febr.	12	145,0	26,8	0,0	10,2	14,3	65,3	14,7	8,4	1,1	17,6	99,5	5,3	4,0	6,1	4,7
März	12	146,1	27,7	0,0	10,2	14,2	65,8	14,7	8,3	1,1	18,2	99,8	5,2	4,0	6,1	4,6
April	12	146,3	27,7	-	9,9	14,2	65,8	14,8	8,5	1,1	19,4	99,8	5,2	3,1	6,1	4,9
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2014 Febr.	10	61,0	17,5	0,0	6,7	6,4	17,6	2,4	9,6	0,5	3,3	51,0	0,1	-	3,0	2,8
März	10	61,2	17,5	0,0	6,7	6,3	17,7	2,4	9,7	0,5	3,2	51,2	0,1	-	3,0	3,0
April	10	61,2	17,4	0,0	6,8	6,2	17,8	2,3	9,7	0,5	3,1	51,3	0,1	-	3,1	3,0

##### Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto-Zutei- lungen 11)	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- krediten	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- krediten	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal		
						Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)									
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014 Febr.	2,5	0,0	0,5	3,6	2,4	2,9	1,3	0,3	0,5	0,3	1,2	14,2	8,3	0,8		0,0
März	2,5	0,0	0,5	3,9	2,3	3,5	1,5	0,4	0,6	0,3	1,4	14,2	8,1	0,8	2,1	0,1
April	2,3	0,0	0,6	4,3	2,8	3,7	1,6	0,5	0,7	0,4	1,4	14,4	8,2	0,9		0,0
<b>Private Bausparkassen</b>																
2014 Febr.	1,6	0,0	0,3	2,4	1,4	2,1	0,9	0,2	0,3	0,2	0,9	9,3	4,5	0,6		0,0
März	1,6	0,0	0,3	2,9	1,6	2,5	1,0	0,3	0,4	0,2	1,1	9,5	4,6	0,6	1,4	0,0
April	1,4	0,0	0,3	3,2	1,9	2,8	1,2	0,4	0,5	0,3	1,1	9,7	4,6	0,6		0,0
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2014 Febr.	0,9	0,0	0,2	1,2	0,9	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,9	3,7	0,2		0,0
März	0,9	0,0	0,3	1,0	0,7	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,7	3,6	0,2	0,7	0,0
April	0,9	0,0	0,3	1,1	0,8	0,9	0,4	0,1	0,2	0,1	0,3	4,7	3,6	0,2		0,0

\* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) \*)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands			
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken		ausländische Banken	insgesamt	zusammen				an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	
<b>Auslandsfilialen</b>															<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0	
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8	
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2013 Juni	55	207	1 909,3	528,0	512,8	162,1	350,6	15,2	563,0	446,7	12,8	433,9	116,3	818,3	605,9	
Juli	54	206	1 845,8	511,4	497,0	156,7	340,3	14,5	540,5	431,2	12,0	419,2	109,3	793,9	544,3	
Aug.	54	206	1 812,6	506,8	492,3	147,6	344,6	14,6	533,5	422,8	12,2	410,6	110,7	772,3	508,3	
Sept.	55	206	1 720,0	471,0	457,5	143,2	314,3	13,6	560,5	449,8	12,1	437,7	110,7	688,4	492,6	
Okt.	55	204	1 779,4	475,8	462,5	145,6	317,0	13,2	549,2	439,7	10,7	429,0	109,5	754,4	487,0	
Nov.	55	206	1 787,6	485,8	472,0	146,7	325,3	13,8	540,5	428,9	10,3	418,6	111,6	761,4	494,0	
Dez.	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2014 Jan.	56	209	1 814,4	480,7	466,8	146,1	320,7	13,9	543,7	433,4	10,3	423,1	110,3	790,1	457,6	
Febr.	56	210	1 769,7	485,5	472,1	147,8	324,3	13,5	543,5	436,9	9,9	426,9	106,7	740,7	433,8	
März	56	209	1 695,7	469,6	455,3	159,0	296,3	14,3	558,2	450,2	9,6	440,6	108,1	667,9	425,2	
<b>Veränderungen *)</b>																
2012	- 1	+ 1	- 261,8	- 45,7	- 41,0	- 19,6	- 21,4	- 4,7	- 86,9	- 73,0	- 6,4	- 66,7	- 13,9	- 129,3	- 213,2	
2013	+ 1	- 1	- 279,1	- 98,0	- 97,7	- 37,9	- 59,8	- 0,3	- 13,7	- 2,1	- 5,9	+ 3,8	- 11,7	- 167,4	- 186,2	
2013 Juli	- 1	- 1	- 54,0	- 12,0	- 11,4	- 5,4	- 6,0	- 0,6	- 17,9	- 11,7	- 0,8	- 10,9	- 6,3	- 24,0	- 61,6	
Aug.	-	-	- 36,5	- 5,8	- 5,8	- 9,1	+ 3,2	+ 0,0	- 8,9	- 10,0	+ 0,2	- 10,3	+ 1,1	- 21,8	- 36,0	
Sept.	+ 1	-	- 82,9	- 30,1	- 29,2	- 4,4	- 24,7	- 0,9	+ 30,3	+ 29,6	- 0,1	+ 29,8	+ 0,7	- 83,1	- 15,7	
Okt.	-	- 2	+ 67,0	+ 7,8	+ 8,1	+ 2,4	+ 5,8	- 0,3	- 7,2	- 6,7	- 1,4	- 5,2	- 0,5	+ 66,3	- 5,6	
Nov.	-	+ 2	+ 7,1	+ 9,9	+ 9,3	+ 1,1	+ 8,2	+ 0,5	- 9,9	- 11,8	- 0,4	- 11,3	+ 1,9	+ 7,1	+ 7,1	
Dez.	+ 1	+ 3	- 52,4	- 45,8	- 45,7	- 5,1	- 40,6	- 0,1	- 17,1	- 14,6	+ 0,7	- 15,3	- 2,5	+ 10,6	+ 8,5	
2014 Jan.	-	-	+ 76,2	+ 40,0	+ 40,0	+ 4,5	+ 35,5	+ 0,1	+ 18,1	+ 17,1	- 0,7	+ 17,8	+ 0,9	+ 18,1	- 28,0	
Febr.	-	+ 1	- 31,8	+ 11,1	+ 11,4	+ 1,7	+ 9,7	- 0,3	+ 5,5	+ 8,1	- 0,4	+ 8,5	- 2,6	- 48,5	- 23,8	
März	- 1	- 1	- 74,5	- 16,4	- 17,3	+ 11,1	- 28,4	+ 0,9	+ 14,7	+ 13,3	- 0,4	+ 13,7	+ 1,4	- 72,8	- 8,6	
<b>Auslandstöchter</b>															<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-	
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-	
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2013 Juni	34	81	436,5	189,5	158,7	94,8	63,9	30,8	193,9	153,7	28,4	125,3	40,1	53,1	-	
Juli	33	78	430,7	190,0	159,2	97,3	61,9	30,8	187,8	148,6	28,6	119,9	39,3	52,8	-	
Aug.	33	78	435,0	193,9	163,3	97,8	65,5	30,6	187,4	148,2	28,5	119,7	39,2	53,7	-	
Sept.	32	77	430,6	190,9	159,9	97,8	62,2	31,0	187,8	149,6	28,3	121,3	38,2	51,9	-	
Okt.	33	77	427,3	190,3	160,1	97,5	62,6	30,2	187,1	148,8	27,9	120,9	38,3	50,0	-	
Nov.	33	76	425,6	189,4	160,0	95,1	64,9	29,4	184,0	146,8	27,7	119,1	37,2	52,2	-	
Dez.	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2014 Jan.	33	74	425,9	187,3	159,3	92,2	67,1	28,0	181,2	145,8	25,5	120,2	35,4	57,4	-	
Febr.	33	74	408,3	170,0	142,7	75,9	66,8	27,4	181,5	145,5	25,5	120,0	35,9	56,8	-	
März	32	73	407,3	171,3	145,7	80,0	65,7	25,5	181,5	146,4	25,0	121,4	35,1	54,6	-	
<b>Veränderungen *)</b>																
2012	-	- 4	- 18,2	- 9,9	- 5,9	- 0,8	- 5,1	- 4,1	- 5,2	- 2,3	- 5,0	+ 2,7	- 2,9	- 3,1	-	
2013	- 2	- 8	- 28,7	- 9,0	- 5,7	- 3,1	- 2,7	- 3,3	- 17,2	- 11,5	- 4,6	- 7,0	- 5,7	- 2,5	-	
2013 Juli	- 1	- 3	- 4,6	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,5	- 1,5	+ 0,2	- 5,5	- 4,6	+ 0,2	- 4,8	- 0,9	- 0,2	-	
Aug.	-	-	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,0	+ 0,6	+ 3,4	- 0,3	- 0,6	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1	+ 0,9	-	
Sept.	- 1	- 1	- 3,2	- 2,2	- 2,7	- 0,1	- 2,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,7	- 0,2	+ 2,0	- 0,9	+ 1,8	-	
Okt.	+ 1	-	- 2,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,8	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 1,8	-	
Nov.	-	- 1	- 2,0	- 1,0	- 0,2	- 2,4	+ 2,2	- 0,9	- 3,2	- 2,2	- 0,2	- 2,0	- 1,0	+ 2,2	-	
Dez.	-	- 1	+ 0,7	- 0,9	- 0,8	- 3,7	+ 2,9	- 0,1	+ 1,8	+ 1,9	- 1,7	+ 3,6	- 0,1	- 0,2	-	
2014 Jan.	-	- 1	- 1,2	- 1,6	- 0,3	+ 0,8	- 1,1	- 1,3	- 5,0	- 3,3	- 0,5	- 2,8	- 1,7	+ 5,4	-	
Febr.	-	-	- 15,8	- 16,2	- 15,7	- 16,4	+ 0,7	- 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,5	- 0,6	-	
März	- 1	- 1	- 1,0	+ 1,1	+ 3,0	+ 4,1	- 1,2	- 1,8	+ 0,0	+ 0,8	- 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 2,2	-	

\* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands					
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	zusammen	deutsch 4)	mittel- und langfristige					ausländische Nichtbanken		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													<b>Auslandsfilialen</b>	
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 012,4	675,9	351,9	324,0	336,5	27,8	21,2	6,5	308,7	133,5	40,7	722,8	603,3	2013 Juni	
1 008,1	651,8	323,6	328,2	356,4	27,8	21,4	6,4	328,6	134,3	40,1	663,2	544,5	Juli	
1 010,3	652,1	324,2	327,8	358,3	24,2	19,0	5,2	334,1	125,7	40,1	636,4	528,9	Aug.	
940,7	603,9	315,4	288,5	336,8	26,4	21,7	4,7	310,4	125,1	39,9	614,3	502,5	Sept.	
1 004,8	649,5	329,4	320,1	355,4	27,7	23,2	4,5	327,6	127,0	39,9	607,6	498,5	Okt.	
1 010,6	674,3	347,7	326,6	336,2	28,1	23,4	4,7	308,1	126,8	39,4	610,9	501,1	Nov.	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	Dez.	
1 011,7	672,1	342,4	329,7	339,5	26,8	21,7	5,1	312,7	127,3	40,9	634,6	469,6	2014 Jan.	
1 008,5	664,1	336,0	328,1	344,4	28,0	23,0	5,0	316,4	130,1	40,4	590,6	450,4	Febr.	
964,2	625,5	340,9	284,6	338,7	29,0	24,0	5,0	309,7	125,3	40,5	565,7	435,1	März	
<b>Veränderungen *)</b>													<b>Auslandstöchter</b>	
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012	
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013	
+ 1,9	- 20,8	- 28,3	+ 7,5	+ 22,7	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 22,6	+ 0,8	- 0,5	- 56,1	- 58,8	2013 Juli	
+ 0,2	- 0,6	+ 0,6	- 1,3	+ 0,8	- 3,6	- 2,4	- 1,2	+ 4,4	- 8,6	- 0,0	- 28,2	- 15,6	Aug.	
- 62,6	- 44,1	- 8,8	- 35,3	- 18,5	+ 2,2	+ 2,7	- 0,5	- 20,7	- 0,6	- 0,2	- 19,4	- 26,4	Sept.	
+ 69,0	+ 48,0	+ 14,0	+ 34,1	+ 21,0	+ 1,3	+ 1,5	- 0,2	+ 19,7	+ 1,9	- 0,0	- 3,9	- 4,1	Okt.	
+ 4,9	+ 24,5	+ 18,3	+ 6,2	- 19,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 20,1	- 0,2	- 0,5	+ 3,0	+ 2,6	Nov.	
- 114,0	- 74,7	- 20,7	- 54,0	- 39,3	- 3,9	- 4,2	+ 0,4	- 35,4	- 1,4	+ 1,8	+ 61,2	- 16,9	Dez.	
+ 113,2	+ 71,6	+ 15,4	+ 56,2	+ 41,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,0	+ 39,0	+ 1,9	- 0,3	- 38,6	- 14,6	2014 Jan.	
+ 5,5	- 3,2	- 6,4	+ 3,2	+ 8,6	+ 1,2	+ 1,3	- 0,1	+ 7,5	+ 2,8	- 0,4	- 39,7	- 19,2	Febr.	
- 44,6	- 38,8	+ 4,9	- 43,8	- 5,8	+ 1,0	+ 1,1	- 0,1	- 6,8	- 4,9	+ 0,0	- 25,0	- 15,3	März	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
341,5	190,0	108,8	81,2	151,4	20,5	16,2	4,3	130,9	23,1	32,1	39,8	-	2013 Juni	
336,8	188,4	109,8	78,6	148,4	21,4	17,3	4,1	127,1	22,5	31,8	39,6	-	Juli	
341,8	191,8	112,4	79,3	150,0	22,5	18,4	4,1	127,6	22,4	32,0	38,8	-	Aug.	
337,3	195,4	114,8	80,6	141,9	21,2	17,2	4,0	120,7	22,1	32,0	39,1	-	Sept.	
337,9	193,3	111,5	81,8	144,6	22,7	18,7	4,0	121,9	21,9	30,1	37,4	-	Okt.	
336,6	193,7	109,7	84,0	142,9	23,0	19,0	4,0	119,9	21,6	29,9	37,5	-	Nov.	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	Dez.	
333,9	197,0	109,9	87,1	136,9	20,5	18,5	2,0	116,4	21,3	30,4	40,2	-	2014 Jan.	
320,7	186,5	94,5	92,0	134,2	19,8	17,8	2,0	114,3	21,0	28,9	37,7	-	Febr.	
319,5	186,3	95,0	91,3	133,2	19,6	17,6	2,0	113,6	20,3	29,1	38,4	-	März	
<b>Veränderungen *)</b>													<b>Auslandstöchter</b>	
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012	
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013	
- 3,6	- 1,2	+ 1,0	- 2,2	- 2,4	+ 0,9	+ 1,1	- 0,2	- 3,3	- 0,6	- 0,3	- 0,1	-	2013 Juli	
+ 4,7	+ 3,3	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	-	Aug.	
- 3,4	+ 4,2	+ 2,4	+ 1,8	- 7,6	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 6,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,5	-	Sept.	
+ 1,4	- 1,7	- 3,3	+ 1,6	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	- 1,9	- 1,5	-	Okt.	
- 1,5	+ 0,3	- 1,8	+ 2,1	- 1,8	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 2,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	-	Nov.	
- 1,5	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,2	- 9,5	- 4,6	- 2,6	- 2,0	- 4,9	- 0,2	+ 0,1	+ 2,4	-	Dez.	
- 1,7	- 4,9	- 3,5	- 1,4	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,1	- 0,0	+ 1,2	- 0,0	+ 0,5	+ 0,1	-	2014 Jan.	
- 11,8	- 9,6	- 15,4	+ 5,8	- 2,2	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 1,5	- 0,4	- 1,5	- 2,2	-	Febr.	
- 1,2	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,8	- 0,7	+ 0,1	+ 0,7	-	März	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Sätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

## V. Mindestreserven

### 1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

### Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

### 2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998 – gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

### 3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion – ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €)</b>							
2013 Okt.	10 423,3	104,2	0,5	103,8	244,9	141,1	0,0
Nov.	10 379,0	103,8	0,5	103,3	220,2	116,9	0,0
Dez. 8)	10 385,9	103,9	0,5	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 Jan.	10 408,1	104,1	0,5	103,6	216,0	112,4	0,0
Febr.	10 330,4	103,3	0,5	102,8	201,1	98,3	0,0
März	10 403,5	104,0	0,5	103,6	195,2	91,6	0,0
April	10 397,5	104,0	0,5	103,5	191,2	87,7	0,0
Mai p)	10 438,9	104,4	0,5	103,9	...	...	...
Juni p)	...	...	...	...	...	...	...
<b>Darunter: Deutschland (Mio €)</b>							
2013 Okt.	2 759 639	27 596	178	27 419	78 384	50 965	0
Nov.	2 741 870	27 419	177	27 241	67 149	39 908	0
Dez.	2 743 933	27 439	177	27 262	75 062	47 800	2
2014 Jan.	2 772 133	27 721	178	27 544	64 060	36 516	1
Febr.	2 733 718	27 337	178	27 159	61 004	33 845	3
März	2 765 104	27 651	178	27 473	58 580	31 107	0
April	2 769 221	27 692	178	27 515	55 827	28 312	2
Mai p)	2 759 990	27 600	178	27 422	...	...	...
Juni p)	2 783 932	27 839	177	27 662	...	...	...

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve-

pflicht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Lettland in Höhe von 0,187 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2013 betrug 103,2 Mrd €.

## VI. Zinssätze

### 1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	11. März	0,50	1,50	–	2,50
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	8. April	0,25	1,25	–	2,25
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75	2014 11. Juni	-0,10	0,15	–	0,40
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					

1 Gemäß § 247 BGB.

### 2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,22	1. Juli	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,13	2012 1. Jan.	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2013 1. Jan.	-0,13
1. Juli	1,17	1. Juli	-0,38
2006 1. Jan.	1,37	2014 1. Jan.	-0,63
1. Juli	1,95		
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		

### 3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren \*)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Mio €	% p.a.		Tage				
<b>Hauptrefinanzierungsgeschäfte</b>							
2014 7. Mai	129 140	129 140	0,25	–	–	–	7
14. Mai	137 302	137 302	0,25	–	–	–	7
21. Mai	131 957	131 957	0,25	–	–	–	7
28. Mai	174 002	174 002	0,25	–	–	–	7
4. Juni	149 351	149 351	0,25	–	–	–	7
11. Juni	136 766	136 766	0,15	–	–	–	7
<b>Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte</b>							
2014 9. April	28 023	28 023	0,25	–	–	–	35
2. Mai	13 193	13 193	2) ...	–	–	–	90
14. Mai	32 335	32 335	0,25	–	–	–	28
29. Mai	10 949	10 949	2) ...	–	–	–	91
11. Juni	9 970	9 970	0,15	–	–	–	28

\* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

### 4. Geldmarktsätze nach Monaten \*)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)					
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
2013 Nov.	0,10	0,11	0,11	0,11	0,11	0,12	0,11	0,13	0,22	0,33	0,51
Dez.	0,17	0,16	0,18	0,16	0,15	0,15	0,17	0,21	0,27	0,37	0,54
2014 Jan.	0,20	0,18	0,18	0,17	0,17	0,16	0,19	0,22	0,29	0,40	0,56
Febr.	0,16	0,18	0,16	0,14	0,12	0,11	0,19	0,22	0,29	0,39	0,55
März	0,19	0,18	0,18	0,16	0,16	0,15	0,20	0,23	0,31	0,41	0,58
April	0,25	0,23	0,21	0,19	0,16	0,15	0,22	0,25	0,33	0,43	0,60
Mai	0,25	0,23	0,19	0,14	0,11	0,10	0,24	0,26	0,32	0,42	0,59

\* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnitts-

satz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

## VI. Zinssätze

### 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)

#### a) Bestände <sup>o)</sup>

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 April	1,38	110 618	2,09	226 550	0,60	80 849	3,25	20 869
Mai	1,35	108 839	2,06	225 847	0,58	78 814	3,23	20 652
Juni	1,30	106 091	2,04	225 027	0,57	77 887	3,23	20 352
Juli	1,22	103 026	2,03	224 111	0,55	79 887	3,16	20 464
Aug.	1,16	101 003	2,02	223 993	0,52	80 986	3,14	20 406
Sept.	1,12	99 321	2,01	223 867	0,53	79 626	3,11	20 467
Okt.	1,07	97 939	2,00	223 989	0,50	80 517	3,11	20 505
Nov.	1,05	97 422	1,98	224 581	0,49	79 894	3,10	20 486
Dez.	1,03	96 913	1,97	226 745	0,48	81 898	3,07	20 531
2014 Jan.	1,01	95 966	1,95	227 207	0,48	83 425	3,04	20 595
Febr.	0,99	95 572	1,94	227 617	0,44	86 581	3,02	20 561
März	0,97	95 257	1,92	227 604	0,45	85 751	3,01	20 226
April	0,95	94 632	1,91	226 848	0,45	86 699	2,98	19 601

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte <sup>3)</sup>						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte <sup>4) 5)</sup>					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 April	3,35	5 429	3,31	28 943	4,17	960 434	7,57	60 887	5,17	76 405	5,17	309 418
Mai	3,34	5 513	3,28	28 887	4,15	962 645	7,51	60 234	5,15	76 791	5,15	309 610
Juni	3,33	5 484	3,26	28 964	4,12	965 019	7,56	61 368	5,13	76 634	5,14	308 931
Juli	3,28	5 653	3,22	28 977	4,09	968 047	7,53	59 608	5,12	77 021	5,12	309 175
Aug.	3,25	5 525	3,20	28 947	4,07	971 598	7,49	58 961	5,10	77 302	5,10	309 848
Sept.	3,29	5 599	3,18	29 073	4,05	973 593	7,64	60 893	5,08	77 444	5,08	308 291
Okt.	3,23	5 786	3,15	29 061	4,02	976 282	7,64	59 053	5,07	77 656	5,06	308 891
Nov.	3,17	5 644	3,13	29 027	4,01	979 253	7,55	56 483	5,03	77 800	5,05	309 729
Dez.	3,29	5 683	3,12	28 778	3,98	978 740	7,61	59 488	5,01	77 624	5,01	307 844
2014 Jan.	3,16	5 704	3,10	28 563	3,96	977 215	7,66	57 235	4,99	77 651	5,00	308 100
Febr.	3,20	5 602	3,08	28 337	3,94	979 347	7,61	56 749	4,97	77 550	4,98	308 406
März	3,22	5 707	3,06	28 267	3,92	980 208	7,75	58 723	4,97	77 679	4,97	307 181
April	3,17	5 744	3,03	28 198	3,90	981 948	7,53	57 688	4,91	76 672	4,99	309 107

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 April	3,13	135 048	2,96	125 073	3,32	582 836
Mai	3,09	135 366	2,93	125 949	3,31	583 258
Juni	3,14	136 903	2,92	124 651	3,30	582 718
Juli	3,10	133 507	2,89	125 709	3,29	583 497
Aug.	3,05	132 912	2,87	125 631	3,28	581 882
Sept.	3,12	135 674	2,87	123 701	3,28	580 155
Okt.	3,08	132 962	2,86	124 612	3,27	581 133
Nov.	3,07	133 346	2,85	124 895	3,26	584 312
Dez.	3,13	131 319	2,86	124 094	3,24	585 809
2014 Jan.	3,10	129 373	2,86	124 931	3,24	585 957
Febr.	3,11	131 524	2,84	125 835	3,23	586 261
März	3,23	133 290	2,84	126 844	3,22	582 771
April	3,17	132 663	2,83	130 112	3,21	583 921

\* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. <sup>o)</sup> Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. <sup>1)</sup> Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. <sup>2)</sup> Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. <sup>3)</sup> Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. <sup>4)</sup> Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. <sup>5)</sup> Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. <sup>6)</sup> Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47\*).

## VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 April	0,47	869 149	0,80	7 655	1,37	796	1,38	1 567	0,90	528 646	1,26	83 717
Mai	0,46	881 098	0,82	7 485	1,47	868	1,53	1 545	0,90	528 835	1,21	81 737
Juni	0,44	888 922	0,77	6 939	1,41	633	1,46	1 345	0,87	528 594	1,18	80 868
Juli	0,43	895 155	0,74	8 578	1,26	765	1,37	1 475	0,86	527 971	1,14	79 828
Aug.	0,42	904 740	0,75	7 310	1,17	546	1,36	1 130	0,85	528 142	1,12	78 869
Sept.	0,41	905 458	0,73	7 130	1,16	586	1,45	1 237	0,85	527 842	1,09	78 103
Okt.	0,40	915 399	0,71	7 583	1,06	883	1,44	1 553	0,82	527 870	1,06	78 030
Nov.	0,39	935 789	0,74	7 097	1,09	869	1,58	1 750	0,83	527 862	1,02	77 998
Dez.	0,39	931 980	0,66	7 630	1,06	700	1,48	1 406	0,79	532 012	0,99	77 698
2014 Jan.	0,38	937 354	0,75	8 957	1,10	837	1,58	1 785	0,77	531 516	0,96	77 239
Febr.	0,38	945 510	0,78	7 933	0,99	810	1,34	1 514	0,80	531 906	0,94	77 471
März	0,37	942 554	0,69	7 426	0,98	583	1,33	1 496	0,72	530 731	0,92	77 451
April	0,36	953 725	0,68	8 300	1,03	808	1,29	1 523	0,73	529 024	0,91	77 285

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2013 April	0,19	305 231	0,22	16 608	0,77	417	1,17	526
Mai	0,18	308 618	0,19	23 572	0,74	508	1,53	202
Juni	0,17	300 393	0,21	14 370	0,60	408	1,21	247
Juli	0,16	305 708	0,20	15 631	0,96	460	1,60	538
Aug.	0,16	312 892	0,17	16 639	0,73	516	1,62	191
Sept.	0,16	318 355	0,17	17 489	0,72	463	1,38	224
Okt.	0,16	321 180	0,15	18 642	0,71	381	1,48	277
Nov.	0,16	322 015	0,16	17 258	0,72	383	1,46	232
Dez.	0,16	328 291	0,23	23 419	0,79	367	1,63	428
2014 Jan.	0,15	320 229	0,24	25 407	0,66	391	1,36	417
Febr.	0,15	315 847	0,23	22 970	0,65	371	2,07	265
März	0,17	313 232	0,22	22 601	0,67	525	1,03	389
April	0,17	315 367	0,26	26 114	0,68	576	1,04	345

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2013 April	1,99	5 235	3,57	1 181	2,95	2 815	2,33	2 916	3,70	882	2,88	1 734
Mai	1,80	3 726	3,62	864	2,91	2 318	2,04	2 255	3,80	670	2,88	1 325
Juni	1,84	4 485	3,65	886	2,81	2 651	2,01	2 768	3,85	657	2,76	1 497
Juli	1,92	5 623	3,30	1 332	3,01	3 583	2,20	3 201	3,41	999	3,00	2 019
Aug.	1,93	4 052	3,55	961	3,03	2 398	2,04	2 464	3,75	628	2,97	1 568
Sept.	1,93	4 695	3,56	900	3,03	2 472	2,08	2 756	3,67	669	2,96	1 331
Okt.	1,85	5 116	3,48	1 047	3,09	2 141	2,05	2 979	3,62	760	3,04	1 271
Nov.	1,89	3 676	3,61	909	2,99	2 024	2,11	2 160	3,78	666	2,92	1 275
Dez.	1,87	6 139	3,45	1 098	2,90	2 922	2,01	3 261	3,57	858	2,85	1 729
2014 Jan.	1,98	5 139	3,38	1 102	2,91	2 188	2,31	2 887	3,49	806	2,83	1 438
Febr.	1,89	3 836	3,32	902	2,94	2 153	2,21	2 252	3,63	622	2,85	1 223
März	2,06	4 627	3,50	1 162	2,89	2 841	2,32	2 832	3,68	694	2,86	1 427
April	2,02	4 931	3,47	1 092	2,91	2 814	2,23	2 924	3,64	778	2,88	1 368

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

## VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €							
<b>Kredite insgesamt</b>										
2013 April	6,30	6,18	5 658	4,89	554	4,94	2 725	7,91	2 379	
Mai	6,39	6,29	5 325	5,60	697	5,00	2 401	7,89	2 227	
Juni	6,41	6,29	5 396	5,46	618	5,03	2 399	7,77	2 379	
Juli	6,52	6,42	5 990	5,28	480	5,15	2 708	7,84	2 802	
Aug.	6,44	6,34	5 253	5,40	554	5,09	2 288	7,73	2 411	
Sept.	6,40	6,32	4 759	5,79	379	5,02	2 195	7,71	2 185	
Okt.	6,40	6,33	5 232	5,95	504	5,02	2 417	7,77	2 311	
Nov.	6,31	6,22	4 766	5,78	592	5,01	2 218	7,73	1 956	
Dez.	5,97	5,87	4 327	5,32	588	5,00	2 254	7,41	1 485	
2014 Jan.	6,56	6,47	5 445	5,73	538	5,20	2 478	7,93	2 429	
Febr.	6,40	6,32	5 076	5,87	591	5,09	2 300	7,73	2 185	
März	6,19	6,12	5 954	5,72	832	4,99	2 702	7,51	2 420	
April	6,26	6,20	5 613	5,44	395	4,92	2 606	7,59	2 612	
<b>darunter: besicherte Kredite 12)</b>										
2013 April	.	3,92	316	2,96	60	4,55	165	3,40	91	
Mai	.	3,95	273	3,19	41	4,57	141	3,32	91	
Juni	.	4,15	274	3,65	43	4,66	155	3,41	76	
Juli	.	4,09	334	3,27	60	4,74	171	3,48	103	
Aug.	.	4,16	259	3,49	44	4,69	137	3,60	78	
Sept.	.	4,28	246	3,47	33	4,67	143	3,87	70	
Okt.	.	4,37	250	3,63	38	4,70	146	4,07	66	
Nov.	.	4,40	221	3,64	35	4,71	133	4,12	53	
Dez.	.	4,24	247	3,48	42	4,63	149	3,79	56	
2014 Jan.	.	4,04	245	2,65	61	4,73	122	4,06	62	
Febr.	.	4,35	217	3,11	33	4,84	119	4,10	65	
März	.	4,23	261	3,41	53	4,75	138	3,84	70	
April	.	3,99	248	2,15	52	4,63	133	4,14	63	

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €								
<b>Kredite insgesamt</b>											
2013 April	2,90	2,83	18 191	2,87	2 887	2,50	2 364	2,74	7 590	3,08	5 350
Mai	2,79	2,71	15 740	2,91	2 281	2,38	2 004	2,64	6 498	2,84	4 957
Juni	2,71	2,64	16 804	2,79	2 317	2,31	2 054	2,57	6 758	2,78	5 675
Juli	2,78	2,71	21 404	2,80	3 304	2,39	2 727	2,67	9 161	2,85	6 212
Aug.	2,87	2,79	16 749	2,81	2 302	2,45	2 166	2,74	7 027	2,97	5 254
Sept.	2,92	2,86	15 567	2,86	2 266	2,46	2 017	2,82	6 594	3,07	4 690
Okt.	2,97	2,89	17 153	2,75	3 065	2,53	2 373	2,91	7 044	3,14	4 671
Nov.	2,98	2,90	14 279	2,82	2 106	2,51	1 912	2,91	5 686	3,09	4 575
Dez.	2,90	2,83	14 896	2,75	2 436	2,45	2 119	2,85	6 169	3,04	4 172
2014 Jan.	2,94	2,84	16 675	2,70	3 082	2,54	2 460	2,86	6 752	3,07	4 381
Febr.	2,90	2,83	15 089	2,85	2 762	2,43	2 061	2,81	5 540	3,02	4 726
März	2,82	2,75	16 442	2,75	2 449	2,36	2 266	2,73	6 455	2,94	5 272
April	2,85	2,75	17 947	2,69	2 754	2,40	2 574	2,71	7 202	3,02	5 417
<b>darunter: besicherte Kredite 12)</b>											
2013 April	.	2,79	8 545	2,73	1 170	2,39	1 181	2,66	3 591	3,16	2 603
Mai	.	2,61	7 361	2,69	907	2,23	998	2,58	3 117	2,80	2 339
Juni	.	2,53	8 137	2,49	958	2,18	1 039	2,51	3 326	2,70	2 814
Juli	.	2,60	10 324	2,65	1 236	2,27	1 392	2,58	4 435	2,76	3 261
Aug.	.	2,69	7 910	2,51	979	2,33	1 045	2,68	3 307	2,91	2 579
Sept.	.	2,76	7 391	2,65	860	2,36	1 045	2,76	3 193	2,99	2 293
Okt.	.	2,84	8 293	2,64	1 219	2,49	1 268	2,87	3 471	3,09	2 335
Nov.	.	2,83	6 718	2,68	801	2,45	969	2,85	2 709	3,03	2 239
Dez.	.	2,74	6 812	2,55	895	2,34	1 066	2,80	2 849	2,95	2 002
2014 Jan.	.	2,79	7 816	2,68	1 079	2,48	1 271	2,80	3 255	3,01	2 211
Febr.	.	2,80	7 211	2,87	1 276	2,37	1 011	2,76	2 664	2,99	2 260
März	.	2,69	7 808	2,69	954	2,31	1 152	2,66	3 125	2,90	2 577
April	.	2,73	8 786	2,61	1 159	2,35	1 336	2,65	3 499	3,07	2 792

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*; Anmerkung 12 s. S. 47\*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2013 April	9,52	45 107	9,62	38 827	14,70	3 846	4,25	69 020	4,26	68 777		
Mai	9,50	45 021	9,60	38 709	14,70	3 891	4,18	69 112	4,20	68 890		
Juni	9,50	46 126	9,52	39 588	14,65	4 127	4,32	69 789	4,34	69 530		
Juli	9,55	44 772	9,51	38 381	14,58	4 136	4,30	66 621	4,31	66 406		
Aug.	9,44	44 307	9,49	37 586	14,60	4 183	4,22	66 681	4,24	66 472		
Sept.	9,48	46 356	9,54	39 542	14,63	4 254	4,31	69 234	4,33	68 982		
Okt.	9,43	44 775	9,44	38 011	14,63	4 258	4,26	66 570	4,28	66 316		
Nov.	9,35	42 848	9,30	36 099	14,64	4 288	4,21	67 193	4,23	66 944		
Dez.	9,30	45 730	9,41	38 335	14,62	4 358	4,28	66 825	4,30	66 572		
2014 Jan.	9,36	43 888	9,38	37 050	14,51	4 288	4,27	65 336	4,29	65 106		
Febr.	9,31	43 418	9,29	36 571	14,55	4 259	4,28	66 556	4,31	66 281		
März	9,33	45 617	9,34	38 706	14,58	4 313	4,39	68 638	4,41	68 379		
April	9,20	43 618	9,27	37 048	15,35	3 587	4,38	66 731	4,39	66 493		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
<b>Kredite insgesamt</b>												
2013 April	2,92	7 813	3,50	1 509	2,85	1 170	1,80	37 523	2,85	1 491	2,77	4 495
Mai	3,00	7 028	3,51	1 197	2,67	1 076	1,68	33 009	2,77	1 239	2,52	4 020
Juni	2,97	7 849	3,62	902	2,67	1 260	1,75	41 928	2,58	2 153	2,80	5 651
Juli	2,95	8 387	3,57	1 131	2,80	1 489	1,71	43 328	2,84	2 497	3,00	6 045
Aug.	2,80	6 715	3,66	830	2,80	1 275	1,70	32 698	2,51	1 386	2,83	4 394
Sept.	2,97	7 696	3,69	822	2,82	1 074	1,80	38 460	2,84	1 757	2,87	4 817
Okt.	2,92	8 264	3,61	992	2,95	1 181	1,79	42 301	2,86	2 872	3,03	4 462
Nov.	2,99	6 860	3,69	903	2,85	1 022	1,70	32 900	2,43	1 180	2,70	5 032
Dez.	3,01	7 750	3,59	1 032	2,74	1 380	1,86	44 537	2,62	3 368	2,75	8 311
2014 Jan.	2,92	7 777	3,50	995	2,93	1 164	1,85	40 304	2,41	1 534	2,82	4 479
Febr.	2,97	6 822	3,67	726	2,87	1 009	1,71	32 393	2,14	1 285	2,91	3 721
März	3,01	8 295	3,54	1 018	2,80	1 121	1,91	37 918	2,53	1 289	2,77	4 529
April	2,95	8 018	3,54	1 088	2,73	1 156	1,83	44 757	2,34	1 756	2,87	4 473
<b>darunter: besicherte Kredite 12)</b>												
2013 April	2,70	1 305	3,03	175	2,71	337	2,19	7 219	2,61	560	2,98	1 458
Mai	2,85	961	2,79	134	2,48	321	2,04	5 488	2,82	474	2,78	1 322
Juni	2,82	948	2,82	124	2,50	336	2,10	6 829	2,51	1 058	2,55	1 344
Juli	2,83	1 301	2,85	184	2,63	468	2,20	7 145	2,98	985	2,95	1 621
Aug.	2,82	799	3,08	130	2,61	404	2,14	4 994	2,60	459	2,86	1 245
Sept.	2,87	904	2,80	138	2,65	318	2,10	5 972	3,08	926	2,71	1 439
Okt.	2,67	1 133	2,88	153	2,79	326	2,22	8 531	2,99	1 523	2,92	1 288
Nov.	2,88	746	2,97	114	2,77	274	2,11	4 596	2,75	415	2,65	1 445
Dez.	2,83	912	2,75	154	2,55	449	2,24	6 744	2,35	1 542	2,73	3 014
2014 Jan.	2,71	1 122	2,69	161	2,85	324	2,16	8 627	2,65	519	2,87	1 224
Febr.	2,86	772	2,72	105	2,66	316	2,16	4 281	2,39	300	2,73	796
März	2,81	1 000	2,72	145	2,70	320	2,27	5 618	2,74	408	2,66	994
April	2,66	1 162	2,73	152	2,60	340	2,09	9 523	2,31	662	2,98	1 495

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*; Anmerkung 11 s. S. 46\*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

## VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
<b>Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)</b>										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013	2 229,4	2 158,3	540,1	322,5	285,3	224,3	656,7	64,9	64,5	71,1
2011 4.Vj.	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012 1.Vj.	2 058,3	1 994,4	572,5	248,3	275,5	222,1	549,8	62,4	63,8	63,9
2.Vj.	2 078,0	2 013,1	568,9	259,6	275,6	221,0	561,3	62,6	64,0	64,9
3.Vj.	2 124,8	2 059,2	566,1	277,5	277,0	223,5	588,0	62,9	64,3	65,6
4.Vj.	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013 1.Vj.	2 196,3	2 129,1	559,9	304,0	280,3	225,2	629,3	64,9	65,6	67,2
2.Vj.	2 190,5	2 122,6	554,2	306,4	280,5	224,6	626,6	64,7	65,6	67,9
3.Vj.	2 207,7	2 138,3	546,9	311,8	284,0	224,3	641,8	64,6	64,9	69,4
4.Vj.	2 229,4	2 158,3	540,1	322,5	285,3	224,3	656,7	64,9	64,5	71,1
<b>Versicherungen</b>										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 743,4	1 697,0	382,9	274,2	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2011 4.Vj.	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012 1.Vj.	1 620,6	1 578,7	415,4	211,4	249,4	210,3	381,3	58,6	52,5	41,9
2.Vj.	1 635,4	1 592,7	412,5	220,6	249,3	209,0	389,9	58,7	52,6	42,7
3.Vj.	1 671,2	1 628,1	409,4	236,7	250,6	211,3	408,6	58,8	52,7	43,0
4.Vj.	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013 1.Vj.	1 726,1	1 682,3	402,1	261,5	253,5	212,5	438,2	60,7	53,8	43,8
2.Vj.	1 719,6	1 675,3	397,2	262,2	253,8	211,9	436,1	60,5	53,7	44,3
3.Vj.	1 730,7	1 685,2	390,1	266,6	256,8	211,3	447,2	60,4	52,8	45,5
4.Vj.	1 743,4	1 697,0	382,9	274,2	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
<b>Pensionseinrichtungen 4)</b>										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013	486,0	461,3	157,2	48,3	27,4	13,2	198,5	4,3	12,3	24,6
2011 4.Vj.	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012 1.Vj.	437,7	415,7	157,1	36,9	26,1	11,8	168,5	3,9	11,3	22,0
2.Vj.	442,6	420,4	156,4	39,0	26,2	12,0	171,4	3,9	11,4	22,2
3.Vj.	453,6	431,1	156,7	40,9	26,4	12,2	179,4	4,0	11,5	22,5
4.Vj.	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013 1.Vj.	470,3	446,8	157,8	42,5	26,8	12,7	191,1	4,2	11,8	23,4
2.Vj.	470,9	447,3	157,0	44,2	26,7	12,8	190,6	4,2	11,9	23,6
3.Vj.	477,0	453,1	156,8	45,2	27,3	12,9	194,6	4,3	12,0	23,9
4.Vj.	486,0	461,3	157,2	48,3	27,4	13,2	198,5	4,3	12,3	24,6

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. \* Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensions-

kassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsstreuthand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

## VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

### 2. Passiva \*)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle		
<b>Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)</b>									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013	2 229,4	16,9	80,1	197,7	1 786,4	1 507,9	278,6	73,8	74,4
2011 4.Vj.	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012 1.Vj.	2 058,3	19,4	72,9	134,6	1 652,9	1 383,4	269,6	71,8	106,6
2.Vj.	2 078,0	18,7	75,5	123,0	1 667,9	1 398,2	269,7	71,5	121,3
3.Vj.	2 124,8	19,3	77,2	141,1	1 684,5	1 414,5	270,0	71,4	131,3
4.Vj.	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013 1.Vj.	2 196,3	21,4	78,1	169,7	1 739,0	1 460,7	278,3	72,8	115,3
2.Vj.	2 190,5	17,8	79,0	172,1	1 751,6	1 474,0	277,6	73,1	97,0
3.Vj.	2 207,7	16,5	79,6	177,0	1 766,0	1 488,6	277,3	73,4	95,3
4.Vj.	2 229,4	16,9	80,1	197,7	1 786,4	1 507,9	278,6	73,8	74,4
<b>Versicherungen</b>									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2011 4.Vj.	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012 1.Vj.	1 620,6	19,4	69,1	128,8	1 245,0	975,9	269,1	69,9	88,4
2.Vj.	1 635,4	18,7	71,5	117,7	1 256,4	987,1	269,3	69,7	101,4
3.Vj.	1 671,2	19,3	73,2	135,0	1 268,5	998,9	269,6	69,6	105,6
4.Vj.	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013 1.Vj.	1 726,1	21,4	74,0	162,3	1 308,8	1 031,0	277,8	70,9	88,6
2.Vj.	1 719,6	17,8	74,8	164,5	1 317,7	1 040,5	277,2	71,2	73,7
3.Vj.	1 730,7	16,5	75,4	169,2	1 326,8	1 050,0	276,9	71,4	71,4
4.Vj.	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
<b>Pensionseinrichtungen 5)</b>									
2005	259,3	-	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	-	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	-	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	-	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	-	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	-	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	-	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	462,8	-	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013	486,0	-	4,3	8,9	448,2	447,7	0,5	2,0	22,6
2011 4.Vj.	426,6	-	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012 1.Vj.	437,7	-	3,9	5,8	407,9	407,5	0,5	1,9	18,2
2.Vj.	442,6	-	3,9	5,3	411,5	411,1	0,5	1,9	19,9
3.Vj.	453,6	-	4,0	6,1	416,0	415,6	0,4	1,9	25,7
4.Vj.	462,8	-	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013 1.Vj.	470,3	-	4,1	7,4	430,1	429,7	0,5	1,9	26,7
2.Vj.	470,9	-	4,2	7,5	433,9	433,5	0,5	1,9	23,3
3.Vj.	477,0	-	4,2	7,8	439,1	438,7	0,5	2,0	23,9
4.Vj.	486,0	-	4,3	8,9	448,2	447,7	0,5	2,0	22,6

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. \* Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. 1. Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2. Einschl. Genuss-Scheine. 3. Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4. Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Sum-

me aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversicherungs-einrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

## VIII. Kapitalmarkt

### 1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																				
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb														
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand 3)	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 4)	Inländer				Aus-länder 8)										
zu-sammen	zu-sammen 5)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 6)					Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)													
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920										
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122										
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772										
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940										
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583										
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560										
2008	76 490	66 139	–	45 712	86 527	25 322	18 236	68 049	.	49 813	58 254										
2009	70 208	–	538	–	114 902	22 709	91 655	70 747	12 973	8 645	68 536										
2010	146 620	–	1 212	–	7 621	24 044	–	17 635	147 831	92 682	–	103 271	22 967	172 986	53 938						
2011	36 638	–	13 575	–	46 796	850	59 521	23 064	–	17 173	–	94 793	36 805	40 814	53 811						
2012	54 965	–	21 419	–	98 820	–	8 701	86 103	76 382	7 184	–	42 017	–	3 573	52 774	47 781					
2013	–	11 172	–	101 616	–	117 187	153	15 415	90 443	24 158	–	25 778	–	12 708	62 646	–	35 330				
2013 Juni	–	13 132	–	17 431	–	9 542	–	5 473	–	2 416	4 298	12 255	3 451	–	1 280	10 084	–	25 387			
Juli	–	19 574	–	28 318	–	12 903	–	2 594	–	12 821	8 744	–	3 454	–	3 106	–	796	448	–	16 120	
Aug.	929	–	6 470	–	12 968	70	6 428	7 399	–	2 952	1 447	–	1 568	–	2 831	–	463	3 881	–	1 320	
Sept.	–	4 645	–	4 784	–	560	–	1 743	–	2 481	139	–	5 965	–	6 077	–	351	–	–	–	
Okt.	7 451	–	5 582	–	5 401	–	5 716	–	5 266	1 869	6 018	–	3 717	–	751	–	10 486	1 433	–	–	
Nov.	19 214	–	4 316	–	8 410	–	1 251	–	13 977	14 898	6 386	–	7 717	–	167	–	1 164	12 828	–	–	
Dez.	–	38 456	–	39 871	–	24 847	–	4 973	–	10 051	1 415	–	4 338	–	4 647	–	1 215	1 524	–	34 118	
2014 Jan.	6 649	–	2 476	–	3 705	–	3 516	–	4 744	4 173	–	4 128	–	4 149	–	1 511	–	1 532	10 777	–	–
Febr.	4 135	–	691	–	8 978	–	409	–	9 260	3 444	–	9 808	–	1 895	–	560	–	7 353	13 943	–	–
März	5 280	–	14 577	–	12 262	–	1 890	–	425	19 857	15 721	–	641	–	203	–	15 283	–	–	–	10 441
April	–	6 814	–	23 586	–	12 132	–	635	–	12 088	16 771	–	7 903	–	1 680	–	1 786	8 009	–	–	14 718

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		Erwerb			
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	zu-sammen 11)	Kredit-institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941
2003	11 896	16 838	–	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	–	3 317	10 157	–	13 474	7 432	10 748
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	–	5 009	10 053	–	15 062	6 702	57 299
2008	–	29 452	11 326	–	40 778	23 079	32 194
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	37 767	20 049	17 719	36 406	7 340	29 066	1 361
2011	23 718	21 713	2 005	38 558	670	37 888	14 838
2012	19 164	5 120	14 044	18 022	10 259	7 763	1 142
2013	30 015	10 106	19 910	24 994	11 991	13 003	5 022
2013 Juni	2 296	1 544	752	–	5 635	8 772	7 931
Juli	7 986	109	7 877	6 613	4 697	1 916	1 373
Aug.	790	158	632	–	408	855	1 198
Sept.	1 609	188	1 421	249	3 053	2 804	1 361
Okt.	1 847	181	1 666	5 545	242	5 787	3 698
Nov.	–	1 327	153	–	4 640	347	4 987
Dez.	–	2 573	1 042	–	3 615	–	5 301
2014 Jan.	3 931	115	3 816	11 526	8 586	2 940	7 595
Febr.	–	4 284	599	–	4 883	11 608	5 701
März	5 095	111	4 984	9 180	10 246	1 066	4 086
April	2 250	136	2 114	12 035	9 932	2 103	9 785

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerk.

## VIII. Kapitalmarkt

### 2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
<b>Brutto-Absatz 4)</b>									
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2013 Sept.	110 040	61 322	1 038	644	45 215	14 426	3 476	45 242	–
Okt.	128 631	81 762	1 466	1 003	67 675	11 617	7 351	39 518	–
Nov.	128 109	79 061	1 435	1 276	63 765	12 585	7 094	41 954	–
Dez.	87 498	64 466	2 593	83	52 602	9 189	3 694	19 338	–
2014 Jan.	139 700	84 157	3 375	739	67 865	12 178	8 279	47 264	–
Febr.	124 699	75 356	1 798	1 693	56 175	15 689	6 962	42 382	–
März	106 104	67 913	1 311	1 140	51 987	13 474	6 396	31 795	–
April	112 584	64 982	1 556	669	50 865	11 892	8 150	39 451	–
<b>darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)</b>									
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2013 Sept.	31 256	13 633	474	401	6 944	5 814	2 127	15 496	–
Okt.	37 193	15 712	894	1 003	9 319	4 496	5 682	15 799	–
Nov.	34 143	9 962	995	1 266	2 947	4 754	3 910	20 271	–
Dez.	15 389	5 600	1 003	83	1 140	3 375	3 013	6 775	–
2014 Jan.	47 766	19 040	1 966	678	11 913	4 483	5 450	23 277	–
Febr.	37 065	14 515	1 456	1 193	4 557	7 309	5 831	16 718	–
März	30 525	14 067	1 025	555	8 299	4 188	4 175	12 283	–
April	37 733	11 784	1 456	669	3 499	6 159	6 284	19 665	–
<b>Netto-Absatz 6)</b>									
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 570
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 996	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2013	– 140 017	– 125 932	– 17 364	– 37 778	– 4 027	– 66 760	1 394	– 15 479	– 3 057
2013 Sept.	– 5 438	– 3 138	– 1 208	– 1 649	5 047	– 5 328	– 1 167	– 1 134	– 994
Okt.	– 491	– 6 757	– 1 376	– 2 986	5 398	– 7 793	5 348	918	–
Nov.	– 13 485	– 6 268	– 452	– 1 779	– 1 315	– 2 722	1 627	– 18 127	– 15
Dez.	– 38 645	– 26 745	– 258	– 2 089	– 14 217	– 10 180	– 3 261	– 8 639	– 264
2014 Jan.	– 16 657	– 669	1 245	– 6 460	14 678	– 8 795	1	– 17 327	–
Febr.	– 12 134	– 8 752	– 1 965	– 703	– 3 936	– 2 149	4 413	– 16 473	– 4
März	– 16 495	– 14 777	– 862	– 956	– 9 313	– 3 646	505	– 2 223	–
April	– 17 187	– 12 316	– 18	– 1 898	– 10 837	438	5 177	– 10 048	– 2 500

\* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

## VIII. Kapitalmarkt

### 3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland \*)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2013 Okt.	3 170 488	1 321 353	128 352	113 159	585 668	494 175	223 485	1 625 650	10 702
Nov.	3 183 974	1 315 085	127 900	111 379	584 353	491 453	225 112	1 643 777	10 687
Dez.	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014 Jan.	3 128 671	1 289 009	128 887	102 830	584 815	472 477	221 852	1 617 811	10 422
Febr.	3 140 805	1 280 256	126 922	102 127	580 879	470 329	226 265	1 634 283	10 419
März	3 124 310	1 265 480	126 060	101 171	571 566	466 683	226 770	1 632 060	10 419
April	3 107 123	1 253 164	126 042	99 273	560 728	467 121	231 947	1 622 012	7 919

#### Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: April 2014

bis unter 2	1 161 756	558 184	51 010	48 946	213 969	244 258	49 421	554 149	1 781
2 bis unter 4	655 832	297 310	38 611	25 916	143 010	89 773	37 106	321 416	2 632
4 bis unter 6	457 738	184 826	21 216	14 034	102 672	46 904	41 665	231 246	255
6 bis unter 8	275 786	89 370	8 890	3 921	51 375	25 184	19 072	167 343	341
8 bis unter 10	223 217	42 028	4 272	3 112	16 314	18 330	17 610	163 579	1 333
10 bis unter 15	76 995	26 337	1 904	2 713	12 359	9 362	6 328	44 330	599
15 bis unter 20	43 241	10 825	11	264	5 183	5 366	2 656	29 761	10
20 und darüber	212 559	44 285	128	368	15 847	27 943	58 087	110 188	967

\* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

### 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung		
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492	
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001	
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217	
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	0	3 741	1 269	974	927 256	
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220	
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	552	762	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	0	478	594	2 411	1 150 188	
2013	171 741	6 879	2 971	718	476	0	1 432	619	8 992	1 432 658	
2013 Okt.	171 643	8	88	8	0	0	60	18	26	1 358 708	
Nov.	171 811	167	63	5	127	0	2	13	16	1 410 435	
Dez.	171 741	70	280	0	0	0	8	317	27	1 432 658	
2014 Jan.	171 660	81	65	1	0	0	49	32	164	1 382 182	
Febr.	171 638	22	131	0	17	0	3	143	24	1 439 031	
März	171 576	62	96	200	0	0	81	246	30	1 435 810	
April	171 385	191	100	36	1	0	215	62	52	1 428 621	

\* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierte Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regelierten Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

## VIII. Kapitalmarkt

### 5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)		Deutscher Rentenindex (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktienindex (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2013 Dez.	1,5	1,5	1,5	1,8	1,4	2,2	3,5	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014 Jan.	1,5	1,5	1,5	1,8	1,4	2,3	3,4	134,32	108,06	455,15	9 306,48
Febr.	1,3	1,3	1,3	1,6	1,2	2,1	3,4	134,67	107,99	474,14	9 692,08
März	1,3	1,3	1,3	1,5	1,2	2,1	3,4	134,70	108,16	467,04	9 555,91
April	1,3	1,3	1,3	1,5	1,1	2,0	3,3	134,91	108,60	465,58	9 603,23
Mai	1,2	1,2	1,2	1,3	1,0	1,9	3,2	136,00	109,49	474,47	9 943,27

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

### 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €														
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb						
		inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer						
		zu-sammen	Publikumsfonds		darunter			aus-ländische Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)		Aus-länder 5)	
	zu-sammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immobilien-fonds	Spezial-fonds	zu-sammen	zu-sammen		darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile				
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	680	
2003	47 754	43 943	20 079	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	2 658	734	52 205	3 077	1 793	
2004	14 435	1 453	3 978	6 160	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	124	7 001	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	14 257	490	9 362	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	7 872	4 839	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	7 911	14 409	12 171	11 149	799	6 498	10 509	11 315	16 625	9 252	27 940	19 761	8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	14 995	8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 497	45 221	1 340	379	2 037	1 562	46 561	1 277	39 401	7 576	694	46 977	1 970	7 095	
2012	111 639	89 942	2 084	1 036	97	3 450	87 859	21 696	115 438	3 062	1 562	118 500	23 257	3 799	
2013	122 652	91 337	9 184	574	5 596	3 376	82 153	31 315	116 651	771	100	115 880	31 214	6 001	
2013 Okt.	12 755	5 849	1 824	105	2 156	470	4 025	6 906	10 848	1 332	1 608	9 516	5 298	1 907	
Nov.	9 710	8 784	2 882	94	3 139	313	11 666	926	6 776	737	418	6 039	508	2 934	
Dez.	14 437	13 930	520	15	40	398	13 410	507	13 927	1 662	1 537	15 589	2 044	510	
2014 Jan.	7 048	4 613	750	124	15	479	3 863	2 435	6 350	365	451	6 715	2 886	698	
Febr.	12 577	8 445	2 163	52	2 426	114	6 282	4 312	12 737	99	243	12 836	4 069	20	
März	13 527	10 588	173	205	558	192	10 761	2 939	14 325	121	322	14 204	2 617	798	
April	5 268	2 764	192	14	254	181	2 573	2 504	8 707	2 236	731	6 471	3 235	3 439	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012				2013			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
<b>Private Haushalte 1)</b>											
<b>I. Geldvermögensbildung</b>											
Bargeld und Einlagen	66,7	86,4	68,3	21,1	22,2	19,9	23,3	9,1	17,3	10,3	31,6
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 1,9	- 17,0	- 15,0	- 2,8	- 2,4	- 4,7	- 7,2	- 4,6	- 5,5	- 1,0	- 3,8
Aktien	16,1	- 3,4	- 5,7	- 1,0	0,5	- 0,5	- 2,5	2,6	- 0,6	- 4,3	- 3,5
Sonstige Anteilsrechte	3,0	3,1	3,0	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,6
Investmentzertifikate	- 14,5	0,2	20,3	- 1,6	- 2,1	- 1,1	5,0	10,5	3,9	2,8	3,1
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	45,7	69,8	70,4	24,3	16,5	12,8	16,2	24,7	17,0	12,6	16,1
kurzfristige Ansprüche	0,6	2,3	2,8	0,6	0,6	0,6	0,5	0,8	0,7	0,6	0,7
längerfristige Ansprüche	45,2	67,5	67,6	23,6	16,0	12,2	15,7	23,9	16,3	12,0	15,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	11,1	11,9	10,9	2,9	3,0	2,9	3,0	2,7	2,8	2,7	2,8
Sonstige Forderungen 4)	17,6	1,2	- 4,5	6,1	- 0,0	- 0,2	- 4,7	1,2	1,3	7,9	- 14,9
<b>Insgesamt</b>	<b>143,8</b>	<b>152,1</b>	<b>147,7</b>	<b>49,8</b>	<b>38,5</b>	<b>30,0</b>	<b>33,8</b>	<b>47,0</b>	<b>36,9</b>	<b>31,9</b>	<b>31,9</b>
<b>II. Finanzierung</b>											
Kredite	11,6	14,9	11,5	- 1,1	6,7	6,1	3,2	- 3,7	5,8	8,6	0,7
kurzfristige Kredite	- 2,1	- 1,0	- 3,2	- 0,1	0,8	- 0,9	- 0,8	- 1,5	- 0,3	- 0,0	- 1,3
längerfristige Kredite	13,6	16,0	14,6	- 1,0	5,9	7,0	4,0	- 2,1	6,1	8,7	2,0
Sonstige Verbindlichkeiten	1,6	0,6	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>13,1</b>	<b>15,6</b>	<b>11,8</b>	<b>- 0,7</b>	<b>6,8</b>	<b>6,2</b>	<b>3,3</b>	<b>- 3,5</b>	<b>5,9</b>	<b>8,7</b>	<b>0,7</b>
<b>Unternehmen</b>											
<b>I. Geldvermögensbildung</b>											
Bargeld und Einlagen	14,0	6,6	- 4,8	- 21,4	- 10,2	4,7	33,5	- 46,0	- 16,2	43,5	13,8
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,9	- 2,6	- 0,2	0,2	- 0,0	- 0,6	- 2,2	1,4	- 2,1	1,2	- 0,7
Finanzderivate	14,8	9,3	6,8	- 0,2	3,9	2,2	3,4	1,3	2,9	0,7	1,9
Aktien	19,6	20,9	15,6	6,4	- 6,5	5,5	15,5	10,7	0,9	8,6	- 4,6
Sonstige Anteilsrechte	43,8	25,2	15,8	9,4	13,3	13,4	- 10,8	12,8	- 1,1	4,2	- 0,2
Investmentzertifikate	8,2	- 0,2	7,4	- 5,2	1,0	0,7	3,3	4,5	- 1,0	2,1	1,9
Kredite	5,3	26,5	- 10,6	10,4	12,1	0,6	3,4	5,3	- 1,2	4,3	- 19,1
kurzfristige Kredite	10,2	16,3	10,4	7,2	11,1	- 1,8	- 0,3	10,3	- 1,8	2,8	- 0,9
längerfristige Kredite	- 4,9	10,2	- 21,0	3,2	1,0	2,4	3,6	- 5,0	0,7	1,5	- 18,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	0,6	1,4	1,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
kurzfristige Ansprüche	0,6	1,4	1,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
längerfristige Ansprüche	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sonstige Forderungen	25,4	48,9	81,2	8,2	- 23,7	37,3	27,1	25,9	- 0,4	48,2	7,6
<b>Insgesamt</b>	<b>136,7</b>	<b>136,0</b>	<b>112,7</b>	<b>8,1</b>	<b>- 9,8</b>	<b>64,1</b>	<b>73,6</b>	<b>16,2</b>	<b>- 17,8</b>	<b>113,2</b>	<b>1,0</b>
<b>II. Finanzierung</b>											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	7,6	18,7	12,8	3,1	3,9	7,1	4,7	9,1	3,2	- 0,5	0,9
Finanzderivate	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Aktien	7,4	2,9	1,5	0,6	1,0	0,4	1,0	0,6	0,1	- 0,3	1,0
Sonstige Anteilsrechte	19,3	9,3	10,6	2,4	1,5	- 4,0	9,4	1,0	2,1	1,7	5,8
Kredite	27,6	19,1	6,3	- 0,1	14,8	26,0	- 21,7	19,7	11,6	- 15,3	- 9,7
kurzfristige Kredite	19,1	7,4	- 3,5	1,7	7,5	3,8	- 5,6	12,1	10,2	- 16,3	- 9,4
längerfristige Kredite	8,5	11,7	9,7	- 1,8	7,3	22,3	- 16,1	7,6	1,5	1,0	- 0,3
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	5,8	6,6	5,7	1,6	1,6	1,6	1,7	1,4	1,4	1,4	1,4
Sonstige Verbindlichkeiten	45,2	28,0	- 12,3	- 8,5	6,3	14,5	15,7	- 1,1	- 16,9	17,0	- 11,2
<b>Insgesamt</b>	<b>112,9</b>	<b>84,6</b>	<b>24,6</b>	<b>- 0,8</b>	<b>29,1</b>	<b>45,6</b>	<b>10,7</b>	<b>30,8</b>	<b>1,6</b>	<b>4,0</b>	<b>- 11,8</b>

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.  
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012				2013			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
<b>Private Haushalte 1)</b>											
<b>I. Geldvermögen</b>											
Bargeld und Einlagen	1 927,5	2 014,9	2 082,2	1 948,6	1 971,4	1 991,4	2 014,9	2 023,1	2 040,4	2 050,6	2 082,2
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	247,1	238,2	216,0	249,6	245,4	244,8	238,2	231,7	221,9	220,0	216,0
Aktien	221,5	259,2	299,5	252,4	229,9	250,0	259,2	267,8	264,4	279,5	299,5
Sonstige Anteilsrechte	188,5	198,4	198,7	189,5	195,1	195,2	198,4	199,3	197,4	197,1	198,7
Investmentzertifikate	394,9	420,1	449,5	410,9	401,7	414,8	420,1	435,0	430,8	439,7	449,5
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 401,1	1 476,9	1 551,7	1 420,7	1 437,7	1 455,2	1 476,9	1 503,2	1 521,3	1 534,6	1 551,7
Kurzfristige Ansprüche	71,4	73,7	76,5	72,0	72,6	73,2	73,7	74,5	75,2	75,8	76,5
Längerfristige Ansprüche	1 329,6	1 403,2	1 475,2	1 348,6	1 365,1	1 382,0	1 403,2	1 428,7	1 446,1	1 458,8	1 475,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	295,4	307,3	318,2	298,3	301,4	304,3	307,3	310,0	312,8	315,5	318,2
Sonstige Forderungen 4)	38,4	37,1	36,5	38,3	38,2	37,9	37,1	37,0	37,0	36,7	36,5
<b>Insgesamt</b>	<b>4 714,3</b>	<b>4 952,0</b>	<b>5 152,4</b>	<b>4 808,2</b>	<b>4 820,9</b>	<b>4 893,6</b>	<b>4 952,0</b>	<b>5 007,2</b>	<b>5 025,9</b>	<b>5 073,6</b>	<b>5 152,4</b>
<b>II. Verbindlichkeiten</b>											
Kredite	1 538,6	1 552,5	1 563,1	1 536,7	1 543,0	1 549,0	1 552,5	1 548,9	1 554,7	1 562,6	1 563,1
Kurzfristige Kredite	73,9	72,6	67,7	73,8	74,4	73,1	72,6	70,2	69,9	69,8	67,7
Längerfristige Kredite	1 464,8	1 479,9	1 495,5	1 463,0	1 468,7	1 475,9	1 479,9	1 478,6	1 484,7	1 492,8	1 495,5
Sonstige Verbindlichkeiten	13,4	14,5	15,2	15,3	15,1	15,0	14,5	16,7	15,7	15,8	15,2
<b>Insgesamt</b>	<b>1 552,0</b>	<b>1 567,0</b>	<b>1 578,3</b>	<b>1 552,0</b>	<b>1 558,1</b>	<b>1 564,0</b>	<b>1 567,0</b>	<b>1 565,6</b>	<b>1 570,4</b>	<b>1 578,5</b>	<b>1 578,3</b>
<b>Unternehmen</b>											
<b>I. Geldvermögen</b>											
Bargeld und Einlagen	460,5	506,5	505,4	452,6	453,1	468,3	506,5	459,9	449,5	488,3	505,4
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	52,6	51,9	51,1	53,9	53,6	53,9	51,9	53,0	50,3	51,9	51,1
Finanzderivate	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Aktien	811,4	946,7	1 077,2	904,7	838,6	894,1	946,7	981,1	945,4	1 002,3	1 077,2
Sonstige Anteilsrechte	401,2	441,6	451,3	411,0	434,9	446,8	441,6	454,7	447,5	449,0	451,3
Investmentzertifikate	123,1	129,0	138,1	120,5	119,6	123,9	129,0	134,1	131,9	135,6	138,1
Kredite	369,3	395,8	385,2	379,7	391,8	392,5	395,8	401,1	399,9	404,3	385,2
Kurzfristige Kredite	252,3	268,6	278,9	259,5	270,6	268,9	268,6	278,9	277,0	279,9	278,9
Längerfristige Kredite	117,0	127,2	106,2	120,2	121,2	123,6	127,2	122,3	122,9	124,4	106,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	41,9	43,3	44,7	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7
Kurzfristige Ansprüche	41,9	43,3	44,7	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7
Längerfristige Ansprüche	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sonstige Forderungen	809,9	846,7	875,8	816,9	819,6	836,9	846,7	877,9	856,2	868,3	875,8
<b>Insgesamt</b>	<b>3 070,0</b>	<b>3 361,4</b>	<b>3 528,8</b>	<b>3 181,6</b>	<b>3 153,8</b>	<b>3 259,3</b>	<b>3 361,4</b>	<b>3 405,4</b>	<b>3 324,7</b>	<b>3 443,9</b>	<b>3 528,8</b>
<b>II. Verbindlichkeiten</b>											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	110,7	130,9	138,9	115,6	117,2	124,6	130,9	139,6	141,3	137,5	138,9
Finanzderivate	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Aktien	1 110,5	1 373,6	1 664,7	1 282,5	1 166,3	1 294,9	1 373,6	1 430,9	1 389,6	1 503,6	1 664,7
Sonstige Anteilsrechte	741,4	750,7	761,4	743,8	745,3	741,3	750,7	751,8	753,9	755,6	761,4
Kredite	1 367,1	1 397,4	1 425,0	1 367,5	1 381,6	1 401,5	1 397,4	1 415,8	1 428,3	1 421,9	1 425,0
Kurzfristige Kredite	421,1	427,6	437,0	422,5	429,3	433,0	427,6	439,3	449,6	445,7	437,0
Längerfristige Kredite	946,0	969,8	988,0	945,0	952,3	968,5	969,8	976,4	978,7	976,2	988,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	235,0	241,5	247,2	236,6	238,2	239,9	241,5	243,0	244,4	245,8	247,2
Sonstige Verbindlichkeiten	879,6	907,8	904,1	880,6	900,8	911,9	907,8	925,5	888,9	905,7	904,1
<b>Insgesamt</b>	<b>4 444,3</b>	<b>4 802,0</b>	<b>5 141,3</b>	<b>4 626,6</b>	<b>4 549,5</b>	<b>4 714,2</b>	<b>4 802,0</b>	<b>4 906,6</b>	<b>4 846,3</b>	<b>4 970,1</b>	<b>5 141,3</b>

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.  
3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich ange-sammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
<b>Finanzierungssaldo <sup>1)</sup></b>										
2008	- 1,9	- 16,6	- 1,2	+ 9,0	+ 6,9	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 73,7	- 38,6	- 18,4	- 2,5	- 14,3	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 <sup>2) p)</sup>	- 104,2	- 82,9	- 20,1	- 5,2	+ 4,1	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 <sup>p)</sup>	- 22,0	- 27,3	- 11,3	+ 1,4	+ 15,2	- 0,8	- 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6
2012 <sup>p)</sup>	+ 2,4	- 14,4	- 6,8	+ 5,2	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7
2013 <sup>ts)</sup>	+ 5,3	- 2,9	- 2,5	+ 4,3	+ 6,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
2012 1.Hj. <sup>p)</sup>	+ 8,1	- 8,0	- 0,0	+ 4,3	+ 11,8	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9
2.Hj. <sup>p)</sup>	- 5,8	- 6,5	- 6,7	+ 1,0	+ 6,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5
2013 1.Hj. <sup>ts)</sup>	+ 8,2	- 3,4	+ 1,5	+ 6,0	+ 4,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. <sup>ts)</sup>	- 3,0	+ 0,4	- 3,9	- 1,7	+ 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2
<b>Schuldenstand <sup>3)</sup></b>										
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende</b>										
2008	1 652,8	1 007,8	536,7	123,6	1,5	66,8	40,7	21,7	5,0	0,1
2009	1 770,7	1 076,7	578,5	130,0	1,3	74,6	45,3	24,4	5,5	0,1
2010 <sup>p)</sup>	2 059,2	1 315,5	625,1	135,1	1,3	82,5	52,7	25,1	5,4	0,1
2011 <sup>p)</sup>	2 087,7	1 324,5	640,2	139,3	1,3	80,0	50,7	24,5	5,3	0,1
2012 <sup>p)</sup>	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 <sup>ts)</sup>	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0
2012 1.Vj. <sup>p)</sup>	2 117,7	1 345,3	647,0	142,6	1,3	80,5	51,2	24,6	5,4	0,1
2.Vj. <sup>p)</sup>	2 163,5	1 374,2	666,1	141,9	1,3	81,9	52,0	25,2	5,4	0,0
3.Vj. <sup>p)</sup>	2 154,1	1 357,4	672,3	141,3	1,3	81,1	51,1	25,3	5,3	0,1
4.Vj. <sup>p)</sup>	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 1.Vj. <sup>ts)</sup>	2 149,3	1 369,3	656,7	144,0	1,2	80,5	51,3	24,6	5,4	0,0
2.Vj. <sup>ts)</sup>	2 148,8	1 377,2	646,2	143,0	1,1	79,8	51,2	24,0	5,3	0,0
3.Vj. <sup>ts)</sup>	2 129,6	1 362,5	639,2	143,4	1,1	78,5	50,2	23,5	5,3	0,0
4.Vj. <sup>ts)</sup>	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren entsprechen dem Finanzierungssaldo gemäß

VGR. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

### 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen \*)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt <sup>1)</sup>
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen	sonstige		
<b>Mrd €</b>												
2008	1 088,6	572,6	408,3	107,7	1 090,5	590,3	182,6	68,3	38,9	210,5	- 1,8	993,8
2009	1 072,7	548,1	410,8	113,8	1 146,3	623,6	191,0	63,5	41,6	226,6	- 73,6	969,1
2010 <sup>p)</sup>	1 089,8	549,9	421,2	118,7	<sup>2)</sup> 1 194,1	633,2	195,7	63,5	41,6	<sup>2)</sup> 260,2	<sup>2)</sup> - 104,3	981,3
2011 <sup>p)</sup>	1 157,2	592,8	437,0	127,4	1 178,7	633,2	199,5	65,7	43,6	236,7	- 21,5	1 040,3
2012 <sup>p)</sup>	1 193,8	617,7	448,9	127,1	1 191,5	643,4	203,8	63,8	41,4	239,1	+ 2,3	1 077,3
2013 <sup>ts)</sup>	1 224,1	635,9	459,4	128,8	1 218,9	664,6	208,2	56,8	43,0	246,3	+ 5,2	1 106,1
<b>in % des BIP</b>												
2008	44,0	23,1	16,5	4,4	44,1	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009	45,2	23,1	17,3	4,8	48,3	26,3	8,0	2,7	1,8	9,5	- 3,1	40,8
2010 <sup>p)</sup>	43,7	22,0	16,9	4,8	<sup>2)</sup> 47,9	25,4	7,8	2,5	1,7	<sup>2)</sup> 10,4	<sup>2)</sup> - 4,2	39,3
2011 <sup>p)</sup>	44,3	22,7	16,7	4,9	45,2	24,3	7,6	2,5	1,7	9,1	- 0,8	39,9
2012 <sup>p)</sup>	44,8	23,2	16,8	4,8	44,7	24,1	7,6	2,4	1,6	9,0	+ 0,1	40,4
2013 <sup>ts)</sup>	44,7	23,2	16,8	4,7	44,5	24,3	7,6	2,1	1,6	9,0	+ 0,2	40,4
<b>Zuwachsraten in %</b>												
2008	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,5	- 0,4	+ 7,9	+ 8,2	.	+ 2,3
2009	- 1,5	- 4,3	+ 0,6	+ 5,6	+ 5,1	+ 5,6	+ 4,6	- 6,9	+ 7,2	+ 7,7	.	- 2,5
2010 <sup>p)</sup>	+ 1,6	+ 0,3	+ 2,5	+ 4,3	+ 4,2	+ 1,6	+ 2,5	- 0,1	- 0,2	+ 14,8	.	+ 1,3
2011 <sup>p)</sup>	+ 6,2	+ 7,8	+ 3,7	+ 7,3	- 1,3	+ 0,0	+ 1,9	+ 3,5	+ 4,9	- 9,0	.	+ 6,0
2012 <sup>p)</sup>	+ 3,2	+ 4,2	+ 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,2	- 2,8	- 5,2	+ 1,0	.	+ 3,6
2013 <sup>ts)</sup>	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,3	+ 3,3	+ 2,1	- 11,0	+ 4,0	+ 3,0	.	+ 2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. \* Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen

Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)								Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt				
	Einnahmen				Ausgaben				Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen								Finanzielle Transaktionen 5)
2007	642,8	538,2	18,1	644,0	176,5	256,5	66,0	33,7	9,5	- 1,2	475,3	466,5	+ 8,8	1 023,6	1 016,0	+ 7,6
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,5	1 117,5	- 104,0
2010	634,6	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011 p)	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 ts)	745,2	600,0	14,6	769,9	217,9	285,3	70,3	43,3	25,5	- 24,7	536,1	518,8	+ 17,3	1 171,1	1 178,6	- 7,5
2013 ts)	761,5	619,7	14,7	771,3	224,4	286,6	66,2	42,5	23,8	- 9,8	537,4	531,7	+ 5,7	1 198,4	1 202,5	- 4,1
2011 1.Vj. p)	162,3	134,9	4,1	182,1	49,7	73,8	21,2	6,3	4,6	- 19,7	127,3	127,2	+ 0,1	260,4	280,0	- 19,6
2.Vj. p)	189,4	145,6	18,6	171,3	50,0	68,0	10,9	8,7	8,7	+ 18,0	130,3	126,2	+ 4,1	292,3	270,2	+ 22,1
3.Vj. p)	162,5	136,6	2,7	181,4	50,9	67,2	18,8	10,8	4,5	- 18,9	127,9	125,8	+ 2,0	264,2	281,1	- 16,9
4.Vj. p)	196,0	156,3	5,0	195,3	55,8	72,6	8,9	15,3	5,0	+ 0,7	140,1	132,0	+ 8,1	307,6	298,7	+ 8,9
2012 1.Vj. p)	173,9	142,9	2,5	191,4	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 17,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,7	291,5	- 16,9
2.Vj. p)	190,3	150,4	2,7	178,5	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 11,8	132,2	128,0	+ 4,2	296,1	280,2	+ 16,0
3.Vj. p)	177,9	147,5	4,3	181,3	53,7	66,6	17,7	10,4	3,9	- 3,4	130,2	128,9	+ 1,3	282,4	284,5	- 2,1
4.Vj. p)	200,2	159,4	4,9	212,5	58,7	73,6	7,2	16,5	14,9	- 12,3	143,4	133,3	+ 10,1	314,4	316,6	- 2,2
2013 1.Vj. p)	177,7	148,6	2,6	186,1	53,5	74,8	22,5	5,9	2,9	- 8,3	128,5	132,3	- 3,8	281,0	293,2	- 12,2
2.Vj. p)	193,4	155,3	4,8	182,9	54,4	68,6	14,2	8,4	8,0	+ 10,5	133,1	132,6	+ 0,5	301,6	290,6	+ 11,0
3.Vj. p)	183,2	151,8	2,4	190,2	54,9	70,8	20,1	11,4	3,2	- 7,0	131,6	132,6	- 1,0	299,8	297,8	+ 2,0
4.Vj. p)	204,8	164,1	4,6	205,9	60,6	70,9	10,5	15,5	8,3	- 1,1	142,7	134,2	+ 8,5	322,0	314,6	+ 7,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

### 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2007	278,1	292,8	- 14,7	273,1	265,5	+ 7,6	169,7	161,5	+ 8,2
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 p)	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 ts)	312,5	335,3	- 22,8	312,0	320,3	- 8,3	199,8	198,5	+ 1,3
2013 ts)	313,2	335,6	- 22,4	324,2	324,6	- 0,4	207,8	206,3	+ 1,5
2011 1.Vj. p)	65,4	84,5	- 19,1	74,1	75,6	- 1,5	37,1	42,5	- 5,3
2.Vj. p)	76,6	73,5	+ 3,1	76,0	75,8	+ 0,2	45,4	44,3	+ 1,1
3.Vj. p)	72,6	84,8	- 12,2	71,9	75,1	- 3,2	46,4	46,6	- 0,2
4.Vj. p)	92,5	82,0	+ 10,5	81,2	87,5	- 6,3	54,7	51,9	+ 2,8
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,8	- 2,9	83,2	90,7	- 7,5	58,7	56,5	+ 2,3
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,3	+ 3,3
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,0	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	89,0	- 3,3	60,4	57,9	+ 2,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+	138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	-	190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	-	34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	-	28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+	43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	-	101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+	262	27 775
2012 1.Vj.	143 334	122 846	62 467	50 558	9 821	13 945	+	6 543	6 831
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	-	131	6 878
3.Vj.	147 755	127 189	70 803	50 981	5 404	20 522	+	44	7 643
4.Vj.	158 564	139 383	78 958	54 628	5 798	25 739	-	6 558	7 145
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+	7 353	6 494
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	-	246	6 914
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	-	155	7 554
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	-	6 690	6 813
2014 1.Vj.	...	130 986	64 962	54 529	11 495	...	...	...	6 638
2013 April	.	37 958	20 236	15 549	2 173	.	.	.	2 305
2014 April	.	38 778	20 275	16 062	2 441	.	.	.	2 268

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

### 6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263	
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316	
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265	
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501	
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517	
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822	
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040	
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777	
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052	
3.Vj.	135 170	54 841	36 582	8 877	2 532	6 850	49 147	36 232	12 915	1 841	24 423	3 718	1 200	7 981	
4.Vj.	148 394	60 313	42 230	9 919	3 936	4 228	49 922	36 995	12 926	3 360	30 077	3 600	1 123	9 011	
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493	
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630	
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369	
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548	
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049	
2013 April	40 351	15 714	12 783	843	116	1 973	14 012	10 121	3 891	1 537	7 505	1 275	309	2 393	
2014 April	41 341	15 506	13 517	1 131	- 528	1 387	15 194	11 117	4 076	1 533	7 310	1 445	352	2 563	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2013: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2013: 22,3/77,7. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherungs- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	.	1 876	1 057	696	12 986	9 981	2 717
2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	.	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
3.Vj.	10 015	3 610	3 183	2 161	2 005	1 567	506	1 376	.	1 913	1 210	594	14 426	10 545	3 604
4.Vj.	15 177	4 678	3 489	1 785	1 852	1 727	549	820	.	1 917	1 066	617	13 529	10 652	2 648
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	...	...	...
2013 April	2 808	1 325	913	667	850	605	141	197	.	655	389	230	.	.	.
2014 April	2 855	1 256	909	670	786	511	142	180	.	737	481	227	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

### 8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)				Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:				insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Betei- ligungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)								
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819	
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645	
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525	
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464	
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379	
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315	
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250	
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	- 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482	
2.Vj.	63 452	44 307	18 855	62 058	52 920	3 731	+ 1 394	19 704	18 507	1 019	78	100	4 475	
3.Vj.	62 354	43 109	18 902	62 844	53 341	3 761	- 490	19 959	19 266	519	79	94	4 445	
4.Vj.	67 748	48 391	19 030	62 823	53 371	3 774	+ 4 925	25 339	22 226	2 919	79	114	4 410	
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366	
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356	
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328	
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336	
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292	
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294	
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291	
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290	
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251	

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. \* Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentli-

cher Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung <sup>\*)</sup>

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2007	42 838	32 264	674	6 468	36 196	16 934	533	8 259	1 945	696	3 896	+ 6 642	-
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2011 1.Vj.	10 259	5 853	46	3 666	9 583	4 157	685	2 255	-	186	1 205	+ 676	-
2.Vj.	8 802	6 358	- 5	1 605	8 246	3 477	353	2 134	-	175	1 213	+ 556	-
3.Vj.	7 467	6 205	- 4	305	7 450	3 177	168	1 857	26	187	1 229	+ 17	-
4.Vj.	11 036	7 017	- 1	2 470	12 245	2 965	119	2 122	4 484	134	1 443	- 1 210	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. \* Ohne Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grund-sicherung für Arbeitsuchende.

### 10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfs-mittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013 6)	196 182	182 152	11 500	194 493	62 904	30 146	32 833	12 569	12 100	9 748	9 929	+ 1 689
2011 1.Vj.	45 339	40 871	3 825	44 392	15 075	7 158	7 361	2 893	2 528	2 210	2 173	+ 947
2.Vj.	46 887	42 370	3 825	44 955	14 601	7 239	7 372	3 001	2 834	2 106	2 263	+ 1 931
3.Vj.	46 865	42 298	3 825	44 432	14 594	7 236	7 160	2 768	2 762	2 069	2 292	+ 2 433
4.Vj.	49 866	45 291	3 825	45 878	14 418	7 382	7 161	2 997	3 117	2 125	2 682	+ 3 988
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzel-nen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur be-grenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013 p)	24 955	24 863	24 329	3 365	10 058	5 688	873	1 150	+	626
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150
2.Vj.	5 519	5 496	5 396	713	2 417	1 173	210	263	+	123
3.Vj.	5 513	5 486	5 551	774	2 442	1 191	221	255	-	38
4.Vj.	5 904	5 877	5 526	742	2 442	1 216	223	240	+	378
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

### 12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2011 1.Vj.	+ 76 394	+ 15 958	- 607	- 5 206
2.Vj.	+ 77 158	+ 10 392	- 49	+ 26 625
3.Vj.	+ 59 256	- 8 152	- 4 177	- 22 608
4.Vj.	+ 51 764	- 12 308	- 42	- 7 847
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

### 13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern \*)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 531	4 440	399 900	21	385 270	942 900
2011	1 752 476	4 440	356 600	102	412 134	979 200
2012	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 ts)	1 818 818	4 440	442 800	53	267 825	1 103 700
2011 1.Vj.	1 750 580	4 440	412 800	87	370 653	962 600
2.Vj.	1 763 413	4 440	404 900	82	361 591	992 400
3.Vj.	1 759 638	4 440	388 400	82	380 516	986 200
4.Vj.	1 752 476	4 440	356 600	102	412 134	979 200
2012 1.Vj.	1 766 324	4 440	398 800	91	353 993	1 009 000
2.Vj.	1 780 408	4 440	410 600	92	324 376	1 040 900
3.Vj.	1 772 573	4 440	430 100	92	284 442	1 053 500
4.Vj.	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 1.Vj. p)	1 801 773	4 440	429 900	20	265 513	1 101 900
2.Vj. p)	1 805 465	4 440	424 200	23	289 603	1 087 200
3.Vj. p)	1 793 464	4 440	422 700	28	276 996	1 089 300
4.Vj. ts)	1 818 818	4 440	442 800	53	267 825	1 103 700

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten <sup>\*)</sup>

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
<b>Gebietskörperschaften</b>												
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 531	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 396	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 476	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 179	102	111 765	4 440	2
2012 1.Vj.	1 766 324	54 692	410 585	226 486	7 869	647 077	2 134	303 188	91	109 759	4 440	2
2.Vj.	1 780 408	55 392	410 186	224 607	7 518	663 695	2 137	295 910	92	116 431	4 440	2
3.Vj.	1 772 573	53 325	409 957	237 746	7 110	654 513	1 893	286 823	92	116 673	4 440	2
4.Vj.	1 791 406	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 364	4 440	2
2013 1.Vj. p)	1 801 773	56 911	416 586	248 589	6 354	666 922	1 580	288 855	20	111 515	4 440	2
2.Vj. p)	1 805 465	57 919	415 548	234 612	5 890	679 394	1 516	294 488	23	111 634	4 440	2
3.Vj. p)	1 793 464	54 808	417 120	247 942	4 970	672 115	1 464	278 690	28	111 886	4 440	2
4.Vj. ts)	1 818 818	50 128	422 776	245 372	4 488	684 728	1 397	295 243	53	110 190	4 440	2
<b>Bund <sup>7) 8) 9) 10)</sup></b>												
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 1.Vj.	1 093 828	52 161	126 956	226 486	7 869	646 696	2 134	17 894	-	9 190	4 440	2
2.Vj.	1 107 451	52 578	122 937	224 607	7 518	663 314	2 137	20 827	-	9 092	4 440	2
3.Vj.	1 098 824	51 638	120 240	237 746	7 110	654 132	1 893	12 646	-	8 979	4 440	2
4.Vj.	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
<b>Länder</b>												
2008	483 875	3 825	231 827	.	.	.	.	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	.	.	.	.	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 619	1 176	265 631	.	.	.	.	167 353	1	94 459	.	1
2011	537 491	1 975	283 601	.	.	.	.	154 465	62	97 387	.	1
2012 1.Vj.	535 494	2 531	283 629	.	.	.	.	153 643	51	95 639	.	1
2.Vj.	536 354	2 814	287 249	.	.	.	.	143 830	52	102 409	.	1
3.Vj.	537 827	1 687	289 717	.	.	.	.	143 606	52	102 764	.	1
4.Vj.	540 822	950	299 750	.	.	.	.	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj. p)	541 322	1 949	302 720	.	.	.	.	137 141	2	99 510	.	1
2.Vj. p)	538 301	1 425	303 722	.	.	.	.	133 278	5	99 871	.	1
3.Vj. p)	537 836	270	307 046	.	.	.	.	130 521	10	99 989	.	1
4.Vj. p)	549 774	125	312 747	.	.	.	.	138 524	35	98 343	.	1
<b>Gemeinden <sup>11)</sup></b>												
2008	114 518	.	.	.	.	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	.	.	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	.	.	.	.	375	.	121 695	20	6 407	.	.
2011	133 681	.	.	.	.	381	.	128 331	40	4 929	.	.
2012 1.Vj.	137 001	.	.	.	.	381	.	131 651	40	4 930	.	.
2.Vj.	136 603	.	.	.	.	381	.	131 252	40	4 930	.	.
3.Vj.	135 922	.	.	.	.	381	.	130 571	40	4 930	.	.
4.Vj.	137 552	.	.	.	.	423	.	133 916	18	3 195	.	.
2013 1.Vj. p)	137 881	.	.	.	.	423	.	134 245	18	3 195	.	.
2.Vj. p)	136 111	.	.	.	.	423	.	132 475	18	3 195	.	.
3.Vj. p)	136 559	.	.	.	.	423	.	132 923	18	3 195	.	.
4.Vj. ts)	136 538	.	.	.	.	423	.	132 902	18	3 195	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigen-

nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 9 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 10 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2012			2013			2014						
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
	Index 2005 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
<b>Preisbereinigt, verkettet</b>													
<b>I. Entstehung des Inlandsprodukts</b>													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	112,8	112,3	112,5	5,5	- 0,4	0,1	- 1,4	- 1,7	- 4,0	0,8	0,9	2,9	3,7
Baugewerbe	106,7	104,2	102,9	4,6	- 2,4	- 1,3	- 2,1	- 6,4	- 7,5	- 1,0	1,0	2,0	7,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	104,0	104,6	105,5	2,7	0,6	0,8	- 0,9	- 0,3	- 2,4	1,0	2,2	2,2	3,3
Information und Kommunikation	146,9	149,9	151,2	8,4	2,0	0,9	2,7	0,5	1,2	1,5	0,4	0,4	1,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	117,9	120,0	115,6	2,2	1,8	- 3,7	1,1	6,5	- 0,3	- 3,5	- 3,4	- 7,5	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	110,8	112,6	113,8	3,5	1,6	1,1	1,8	1,2	1,2	1,0	1,0	1,4	0,6
Unternehmensdienstleister <sup>1)</sup>	107,0	110,1	113,6	3,1	2,9	3,2	3,1	2,0	1,2	3,9	4,0	3,6	3,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	110,5	111,5	111,6	1,5	0,9	0,1	1,0	0,6	- 0,2	0,3	0,0	0,5	1,2
Sonstige Dienstleister	105,2	106,7	106,0	0,2	1,4	- 0,7	1,7	- 0,1	- 1,9	- 0,4	- 0,4	0,0	0,4
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>111,1</b>	<b>112,0</b>	<b>112,5</b>	<b>3,3</b>	<b>0,8</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>- 0,0</b>	<b>- 1,5</b>	<b>0,8</b>	<b>1,1</b>	<b>1,5</b>	<b>2,6</b>
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>110,4</b>	<b>111,1</b>	<b>111,6</b>	<b>3,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>- 1,6</b>	<b>0,9</b>	<b>1,1</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>
<b>II. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	105,7	106,5	107,5	2,3	0,8	0,9	0,0	0,5	- 0,4	1,3	1,8	0,9	1,1
Konsumausgaben des Staates	111,3	112,3	112,8	1,0	1,0	0,4	1,1	0,6	0,4	0,3	0,8	0,1	0,5
Ausrüstungen	114,2	109,6	106,9	5,8	- 4,0	- 2,4	- 6,6	- 6,2	- 8,9	- 1,1	- 0,2	0,0	6,0
Bauten	112,3	110,8	110,6	7,8	- 1,4	- 0,2	- 0,8	- 3,1	- 7,0	0,6	2,4	2,0	10,2
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	129,7	134,1	138,1	5,1	3,4	3,0	3,9	3,3	2,1	3,2	3,3	3,1	3,3
Vorratsveränderungen <sup>5) 6)</sup>	.	.	.	- 0,1	- 0,5	0,1	- 0,6	- 0,3	0,5	0,0	0,2	0,1	0,5
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>108,9</b>	<b>108,6</b>	<b>109,3</b>	<b>2,8</b>	<b>- 0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,7</b>	<b>- 0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,0</b>	<b>2,7</b>
<b>Außenbeitrag <sup>6)</sup></b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>0,7</b>	<b>0,9</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,3</b>	<b>0,8</b>	<b>- 0,8</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>
Exporte	136,0	140,3	141,6	8,0	3,2	0,9	3,2	0,5	- 2,6	1,5	0,9	4,0	5,5
Importe	135,8	137,8	139,9	7,4	1,4	1,5	0,7	- 1,0	- 1,4	1,5	2,3	3,7	6,2
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>110,4</b>	<b>111,1</b>	<b>111,6</b>	<b>3,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>- 1,6</b>	<b>0,9</b>	<b>1,1</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>
<b>In jeweiligen Preisen (Mrd €)</b>													
<b>III. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	1 498,4	1 533,9	1 573,1	4,4	2,4	2,6	1,7	2,2	1,1	3,1	3,5	2,4	2,5
Konsumausgaben des Staates	499,6	514,4	531,4	2,5	3,0	3,3	3,1	3,1	3,5	3,4	4,0	2,4	3,1
Ausrüstungen	181,2	175,0	170,9	6,2	- 3,4	- 2,4	- 5,9	- 5,5	- 8,7	- 1,1	- 0,1	0,0	6,2
Bauten	263,3	266,1	270,6	11,1	1,1	1,7	1,5	- 0,9	- 5,3	2,5	4,3	3,9	12,2
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	28,6	29,4	30,0	4,5	2,6	2,1	2,8	2,8	1,9	2,2	2,2	2,0	2,6
Vorratsveränderungen <sup>5)</sup>	3,2	- 10,3	- 6,1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>2 474,3</b>	<b>2 508,5</b>	<b>2 569,8</b>	<b>5,1</b>	<b>1,4</b>	<b>2,4</b>	<b>0,8</b>	<b>1,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>3,5</b>	<b>2,6</b>	<b>3,9</b>
<b>Außenbeitrag</b>	<b>135,7</b>	<b>157,9</b>	<b>167,8</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>
Exporte	1 321,4	1 381,0	1 387,2	11,2	4,5	0,4	4,5	1,7	- 2,6	1,1	0,1	3,1	4,6
Importe	1 185,8	1 223,1	1 219,4	13,1	3,1	- 0,3	2,3	0,3	- 2,2	- 0,4	0,1	1,3	3,9
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>2 609,9</b>	<b>2 666,4</b>	<b>2 737,6</b>	<b>4,6</b>	<b>2,2</b>	<b>2,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>0,4</b>	<b>3,4</b>	<b>3,4</b>	<b>3,4</b>	<b>4,3</b>
<b>IV. Preise (2005 = 100)</b>													
Privater Konsum	108,4	110,2	112,0	2,1	1,6	1,6	1,6	1,7	1,5	1,7	1,7	1,5	1,4
Bruttoinlandsprodukt	106,3	107,9	110,3	1,2	1,5	2,2	1,5	1,8	2,0	2,5	2,2	2,1	1,7
Terms of Trade	97,3	96,9	98,2	- 2,3	- 0,4	1,4	- 0,3	- 0,1	0,8	1,6	1,4	1,6	1,4
<b>V. Verteilung des Volkseinkommens</b>													
Arbeitnehmerentgelt	1 325,9	1 377,6	1 416,7	4,4	3,9	2,8	3,9	3,8	3,0	2,6	2,9	2,8	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	686,1	676,6	711,3	5,3	- 1,4	5,1	- 1,9	- 4,0	- 2,4	9,8	5,4	9,3	5,8
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2 012,0</b>	<b>2 054,3</b>	<b>2 127,9</b>	<b>4,7</b>	<b>2,1</b>	<b>3,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,5</b>	<b>1,0</b>	<b>4,9</b>	<b>3,8</b>	<b>4,6</b>	<b>4,3</b>
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 668,9	2 730,1	2 813,8	4,7	2,3	3,1	2,0	1,9	1,0	4,1	3,3	3,8	3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2014. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen).

**3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Netzzugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 2. Produktion im Produzierenden Gewerbe <sup>1)</sup>

Arbeitstäglich bereinigt <sup>2)</sup>

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe <sup>1)</sup>	Baugewerbe <sup>2)</sup>	Energie <sup>3)</sup>	Industrie					darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
<b>2010=100</b>												
Gewicht in % <sup>4)</sup>	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2010	99,4	99,2	100,1	99,4	99,5	99,3	99,4	99,5	99,5	99,3	99,3	99,2
2011	106,7	107,0	95,6	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,9	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,7	108,3	106,0	113,7	114,8
2013 1.Vj.	101,2	77,0	104,9	104,2	102,6	108,3	100,7	97,5	105,4	104,6	105,9	112,3
2.Vj.	106,0	108,7	90,0	107,7	105,5	113,8	98,1	98,1	109,2	105,0	113,7	115,9
3.Vj.	107,3	117,4	91,1	108,0	106,0	112,9	98,8	101,3	109,4	106,1	112,2	114,0
4.Vj.	111,0	119,4	99,7	111,2	103,6	121,0	102,8	105,8	109,2	108,3	123,1	116,8
2014 1.Vj. <sup>x)</sup>	105,3	87,9	99,8	108,5	106,8	113,4	102,4	100,3	111,1	106,3	108,0	123,1
2013 April	105,0	104,9	94,3	106,4	103,5	112,9	97,7	97,4	107,4	101,2	111,5	118,3
Mai	103,5	106,9	88,0	105,0	105,1	108,2	91,9	98,5	107,0	102,8	106,8	110,6
Juni	109,5	114,4	87,7	111,6	107,9	120,2	104,8	98,4	113,1	110,9	122,9	118,9
Juli	107,7	119,8	91,1	108,1	108,0	111,7	97,0	100,4	110,9	105,2	113,1	109,2
Aug.	101,7	113,1	89,3	101,7	101,2	104,2	85,3	99,1	102,5	101,8	102,7	104,8
Sept.	112,6	119,3	92,8	114,2	108,8	122,7	114,2	104,4	114,9	111,3	120,7	128,0
Okt.	112,3	120,0	99,1	112,9	110,9	116,9	107,1	108,2	115,5	110,4	112,9	120,4
Nov.	116,2	121,3	99,4	117,6	110,1	128,1	111,7	109,1	117,5	115,5	122,9	134,0
Dez.	104,5	116,9	100,6	103,2	89,7	117,9	89,7	100,1	94,6	99,1	133,6	96,1
2014 Jan. <sup>x)</sup>	98,2	73,4	104,0	100,9	101,8	101,4	93,6	98,6	104,9	98,0	97,1	108,3
Febr. <sup>x)</sup>	102,7	85,4	96,6	106,0	104,0	111,6	101,0	96,3	108,0	104,1	103,7	124,0
März <sup>x)</sup>	115,1	104,9	98,9	118,7	114,7	127,3	112,6	106,1	120,4	116,7	123,1	137,0
April <sup>x)p) <sup>5)</sup></sup>	106,9 <sup>5)</sup>	107,9	91,3	108,8	107,6	113,2	98,9	101,9	112,3	106,8	108,2	122,6
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>												
2010	+ 10,2	.	+ 3,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,4	+ 16,4	+ 10,2	+ 24,8
2011	+ 7,3	+ 7,9	- 4,5	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 9,7	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	- 1,0	+ 1,8	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,9	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2013 1.Vj.	- 2,1	- 5,6	- 0,5	- 1,9	- 2,1	- 2,5	- 1,9	+ 0,4	- 1,3	- 2,2	- 5,0	- 4,0
2.Vj.	- 0,3	- 0,4	- 2,1	- 0,2	- 1,4	+ 0,6	- 1,1	+ 1,2	- 0,2	- 2,5	- 1,0	+ 1,7
3.Vj.	± 0,0	+ 1,0	- 0,8	- 0,1	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,9	- 3,7	- 1,7	+ 1,8
4.Vj.	+ 3,0	+ 2,5	- 0,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 2,4	+ 8,0
2014 1.Vj. <sup>x)</sup>	+ 4,1	+ 14,2	- 4,9	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,7	+ 1,7	+ 2,9	+ 5,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 9,6
2013 April	+ 0,5	± 0,0	- 0,8	+ 0,7	- 2,1	+ 2,5	- 0,5	+ 3,0	+ 0,7	- 3,0	+ 0,5	+ 4,0
Mai	- 2,1	- 1,5	- 4,1	- 2,1	- 1,5	- 3,2	- 7,2	+ 1,0	- 2,2	- 3,2	- 5,2	- 2,0
Juni	+ 0,6	+ 0,2	- 1,3	+ 0,9	- 0,6	+ 2,4	+ 4,3	- 0,2	+ 0,8	- 1,4	+ 1,5	+ 3,0
Juli	- 1,4	+ 0,9	± 0,0	- 1,9	- 1,1	- 3,5	- 0,7	+ 0,6	- 0,3	- 6,4	- 4,2	- 5,5
Aug.	+ 0,5	+ 2,2	- 2,5	+ 0,6	- 1,0	+ 2,2	- 3,1	+ 0,4	+ 0,7	- 3,0	- 1,2	+ 8,8
Sept.	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,2	- 0,4	+ 2,3	- 1,6	+ 0,3	+ 3,2
Okt.	+ 1,3	+ 0,3	- 0,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,9	- 0,4	± 0,0	+ 3,1	- 0,3	+ 0,2	+ 4,0
Nov.	+ 3,9	+ 1,8	- 0,9	+ 4,7	+ 3,8	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 10,7
Dez.	+ 3,8	+ 5,8	- 0,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,0	+ 9,7
2014 Jan. <sup>x)</sup>	+ 5,0	+ 14,0	- 1,9	+ 5,0	+ 3,9	+ 7,2	+ 0,5	+ 2,4	+ 5,6	+ 1,2	+ 6,2	+ 12,6
Febr. <sup>x)</sup>	+ 4,7	+ 16,5	- 3,1	+ 4,5	+ 5,4	+ 4,2	+ 2,4	+ 3,4	+ 5,6	+ 4,8	- 0,5	+ 9,7
März <sup>x)</sup>	+ 2,9	+ 12,4	- 9,3	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 2,1	+ 3,0	+ 5,2	- 0,8	+ 0,8	+ 7,2
April <sup>x)p) <sup>5)</sup></sup>	+ 1,8 <sup>5)</sup>	+ 2,9	- 3,2	+ 2,3	+ 4,0	+ 0,3	+ 1,2	+ 4,6	+ 4,6	+ 5,5	- 3,0	+ 3,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. <sup>o</sup> Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. <sup>1</sup> Bis Dezember 2009 ohne, ab Januar 2010 einschl. Ausbaugewerbe. <sup>2</sup> Daten erst ab Januar 2010 verfügbar. <sup>3</sup> Ab Januar 2010 Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Wind- und Photovoltaikanlagen). <sup>4</sup> Gewicht für die Angaben ab

2010: Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. <sup>5</sup> Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich +3%). <sup>x</sup> Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 3. Auftragseingang in der Industrie <sup>\*)</sup>

Arbeitstäglich bereinigt <sup>o)</sup>

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:			
	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
<b>insgesamt</b>												
2009	79,8	- 24,4	77,8	- 26,3	79,4	- 24,5	94,6	- 12,2	86,8	- 14,5	97,2	- 11,7
2010	99,5	+ 24,7	99,6	+ 28,0	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,5	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,5	- 5,5	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,3	107,4	+ 2,0
2013 April	106,2	- 0,3	103,0	- 3,3	109,0	+ 0,9	102,2	+ 7,0	100,8	+ 1,9	102,7	+ 8,8
Mai	105,2	- 2,1	102,9	- 3,9	107,4	- 1,2	101,1	+ 0,6	98,5	- 0,5	102,0	+ 1,0
Juni	115,9	+ 5,1	104,4	- 1,5	125,9	+ 10,1	102,3	± 0,0	108,3	+ 7,5	100,2	- 2,5
Juli	108,9	+ 1,6	104,3	- 1,1	111,9	+ 3,4	111,5	+ 1,5	99,1	- 1,0	115,9	+ 2,5
Aug.	99,8	+ 2,0	95,7	- 2,0	102,1	+ 5,4	103,8	- 1,2	91,6	- 1,2	107,9	- 1,4
Sept.	112,3	+ 7,4	102,0	+ 1,5	119,6	+ 11,6	111,9	+ 4,4	111,5	± 0,0	112,2	+ 6,1
Okt.	111,3	+ 3,0	107,7	+ 3,7	113,8	+ 2,4	112,0	+ 3,9	110,0	+ 7,3	112,8	+ 2,8
Nov.	114,5	+ 6,8	106,0	+ 2,7	120,7	+ 9,1	112,8	+ 8,6	107,6	+ 9,9	114,6	+ 8,0
Dez.	107,7	+ 5,6	90,2	+ 0,7	121,9	+ 8,7	94,8	+ 2,5	88,5	+ 6,2	97,1	+ 1,5
2014 Jan.	111,4	+ 6,3	108,0	+ 2,8	113,8	+ 8,4	112,6	+ 10,7	100,8	+ 1,9	116,7	+ 13,6
Febr.	113,0	+ 5,9	106,0	+ 4,1	117,4	+ 6,6	116,8	+ 8,7	97,6	+ 2,2	123,5	+ 10,7
März	120,3	+ 0,6	113,7	- 1,4	125,9	+ 1,5	113,4	+ 3,6	113,1	+ 1,6	113,4	+ 4,1
April <sup>p)</sup>	112,2	+ 5,6	104,8	+ 1,7	118,0	+ 8,3	107,7	+ 5,4	107,6	+ 6,7	107,8	+ 5,0
<b>aus dem Inland</b>												
2009	83,8	- 22,2	77,2	- 26,2	88,0	- 19,5	98,2	- 15,9	95,1	- 16,1	99,2	- 15,9
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,4	101,9	- 1,4	107,5	+ 2,0	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2013 April	102,6	- 3,5	101,6	- 5,7	104,7	- 2,1	95,5	+ 1,6	102,3	+ 2,0	93,1	+ 1,4
Mai	100,1	- 4,5	101,2	- 4,7	99,7	- 5,1	95,2	+ 0,1	95,6	- 0,8	95,1	+ 0,4
Juni	106,5	+ 1,1	102,5	- 1,3	112,2	+ 3,4	96,9	+ 2,5	103,0	+ 8,9	94,7	+ 0,2
Juli	106,6	+ 0,9	104,1	- 0,9	109,5	+ 2,3	104,7	+ 2,0	99,0	+ 0,6	106,7	+ 2,5
Aug.	100,1	+ 3,8	96,5	- 1,1	103,6	+ 9,7	101,4	+ 0,1	92,8	- 4,0	104,4	+ 1,5
Sept.	106,0	+ 3,6	100,9	± 0,0	111,2	+ 7,3	105,1	+ 2,1	113,6	- 1,0	102,1	+ 3,4
Okt.	105,5	+ 2,2	103,7	+ 1,0	107,2	+ 3,7	105,5	+ 1,0	117,3	+ 4,6	101,4	- 0,4
Nov.	109,6	+ 5,3	105,4	+ 1,4	114,6	+ 9,0	104,5	+ 5,9	108,7	+ 4,9	103,0	+ 6,2
Dez.	94,0	+ 1,6	87,9	+ 1,7	101,7	+ 1,3	84,5	+ 3,3	81,4	+ 1,2	85,6	+ 4,0
2014 Jan.	106,2	+ 3,3	106,2	+ 1,2	106,5	+ 5,0	104,9	+ 6,3	102,6	- 1,8	105,7	+ 9,3
Febr.	107,0	+ 3,3	104,2	+ 2,8	109,4	+ 3,8	109,7	+ 3,6	99,9	- 1,9	113,1	+ 5,3
März	116,8	+ 1,1	109,3	- 3,4	125,3	+ 5,0	111,0	+ 4,2	113,8	- 0,4	110,0	+ 6,1
April <sup>p)</sup>	106,5	+ 3,8	102,6	+ 1,0	111,4	+ 6,4	100,0	+ 4,7	105,9	+ 3,5	97,9	+ 5,2
<b>aus dem Ausland</b>												
2009	76,7	- 26,0	78,5	- 26,5	74,1	- 27,7	91,5	- 8,7	79,5	- 12,8	95,6	- 7,5
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,5	+ 25,2	99,6	+ 4,2
2011	110,0	+ 10,4	108,5	+ 8,9	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,5	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,7	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,9	104,7	- 0,5	118,4	+ 6,1	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2013 April	109,1	+ 2,3	104,7	- 0,3	111,6	+ 2,8	107,9	+ 11,5	99,5	+ 1,9	110,8	+ 14,7
Mai	109,4	- 0,3	104,8	- 3,1	112,2	+ 1,1	106,2	+ 1,0	101,0	- 0,3	107,9	+ 1,4
Juni	123,5	+ 8,0	106,7	- 1,6	134,3	+ 13,7	106,9	- 1,8	113,0	+ 6,5	104,8	- 4,6
Juli	110,8	+ 2,1	104,6	- 1,4	113,3	+ 4,0	117,4	+ 1,3	99,1	- 2,5	123,8	+ 2,6
Aug.	99,5	+ 0,6	94,8	- 3,2	101,2	+ 2,8	105,8	- 2,3	90,6	+ 1,6	110,9	- 3,5
Sept.	117,4	+ 10,2	103,4	+ 3,4	124,8	+ 14,0	117,8	+ 6,3	109,6	+ 0,8	120,7	+ 8,2
Okt.	116,0	+ 3,5	112,4	+ 6,6	117,8	+ 1,7	117,6	+ 6,2	103,6	+ 10,1	122,5	+ 5,2
Nov.	118,5	+ 7,9	106,8	+ 4,4	124,5	+ 9,2	119,9	+ 10,6	106,6	+ 14,7	124,5	+ 9,4
Dez.	118,8	+ 8,3	92,9	- 0,4	134,3	+ 12,6	103,7	+ 2,0	94,6	+ 10,3	106,8	- 0,3
2014 Jan.	115,7	+ 8,6	110,1	+ 4,5	118,3	+ 10,3	119,2	+ 14,3	99,2	+ 5,4	126,0	+ 16,9
Febr.	117,9	+ 7,9	108,1	+ 5,7	122,4	+ 8,3	122,9	+ 13,0	95,6	+ 6,1	132,3	+ 14,8
März	123,2	+ 0,2	118,9	+ 0,9	126,3	- 0,6	115,4	+ 2,9	112,5	+ 3,6	116,3	+ 2,6
April <sup>p)</sup>	116,8	+ 7,1	107,3	+ 2,5	122,0	+ 9,3	114,3	+ 5,9	109,0	+ 9,5	116,2	+ 4,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. <sup>o)</sup> Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe \*)

Arbeitsstäglich bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau						gewerbliche Auftraggeber	
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2009	98,4	- 5,2	94,2	- 12,2	90,9	- 0,4	95,3	- 21,3	97,0	- 1,1	102,5	+ 2,2	94,3	- 14,9	105,4	+ 3,6
2010	99,7	+ 1,3	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,9	+ 3,0	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,1	102,2	+ 2,5	112,8	+ 13,1	96,0	- 3,8
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,6	- 0,2	107,6	+ 5,3	118,5	+ 5,1	103,3	+ 7,6
2013	119,1	+ 4,0	126,4	+ 4,1	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,7	+ 2,3	111,7	+ 3,8	121,8	+ 2,8	107,6	+ 4,2
2013 März	130,9	- 3,6	133,2	- 9,7	151,3	+ 2,6	131,2	- 17,7	103,3	- 7,6	128,7	+ 3,7	129,8	- 8,2	124,0	- 1,0
April	123,6	- 0,5	130,1	+ 2,8	145,1	+ 2,0	125,5	- 4,1	114,4	+ 36,7	117,1	- 3,9	117,8	- 3,6	120,9	+ 1,6
Mai	125,5	+ 5,6	135,3	+ 14,0	142,2	+ 9,6	140,4	+ 16,6	106,7	+ 16,1	115,7	- 2,9	127,2	+ 6,4	117,0	+ 2,8
Juni	145,9	+ 11,7	157,6	+ 15,3	182,0	+ 12,0	158,1	+ 22,0	108,0	+ 0,8	134,2	+ 7,8	151,3	+ 18,5	125,9	+ 4,2
Juli	142,5	+ 14,5	141,9	+ 14,6	158,1	+ 14,1	142,3	+ 12,2	108,8	+ 26,7	143,0	+ 14,3	133,1	+ 9,5	145,8	+ 19,7
Aug.	123,8	- 1,2	124,1	- 11,8	144,8	+ 5,9	121,1	- 19,3	92,4	- 23,3	123,4	+ 12,2	119,3	- 10,8	119,9	+ 7,1
Sept.	125,9	+ 4,9	135,7	+ 4,9	152,8	+ 10,1	132,8	+ 1,3	110,8	+ 4,5	116,1	+ 5,1	130,5	+ 3,0	110,4	+ 4,6
Okt.	117,5	- 11,1	128,6	- 2,4	141,4	+ 3,9	134,6	- 2,2	85,6	- 19,2	106,5	- 19,7	125,3	- 9,3	100,0	- 19,7
Nov.	106,6	+ 16,6	119,6	+ 18,4	122,9	+ 0,7	132,4	+ 34,1	75,0	+ 12,4	93,6	+ 14,4	123,1	+ 30,8	83,2	+ 8,9
Dez.	106,3	+ 13,8	120,0	+ 11,0	136,9	+ 11,8	121,3	+ 6,9	82,9	+ 29,9	92,5	+ 17,5	113,6	+ 8,0	86,5	+ 24,3
2014 Jan.	93,1	+ 13,4	106,5	+ 17,8	112,9	+ 10,8	113,3	+ 22,4	73,7	+ 20,8	79,7	+ 7,8	110,7	+ 27,8	67,1	- 3,7
Febr.	102,3	+ 4,2	112,9	+ 12,0	134,0	+ 23,7	114,3	+ 9,6	67,0	- 11,4	91,7	- 4,1	106,4	+ 2,0	85,3	- 3,0
März	138,8	+ 6,0	146,4	+ 9,9	165,1	+ 9,1	147,9	+ 12,7	105,1	+ 1,7	131,1	+ 1,9	141,1	+ 8,7	125,8	+ 1,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mit Hilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

### 5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen \*)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel															
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 3) (R)			
in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2010		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen				
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %			
2010	100,0	+ 2,2	100,0	+ 1,2	100,2	+ 0,8	99,8	+ 4,4	99,9	+ 3,0	100,0	+ 2,5	100,2	+ 3,9	99,3	- 4,7
2011	102,6	+ 2,6	101,1	+ 1,1	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,2	105,1	+ 2,5	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013 4)	106,1	+ 1,5	101,2	+ 0,3	109,0	+ 3,7	103,6	+ 1,3	95,5	- 3,5	102,5	- 1,9	103,3	+ 2,9	104,9	- 0,9
2013 April	106,9	+ 1,5	101,6	+ 0,2	108,4	+ 1,6	110,3	+ 5,1	85,7	- 5,4	108,3	- 1,5	102,1	+ 0,5	111,6	- 0,6
Mai	107,5	+ 2,5	101,9	+ 1,0	110,3	+ 2,9	103,9	+ 2,1	83,3	- 3,4	107,8	+ 0,9	101,5	+ 0,8	110,1	± 0,0
Juni	104,3	+ 1,2	99,1	- 0,6	110,0	+ 4,4	100,8	+ 5,8	84,6	- 11,0	101,6	- 0,1	98,9	+ 0,3	110,5	- 0,3
Juli	106,2	+ 2,1	101,4	+ 0,3	111,7	+ 6,6	103,0	+ 0,4	86,4	- 6,8	103,2	- 1,6	106,1	+ 3,3	106,6	- 1,3
Aug.	103,2	+ 1,6	98,8	+ 0,5	108,0	+ 4,1	97,6	+ 4,4	88,6	- 2,0	97,9	- 6,0	99,2	+ 3,1	98,0	+ 0,5
Sept.	104,8	+ 1,4	99,7	+ 0,4	103,8	+ 1,4	115,5	+ 2,0	94,9	+ 1,7	102,2	- 1,4	101,7	+ 6,0	105,3	- 0,5
Okt.	109,5	+ 0,9	103,8	- 0,1	110,9	+ 3,8	117,9	- 0,3	95,7	- 3,2	109,0	- 2,7	106,7	+ 4,6	115,9	+ 2,9
Nov.	111,4	+ 1,9	105,9	+ 1,0	112,0	+ 4,8	110,7	+ 6,8	105,8	- 2,4	110,2	- 1,5	106,4	+ 3,0	112,8	+ 3,4
Dez.	121,1	- 0,2	115,6	- 1,0	124,0	+ 1,5	119,7	- 2,0	138,4	- 6,4	103,9	- 2,5	115,3	+ 6,6	98,2	+ 4,6
2014 Jan.	99,3	+ 1,8	94,9	+ 0,7	101,5	+ 1,8	91,1	+ 3,2	97,7	- 3,1	87,7	- 1,8	105,4	+ 4,8	92,5	+ 8,2
Febr.	95,8	+ 2,9	91,1	+ 1,9	100,8	+ 3,0	83,3	+ 7,8	82,6	- 3,3	90,4	+ 2,1	102,5	+ 6,5	96,7	+ 6,7
März	111,0	+ 2,8	104,8	+ 1,9	116,0	+ 3,9	110,6	+ 12,4	86,0	- 10,5	111,1	+ 3,1	108,9	+ 3,3	120,4	+ 5,5
April	108,1	+ 1,1	102,0	+ 0,4	113,1	+ 4,3	104,7	- 5,1	83,4	- 2,7	107,6	- 0,6	108,8	+ 6,6	...	...

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ab Januar 2011 basierend

auf Daten aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Primärerhebungen, davor Stichprobenbefragung. 4 Ergebnisse ab Januar 2013 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt \*)

	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)						
2009	40 372	+ 0,1	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 905	1 144	1 078	3 415	1 190	8,1	301
2010	40 587	+ 0,5	27 757	+ 1,0	8 426	18 438	679	4 883	503	429	3 238	1 075	7,7	359
2011	41 152	+ 1,4	28 440	+ 2,5	8 583	18 836	798	4 865	148	100	2 976	892	7,1	466
2012	41 607	+ 1,1	28 991	+ 1,9	8 731	19 250	775	4 805	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	41 847	+ 0,6	29 355	+ 1,3	8 777	19 598	743	4 795	...	77	2 950	970	6,9	434
2011 1.Vj.	40 588	+ 1,4	27 944	+ 2,3	8 428	18 578	740	4 852	291	158	3 290	1 088	7,8	412
2.Vj.	41 064	+ 1,4	28 266	+ 2,4	8 535	18 721	786	4 867	121	107	2 977	850	7,1	470
3.Vj.	41 343	+ 1,4	28 566	+ 2,4	8 638	18 862	836	4 865	76	64	2 893	843	6,9	497
4.Vj.	41 611	+ 1,3	28 983	+ 2,6	8 732	19 184	830	4 874	102	72	2 743	787	6,5	486
2012 1.Vj.	41 145	+ 1,4	28 638	+ 2,5	8 623	19 036	760	4 797	201	82	3 074	998	7,3	472
2.Vj.	41 545	+ 1,2	28 860	+ 2,1	8 696	19 149	773	4 798	77	65	2 876	847	6,8	499
3.Vj.	41 779	+ 1,1	29 077	+ 1,8	8 770	19 265	799	4 803	56	43	2 856	885	6,7	493
4.Vj.	41 961	+ 0,8	29 391	+ 1,4	8 835	19 550	767	4 823	113	76	2 782	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 394	+ 0,6	29 016	+ 1,3	8 689	19 405	702	4 765	234	102	3 131	1 109	7,4	427
2.Vj.	41 749	+ 0,5	29 214	+ 1,2	8 737	19 508	726	4 779	99	87	2 941	945	6,8	438
3.Vj.	42 029	+ 0,6	29 451	+ 1,3	8 807	19 626	772	4 810	70	57	2 903	934	6,7	445
4.Vj.	42 214	+ 0,6	29 740	+ 1,2	8 874	19 852	772	4 824	...	61	2 827	891	6,6	428
2014 1.Vj.	10) 41 738	10) + 0,8	9) 29 416	9) + 1,4	9) 8 753	9) 19 712	9) 727	9) 4 777	9) ...	9) 59	3 109	1 078	7,2	426
2011 Jan.	40 527	+ 1,3	27 863	+ 2,3	8 399	18 540	732	4 842	322	177	3 345	1 146	7,9	375
Febr.	40 559	+ 1,5	27 912	+ 2,5	8 416	18 560	738	4 831	305	155	3 313	1 107	7,9	418
März	40 679	+ 1,5	28 080	+ 2,5	8 477	18 632	759	4 836	246	143	3 211	1 010	7,6	442
April	40 908	+ 1,5	28 214	+ 2,4	8 518	18 703	771	4 857	133	117	3 078	907	7,3	461
Mai	41 092	+ 1,4	28 354	+ 2,5	8 559	18 768	798	4 880	122	107	2 960	839	7,0	470
Juni	41 192	+ 1,4	28 381	+ 2,4	8 580	18 753	821	4 894	110	96	2 893	804	6,9	480
Juli	41 209	+ 1,4	28 357	+ 2,4	8 591	18 712	831	4 890	81	68	2 939	859	7,0	492
Aug.	41 303	+ 1,4	28 658	+ 2,4	8 660	18 922	843	4 840	71	59	2 945	867	7,0	497
Sept.	41 518	+ 1,3	28 984	+ 2,5	8 746	19 149	845	4 833	76	65	2 796	802	6,6	502
Okt.	41 656	+ 1,3	29 039	+ 2,6	8 750	19 206	839	4 851	81	70	2 737	778	6,5	500
Nov.	41 679	+ 1,3	29 024	+ 2,6	8 744	19 207	835	4 901	85	76	2 713	769	6,4	492
Dez.	41 498	+ 1,4	28 787	+ 2,7	8 655	19 128	784	4 909	140	72	2 780	813	6,6	467
2012 Jan.	41 140	+ 1,5	28 580	+ 2,6	8 613	18 995	758	4 813	206	82	3 084	1 011	7,3	452
Febr.	41 091	+ 1,3	28 580	+ 2,4	8 601	19 012	752	4 743	230	87	3 110	1 028	7,4	473
März	41 203	+ 1,3	28 719	+ 2,3	8 653	19 077	758	4 763	167	78	3 028	955	7,2	491
April	41 395	+ 1,2	28 836	+ 2,2	8 687	19 144	765	4 784	83	71	2 963	893	7,0	499
Mai	41 584	+ 1,2	28 924	+ 2,0	8 713	19 185	780	4 812	77	65	2 855	831	6,7	499
Juni	41 655	+ 1,1	28 921	+ 1,9	8 723	19 163	792	4 834	71	58	2 809	817	6,6	499
Juli	41 689	+ 1,2	28 910	+ 2,0	8 730	19 137	806	4 829	54	42	2 876	885	6,8	500
Aug.	41 740	+ 1,1	29 154	+ 1,7	8 789	19 321	802	4 777	47	34	2 905	910	6,8	493
Sept.	41 908	+ 0,9	29 414	+ 1,5	8 863	19 512	789	4 775	66	54	2 788	862	6,5	485
Okt.	42 044	+ 0,9	29 470	+ 1,5	8 863	19 579	782	4 803	85	70	2 753	846	6,5	468
Nov.	42 034	+ 0,9	29 424	+ 1,4	8 840	19 580	767	4 851	98	85	2 751	864	6,5	451
Dez.	41 804	+ 0,7	29 143	+ 1,2	8 739	19 471	715	4 854	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 380	+ 0,6	28 965	+ 1,3	8 678	19 372	699	4 762	234	104	3 138	1 121	7,4	405
Febr.	41 368	+ 0,7	28 981	+ 1,4	8 674	19 387	700	4 736	245	104	3 156	1 132	7,4	431
März	41 433	+ 0,6	29 062	+ 1,2	8 692	19 439	700	4 740	222	98	3 098	1 072	7,3	444
April	41 599	+ 0,5	29 201	+ 1,3	8 735	19 505	719	4 761	113	100	3 020	1 001	7,1	441
Mai	41 787	+ 0,5	29 277	+ 1,2	8 752	19 542	734	4 796	86	74	2 937	935	6,8	437
Juni	41 862	+ 0,5	29 269	+ 1,2	8 757	19 517	748	4 819	99	86	2 865	897	6,6	437
Juli	41 939	+ 0,6	29 266	+ 1,2	8 765	19 484	773	4 829	81	68	2 914	943	6,8	444
Aug.	41 966	+ 0,5	29 548	+ 1,4	8 826	19 701	775	4 795	60	47	2 946	956	6,8	445
Sept.	42 182	+ 0,7	29 810	+ 1,3	8 903	19 868	785	4 795	70	56	2 849	904	6,6	446
Okt.	42 298	+ 0,6	29 807	+ 1,1	8 895	19 879	783	4 805	83	70	2 801	870	6,5	439
Nov.	42 271	+ 0,6	29 758	+ 1,1	8 882	19 861	776	4 841	80	67	2 806	881	6,5	431
Dez.	42 073	+ 0,6	29 502	+ 1,2	8 788	19 765	730	4 858	...	45	2 873	923	6,7	414
2014 Jan.	41 701	+ 0,8	29 343	+ 1,3	8 732	19 669	723	4 786	...	64	3 136	1 104	7,3	401
Febr.	41 709	+ 0,8	29 387	+ 1,4	8 739	19 699	724	4 740	...	61	3 138	1 105	7,3	429
März	10) 41 805	10) + 0,9	9) 29 534	9) + 1,6	9) 8 789	9) 19 699	9) 737	9) 4 752	9) ...	9) 54	3 055	1 026	7,1	447
April	10) 41 997	10) + 1,0	...	...	...	...	...	...	...	...	2 943	938	6,8	455
Mai	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 882	893	6,6	452

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. \* Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren

Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2011 und 2012 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,2 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,0 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 11 Ab Mai 2014 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnmieten 2)	Wohnmieten 2)							
2010 = 100													
<b>Indexstand</b>													
2009	98,9	98,6	99,4	96,2	99,5	98,8	99,1	98,5	88,1	97,0	93,4	72,8	74,5
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,0	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,0	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	121,1	104,3	105,9	133,1	101,0
2012 Juli	104,1	105,2	101,2	115,4	103,6	102,5		106,6	114,4	105,0	108,2	136,5	116,8
Aug.	104,5	105,1	101,6	118,0	103,5	102,6	106,0	107,0	117,9	105,2	109,2	149,1	114,2
Sept.	104,6	105,0	102,5	119,3	102,6	102,7		107,3	121,4	105,2	108,5	143,2	111,9
Okt.	104,6	105,7	103,0	118,1	102,4	102,8		107,4	122,7	105,0	108,0	139,9	108,7
Nov.	104,7	107,0	102,8	116,7	102,7	102,9	106,3	107,4	125,2	105,1	108,0	138,5	107,0
Dez.	105,0	108,0	102,7	115,5	104,0	102,9		107,1	124,4	104,8	107,4	136,2	106,5
2013 Jan.	104,5	109,0	101,7	118,1	101,9	103,2		107,7	124,0	104,8	107,3	138,6	106,2
Febr.	105,1	108,9	102,2	119,5	103,0	103,3	107,1	107,5	124,5	104,7	107,6	141,7	106,9
März	105,6	109,9	103,2	117,8	103,7	103,4		107,2	124,1	104,9	107,6	136,3	107,7
April	105,1	110,0	103,3	118,2	101,8	103,5		107,1	125,0	104,7	106,4	127,8	104,0
Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	107,7	106,8	125,3	104,5	106,0	129,0	103,3
Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		106,7	123,1	104,1	105,3	127,1	100,7
Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		106,6	120,7	104,2	105,4	133,7	99,9
Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5	120,4	104,2	105,5	135,3	98,1
Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1		106,8	121,4	104,2	105,5	135,7	97,3
Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1		106,6	121,4	103,9	104,8	130,1	95,3
Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	108,4	106,5	122,1	103,9	104,9	130,3	96,3
Dez.	106,5	112,1	103,3	116,8	105,5	104,5		106,6	122,4	103,8	104,9	131,5	96,6
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7		106,5 p)	120,2	104,0	104,8	129,4	96,0
Febr.	106,4	112,7	103,2	116,3	105,1	104,8	109,2	106,5 p)	120,1	104,0	104,7	129,3	97,2
März	106,7	112,3	104,2	115,9	105,4	104,9		106,2 p)	121,3	103,8	104,1	126,0	96,9
April	106,5	112,0	104,2	116,7	104,7	105,1		106,1 p)	122,5	103,9	103,8	126,2	99,3
Mai	106,4	111,6	103,9	116,4	104,3	105,2	...	...	...	...	...	129,2	98,9
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>													
2009	+ 0,3	- 1,3	+ 1,3	- 5,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	- 4,2	- 19,0	- 2,2	- 8,5	- 33,6	- 19,0
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 13,5	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,0	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,8	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2012 Juli	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,2	+ 4,3	+ 1,4	+ 1,2		+ 0,6	- 0,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,6
Aug.	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,1	+ 7,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 1,7	+ 3,0	+ 16,9	+ 1,2
Sept.	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,0	+ 7,1	+ 1,4	+ 1,2		+ 1,2	+ 7,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 5,5	- 1,9
Okt.	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,4	+ 5,6	+ 1,5	+ 1,2		+ 1,1	+ 9,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 6,0	+ 3,4
Nov.	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,2	+ 10,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,9
Dez.	+ 2,0	+ 4,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,1		+ 1,4	+ 10,9	+ 1,1	± 0,0	+ 1,0	+ 2,7
2013 Jan.	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,5	+ 11,2	+ 0,4	- 1,3	- 1,8	- 2,9
Febr.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 9,2	± 0,0	- 1,7	- 4,5	- 2,2
März	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,3		+ 0,1	+ 6,4	+ 0,1	- 2,2	- 12,1	- 2,5
April	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,3		- 0,2	+ 6,7	- 0,4	- 3,0	- 14,0	- 5,6
Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2	+ 9,1	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2
Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 0,1	+ 8,6	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		± 0,0	+ 5,5	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5
Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5	+ 2,1	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1
Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4		- 0,5	± 0,0	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0
Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3		- 0,7	- 1,1	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3
Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,8	- 2,5	- 1,1	- 2,9	- 5,9	- 10,0
Dez.	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6		- 0,5	- 1,6	- 1,0	- 2,3	- 3,5	- 9,3
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5		- 1,1 p)	- 3,1	- 0,8	- 2,3	- 6,6	- 9,6
Febr.	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,0	- 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9 p)	- 3,5	- 0,7	- 2,7	- 8,8	- 9,1
März	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 1,5		- 0,9 p)	- 2,3	- 1,0	- 3,3	- 7,6	- 10,0
April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5		- 0,9 p)	- 2,0	- 0,8	- 2,4	- 1,3	- 4,5
Mai	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	- 0,8	+ 1,1	+ 1,5	...	...	...	...	...	+ 0,2	- 4,3

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Netto-

mieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industriehstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 8. Einkommen der privaten Haushalte <sup>1)</sup>

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,6	3,8	664,0	2,7	356,2	0,7	1 020,1	2,0	1 569,9	3,0	180,3	7,3	11,5
2009	1 003,8	0,1	667,7	0,6	384,1	7,8	1 051,8	3,1	1 562,9	- 0,4	170,3	- 5,5	10,9
2010	1 033,2	2,9	696,7	4,4	387,8	1,0	1 084,5	3,1	1 609,9	3,0	174,9	2,7	10,9
2011	1 081,7	4,7	723,4	3,8	384,2	- 0,9	1 107,6	2,1	1 672,0	3,9	173,6	- 0,7	10,4
2012	1 126,6	4,2	751,9	3,9	389,2	1,3	1 141,1	3,0	1 710,3	2,3	176,5	1,6	10,3
2013	1 161,2	3,1	773,2	2,8	397,6	2,2	1 170,7	2,6	1 747,2	2,2	174,1	- 1,4	10,0
2012 4.Vj.	311,7	4,0	207,9	3,7	97,3	1,6	305,2	3,0	429,5	1,9	38,0	- 1,1	8,8
2013 1.Vj.	270,0	3,2	180,1	3,0	100,3	2,5	280,4	2,8	428,0	0,6	56,3	- 3,1	13,1
2.Vj.	283,4	2,8	184,6	2,5	99,0	2,5	283,6	2,5	434,4	2,5	41,5	- 2,5	9,5
3.Vj.	286,9	3,2	195,1	3,2	99,5	2,1	294,6	2,8	445,1	3,2	37,7	- 0,4	8,5
4.Vj.	321,0	3,0	213,3	2,6	98,8	1,6	312,2	2,3	439,6	2,4	38,6	1,6	8,8
2014 1.Vj.	279,7	3,6	185,6	3,1	99,8	- 0,4	285,5	1,8	438,6	2,5	57,5	2,1	13,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2014. \* Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

### 9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	
2006	101,0	1,0	101,2	1,2	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,2	1,2	102,5	1,4	102,2	1,5	102,2	1,4	102,2	1,4
2008	105,0	2,7	105,4	2,8	105,3	3,0	105,5	3,2	104,6	2,3
2009	107,1	2,0	107,6	2,0	107,7	2,3	108,1	2,4	104,5	- 0,0
2010	108,8	1,6	109,4	1,7	109,5	1,7	110,0	1,8	106,9	2,3
2011	110,7	1,8	111,4	1,8	111,5	1,9	112,0	1,8	110,4	3,3
2012	113,7	2,7	114,3	2,6	114,7	2,9	115,2	2,9	113,6	2,9
2013	116,5	2,4	117,1	2,4	117,5	2,5	118,0	2,5	116,1	2,2
2012 4.Vj.	127,2	3,1	127,9	3,0	128,3	3,0	116,2	2,9	124,3	3,0
2013 1.Vj.	107,9	2,8	108,4	2,9	108,8	2,9	117,0	2,9	109,1	2,3
2.Vj.	109,1	2,1	109,6	2,1	109,9	2,1	117,4	2,2	113,6	2,0
3.Vj.	118,7	2,3	119,4	2,3	119,8	2,4	118,7	2,4	114,4	2,3
4.Vj.	130,3	2,4	131,0	2,4	131,5	2,5	118,9	2,4	127,0	2,1
2014 1.Vj.	111,4	3,3	112,0	3,3	111,9	2,8	120,3	2,8	111,8	2,5
2013 Okt.	109,5	2,4	110,1	2,5	110,6	2,5	118,9	2,4	.	.
Nov.	169,0	2,4	169,9	2,4	170,5	2,4	118,9	2,3	.	.
Dez.	112,3	2,4	113,0	2,5	113,4	2,7	119,0	2,3	.	.
2014 Jan.	112,4	4,3	113,0	4,3	111,6	2,6	120,0	2,6	.	.
Febr.	110,7	2,6	111,3	2,7	111,7	2,7	120,1	2,6	.	.
März	111,3	3,1	111,9	3,1	112,3	3,2	120,8	3,1	.	.
April	112,7	3,1	113,3	3,1	113,6	3,2	120,9	3,2	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2014.

## XII. Außenwirtschaft

### 1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion \*)

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013		2014			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj. p)	Jan.	Febr.	März p)
A. Leistungsbilanz	+ 12 059	+ 133 091	+ 227 675	+ 51 420	+ 87 577	+ 41 610	+ 6 989	+ 13 761	+ 20 860
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 792 948	1 921 514	1 935 783	479 571	495 962	476 707	152 643	157 129	166 935
Einfuhr (fob)	1 792 075	1 832 463	1 770 587	441 505	447 981	441 583	151 899	141 623	148 061
Saldo	+ 874	+ 89 048	+ 165 198	+ 38 066	+ 47 981	+ 35 123	+ 744	+ 15 505	+ 18 874
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	590 798	633 551	662 929	176 763	173 217	156 076	53 002	49 747	53 327
Ausgaben	512 900	538 515	549 686	143 283	142 711	131 122	44 251	40 698	46 173
Saldo	+ 77 897	+ 95 037	+ 113 242	+ 33 480	+ 30 507	+ 24 955	+ 8 751	+ 9 050	+ 7 154
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 39 571	+ 56 262	+ 70 296	+ 13 990	+ 24 004	+ 21 377	+ 7 503	+ 6 521	+ 7 353
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	95 827	98 623	99 740	17 610	34 607	28 615	10 529	11 557	6 529
eigene Leistungen	202 112	205 881	220 799	51 725	49 522	68 460	20 538	28 873	19 049
Saldo	- 106 284	- 107 257	- 121 059	- 34 115	- 14 915	- 39 844	- 10 009	- 17 315	- 12 520
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 10 687	+ 6 477	+ 20 129	+ 4 554	+ 7 913	+ 5 571	+ 975	+ 2 693	+ 1 903
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 50 943	- 165 046	- 246 926	- 55 863	- 95 643	- 41 514	- 4 680	- 12 188	- 24 646
1. Direktinvestitionen	- 101 719	- 71 566	- 24 922	- 12 654	- 9 063	- 372	- 9 053	+ 30 839	- 22 158
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 500 864	- 410 125	- 324 169	- 50 361	- 151 875	+ 21 606	- 25 020	+ 46 537	+ 89
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 399 147	+ 338 559	+ 299 246	+ 37 707	+ 142 812	- 21 980	+ 15 966	- 15 699	- 22 247
2. Wertpapieranlagen	+ 238 594	+ 95 440	+ 105 833	+ 4 920	+ 54 558	+ 38 289	+ 19 309	+ 26 553	- 7 573
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 53 663	- 194 261	- 250 188	- 69 144	- 50 351	- 45 875	- 17 636	- 14 633	- 13 606
Aktien	+ 66 257	- 57 983	- 163 421	- 45 940	- 39 380	- 8 793	- 6 827	+ 4 086	- 6 052
Anleihen	+ 21 785	- 133 895	- 78 869	- 21 027	- 12 628	- 26 173	- 2 876	- 9 699	- 13 598
Geldmarktpapiere	- 34 379	- 2 384	- 7 897	- 2 177	+ 1 657	- 10 910	- 7 933	- 9 020	+ 6 043
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 184 930	+ 289 703	+ 356 019	+ 74 065	+ 104 908	+ 84 164	+ 36 945	+ 41 186	+ 6 033
Aktien	+ 64 393	+ 164 940	+ 236 623	+ 44 426	+ 58 372	+ 54 835	+ 14 817	+ 9 292	+ 30 726
Anleihen	+ 165 290	+ 128 769	+ 80 597	- 14 157	+ 90 370	+ 30 358	- 4 538	+ 52 102	- 17 206
Geldmarktpapiere	- 44 752	- 4 009	+ 38 800	+ 43 796	- 43 834	- 1 030	+ 26 665	- 20 208	- 7 487
3. Finanzderivate	- 5 552	+ 5 294	+ 18 226	+ 7 593	+ 4 296	+ 1 115	- 123	+ 2 697	- 1 459
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 171 998	- 179 260	- 341 652	- 52 862	- 145 126	- 78 739	- 12 094	- 73 113	+ 6 468
Eurosysteem	+ 137 861	+ 13 179	- 58 988	- 16 362	- 9 354	- 23 480	- 3 216	- 13 374	- 6 890
Staat	+ 69 918	- 3 712	+ 6 293	+ 6 910	- 14 848	+ 1 523	+ 2 739	- 242	- 974
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 341 608	- 111 858	- 268 528	- 36 496	- 113 678	- 66 662	- 21 420	- 48 130	+ 2 888
langfristig	- 16 768	+ 6 476	+ 43 213	+ 5 264	+ 19 622	- 8 400	+ 4 210	- 1 146	- 11 464
kurzfristig	- 324 842	- 118 337	- 311 743	- 41 761	- 133 300	- 58 261	- 25 629	- 46 984	+ 14 352
Unternehmen und Privatpersonen	- 38 172	- 76 872	- 20 433	- 6 915	- 7 248	+ 9 881	+ 9 803	- 11 367	+ 11 445
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	- 10 266	- 14 957	- 4 409	- 2 861	- 308	- 1 806	- 2 719	+ 837	+ 76
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 28 197	+ 25 477	- 878	- 111	+ 154	- 5 667	- 3 284	- 4 266	+ 1 883

\* Quelle: Europäische Zentralbank.

## XII. Außenwirtschaft

### 2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)			
	Mio DM											
2000	- 69 351	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 956	- 54 450	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 10 857		
2001	- 23	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 22 557	- 52 204	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 23 847		
	Mio €											
1999	- 25 834	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 12 457	- 24 401	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 36 384		
2000	- 35 459	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 670	- 27 840	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 551		
2001	- 12	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 11 533	- 26 692	- 387	- 11 794	+ 6 032	+ 12 193		
2002	+ 42 669	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 888	- 26 951	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 010		
2003	+ 40 525	+ 129 921	- 11 148	- 34 506	- 15 677	- 28 064	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 921		
2004	+ 102 368	+ 156 096	- 16 470	- 29 375	+ 19 681	- 27 564	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 20 181		
2005	+ 112 591	+ 158 179	- 14 057	- 27 401	+ 24 391	- 28 522	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 18 413		
2006	+ 144 739	+ 159 048	- 12 888	- 17 346	+ 44 460	- 28 536	- 258	- 175 474	+ 2 934	+ 30 992		
2007	+ 180 914	+ 195 348	- 9 816	- 14 852	+ 42 918	- 32 685	+ 104	- 210 151	- 953	+ 29 133		
2008	+ 153 633	+ 178 297	- 13 628	- 10 258	+ 32 379	- 33 157	- 210	- 173 910	- 2 008	+ 20 487		
2009	+ 140 724	+ 138 697	- 16 917	- 7 220	+ 59 355	- 33 191	+ 28	- 156 416	+ 3 200	+ 15 664		
2010	+ 159 329	+ 154 863	- 12 408	+ 337	+ 54 836	- 38 299	- 575	- 124 952	- 1 613	- 33 802		
2011	+ 178 427	+ 158 702	- 20 296	+ 3 353	+ 70 530	- 33 863	+ 634	- 174 729	- 2 836	- 4 331		
2012	+ 198 571	+ 189 841	- 33 187	+ 3 289	+ 76 376	- 37 749	+ 16	- 222 705	- 1 297	+ 24 118		
2013	+ 205 952	+ 197 654	- 28 986	+ 2 400	+ 76 921	- 42 037	+ 1 810	- 250 599	- 838	+ 42 836		
2011 2.Vj.	+ 36 123	+ 38 562	- 4 993	- 139	+ 7 422	- 4 730	- 290	- 57 077	- 438	+ 21 243		
3.Vj.	+ 40 415	+ 39 609	- 6 581	- 4 305	+ 21 358	- 9 665	+ 97	- 13 384	- 639	+ 27 127		
4.Vj.	+ 53 348	+ 39 630	- 6 657	+ 3 626	+ 22 565	- 5 816	- 116	- 33 476	- 366	- 19 756		
2012 1.Vj.	+ 50 009	+ 46 229	- 4 457	+ 2 034	+ 21 251	- 15 047	+ 184	- 42 696	- 963	- 7 496		
2.Vj.	+ 43 491	+ 48 058	- 10 911	+ 2 676	+ 10 090	- 6 421	+ 387	- 48 159	- 769	+ 4 281		
3.Vj.	+ 48 302	+ 50 775	- 8 677	+ 5 830	+ 21 431	- 9 397	+ 59	- 50 859	- 59	+ 2 497		
4.Vj.	+ 56 768	+ 44 780	- 9 142	+ 4 408	+ 23 605	- 6 883	- 614	- 80 991	+ 494	+ 24 837		
2013 1.Vj.	+ 47 441	+ 49 289	- 7 694	+ 48	+ 21 756	- 15 959	+ 387	- 40 042	- 86	- 7 786		
2.Vj.	+ 50 358	+ 48 634	- 3 838	+ 1 276	+ 12 295	- 8 010	+ 345	- 70 438	- 72	+ 19 735		
3.Vj.	+ 45 237	+ 49 784	- 8 451	+ 5 118	+ 19 423	- 10 402	+ 77	- 64 747	+ 784	+ 19 433		
4.Vj.	+ 62 916	+ 49 946	- 9 004	+ 6 194	+ 23 447	- 7 666	+ 1 001	- 75 372	- 1 464	+ 11 454		
2014 1.Vj.	+ 48 647	+ 47 857	- 7 589	+ 4 571	+ 19 591	- 15 784	+ 1 817	- 62 970	+ 565	+ 12 507		
2011 Nov.	+ 18 586	+ 16 110	- 1 924	+ 733	+ 7 315	- 3 647	+ 118	- 8 401	+ 263	- 10 303		
Dez.	+ 22 354	+ 12 520	- 2 534	+ 3 405	+ 7 627	+ 1 335	- 50	- 9 863	+ 684	- 12 441		
2012 Jan.	+ 12 820	+ 13 536	- 1 564	- 1 071	+ 6 185	- 4 266	- 37	- 12 795	- 140	+ 13		
Febr.	+ 15 099	+ 15 418	- 1 945	+ 1 454	+ 7 468	- 7 296	+ 212	- 8 194	- 547	+ 7 117		
März	+ 22 091	+ 17 275	- 948	+ 1 652	+ 7 597	- 3 485	+ 8	- 21 707	- 276	+ 393		
April	+ 13 016	+ 14 358	- 3 456	+ 2 139	+ 2 651	- 2 675	+ 309	- 16 585	- 581	+ 3 261		
Mai	+ 9 987	+ 15 702	- 4 485	- 311	+ 551	- 1 470	+ 233	- 19 675	- 207	+ 9 455		
Juni	+ 20 488	+ 17 998	- 2 970	+ 848	+ 6 889	- 2 276	- 155	- 11 898	+ 19	- 8 435		
Juli	+ 15 779	+ 17 169	- 3 148	- 2 783	+ 7 072	- 2 532	- 228	+ 122	+ 48	- 15 673		
Aug.	+ 14 662	+ 16 747	- 2 864	- 2 581	+ 7 029	- 3 668	+ 166	- 19 055	- 389	+ 4 227		
Sept.	+ 17 862	+ 16 859	- 2 665	- 465	+ 7 330	- 3 197	+ 122	- 31 926	+ 281	+ 13 943		
Okt.	+ 16 663	+ 15 967	- 2 816	- 980	+ 7 964	- 3 472	- 192	- 18 726	- 176	+ 2 256		
Nov.	+ 19 015	+ 16 872	- 2 841	+ 763	+ 7 623	- 3 402	+ 148	- 30 196	+ 308	+ 11 033		
Dez.	+ 21 090	+ 11 941	- 3 485	+ 4 625	+ 8 018	- 9	- 570	- 32 069	+ 362	+ 11 548		
2013 Jan.	+ 10 633	+ 13 622	- 2 433	- 1 507	+ 6 690	- 5 740	+ 24	+ 9 792	- 493	- 20 450		
Febr.	+ 15 668	+ 16 809	- 1 940	+ 383	+ 7 418	- 7 002	+ 19	- 16 820	+ 321	+ 1 133		
März	+ 21 139	+ 18 858	- 3 321	+ 1 171	+ 7 648	- 3 218	+ 344	- 33 014	+ 86	+ 11 531		
April	+ 17 521	+ 17 995	- 1 302	+ 894	+ 2 528	- 2 595	+ 182	- 23 748	- 56	+ 6 045		
Mai	+ 13 933	+ 13 622	- 569	- 287	+ 3 613	- 2 446	+ 109	- 15 267	+ 23	+ 1 225		
Juni	+ 18 904	+ 17 017	- 1 967	+ 668	+ 6 155	- 2 969	+ 54	- 31 423	- 38	+ 12 465		
Juli	+ 15 131	+ 16 253	- 2 658	- 1 753	+ 6 772	- 3 483	+ 39	- 10 458	+ 654	- 4 711		
Aug.	+ 9 823	+ 13 255	- 2 943	+ 3 353	+ 6 662	- 3 798	- 77	- 28 991	- 425	+ 19 244		
Sept.	+ 20 283	+ 20 276	- 2 849	- 12	+ 5 989	- 3 121	+ 116	- 25 298	+ 556	+ 4 899		
Okt.	+ 19 288	+ 17 867	- 2 105	- 659	+ 7 283	- 3 098	+ 527	- 19 789	+ 212	- 26		
Nov.	+ 22 530	+ 18 208	- 3 046	+ 2 462	+ 7 562	- 2 656	+ 270	- 23 293	- 407	+ 494		
Dez.	+ 21 098	+ 13 870	- 3 853	+ 4 391	+ 8 602	- 1 912	+ 204	- 32 289	- 1 269	+ 10 987		
2014 Jan.	+ 15 180	+ 15 044	- 2 478	+ 1 734	+ 5 662	- 4 782	+ 1 009	- 1 720	+ 375	- 14 469		
Febr.	+ 13 779	+ 16 210	- 2 860	+ 1 656	+ 6 216	- 7 443	+ 446	- 25 996	+ 898	+ 11 772		
März	+ 19 687	+ 16 603	- 2 250	+ 1 181	+ 7 713	- 3 559	+ 362	- 35 253	+ 708	+ 15 204		
April p)	+ 18 398	+ 17 352	- 2 229	+ 2 321	+ 4 543	- 3 590	+ 233	- 30 658	- 151	+ 12 027		

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapitalexport: - . 5 Zunahme: - .

## XII. Außenwirtschaft

### 3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern <sup>1)</sup>

Mio €

Ländergruppe/Land		2011	2012	2013 <sup>1)</sup>	2013		2014			
					November <sup>1)</sup>	Dezember <sup>1)</sup>	Januar <sup>1)</sup>	Februar <sup>1)</sup>	März <sup>1)</sup>	April <sup>1)</sup>
Alle Länder <sup>1)</sup>	Ausfuhr	1 061 225	1 095 766	1 093 811	94 669	82 104	90 747	92 362	95 986	93 793
	Einfuhr	902 523	905 925	896 157	76 461	68 234	75 703	76 151	79 384	76 441
	Saldo	+ 158 702	+ 189 841	+ 197 654	+ 18 208	+ 13 870	+ 15 044	+ 16 210	+ 16 603	+ 17 352
I. Europäische Länder	Ausfuhr	752 295	751 071	748 834	64 349	54 880	63 586	64 022	65 813	...
	Einfuhr	622 870	629 305	633 608	54 779	48 924	53 102	55 420	57 318	...
	Saldo	+ 129 425	+ 121 766	+ 115 226	+ 9 570	+ 5 956	+ 10 484	+ 8 602	+ 8 495	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	629 953	622 674	623 113	53 460	46 377	54 498	54 691	55 512	...
	Einfuhr	506 211	504 494	514 575	44 364	39 956	42 611	45 090	46 924	...
	Saldo	+ 123 742	+ 118 180	+ 108 538	+ 9 095	+ 6 421	+ 11 886	+ 9 600	+ 8 588	...
EWU-Länder (18)	Ausfuhr	421 845	407 666	403 412	34 365	30 264	35 093	34 899	35 242	...
	Einfuhr	338 988	339 072	343 515	29 167	26 773	28 529	29 816	31 181	...
	Saldo	+ 82 857	+ 68 593	+ 59 897	+ 5 198	+ 3 491	+ 6 564	+ 5 083	+ 4 061	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	53 161	49 424	47 796	3 890	3 648	4 063	3 898	4 200	...
	Einfuhr	41 302	40 528	42 059	3 655	3 206	3 401	3 547	3 647	...
	Saldo	+ 11 859	+ 8 896	+ 5 737	+ 235	+ 442	+ 663	+ 351	+ 553	...
Frankreich	Ausfuhr	101 444	102 911	100 234	8 606	7 398	8 683	8 889	8 454	...
	Einfuhr	65 948	64 035	64 036	5 339	4 999	5 392	5 777	7 061	...
	Saldo	+ 35 496	+ 38 875	+ 36 198	+ 3 266	+ 2 399	+ 3 291	+ 3 112	+ 1 393	...
Italien	Ausfuhr	62 044	55 529	53 214	4 548	3 714	4 723	4 560	4 682	...
	Einfuhr	47 844	47 957	47 139	3 888	3 598	3 901	4 225	4 170	...
	Saldo	+ 14 200	+ 7 572	+ 6 075	+ 660	+ 117	+ 822	+ 335	+ 511	...
Niederlande	Ausfuhr	69 423	70 381	70 980	5 986	5 668	6 265	6 107	6 304	...
	Einfuhr	81 804	85 738	89 208	7 499	7 097	7 670	7 526	7 328	...
	Saldo	- 12 382	- 15 357	- 18 228	- 1 514	- 1 429	- 1 405	- 1 420	- 1 024	...
Österreich	Ausfuhr	57 671	56 591	56 198	4 830	4 159	4 601	4 619	4 865	...
	Einfuhr	37 028	36 419	36 803	3 114	2 903	2 877	3 014	3 188	...
	Saldo	+ 20 643	+ 20 172	+ 19 395	+ 1 716	+ 1 257	+ 1 725	+ 1 604	+ 1 677	...
Spanien	Ausfuhr	34 811	31 047	31 330	2 734	2 307	2 934	2 977	2 897	...
	Einfuhr	22 491	23 206	23 675	1 972	1 865	1 874	2 164	2 120	...
	Saldo	+ 12 320	+ 7 841	+ 7 655	+ 763	+ 442	+ 1 060	+ 813	+ 778	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	208 108	215 008	219 701	19 095	16 113	19 405	19 791	20 270	...
	Einfuhr	167 223	165 421	171 060	15 197	13 183	14 082	15 274	15 743	...
	Saldo	+ 40 885	+ 49 587	+ 48 641	+ 3 898	+ 2 930	+ 5 322	+ 4 517	+ 4 527	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	65 570	73 283	75 653	6 415	5 851	6 824	7 324	7 145	...
	Einfuhr	44 741	42 820	42 525	3 716	3 517	3 136	3 849	4 069	...
	Saldo	+ 20 829	+ 30 462	+ 33 128	+ 2 698	+ 2 334	+ 3 687	+ 3 476	+ 3 076	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	122 342	128 398	125 720	10 889	8 503	9 088	9 331	10 301	...
	Einfuhr	116 660	124 811	119 033	10 414	8 968	10 491	10 330	10 394	...
	Saldo	+ 5 683	+ 3 586	+ 6 688	+ 475	- 465	- 1 403	- 999	- 93	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	47 875	48 933	47 323	4 216	3 257	3 875	3 773	4 089	...
	Einfuhr	36 996	37 775	38 227	3 421	2 608	3 173	3 391	3 696	...
	Saldo	+ 10 879	+ 11 158	+ 9 096	+ 794	+ 649	+ 703	+ 383	+ 393	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	308 193	340 980	342 492	30 097	26 979	26 868	28 102	29 917	...
	Einfuhr	279 653	276 620	262 549	21 682	19 310	22 601	20 731	22 066	...
	Saldo	+ 28 541	+ 64 360	+ 79 942	+ 8 416	+ 7 669	+ 4 267	+ 7 371	+ 7 851	...
1. Afrika	Ausfuhr	20 717	21 920	22 047	1 642	1 758	1 582	1 850	1 849	...
	Einfuhr	21 944	24 145	22 882	1 702	1 536	1 787	1 640	1 796	...
	Saldo	- 1 227	- 2 224	- 834	- 60	+ 222	- 205	+ 211	+ 53	...
2. Amerika	Ausfuhr	110 424	128 703	130 924	11 897	9 323	10 286	10 989	11 283	...
	Einfuhr	80 568	80 549	74 973	6 363	5 573	5 776	5 982	6 404	...
	Saldo	+ 29 856	+ 48 154	+ 55 951	+ 5 535	+ 3 751	+ 4 510	+ 5 007	+ 4 879	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	73 776	86 971	88 375	7 974	6 431	7 223	7 634	7 928	...
	Einfuhr	48 531	51 070	48 455	4 179	3 475	3 757	4 138	4 334	...
	Saldo	+ 25 244	+ 35 901	+ 39 920	+ 3 796	+ 2 956	+ 3 466	+ 3 496	+ 3 594	...
3. Asien	Ausfuhr	167 574	179 630	179 539	15 735	15 190	14 313	14 466	15 931	...
	Einfuhr	173 115	167 873	161 333	13 396	11 986	14 737	12 898	13 639	...
	Saldo	- 5 541	+ 11 757	+ 18 206	+ 2 339	+ 3 204	- 424	+ 1 568	+ 2 292	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 711	32 503	32 854	3 349	3 214	2 276	2 835	3 091	...
	Einfuhr	8 874	8 134	8 654	667	757	660	663	631	...
	Saldo	+ 19 837	+ 24 369	+ 24 200	+ 2 681	+ 2 457	+ 1 616	+ 2 173	+ 2 460	...
Japan	Ausfuhr	15 115	17 138	17 125	1 515	1 440	1 608	1 368	1 372	...
	Einfuhr	23 595	21 910	19 495	1 702	1 419	1 621	1 485	1 714	...
	Saldo	- 8 480	- 4 772	- 2 369	- 187	+ 21	- 13	- 117	- 342	...
Volksrepublik China <sup>2)</sup>	Ausfuhr	64 863	66 746	67 025	5 890	5 371	5 644	5 401	6 058	...
	Einfuhr	79 528	78 529	73 613	6 182	5 583	6 941	6 012	5 842	...
	Saldo	- 14 665	- 11 783	- 6 588	- 292	- 212	- 1 297	- 611	+ 216	...
Südostasiatische Schwellenländer <sup>3)</sup>	Ausfuhr	41 569	45 651	46 042	3 760	3 719	3 597	3 517	4 102	...
	Einfuhr	39 546	37 428	36 608	3 051	2 624	3 334	2 813	3 315	...
	Saldo	+ 2 023	+ 8 223	+ 9 434	+ 710	+ 1 095	+ 263	+ 703	+ 787	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 479	10 727	9 982	823	707	687	797	855	...
	Einfuhr	4 026	4 054	3 361	222	214	301	212	227	...
	Saldo	+ 5 453	+ 6 672	+ 6 621	+ 601	+ 493	+ 386	+ 586	+ 628	...

\* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Lettland. <sup>1)</sup> Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. <sup>2)</sup> Ohne Hongkong. <sup>3)</sup> Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

## XII. Außenwirtschaft

### 4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							Erwerbseinkommen			Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	
							zusammen	darunter:			
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen		
2009	- 7 220	- 33 341	+ 7 048	+ 4 320	+ 154	+ 2 644	+ 11 955	- 1 261	+ 3 062	+ 872	+ 58 484
2010	+ 337	- 32 775	+ 8 119	+ 4 305	+ 3 174	+ 2 863	+ 14 650	- 1 158	+ 3 266	+ 1 557	+ 53 279
2011	+ 3 353	- 33 755	+ 9 050	+ 4 081	+ 3 544	+ 2 939	+ 17 493	- 1 207	+ 3 554	+ 1 787	+ 68 742
2012	+ 3 289	- 33 566	+ 9 133	+ 5 133	+ 4 119	+ 3 117	+ 15 353	- 1 333	+ 2 434	+ 2 594	+ 73 783
2013	+ 2 400	- 33 646	+ 8 322	+ 4 775	+ 7 073	+ 3 063	+ 12 814	- 701	+ 1 231	+ 2 096	+ 74 825
2012 3.Vj.	- 5 830	- 14 963	+ 2 474	+ 2 007	+ 1 340	+ 778	+ 2 534	- 403	+ 515	- 186	+ 21 617
4.Vj.	+ 4 408	- 5 678	+ 2 060	+ 1 101	+ 1 884	+ 738	+ 4 303	- 320	+ 782	+ 1 455	+ 22 150
2013 1.Vj.	+ 48	- 5 040	+ 1 844	+ 703	+ 964	+ 802	+ 774	- 300	+ 173	+ 1 003	+ 20 753
2.Vj.	+ 1 276	- 8 114	+ 2 225	+ 707	+ 1 833	+ 800	+ 3 825	- 367	+ 275	+ 446	+ 11 849
3.Vj.	- 5 118	- 15 239	+ 2 191	+ 1 805	+ 1 570	+ 763	+ 3 792	- 67	+ 177	- 90	+ 19 513
4.Vj.	+ 6 194	- 5 253	+ 2 061	+ 1 560	+ 2 706	+ 697	+ 4 423	+ 32	+ 606	+ 737	+ 22 710
2014 1.Vj.	+ 4 571	- 4 893	+ 1 835	+ 574	+ 1 230	+ 747	+ 5 077	- 797	+ 18	+ 986	+ 18 605
2013 Juni	+ 668	- 3 689	+ 693	+ 236	+ 759	+ 266	+ 2 404	- 134	+ 98	+ 150	+ 6 005
Juli	- 1 753	- 3 950	+ 841	+ 263	+ 519	+ 262	+ 312	- 26	+ 106	- 30	+ 6 802
Aug.	- 3 353	- 6 198	+ 585	+ 517	+ 753	+ 236	+ 752	- 20	- 46	- 31	+ 6 692
Sept.	- 12	- 5 091	+ 765	+ 1 024	+ 297	+ 265	+ 2 728	- 21	+ 116	- 29	+ 6 019
Okt.	- 659	- 3 804	+ 616	+ 211	+ 537	+ 255	+ 1 526	- 25	- 31	+ 212	+ 7 071
Nov.	+ 2 462	- 1 078	+ 627	+ 435	+ 1 406	+ 255	+ 817	+ 24	+ 112	+ 212	+ 7 350
Dez.	+ 4 391	- 371	+ 817	+ 914	+ 763	+ 187	+ 2 081	+ 33	+ 526	+ 313	+ 8 289
2014 Jan.	+ 1 734	- 1 483	+ 538	+ 139	+ 221	+ 251	+ 2 069	- 306	+ 50	+ 331	+ 5 331
Febr.	+ 1 656	- 1 181	+ 624	+ 22	+ 556	+ 240	+ 1 395	- 210	- 3	+ 327	+ 5 888
März	+ 1 181	- 2 229	+ 673	+ 414	+ 453	+ 257	+ 1 614	- 281	- 30	+ 327	+ 7 386
April P)	+ 2 321	- 1 760	+ 601	+ 447	+ 545	+ 257	+ 2 232	- 141	+ 1	+ 144	+ 4 400

1 Ab 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienst-

stellen für Warenlieferungen und Dienstleistungen. 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

### 5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2009	- 33 191	- 18 822	- 19 037	- 16 573	+ 215	- 14 370	- 2 995	- 11 375
2010	- 38 299	- 23 354	- 22 899	- 19 474	- 456	- 14 945	- 3 035	- 11 910
2011	- 33 863	- 20 199	- 22 306	- 19 108	+ 2 107	- 13 663	- 2 977	- 10 686
2012	- 37 749	- 23 857	- 24 453	- 21 094	+ 596	- 13 891	- 3 080	- 10 812
2013	- 42 037	- 28 026	- 29 000	- 25 574	+ 974	- 14 010	- 3 229	- 10 781
2012 3.Vj.	- 9 397	- 6 027	- 5 530	- 5 033	- 497	- 3 370	- 770	- 2 600
4.Vj.	- 6 883	- 2 859	- 1 561	- 800	- 1 299	- 4 024	- 770	- 3 254
2013 1.Vj.	- 15 959	- 12 736	- 12 500	- 11 141	- 235	- 3 223	- 807	- 2 416
2.Vj.	- 8 010	- 4 660	- 7 133	- 6 381	+ 2 473	- 3 350	- 807	- 2 543
3.Vj.	- 10 402	- 7 073	- 7 148	- 6 465	+ 75	- 3 329	- 807	- 2 522
4.Vj.	- 7 666	- 3 558	- 2 220	- 1 587	- 1 339	- 4 108	- 807	- 3 301
2014 1.Vj.	- 15 784	- 12 910	- 12 889	- 11 817	- 20	- 2 875	- 863	- 2 012
2013 Juni	- 2 969	- 1 974	- 2 377	- 2 160	+ 403	- 995	- 269	- 726
Juli	- 3 483	- 2 372	- 2 231	- 2 054	- 141	- 1 110	- 269	- 841
Aug.	- 3 798	- 2 734	- 2 599	- 2 203	- 135	- 1 064	- 269	- 794
Sept.	- 3 121	- 1 966	- 2 318	- 2 208	+ 351	- 1 155	- 269	- 886
Okt.	- 3 098	- 2 084	- 1 669	- 1 524	- 415	- 1 014	- 269	- 745
Nov.	- 2 656	- 1 924	- 1 419	- 1 353	- 505	- 731	- 269	- 462
Dez.	- 1 912	+ 450	+ 869	+ 1 290	- 418	- 2 363	- 269	- 2 094
2014 Jan.	- 4 782	- 3 776	- 3 928	- 3 236	+ 151	- 1 006	- 288	- 718
Febr.	- 7 443	- 6 548	- 6 433	- 6 125	- 115	- 896	- 288	- 608
März	- 3 559	- 2 586	- 2 529	- 2 456	- 57	- 973	- 288	- 686
April P)	- 3 590	- 2 022	- 2 532	- 2 349	+ 510	- 1 568	- 288	- 1 280

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des

EU-Haushalts (ohne Vermögensübertragungen). 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

### 6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2010	- 575	- 2 039	+ 1 464
2011	+ 634	- 2 326	+ 2 959
2012	+ 16	- 2 661	+ 2 677
2013	+ 1 810	- 1 437	+ 3 247
2012 3.Vj.	+ 59	- 556	+ 616
4.Vj.	- 614	- 1 332	+ 718
2013 1.Vj.	+ 387	- 306	+ 693
2.Vj.	+ 345	- 477	+ 822
3.Vj.	+ 77	- 351	+ 429
4.Vj.	+ 1 001	- 302	+ 1 303
2014 1.Vj.	+ 1 817	- 21	+ 1 837
2013 Juni	+ 54	- 182	+ 236
Juli	+ 39	- 163	+ 202
Aug.	- 77	- 151	+ 74
Sept.	+ 116	- 37	+ 153
Okt.	+ 527	- 8	+ 535
Nov.	+ 270	-	+ 270
Dez.	+ 204	- 294	+ 498
2014 Jan.	+ 1 009	-	+ 1 009
Febr.	+ 446	- 11	+ 457
März	+ 362	- 9	+ 372
April P)	+ 233	- 11	+ 244

## XII. Außenwirtschaft

### 7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013			2014			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	Apr. <sup>1)</sup>
<b>I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland</b> (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 245 685	- 355 139	- 15 765	- 37 135	+ 17 094	+ 30 595	- 88 064	- 17 552	- 10 409	- 52 834
1. Direktinvestitionen <sup>1)</sup>	- 58 247	- 61 958	- 43 344	- 4 825	- 8 192	- 9 506	- 22 698	- 10 514	- 4 767	- 11 570
Beteiligungskapital	- 32 898	- 37 346	- 13 158	- 5 937	- 2 338	+ 1 989	- 8 502	- 2 187	- 1 287	- 1 032
reinvestierte Gewinne <sup>2)</sup>	- 31 349	- 31 692	- 30 034	- 5 101	- 6 671	- 6 108	- 11 349	- 4 038	- 3 149	- 3 758
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 6 000	+ 7 080	- 152	+ 6 214	+ 2 817	- 5 387	- 2 848	- 4 289	- 332	- 6 780
2. Wertpapieranlagen	- 21 627	- 109 814	- 140 964	- 39 133	- 32 642	- 23 660	- 40 603	- 4 058	- 27 607	- 19 534
Aktien <sup>3)</sup>	+ 2 713	- 11 736	- 19 206	- 3 263	- 8 667	+ 2 861	- 3 443	+ 3 698	- 4 810	- 259
Investmentzertifikate <sup>4)</sup>	- 1 277	- 21 696	- 31 315	- 4 097	- 7 694	- 8 339	- 9 686	- 4 312	- 2 939	- 2 504
Anleihen <sup>5)</sup>	- 18 272	- 76 487	- 86 689	- 32 010	- 16 610	- 17 704	- 22 578	- 714	- 19 410	- 14 027
Geldmarktpapiere	- 4 791	+ 105	- 3 754	+ 237	+ 329	- 478	- 4 895	- 2 730	- 447	- 2 744
3. Finanzderivate <sup>6)</sup>	- 27 749	- 16 268	- 16 100	- 5 700	- 1 154	- 5 455	- 4 470	- 1 930	- 391	- 3 562
4. übriger Kapitalverkehr	- 135 226	- 165 802	+ 185 481	+ 12 593	+ 58 296	+ 70 681	- 20 857	- 1 948	+ 23 064	- 18 018
Monetäre Finanzinstitute <sup>7) 8)</sup>	+ 44 069	+ 62 182	+ 56 741	+ 525	+ 49 718	+ 6 482	- 31 746	+ 3 831	+ 18 908	- 17 684
langfristig	- 12 958	+ 47 867	+ 50 524	+ 13 409	+ 13 222	+ 12 354	- 3 222	- 151	- 5 005	+ 2 235
kurzfristig	+ 57 027	+ 14 315	+ 6 217	- 12 884	+ 36 496	- 5 872	- 28 524	- 3 680	+ 23 913	- 19 919
Unternehmen und Privatpersonen	- 20 161	+ 14 292	- 9 743	+ 1 573	+ 6 891	+ 9 442	- 27 642	- 648	- 21 328	+ 11 379
langfristig	+ 5 615	- 750	- 1 074	+ 473	- 1 214	- 1 522	- 119	- 515	- 588	- 244
kurzfristig <sup>7)</sup>	- 25 776	+ 15 043	- 8 668	+ 1 100	+ 8 104	+ 10 964	- 27 523	- 133	- 20 740	+ 11 624
Staat	- 21 061	- 49 597	- 7 037	- 2 751	- 3 465	- 5 411	- 2 120	+ 1 406	- 3 673	- 4 100
langfristig	- 2 232	- 49 608	- 15 786	- 8 877	- 3 054	- 3 907	+ 4 424	+ 2 781	+ 1 368	- 5 848
kurzfristig <sup>7)</sup>	- 18 829	+ 10	+ 8 749	+ 6 126	- 411	- 1 504	- 6 544	- 1 375	- 5 041	+ 1 748
Bundesbank	- 138 073	- 192 679	+ 145 519	+ 13 246	+ 5 153	+ 60 167	+ 40 651	+ 1 125	+ 29 157	- 7 614
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	- 2 836	- 1 297	- 838	- 72	+ 784	- 1 464	+ 565	+ 898	- 708	- 151
<b>II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik</b> (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 70 956	+ 132 434	- 234 834	- 33 303	- 81 841	- 105 967	+ 25 094	- 8 444	- 24 844	+ 22 177
1. Direktinvestitionen <sup>1)</sup>	+ 42 670	+ 10 276	+ 20 125	- 9 366	+ 4 239	+ 19 501	- 1 246	+ 4 270	- 3 565	- 2 159
Beteiligungskapital	+ 16 226	+ 5 059	+ 2 502	- 2 235	+ 748	+ 5 691	- 241	- 313	- 503	+ 406
reinvestierte Gewinne <sup>2)</sup>	- 701	+ 6 039	+ 3 565	- 1 221	+ 691	+ 187	+ 3 601	+ 1 495	+ 785	+ 1 070
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 27 146	- 822	+ 14 059	- 5 911	+ 2 801	+ 13 623	- 4 606	+ 3 088	- 3 846	- 3 635
2. Wertpapieranlagen	+ 49 581	+ 45 076	- 24 002	- 13 185	- 5 721	- 10 326	+ 8 884	+ 19 905	- 14 872	- 27 931
Aktien <sup>3)</sup>	- 11 325	+ 1 094	+ 5 328	+ 2 533	+ 3 975	+ 4 180	- 5 315	+ 5 942	- 3 634	- 9 775
Investmentzertifikate	+ 7 095	- 3 799	+ 6 001	- 789	+ 1 223	+ 5 351	- 80	+ 20	- 798	- 3 439
Anleihen <sup>5)</sup>	+ 51 088	+ 52 220	- 12 290	- 18 506	- 5 274	+ 10 945	+ 7 454	+ 14 627	- 2 806	- 10 751
Geldmarktpapiere	+ 2 723	- 4 438	- 23 040	+ 3 577	- 5 645	- 30 801	+ 6 825	- 684	- 7 636	- 3 966
3. übriger Kapitalverkehr	- 21 295	+ 77 082	- 230 958	- 10 752	- 80 359	- 115 142	+ 17 456	- 32 619	- 6 407	+ 52 267
Monetäre Finanzinstitute <sup>7) 8)</sup>	- 96 708	+ 51 508	- 158 453	- 14 206	- 65 025	- 70 382	+ 32 528	- 18 161	- 4 199	+ 17 475
langfristig	- 18 368	- 10 250	- 16 955	- 2 544	- 2 678	- 1 586	- 3 213	- 2 486	+ 3 194	+ 226
kurzfristig	- 78 340	+ 61 758	- 141 498	- 11 662	- 62 347	- 68 796	+ 35 741	- 15 675	- 7 393	+ 17 249
Unternehmen und Privatpersonen	+ 24 921	- 3 588	- 19 516	+ 6 308	- 4 087	- 31 914	+ 11 603	- 1 747	+ 7 614	+ 2 087
langfristig	- 11 780	- 6 927	- 22 175	- 5 257	- 4 445	- 8 137	- 3 569	- 2 153	- 418	- 1 564
kurzfristig <sup>7)</sup>	+ 36 701	+ 3 339	+ 2 659	+ 11 565	+ 357	- 23 777	+ 15 172	+ 406	+ 8 032	+ 3 651
Staat	+ 18 539	- 30 775	- 3 714	+ 8 333	- 8 062	- 4 127	- 3 909	- 2 555	- 464	+ 14 099
langfristig	+ 5 104	+ 36 230	+ 9 441	+ 6 122	+ 1 894	+ 656	- 1 776	+ 122	- 73	+ 1 653
kurzfristig <sup>7)</sup>	+ 13 436	- 67 005	- 13 155	+ 2 210	- 9 955	- 4 783	- 2 134	- 2 677	- 392	+ 12 445
Bundesbank	+ 31 952	+ 59 936	- 49 275	- 11 187	- 3 185	- 8 720	- 22 766	- 10 157	- 9 358	+ 18 607
<b>III. Saldo der Kapitalbilanz <sup>9)</sup></b> (Nettokapitalausfuhr: -)	- 174 729	- 222 705	- 250 599	- 70 438	- 64 747	- 75 372	- 62 970	- 25 996	- 35 253	- 30 658

<sup>1)</sup> Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. <sup>2)</sup> Geschätzt. <sup>3)</sup> Einschl. Genuss-Scheine. <sup>4)</sup> Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. <sup>5)</sup> Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. <sup>6)</sup> Verbriefte und nicht verbrieft Optionen sowie Finanztermingeschäfte. <sup>7)</sup> Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend

aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. <sup>8)</sup> Ohne Bundesbank. <sup>9)</sup> Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

## XII. Außenwirtschaft

### 8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 \*)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forder- ungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

\* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

### 9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern		
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforder- ungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2013 März	852 611	188 447	136 454	22 403	29 590	50	601 669	62 446	80 341	772 271
April	857 433	173 980	122 844	22 096	29 040	50	620 813	62 590	94 482	762 951
Mai	832 746	169 105	118 228	21 984	28 893	50	602 136	61 456	82 781	749 965
Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332
Dez.	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	21 110	28 388	50	512 734	54 154	53 965	662 902
Febr.	718 317	152 432	104 678	20 589	27 165	50	511 610	54 225	43 789	674 528
März	687 557	150 615	102 179	20 586	27 850	50	482 453	54 440	34 434	653 123
April	692 956	150 048	101 564	20 950	27 534	50	490 066	52 792	53 041	639 916
Mai	680 888	148 949	100 274	21 125	27 550	50	479 240	52 649	52 748	628 140

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). 3 Vgl. Anmerkung 2. 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

## XII. Außenwirtschaft

### 10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland \*)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
<b>Alle Länder</b>														
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	747 469	274 802	472 667	298 059	174 608	158 836	15 772	910 840	170 265	740 575	578 392	162 183	94 291	67 892
2013	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
2013 Nov.	792 236	290 570	501 666	316 214	185 452	169 885	15 567	932 475	162 642	769 833	605 310	164 523	95 812	68 711
2013 Dez.	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
2014 Jan.	781 158	287 312	493 846	318 770	175 076	159 824	15 252	915 341	149 655	765 686	610 015	155 671	88 275	67 396
2014 Febr.	788 014	288 560	499 454	322 367	177 087	162 230	14 857	919 203	143 531	775 672	615 749	159 923	90 283	69 640
2014 März	817 202	307 559	509 643	326 530	183 113	168 171	14 942	926 968	147 767	779 201	617 703	161 498	94 794	66 704
2014 April	814 932	299 046	515 886	335 543	180 343	165 417	14 926	929 807	154 881	774 926	616 770	158 156	90 976	67 180
<b>Industrieländer <sup>1)</sup></b>														
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	659 800	272 400	387 400	269 072	118 328	104 985	13 343	824 182	167 856	656 326	542 994	113 332	79 123	34 209
2013	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
2013 Nov.	699 512	286 240	413 272	287 178	126 094	112 462	13 632	846 787	160 852	685 935	570 094	115 841	80 389	35 452
2013 Dez.	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
2014 Jan.	691 988	284 012	407 976	289 546	118 430	105 175	13 255	829 875	148 290	681 585	572 729	108 856	73 816	35 040
2014 Febr.	698 225	285 309	412 916	293 061	119 855	106 774	13 081	832 534	142 111	690 423	579 008	111 415	75 551	35 864
2014 März	725 730	303 412	422 318	296 832	125 486	112 343	13 143	840 907	146 308	694 599	580 794	113 805	79 234	34 571
2014 April	719 017	294 482	424 535	302 139	122 396	109 298	13 098	845 169	153 635	691 534	580 192	111 342	76 397	34 945
<b>EU-Länder <sup>1)</sup></b>														
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	547 557	250 191	297 366	212 698	84 668	74 190	10 478	695 214	156 552	538 662	458 505	80 157	53 623	26 534
2013	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
2013 Nov.	593 005	271 654	321 351	230 198	91 153	80 436	10 717	713 716	147 484	566 232	484 065	82 167	55 081	27 086
2013 Dez.	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
2014 Jan.	587 684	268 794	318 890	233 571	85 319	74 991	10 328	700 465	136 463	564 002	487 660	76 342	49 661	26 681
2014 Febr.	594 118	269 999	324 119	237 452	86 667	76 407	10 260	700 601	130 594	570 007	491 074	78 933	51 780	27 153
2014 März	618 808	288 192	330 616	240 234	90 382	80 096	10 286	709 172	133 358	575 814	494 374	81 440	54 701	26 739
2014 April	610 639	279 063	331 576	242 973	88 603	78 264	10 339	712 013	141 167	570 846	492 063	78 783	51 835	26 948
<b>darunter: EWU-Mitgliedsländer <sup>2)</sup></b>														
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	396 816	189 865	206 951	152 060	54 891	48 992	5 899	572 523	110 052	462 471	408 502	53 969	36 754	17 215
2013	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
2013 Nov.	430 406	203 503	226 903	168 543	58 360	51 865	6 495	608 590	122 289	486 301	431 182	55 119	37 628	17 491
2013 Dez.	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
2014 Jan.	425 407	199 154	226 253	170 982	55 271	48 987	6 284	594 488	108 446	486 042	435 530	50 512	33 383	17 129
2014 Febr.	433 128	202 913	230 215	174 178	56 037	49 823	6 214	595 520	104 594	490 926	438 735	52 191	34 745	17 446
2014 März	446 119	212 228	233 891	175 981	57 910	51 762	6 148	600 162	105 529	494 633	440 633	54 000	36 597	17 403
2014 April	438 764	205 381	233 383	176 775	56 608	50 372	6 236	606 150	115 510	490 640	437 919	52 721	35 166	17 555
<b>Schwellen- und Entwicklungsländer <sup>3)</sup></b>														
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 669	2 402	85 267	28 987	56 280	53 851	2 429	86 658	2 409	84 249	35 398	48 851	15 168	33 683
2013	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	2 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370
2013 Nov.	92 724	4 330	88 394	29 036	59 358	57 423	1 935	85 688	1 790	83 898	35 216	48 682	15 423	33 259
2013 Dez.	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	1 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370
2014 Jan.	89 170	3 300	85 870	29 224	56 646	54 649	1 997	85 466	1 365	84 101	37 286	46 815	14 459	32 356
2014 Febr.	89 789	3 251	86 538	29 306	57 232	55 456	1 776	86 669	1 420	85 249	36 741	48 508	14 732	33 776
2014 März	91 472	4 147	87 325	29 698	57 627	55 828	1 799	86 061	1 459	84 602	36 909	47 693	15 560	32 133
2014 April	95 915	4 564	91 351	33 404	57 947	56 119	1 828	84 638	1 246	83 392	36 578	46 814	14 579	32 235

\* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab

Januar 2014 einschl. Lettland. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

## XII. Außenwirtschaft

### 11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen \*)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2013 Febr.	1,2951	8,3282	7,4598	124,40	1,3477	7,4232	8,5083	1,2298	1,3359	0,86250
2013 März	1,2537	8,0599	7,4553	122,99	1,3285	7,4863	8,3470	1,2266	1,2964	0,85996
2013 April	1,2539	8,0564	7,4553	127,54	1,3268	7,5444	8,4449	1,2199	1,3026	0,85076
2013 Mai	1,3133	7,9715	7,4536	131,13	1,3257	7,5589	8,5725	1,2418	1,2982	0,84914
2013 Juni	1,3978	8,0905	7,4576	128,40	1,3596	7,7394	8,6836	1,2322	1,3189	0,85191
2013 Juli	1,4279	8,0234	7,4579	130,39	1,3619	7,8837	8,6609	1,2366	1,3080	0,86192
2013 Aug.	1,4742	8,1477	7,4580	130,34	1,3853	7,9386	8,7034	1,2338	1,3310	0,85904
2013 Sept.	1,4379	8,1690	7,4579	132,41	1,3817	7,9725	8,6758	1,2338	1,3348	0,84171
2013 Okt.	1,4328	8,3226	7,4592	133,32	1,4128	8,1208	8,7479	1,2316	1,3635	0,84720
2013 Nov.	1,4473	8,2221	7,4587	134,97	1,4145	8,2055	8,8802	1,2316	1,3493	0,83780
2013 Dez.	1,5243	8,3248	7,4602	141,68	1,4580	8,4053	8,9597	1,2245	1,3704	0,83639
2014 Jan.	1,5377	8,2368	7,4614	141,47	1,4884	8,3927	8,8339	1,2317	1,3610	0,82674
2014 Febr.	1,5222	8,3062	7,4622	139,35	1,5094	8,3562	8,8721	1,2212	1,3659	0,82510
2014 März	1,5217	8,5332	7,4638	141,48	1,5352	8,2906	8,8666	1,2177	1,3823	0,83170
2014 April	1,4831	8,5984	7,4656	141,62	1,5181	8,2506	9,0329	1,2189	1,3813	0,82520
2014 Mai	1,4755	8,5658	7,4641	139,74	1,4951	8,1513	9,0298	1,2204	1,3732	0,81535

\* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

### 12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten	
1999	1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
		Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
		Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
		Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
		Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
		Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
		Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
		Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
		Österreich	Schilling	ATS	13,7603
		Portugal	Escudo	PTE	200,482
		Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001	1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
		Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008	1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
		Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009	1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011	1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014	1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804

XII. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft \*)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-20 1)		EWK-39 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	25 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	25 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,2	96,1	95,9	96,2	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,6	
2000	87,0	86,6	86,0	85,4	87,9	85,8	91,7	97,2	85,2	90,8	92,9	91,9	90,9	
2001	87,7	87,2	86,5	84,5	90,4	87,1	91,3	96,0	85,7	89,9	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,3	89,5	87,8	94,9	90,7	91,9	95,1	88,2	90,5	93,5	91,9	91,7	
2003	100,6	101,4	100,5	98,8	106,8	101,6	95,2	94,0	97,2	94,6	97,0	96,5	96,7	
2004	104,4	105,2	103,4	102,3	111,4	105,2	95,5	92,9	99,6	94,9	98,4	97,9	98,2	
2005	102,9	103,7	101,4	100,3	109,4	102,7	94,4	91,5	98,8	92,9	98,4	96,9	96,5	
2006	102,8	103,7	100,6	99,2	109,4	102,0	93,3	90,1	98,4	91,3	98,5	96,4	95,7	
2007	106,2	106,4	102,6	100,9	112,8	104,0	94,2	89,2	102,4	91,5	100,8	97,8	96,9	
2008	109,3	108,5	103,9	103,7	117,0	106,0	94,3	87,8	105,4	90,5	102,2	97,7	97,0	
2009	110,6	109,1	104,8	106,0	119,8	106,9	93,9	87,9	104,0	90,5	101,7	97,9	97,3	
2010	103,6	101,6	96,7	98,7	111,5	98,2	91,7	87,7	97,8	87,2	98,8	93,8	92,2	
2011	103,4	100,7	95,1 p)	96,7	112,2	97,7	91,4	87,6	97,5	86,6	98,2	93,1	91,7	
2012	97,9	95,6	89,8	91,4	107,1	92,9	89,6	87,4	92,5	84,2	96,0	90,3	88,8	
2013	101,7	98,9 p)	93,2 p)	94,6	112,0 p)	96,2 p)	91,8 p)	87,8 p)	98,0 p)	86,1	98,3	92,1 p)	90,8	
2010 Dez.	101,6	99,2			109,4	95,6					97,9	92,7	90,9	
2011 Jan.	101,4	99,0			109,4	95,6					97,8	92,4	90,7	
Febr.	102,4	99,9	94,7	96,7	110,7	96,6	91,5	87,8	97,3	86,7	98,1	92,8	91,2	
März	104,1	101,7			112,4	98,2					98,6	93,5	92,0	
April	105,8	103,4			114,1	99,7					99,5	94,3	92,8	
Mai	104,8	102,1	96,9	99,3	113,3	98,7	92,4	87,6	100,1	87,5	99,0	93,7	92,1	
Juni	104,9	102,2			113,5	98,8					99,0	93,7	92,2	
Juli	104,0	101,0			112,4	97,7					98,6	93,3	91,7	
Aug.	103,8	100,9	94,9	97,3	113,0	98,1	91,3	87,5	97,3	86,5	98,2	93,0	91,8	
Sept.	102,8	99,9			112,1	97,5					97,8	92,7	91,5	
Okt.	103,0	100,2			112,6	97,9					97,9	92,9	91,8	
Nov.	102,6	99,9	93,6 p)	93,5	112,1	97,4	90,6	87,3	95,5	85,7	97,6	92,7	91,5	
Dez.	100,8	98,2			110,3	95,8					96,9	91,8	90,6	
2012 Jan.	99,0	96,4			108,1	93,8					96,2	90,8	89,4	
Febr.	99,7	97,3	91,4 p)	93,3	108,4	94,2	89,9	87,3	93,8	84,7	96,8	91,3	89,7	
März	99,9	97,4			108,7	94,4					96,9	91,2	89,6	
April	99,5	97,2			108,5	94,3					96,7	91,1	89,5	
Mai	98,1	95,7	90,1 p)	92,2	107,3	93,1	89,6	87,4	92,7	84,4	95,9	90,4	88,9	
Juni	97,2	94,9			106,6	92,5					95,5	89,9	88,6	
Juli	95,4	93,2			104,3	90,7					94,9	89,1	87,5	
Aug.	95,2	93,1	88,0 p)	90,0	104,5	90,6	88,9	87,4	90,7	83,4	95,0	89,0	87,5	
Sept.	97,2	95,0			106,6	92,5					95,6	89,9	88,5	
Okt.	97,8	95,5			107,3	92,9					95,9	90,1	88,6	
Nov.	97,2	94,9	89,6 p)	90,2	106,7	92,3	89,7	87,4	93,0	84,3	95,8	89,8	88,4	
Dez.	98,7	96,3			108,3	93,6					96,6	90,6	89,1	
2013 Jan.	100,4	98,0			109,9	94,9					97,4	91,5	89,9	
Febr.	101,6	99,1	92,5 p)	94,3	111,1	95,8	91,1	87,4	96,6	85,6	98,1	92,0	90,4	
März	100,2	97,9			109,5	94,5					97,7	91,5	89,7	
April	100,5	97,9			109,8	94,4					97,5	91,3	89,5	
Mai	100,5	98,0 p)	92,9 p)	94,2	110,0	94,6	91,7	87,8	97,7	86,0	98,1	91,7	89,9	
Juni	101,6	98,9			112,0	96,1					98,2	92,1	90,8	
Juli	101,5	98,9			112,0	96,2					98,4	92,1	90,8	
Aug.	102,2	99,5 p)	93,3 p)	94,7	113,4	97,3	91,9	87,8	98,3	86,1	98,5	92,4	91,3	
Sept.	102,0	99,1			113,3	97,0					98,5	92,3	91,3	
Okt.	102,8	99,7			114,2	97,4					98,8	92,6	91,5	
Nov.	102,6	99,5 p)	94,1 p)	95,4	114,2	97,3 p)	92,5 p)	88,1 p)	99,5 p)	86,7	99,0	92,8	91,8	
Dez.	103,9	100,7			115,8 p)	98,6					99,2	93,1 p)	92,3	
2014 Jan.	103,4	100,3			115,9 p)	98,6					99,1	93,0 p)	92,3	
Febr.	103,6	100,5	...	...	116,3 p)	98,9	...	...	99,8	...	99,0	93,1 p)	92,4	
März	104,6	101,4			117,5 p)	99,7					99,3	93,5 p)	92,9	
April	104,5 p)	101,2			117,0 p)	99,1					p) 99,0	p) 93,3 p)	92,4	
Mai	103,8 p)	100,4	...	...	116,1 p)	98,1					p) 98,6	p) 92,9 p)	91,9	

\* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB ([www.ecb.int](http://www.ecb.int)). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittsrate der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes König-

reich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-39-Länder (siehe Fußnote 2).

## Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

### ■ Geschäftsbericht

#### September 2013

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2012
- Die Entwicklung staatlicher Zinsausgaben in Deutschland
- Prognosemodelle in der kurzfristigen Konjunkturanalyse – Ein Werkstattbericht

### ■ Finanzstabilitätsbericht

#### Oktober 2013

- Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten
- Makroökonomische Ansätze zur Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Internationale Kooperation auf dem Gebiet der Finanzsektorpolitik – der Finanzstabilitätsrat (FSB)

### ■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2013 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2014 beigefügte Verzeichnis.

### Aufsätze im Monatsbericht

#### Juli 2013

- Gemeinsame europäische Bankenaufsicht – Erster Schritt auf dem Weg zur Bankenunion
- Zinsstrukturkurvenschätzungen im Zeichen der Finanzkrise
- Unterschiede im Geldmengen- und Kreditwachstum im Euro-Raum und in einzelnen Mitgliedsländern

#### November 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2013

#### August 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2013

#### Dezember 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015

- Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012
- Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte

#### Januar 2014

- Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion

#### Februar 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2013/2014

#### März 2014

- Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013
- Zur Krisenanfälligkeit von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland – Ergebnisse einer Risikoanalyse mit Jahresabschlussdaten

#### April 2014

- Zur Verlässlichkeit der Schätzungen internationaler Organisationen zur Produktionslücke
- Implikationen der Geldmarktsteuerung des Eurosystems während der Finanzkrise
- Einige Erklärungsansätze zur Inflationsentwicklung seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise

#### Mai 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014

#### Juni 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016
- Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

- Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus
- Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung

### Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik <sup>1)</sup>
- 2 Kapitalmarktstatistik <sup>1)</sup>
- 3 Zahlungsbilanzstatistik <sup>1)</sup>
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen <sup>1)</sup>
- 5 Devisenkursstatistik

### Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 <sup>2)</sup>

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 <sup>2)</sup>

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 <sup>2)</sup>

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 <sup>2)</sup>

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 <sup>2)</sup>

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 <sup>2)</sup>

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

## ■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2014 <sup>3)</sup>
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2014 <sup>2)3)</sup>
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 <sup>2)3)</sup>
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2008 bis 2013, Juni 2014 <sup>3)</sup>
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013 <sup>3)</sup>
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011, Mai 2014 <sup>2)3)</sup>
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990 <sup>0)</sup>
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014 <sup>1)</sup>
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011 <sup>2)</sup>

## ■ Diskussionspapiere <sup>\*)</sup>

- 01/2014  
The distribution of debt across euro area countries: the role of individual characteristics, institutions and credit conditions
- 02/2014  
Filling in the blanks: network structure and interbank contagion
- 03/2014  
Investor fears and risk premia for rare events
- 04/2014  
Cash management and payment choices: a simulation model with international comparisons
- 05/2014  
Earnings baths by bank CEOs during turnovers
- 06/2014  
Lucas paradox and allocation puzzle – is the euro area different?
- 07/2014  
Wealth shocks, credit-supply shocks, and asset allocation: evidence from household and firm portfolios
- 08/2014  
The financial accelerator and market-based debt instruments: a role for maturities

---

<sup>0)</sup> Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.  
<sup>\*</sup> Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.  
Weitere Anmerkungen siehe S. 82 •.

## ■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 <sup>2)</sup>

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 <sup>2)</sup>

---

**1** Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

**2** Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

**3** Nur im Internet verfügbar.